

Zeitschrift: Thurgauer Beiträge zur Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Thurgau
Band: 126 (1989)

Artikel: Die Demokratische Partei des Kantons Thurgau (1889-1932)
Autor: Eckstein, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE DEMOKRATISCHE PARTEI DES KANTONS THURGAU (1889–1932)

Von Martin Eckstein

Meinen Eltern

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich im Sommersemester 1988
auf Antrag von Prof. Dr. Peter Stadler als Dissertation angenommen.

Inhaltsverzeichnis

0	<i>Einleitung</i>	11
0.1	Fragestellungen und Ziele der Arbeit	12
0.2	Zum Begriff «Demokratisch»	13
1	<i>Parteilgeschichte im engeren Sinne</i>	13
1.1	Die Gründung	13
1.1.1	Die Gründung der Kantonalpartei	13
1.1.2	Die Gründung der Lokalorganisationen	20
1.1.3	Die Gründung der eidgenössischen Partei	26
1.2	Aufstieg und Niedergang im Spiegel der Wahlen	27
1.2.1	Regierungsratswahlen	28
1.2.2	Grossratswahlen	36
1.2.3	National- und Ständeratswahlen	49
1.2.4	Demokraten in anderen politischen Ämtern	64
1.3	Der demokratische Wähler	68
1.3.1	Die soziale Herkunft	69
1.3.2	Die geographische Herkunft	72
1.3.3	Zusammenfassung	74
1.4	Der demokratische Parteiführer	75
1.4.1	Der Personenkreis	75
1.4.2	Die soziale Herkunft	76
1.4.3	Die geographische Herkunft	77
1.4.4	Parteilpolitische Präferenzen demokratischer Politiker nach dem Zusammenbruch der Partei	77
1.5	Der Untergang	78
1.5.1	Die Ereignisse	78
1.5.2	Die Ursachen	82
1.6	Zur Organisation der Partei	86

1.7	Personen, Zahlen, Daten, Fakten	92
1.7.1	Die wichtigsten Parteiführer (Kurzbiographien)	92
1.7.2	Die Parteiführung (Gründungsvorstand, Präsidenten, Vizepräsidenten und weitere Vorstandsmitglieder)	95
1.7.3	Thurgauer Demokraten in leitenden Funktionen der eidgenössischen Partei	98
1.7.4	Die demokratischen Kantonsräte und ihre Fraktionsführung	98
1.7.5	Demokraten in Gremien des Grossen Rates	108
1.7.6	Das Thurgauer Tagblatt	111
1.8	Die Demokratische Partei im Spiegel der Presse ihrer Gegner und Weggefährten	112
1.8.1	Die Gründungsjahre	112
1.8.2	Von der Parteigründung bis zur Wahl Deuchers in den Ständerat	114
1.8.3	Vom Tode Deuchers bis zum Untergang der Partei	117
1.8.4	Zusammenfassung	120
2	<i>Die Programme der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau</i>	121
2.1	Die Gründung der Partei und das erste Parteiprogramm von 1891	121
2.2	Das Parteiprogramm von 1907	127
2.3	Das eidgenössische Programm von 1917 und das kantonale von 1918	136
2.3.1	Das eidgenössische Programm von 1917	137
2.3.2	Das kantonale Programm von 1918	145
2.4	Das kantonale Programm von 1931 (Kommentar)	149
2.5	Dokumentensammlung	154
2.5.1	Provisorisches Parteiprogramm von 1891	154
2.5.2	Thesen zur Hypothekarkreditfrage	156
2.5.3	Eidgenössischer Teil des Programms der St. Galler Demokraten von 1904	157
2.5.4	Begleitwort zum Programm der Demokratischen Partei der Schweiz von 1917	158
2.5.5	Kantonales Programm von 1931	180

3	<i>Ideen und Ziele der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau</i>	196
3.1	Das Weltbild im engeren Sinne	199
3.1.1	Imperialismus, Kolonialismus, Militarismus	200
3.1.1.1	Imperialismus	200
3.1.1.2	Kolonialismus	202
3.1.1.3	Militarismus	206
3.1.1.4	Zusammenfassung	211
3.1.2	Der Erste Weltkrieg	212
3.1.3	Frieden, Friedensbewegungen und Völkerbund	215
3.1.4	Die faschistische und kommunistische Diktatur	219
3.1.5	Zusammenfassung, Ergebnisse, Fragen	221
3.2	Der Staat	222
3.2.1	Demokratie in Monarchie und Republik	224
3.2.2	Demokratie und Volksrechte	226
3.2.2.1	Die Volksrechte als Ausdruck der Volkssouveränität	226
3.2.2.2	Die direkte Volkswahl	228
3.2.2.3	Der Proporz	232
3.2.3	Zentralismus oder Föderalismus	236
3.3	Wirtschafts- und Sozialwesen	237
3.3.1	Die Demokraten und die soziale Frage	244
3.3.2	Die Lösung der sozialen Frage	253
3.3.2.1	Sozialpolitische Reformen oder Systemveränderung?	253
3.3.2.2	Sozialpolitische Ideen und Aktivitäten	258
3.3.3	Marxismus, Sozialismus, Kommunismus	261
3.3.4	Die Demokraten und das «kapitalistische» Wirtschaftssystem	268
3.3.5	Die Demokraten und das Genossenschaftswesen	270
3.3.6	Zusammenfassung	271
4	<i>Ergebnisse und Ausblick</i>	272
4.1	Ergebnisse	272
4.2	Ausblick	274
5	<i>Quellen, Literatur und Abkürzungen</i>	275

Es gibt vieles, was in der Rückschau an einer Partei interessant sein kann: Erfolge und Misserfolge, grosse Persönlichkeiten, politische Alltagsarbeit, ideologische Fragen, soziologischer Hintergrund u.a.m. Erstrebenswert wäre wohl, sämtlichen Aspekten einzeln und in ihrer Gesamtheit so nachzugehen, dass wir am Schluss zu einem ausgewogenen und abgerundeten Bild kommen könnten. Dem steht aber, wie wir alle wissen, einiges entgegen. Denken wir da nur an persönliches Interesse des Autors, Auftrag, Modeströmungen in der historischen Forschung, Aufwand oder Quellenlage und Sekundärliteratur. Gerade letzteres zwingt uns bei einer Arbeit über die Thurgauer Demokraten in eine ganz bestimmte Richtung, nämlich in Richtung Ideengeschichte.

Sekundärliteratur im engeren Sinne gibt es zum Phänomen «Demokratische Partei des Kantons Thurgau» keine. Wer etwas darüber erfahren will, muss also fast ausschliesslich mit Quellen arbeiten. Aber auch Quellen¹ zur Geschichte der Demokratischen Partei gibt es nicht allzu viele, und diese wenigen sind meistens nicht allzu informativ, bis auf eine: das Thurgauer Tagblatt.² Diese Zeitung war über ihren Redaktor (Martin Vögelin)³ und die Besitzverhältnisse⁴ derart eng mit der Demokratischen Partei verbunden, dass wir hier nicht mit Material aus einem offiziellen Sprachrohr arbeiten müssen, sondern das Glück haben, mit Material aus einem offiziellen Parteiorgan arbeiten zu können.

Im Thurgauer Tagblatt begegnen wir auf Schritt und Tritt den Demokraten, ihren Ideen und ihrer Partei, aber natürlich immer nur dem, was Redaktion und Leserschaft irgendwie berührte oder interessierte. Und hier liegt auch die Problematik dieser Quelle, eine Problematik, der mit kritischer Lektüre nicht beizukommen ist: In der Fülle des Materials finden wir vieles, was uns zu den Ideen der Demokraten führt, aber wenig, was uns Aufschluss über Ereignisse gibt.

Der Schwerpunkt einer Arbeit über die Thurgauer Demokraten muss also schon auf Grund der Quellenlage bei der Ideengeschichte liegen. Aber darin liegt vielleicht sogar ein Vorteil: Wir geraten nämlich nie in Versuchung, in der Rückschau dieser kleinen Partei im politischen Alltag mehr Bedeutung beizumessen, als ihr in Wirklichkeit zukommt. Dafür erhalten wir hier Einblick in

1 Siehe hinten 5.

2 Siehe hinten 1.7.6. Ab 1909 erscheint mit der «Volkswacht am Bodensee» (Romanshorn) unter der Leitung von Enrico Tung (1917–1920) auch eine demokratisch orientierte Lokal- und Regionalzeitung. Konzept und Fragestellung der vorliegenden Arbeit haben es nahegelegt, auf diese wirklich lokal und regional ausgerichtete, wöchentlich nur viermal erscheinende Zeitung, nicht näher einzutreten. Wer sich vor allem für orts- oder regionalgeschichtliche Fragestellungen interessiert, wird auch in dieser Zeitung zur Demokratischen Partei die eine oder andere Anregung und Information finden.

3 Siehe hinten 1.7.1.

4 Siehe hinten 1.7.6.

das Wünschen und Hoffen, in das Denken und Fühlen und in das Selbstverständnis und die Weltsicht einer Bevölkerungsgruppe⁵, die Mühe hatte, sich im Rahmen der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu artikulieren und zu organisieren und einen Platz in dieser Welt zu finden.

In dieser Beziehung, d. h. in ihren Ideen, waren die Demokraten vielleicht sogar für einen grösseren Bevölkerungskreis repräsentativ, als dies ihre Wahlergebnisse vermuten liessen.

0.1 Fragestellungen und Ziele der Arbeit

Die vorangehenden Überlegungen und Schlussfolgerungen führen uns zu folgenden Problemkreisen, mit denen wir uns mehr oder weniger sinnvoll auseinandersetzen können:

1. Parteigeschichte im engeren Sinne

Auf Grund der Quellenlage bleibt hier sehr viel, hin und wieder leider allzu viel offen. Was uns bleibt, ist eine erste Annäherung an das Phänomen, eine Einordnung in grössere Zusammenhänge und eine Brücke hin zur Ideengeschichte. Dazu an dieser Stelle nur einige Stichwörter: Aufstieg und Niedergang (Ereignisse und Ursachen), Wahlen, Wähler und Parteiführer, Parteiorganisation, Informationen zum Umfeld.

2. Quellensammlung

Systematische Quellensammlungen¹ zur Geschichte der Schweizer Parteien gibt es bis anhin höchstens in Ansätzen, für die Thurgauer Demokraten überhaupt nicht. Ohne eine möglichst vollständige und kommentierte Sammlung von Parteiprogrammen und programmatischen Verlautbarungen ist aber eine Auseinandersetzung mit diesem historischen Phänomen, sei es nun mehr ideengeschichtlicher oder anderer Art, undenkbar.

3. Das Weltbild im engeren Sinne

Nicht nur in der Programmatik der Demokraten, sondern auch in ihrem Parteiorgan, dem Thurgauer Tagblatt, stossen wir ununterbrochen auf eine intensive Auseinandersetzung mit Zeit und Welt, in denen die Demokraten lebten und leben mussten. Wie sahen sie nun diese ihre Zeit und Welt, welche Probleme beschäftigten sie besonders, wo glaubten sie deren Ursachen gefunden zu haben und wie wollten sie diese Probleme lösen?

5 Gedacht ist hier etwa, nur mit Schlagworten abdeckend, an «Kleinbürgertum», «nicht proletariisierte Arbeiterschaft», «untere Mittelschicht», «obere Unterschicht».

1 Gemeint sind vor allem Parteiprogramme, Entwürfe zu Parteiprogrammen, programmatische Verlautbarungen u.ä.m.

4. Der Staat

Hatten die Demokraten ein eigenes Staatsideal? Wie wollten sie den Staat organisieren, wie die Macht verteilen und kontrollieren? Wie sahen sie das Verhältnis der Bürger untereinander oder des Bürgers und des Volkes zum Staat?

5. Wirtschafts- und Sozialwesen

In der Alltagspolitik galt das Interesse der Demokraten vornehmlich wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Hier drängen sich deshalb folgende Fragen auf: Wo sahen sie die Wirtschafts- und Sozialprobleme ihrer Zeit? Wo lagen für sie die Ursachen dieser Probleme und wie wollten sie diese lösen? Wie stellten sie sich zu den auf eher ökonomischen Aspekten beruhenden Ideologien (Sozialismus, Liberalismus)?

Ziel der Arbeit sollte der Versuch sein, das Bild d e r Welt zu skizzieren, die sich die Demokraten als Ergebnis ihrer politischen Arbeit erhofften.

0.2 Zum Begriff «Demokratisch»

Den Begriff «Demokratisch» haben die Demokraten immer im Sinne unserer Bundesverfassung (BV 6) verstanden; d. h. in Abgrenzung zum Begriff «Repräsentativ». So gesehen ist eben ein repräsentatives Staatswesen nicht «demokratisch»; «demokratisch» wird es erst durch die Einführung der Volksrechte (Initiative, Referendum, Volkswahl der Exekutive und Judikative).¹

1 Parteigeschichte im engeren Sinne

1.1 Die Gründung

1.1.1 Die Gründung der Kantonalpartei

Anfangs Februar 1891 berichtete das Thurgauer Tagblatt von der Gründungsversammlung der «Demokratisch-volkswirtschaftlichen Partei des Kantons Thurgau» in Weinfelden:

«Am 28. Dez. v. J. tagten im <Falken> in Frauenfeld ganze 31 Mann, die fast alle bis zu jenem Datum der altliberalen Partei angehörten, aber als freisinnige Demokraten den Saal verliessen. Es war ein Wunder geschehen, wie vor den Thoren von Damaskus. Das wäre an sich ganz schön gewesen, obwohl man an Wunder heut zu Tage nicht mehr so recht glaubt. <Vereinigung aller freisinnigen Elemente> hatten diese Falkenfreisinnigen auf ihre Fahne geschrieben. Ein schöner Text, aber die Musik stimmte schlecht dazu, denn schon in der Ouvertüre liess sich's der Vorsitzende einfallen, die Männer, welche man im Thurgau von jeher zu den Demokraten zählte, <exaltierte

¹ Siehe dazu hinten 3.2.2.

Köpfe» zu nennen. Das war die zweite Beleidigung, nachdem die erste darin bestanden hatte, dass diese «exaltierten Köpfe» keine Einladung zur Theilnahme an der Versammlung erhielten. Die Demokraten hätten sich auch das noch gefallen lassen, wenn das Programm, das diese Falken- resp. «Thurgauer-Zeitung»-Freisinnigen durchberieten und annahmen, auch ihnen zugesagt und ihre weitergehenden Forderungen berücksichtigt hätte. Das Frauenfelder Programm schwieg sich aber aus über diese demokratischen Postulate und darum war es Pflicht der volkswirtschaftlichen Demokraten, auch ihrerseits mobil zu machen. Wie schon früher in diesem Blatt mitgeteilt wurde, hat ein Interimskomitee der demokr. Partei ein Programm ausgearbeitet, und eine Anzahl Männer aus allen Kantonstheilen eingeladen, sich zu der Berathung desselben Sonntags den 1. Februar in Weinfelden, dem Geburtsort Bornhausers, dem alten Sitz der thurgauischen demokratischen Opposition, einzufinden. Zahlreich sind die Gesinnungsgenossen diesem Ruf gefolgt, über 50 Männer verschiedener Berufsklassen und Lebensstellung haben den weiten Weg nicht gescheut und mit sich Frühlingsluft und Lenzeshauch, Begeisterung und Mannesmuth und sich gelobt, einzustehen für Volkswohl und Volksfreiheit und zu thun, was in ihren Kräften steht, dass dem in harter Arbeit um Brod ringenden Volke dieser Kampf ums Dasein möglichst erleichtert werde. Sie kamen nicht blos um Ja und Amen zu sagen zu dem aufgestellten Programm, der eine wollte etwas weiter gehen als der andere, aber fast alle zeigten ihre prinzipielle Zustimmung zu der vom Interimskomitee geforderten Erweiterung der Volksrechte auf Bundesgebiet ...»¹

Ausserer Anlass zur Sammlung des «demokratischen», wohl eher «links» anzusiedelnden Flügels der freisinnigen Grossfamilie² scheint also die Gründung der «Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Thurgau» gewesen zu sein.³ Die Demokraten hatten ihre Partei eigentlich am Stephanstag (26.12.) 1890 gründen wollen.⁴ Stattgefunden hat diese Versammlung – aus welchen Gründen auch immer – nicht.⁵ Politische Bedeutung hatte das Vorgehen der Freisinnigen wohl kaum. Der Korrespondent des Thurgauer Tagblattes konnte allerdings seine Enttäuschung und Verärgerung nicht verbergen.⁶ Die Demokraten waren *zu spät gekommen* und *nahmen nur den zweiten Platz ein*; diese Tatsache hat beinahe Symbolcharakter, denn ähnlich sollten sich in den folgenden vierzig Jahren die politischen Verhältnisse im Thurgau im allgemeinen und zwischen Freisinnigen und Demokraten im besonderen gestalten.

1 TT 3.2.1891.

2 Der Begriff «Grossfamilie» ist Gruners Arbeit «Die Parteien in der Schweiz» entnommen.

3 TT 31.12.1890; die Gründungsversammlung der Freisinnigen fand am 28.12. statt; dieser soll nach dem gleichen Bericht eine Organisationsversammlung vorangegangen sein.

4 TT 4.2.1891.

5 a.a.O.; Ursache war wohl Baumanns Erkrankung.

6 a.a.O.

Die Gründung der beiden Parteien war aber eher End- als Ausgangspunkt einer politischen Entwicklung. Von einer Spaltung der freisinnigen Grossfamilie darf eigentlich nicht gesprochen werden, da im Thurgau wie auch in anderen Kantonen und in der Eidgenossenschaft bis zu diesem Zeitpunkt kaum Parteien existierten, d. h. keine in Vereinen organisierte Gruppierungen mit Statuten und Programmen, wie wir sie heute etwa kennen.⁷ Dies betonte selbst das Thurgauer Tagblatt 1889 in einem Kommentar zur damals vorgesehenen Revision der Nationalratskreise, die den Thurgau in zwei Wahlkreise aufteilen wollte:

«... ein ausgeprägtes Parteileben mit feststehenden Parteien gibt's nun einmal nicht.»⁸

Auf ideologischer Ebene hatte hingegen sehr wohl eine «Spaltung» stattgefunden, dies aber bereits viel früher. Wie Gruner gezeigt hat, waren in der freisinnigen Grossfamilie schon immer drei Richtungen – Liberale, Radikale und Demokraten – vertreten gewesen.⁹ Bei eidgenössischen wie kantonalen Auseinandersetzungen hatten sich diese bis anhin immer wieder auf Kompromisse einigen können (Bundesverfassung von 1848, Revision der Bundesverfassung von 1874 oder Verfassungsrevisionen in den Kantonen, wie etwa im Thurgau 1869).¹⁰

Veränderte politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse führten dann gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts auf kantonaler und eidgenössischer Ebene zum Auseinanderbrechen der freisinnigen Grossfamilie und zur Gründung kantonaler Parteien und später zu deren Zusammenschluss auf eidgenössischer Ebene. Parallel dazu erstarkten die Katholisch-konservativen, und auf der anderen Seite des politischen Spektrums unternahmen die Sozialdemokraten ihre ersten ernstzunehmenden Gehversuche.

Die thurgauischen Parteigründungen der «Demokraten» und der «Freisinnigen» spiegeln also nur eine gesamteidgenössische Entwicklung, hin zu einer Neugruppierung der politischen Kräfte und Allianzen. In der Ausgestaltung dieser Neuorientierung ging aber der Thurgau zusammen mit anderen Ostschweizer Kantonen (St. Gallen, Appenzell, Glarus und Graubünden) eigene Wege. In keinem anderen Kanton (St. Gallen ausgenommen) war die Abgren-

7 vgl. dazu den Parteienbegriff bei Fraenkel/Bracher, Duverger, Gruner (Parteien), Lachenal und Zippelius.

8 TT 1.6.1889; auf ähnliche Schwierigkeiten sind auch von Greyerz, in: Handbuch der Schweiz. Geschichte, Bd. II, S. 1103 f., Gruner, Bv., Bd. I, S. 13 f. und Joos, Parteien im Kt. SH, gestossen.

9 Die Thurgauer Demokraten sahen sich schon bald einmal selber als Nachfolger der 64er, 69er und 74er Demokraten. Siehe dazu TT 9. 6. 1898, 27.10.1911 und 16.6.1930.

10 Zur Revision im Thurgau: Burkhart, Die Entstehung der Verf. von 1869, S. 5–27 und 113–181.

zung der Demokraten von den Freisinnigen derart eindeutig; und nur in diesen Kantonen bemühten sich die Demokraten so intensiv um die Arbeiterschaft.¹¹

Den Thurgauern vorangegangen waren allerdings die St. Galler Demokraten, die bereits 1888 unter der Führung Theodor Curti eine demokratische Partei mit dem Namen «Demokratische und Arbeiterpartei» gegründet hatten.¹² Es waren dann auch die Ostschweizer Kantonalparteien (Thurgau, St. Gallen, Appenzell, Glarus und Graubünden), die sich 1905 zur «Schweizerischen demokratischen Partei» zusammenfanden, während sich z. B. die Zürcher Demokraten auf eidgenössischer Ebene der Freisinnig-demokratischen Partei anschlossen.¹³

Im Thurgau selber gab es zwischen «Demokraten» und «Freisinnigen» schon seit längerer Zeit Auseinandersetzungen und Differenzen. Auch die Absicht, Parteien zu gründen, war bereits vor dem Herbst 1890 in den Köpfen einiger führender Politiker herumgespuht. So schreibt das Thurgauer Tagblatt in einem Bericht über die Gründung der «Demokratisch-volkswirtschaftlichen Partei», dies sei «eine längst gehegte Absicht» gewesen.¹⁴ Bereits zwei Jahre früher (1889) hatte das gleiche Blatt die Gründung eines demokratischen Vereins angeregt:

«Ein schöner Anfang wäre es, wenn vor der Hand wenigstens ein kantonaler demokratischer Verein gegründet würde, dessen Aufgabe es wäre, die wichtigsten politischen Fragen und Wahlgeschäfte in eidgenössischer wie kantonaler Richtung zu diskutieren und die Resultate seiner Berathung weiter zu verbreiten. Politische Bildung bedeutet Volksbefreiung! Möge diese Wahrheit je länger je mehr auch bei uns erkannt werden.»¹⁵

11 Das Thurgauer Tagblatt verstand sich schon vor der Parteigründung auch als Sprachrohr der «Grütlivereine, Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern» (TT 5.6.1889); ähnlich äusserte sich auch Vögelin in seinem Antrittsartikel als Redaktor (TT 1.5.1890); oder Wettstein in seinem Artikel «Die Demokratische Partei» in: Reichesberg, S. 278.

12 Zur Gründung der St. Galler Partei siehe Wettstein, a.a.O.; Ammann, J., Theodor Curti, S. 129–161 und 193–215; zu Curti siehe auch Gruner, Bv, Bd. 1.S.589. Über Curti (als Redaktor der «Frankfurter Zeitung») lassen sich auch Verbindungen personeller und ideeller Art zu linksbürgerlichen Kreisen in Deutschland aufzeigen; dazu: Ammann, a.a.O.; Sternberger, D., Gerechtigkeit für das neunzehnte Jahrhundert, Leopold Sonnemann, Bürger und Gründer, S. 109–121; Wende, F. hg., Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Die «Frankfurter Zeitung» wie die «Strassburger Neue Zeitung», an der Curti ja auch einmal als Redaktor tätig war, galten (neben anderen Zeitungen) als Organe der Deutschen Volkspartei, gegründet 1868, die ihrerseits auf die 1863 in Südwestdeutschland entstandene Demokratische Volkspartei zurückging.

13 Wettstein a.a.O.; Steinmann, S. 125 und 358. Gegründet wurde die Freisinnig-demokratische Partei am 25.2.1894 in Olten. Wenn Steinmann meint, es seien Demokraten aus allen Kantonen vertreten gewesen, so kann er nur «Demokraten» freisinniger Observanz gemeint haben. Von den bekannteren St. Galler und Thurgauer Demokraten war jedenfalls keiner in Olten und der Thurgauer Vertreter Heitz war für die Thurgauer Demokraten (Partei und Tagblatt) geradezu ein «rotes» Tuch.

14 TT 4.2.1891.

15 TT 11.4.1889.

Ein gutes Jahr später vermerkte das Thurgauer Tagblatt in einem Bericht über die Delegiertenversammlung der thurgauischen Grütlivereine erfreut:

... «Zum Schluss wurde die bessere Organisation der thurgauischen demokratischen Partei und das Hand in Hand gehen derselben mit den Grütli- und Arbeitervereinen als im höchsten Grad wünschenswert erachtet. Hoffen wir, dass sich dieser Wunsch bald verwirkliche; er wird für unser politisches und soziales Leben gute Früchte tragen.»¹⁶

Der Ruf nach der Gründung einer Partei war im Frühjahr 1889¹⁷ eigentlich nur die Schlussfolgerung aus einem für die «Demokraten» erfolgreich verlaufenen Ständeratswahlkampf. Zur Überraschung aller hatte nämlich der «demokratische» Kandidat Johann Ulrich Baumann den «freisinnigen» Favoriten Johann Georg Leumann im dritten Wahlgang knapp geschlagen, nachdem Leumann im zweiten Wahlgang das absolute Mehr nur um vier Stimmen verfehlt hatte.¹⁸ Wie weit dies allerdings ein Sieg der «Demokraten» – so sah es wenigstens das Thurgauer Tagblatt¹⁹ – oder des Kandidaten Baumann war, lässt sich nur schwer ausmachen. Anzunehmen ist aber, dass die Person des Kandidaten selber einiges zum Sieg beigetragen hat; denn der zweite «demokratische» Kandidat, der spätere Nationalrat Josef Anton Koch,²⁰ kam im ersten Wahlgang nur gerade auf knapp 600 Stimmen.²¹ Spekulationen des Thurgauer Tagblattes auf eine Ablösung der «Liberalen» durch die «Demokraten» als Mehrheitsgruppierung der freisinnigen Grossfamilie haben sicher auch der damaligen Realität zu wenig Rechnung getragen.²²

Vordergründig mögen «Personalfragen» wie diese Ständeratswahl von 1889 die Parteigründung verursacht haben; verlangen doch Wahlen ein Minimum an organisatorischen Strukturen. Daneben mögen sicher auch einige «hoffnungsvolle» Nachwuchspolitiker in einer neuen Partei bessere Karrierechancen gewittert haben als in der freisinnigen Grossfamilie, wie von freisinniger Seite den demokratischen Führern auch vorgeworfen worden sein soll.²³ Aber schon die Propaganda im Ständeratswahlkampf von 1889 zeigte deutliche politisch-ideologische Differenzen zwischen «Demokraten» und «Freisinnigen». So ist im Tagblatt am Vorabend des ersten Wahlganges zu lesen:

16 TT 14.6.1890.

17 Siehe oben, Anm. 15.

18 1. Wahlgang: Koch 576, Baumann 5504, Leumann 6948, Ammann 1635, Fehr 3886 Stimmen (TT 14.1.1889). 2. Wahlgang: bei einem absoluten Mehr von 9905 erhielten Baumann 9294 und Leumann 9901 Stimmen (TT 30.1.1889). 3. Wahlgang: Baumann 11'259 und Leumann 10'199 Stimmen; (TT 12./13.2.1889); zu den demokratischen Kandidaten Baumann und Koch siehe hinten 1.7.1.

19 TT 20.2.1889.

20 Gruner, Bv., Bd. I, S. 705.

21 Oben Anm. 18.

22 Oben Anm. 19.

23 TT 31.12.1890.

«Wir haben eine demokratische Verfassung, aber gewisse Zwingherren wollen alles diktieren, ... Allein was dieser Regierungskorrespondent schreibt, findet auf dem Markt des öffentlichen Lebens längst keine glaubwürdigen Abnehmer mehr. ... Aber gerade diese Empfehlung wird dem Herrn Oberst Leumann schlechte Dienste leisten. Gewiss ist er ein tadelloser Ehrenmann, ein tüchtiger Grossindustrieller und vorzüglicher Kenner unseres Bank- und Eisenbahnwesens. *Allein* wir haben Grossindustrielle Bank- und Eisenbahnverwaltungsräte übergenug in Bern. Die Interessen bedürfen keiner weiteren Stärkung, im Gegenteil, ihre Vertretung sollte geschwächt werden. Geradezu ausschlaggebend gegen die Kandidatur Leumann ist der offizielle Charakter derselben. ...»²⁴

Mag in diesem Artikel wie in jeder politischen Propaganda auch ein gehöriger Schuss Demagogie stecken; an der Grundtendenz ändert dies nichts. In Leumann bekämpften Thurgauer Tagblatt, Demokraten und deren Verbündete den Repräsentanten des damals tonangebenden «Grossbürgertums». Dieser Herrschaft des «Grossbürgertums», dem «System»²⁵, wie es Tagblatt und Demokraten immer wieder nannten, galt der Kampf. Dieser wenig flexible und sicher oft zu einseitige Positionsbezug in der Auseinandersetzung mit dem politischen Hauptgegner blieb über Jahre hinweg wichtigster und sehr oft einziger Bezugspunkt. Wie weit diese «Anti-Haltung» das Ausbleiben dauernder politischer Erfolge mitverursacht hat, lässt sich nur vermuten.

Neben diesem ideologischen Aspekt muss aber auch ein spezifisch thurgauisches Problem die Gründung einer demokratischen Partei gefördert haben. Offensichtlich gab es auch im Thurgau einen gewissen Antagonismus zwischen Stadt (Frauenfeld als Zentrale) und Land. Wie die Wahlergebnisse späterer Jahre zeigen, hatte dieser Gegensatz auch Auswirkungen auf die thurgauische Parteienlandschaft.²⁶ So erschien das Parteiorgan der Demokraten (Thurgauer Tagblatt) in Weinfelden, kaum einer der Gründer und Führer der demokratischen Partei stammte aus Frauenfeld und die Partei selber wurde bewusst in Weinfelden gegründet:

«Wie schon früher in diesem Blatt mitgeteilt wurde, hat ein Interimskomitee der demokratischen Partei ... eine Anzahl Männer aus allen Kantonsteilen eingeladen, sich zu der Beratung desselben Sonntags den 1. Februar in Weinfelden, dem Geburtsort Thomas Bornhausers, dem alten Sitz der thurgauischen demokratischen Opposition einzufinden.»²⁷

24 TT 13.1.1889. Mit dem Regierungskorrespondenten und Zwingherren ist der Korrespondent H.H. der «Thurgauer Zeitung» gemeint; wahrscheinlich der damalige Regierungsrat Häberlin.

25 TT 11.1. und 13.1.1889.

26 Dabei dürfen wir alte konfessionelle Gegensätze ebensowenig vergessen.

27 TT 3.2.1891.

Immer wieder und meistens ziemlich geschickt haben die Demokraten in der politischen Auseinandersetzung versucht, diesen «Stadt – Land» – Gegensatz in eine Waffe gegen ihre Hauptwidersacher, die Freisinnigen, umzumünzen. So begründete etwa das Thurgauer Tagblatt die Kandidatur Baumann in der Ständeratersatzwahl von 1889 u. a. auch mit diesem Argument:

«Die Provinz scheint sich also ‹emanzipieren› zu wollen, was nicht gerade ein schreckliches Unglück wäre! ... Dass die ‹Provinz› sich die Kandidatur nicht ohne Weiteres von einer Frauenfelder sogenannter ‹freisinnigen Delegiertenversammlung› resp. von der ‹Thurgauer Zeitung› machen lässt, können wir ... bestätigen.»²⁸

In der Rückschau zeigen sich nun also die Ursachen der Parteigründung ziemlich deutlich. Neben innerthurgauischen Problemen («Stadt – Land» – Gegensatz, unerfüllte Hoffnungen der 69er Bewegung,²⁹ Ambitionen von Jungpolitikern) spiegelt diese Gründung auch den allgemeinen politischen Trend der damaligen Zeit; einen Trend, der damals nicht nur den thurgauischen, sondern auch den eidgenössischen Rahmen sprengte. Darauf verweist zum Beispiel die Person des St. Galler Politikers Theodor Curti. Dieser war eben nicht nur Gründer einer demokratischen Partei in seinem Heimatkanton und Vorbild der Thurgauer Demokraten; daneben wirkte er auch lange Zeit in Deutschland als Redaktor an der «Frankfurter Zeitung»; einer Zeitung, die wie ihr Herausgeber (Leopold Sonnemann) für ähnliche Ideen wie die Ostschweizer Demokraten einstand.³⁰

Wenig Genaues lässt sich zum Personenkreis sagen, von dem die Parteigründung dann schliesslich ausging. Namentlich aufgeführt werden können nur:

- alt Staatsschreiber Kollbrunner, damals Mitredaktor an der «Zürich Post» und anscheinend Verbindungsmann zu Demokraten in anderen Kantonen;³¹
- Nationalrat Koch, ein altgedienter Thurgauer Politiker;³²
- Dr. Deucher, Bundesratssohn und späterer Ständerat;³³
- Dr. Elliker;³⁴
- Vögelin, Redaktor am Thurgauer Tagblatt.³⁵

28 TT 1.1.1889.

29 Siehe dazu hinten 2.1 und unten Anm. 32.

30 Zu Curti siehe oben Anm. 12; zu Sonnemann und der «Frankfurter Zeitung» Sternberger, D., Gerechtigkeit für das 19. Jhdt. S. 109–121.

31 TT 3.2.1891.

32 TT 9.6.1898 und Gruner, Bv, Bd. I, S. 705 f.; Koch war bereits 1868/69 Mitglied des Verfassungsrates.

33 Gruner, a.a.O., S. 695 f.

34 Biografische Hinweise zu Elliker: TT 19.4.1909; Elliker war von 1896–1908 Kantonsrat.

35 Über Vögelin lässt sich eine Verbindung zu den Grütlianern nachweisen; war dieser doch nach eigenen Angaben in den fraglichen Jahren Aktuar des kantonalen Grütlivereins (TT 16.12.1890).

«Exaltierte Köpfe»³⁶, wie sie von freisinniger Seite beschimpft worden sein sollen, waren das wohl kaum. Zwei, nämlich Deucher und Vögelin, waren aber erstaunlich jung (30 bzw. 28 Jahre alt),³⁷ und der zweite war mindestens verbal in seiner Journalistentätigkeit ein ziemlicher Hitzkopf.

An der Gründungsversammlung sollen «über 50 Personen»³⁸ teilgenommen haben und viele eingeladene ihre Zustimmung zur Gründung «brieflich oder telegraphisch»³⁹ ausgesprochen haben. Im gleichen Zusammenhang⁴⁰ erwähnt das Thurgauer Tagblatt auch eine Gruppe «freisinniger evangelischer Geistlicher»⁴¹, die das Gründungsprojekt unterstützt hätten.

An der Gründungsversammlung selber wurde ein Parteivorstand gewählt und ein provisorisches Parteiprogramm vorgestellt.⁴² Dieses wurde dann in einer zweiten Versammlung besprochen und angenommen.⁴³

1.1.2 Die Gründung der Lokalorganisationen

Wie Gruner in seinem Buch «Die Parteien in der Schweiz» gezeigt hat, trat der Typus der modernen Massen- und Volkspartei in der Schweiz schon sehr früh auf.⁴⁴ Die mehr oder weniger modernen Organisationsstrukturen unserer heutigen Parteien (Eidgenössische Partei, Kantonal- und Lokalparteien, Parteivorstand, Delegiertenversammlung usw.) waren damals allerdings unbekannt. Die Parteien des 19. Jahrhunderts waren auch in der Schweiz in organisatorischer Hinsicht Honoratiorenparteien und wurden von «Kadern» (Kantons-, Regierungs-, National- und Ständeräten usw.) geführt. Als Transmissionsriemen zur oft grossen Gefolgschaft wurden lokale «Agenten» (Statthalter, Lehrer, Pfarrer, Landjäger usw.)⁴⁵ eingesetzt. Diese Organisationsstruktur liess eine kontinuierliche parteipolitische Arbeit natürlich nicht zu, erlaubte aber immer wieder eine rasche Reaktivierung der «Partei» als politisches Instrument. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts genügten diese Organisationsformen dann offensichtlich nicht mehr. Neben anderen, mehr ideologischen Gründen führte dieses Problem auch im Thurgau zur Gründung von Parteien

36 TT 3.2.1891.

37 Siehe hinten 1.7.1.

38 TT 3.2.1891.

39 TT 4.2.1891.

40 a.a.O.

41 «freisinnig» ist hier wohl im theologischen Sinne zu verstehen. Ob der spätere Parteiführer der Demokraten Emil Hofmann (Theologe, Regierungsrat, Nationalrat) unter diesen Geistlichen war, lässt sich nicht abklären.

42 TT 4.2.1891; in den Vorstand wurden wahrscheinlich die Organisatoren (Koch, Kollbrunner, Deucher, Elliker, Vögelin) gewählt.

43 Zu den Programmen der Dem. Partei des Kantons Thurgau siehe hinten 2.1 bis 2.5.

44 Gruner, Parteien, S. 25–29 und 79–86; Gruner spricht hier vor allem von der freisinnigen Grossfamilie.

45 Der Begriff «Agenten» ist Gruner, a.a.O., entnommen.

im modernen Sinn; d. h. als Vereine organisierte Mitgliederparteien gemäss ZGB oder damals noch gemäss kantonaler Zivilgesetzgebung.

In einem zweiten Schritt wurde der Ausbau nach unten (Lokalorganisation) vorangetrieben und erst zuletzt der Zusammenschluss auf eidgenössischer Ebene gesucht. Der Übergang von der Honoratiorenpartei zur modernen Massen-, Volks- oder Mitgliederpartei war also auf organisatorischer Ebene kein einmaliger Kraftakt, sondern ein oft Jahrzehnte dauernder und zum Teil heute noch nicht abgeschlossener Prozess. Dies galt ganz besonders für die Thurgauer Demokraten; war doch ihre Parteigründung in Wirklichkeit nicht viel mehr als der Versuch, eine «Wahl- und Abstimmungspartei» zu «institutionalisieren» und in der Abgrenzung zu den «Freisinnig-Demokraten» beim Wähler politisches Profil zu gewinnen. Organisatorischen Fragen wurde zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine Beachtung geschenkt. Dies änderte sich auch in den folgenden Jahren kaum. So konnte Martin Vögelin noch im Jahre 1893 im Thurgauer Tagblatt, dem offiziellen Parteiorgan der Demokraten, als Antwort auf einen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung schreiben:

«..., dass ihr (d. h. der Dem. Partei)» zirka 7 Vereine und über 400 Mitglieder angehören, ganz abgesehen von einer Reihe einzelstehender Persönlichkeiten.»⁴⁶

Nicht einmal Vögelin, Mitglied des Gründungskomitees und des Parteivorstandes und Redaktor des Parteiorganes, kannte also die genaue Zahl der Lokalsektionen und der Parteimitglieder. Wahrscheinlich beschrieb er hier so nebenbei und völlig unbewusst die realen Verhältnisse in seiner Partei: Wichtig waren die Persönlichkeiten, die Honoratioren, und nicht eine grössere oder kleinere Zahl von Mitgliedern oder Lokalsektionen.

Die kantonale Parteiführung zeigte in den ersten Jahren also wenig Interesse an der eigentlichen Parteiorganisation und scheint sich auch kaum dafür eingesetzt zu haben. Trotzdem kam es im Laufe der Jahre an vielen Orten zum Zusammenschluss von Demokraten und zur Gründung lokaler Parteien. Auskunft darüber kann man leider nur im Thurgauer Tagblatt finden. Wie genau und umfassend diese Berichterstattung war, lässt sich heute nicht mehr überprüfen. Deshalb ist es auch unmöglich, sämtliche Lokalparteien lückenlos zu erfassen.

Gründungen oder erstmalige Erwähnungen von Lokalparteien im Thurgauer Tagblatt in chronologischer Reihenfolge:⁴⁷

⁴⁶ TT 4.5.1893.

⁴⁷ Lange nicht jede Gründung einer Lokalsektion fand den Weg ins Thurgauer Tagblatt. Oft stösst man erst in ganz anderem Zusammenhang auf eine Lokalsektion; andere dürften überhaupt nie erwähnt worden sein. Im Verzeichnis selber sind die Gründungen mit (G), die erstmaligen Erwähnungen mit (E) vermerkt. Die Namen der einzelnen Sektionen sind den Berichten des Thurgauer Tagblattes entnommen. Aus diesen Berichten ist nicht immer ersichtlich, ob es sich um Orts-, Munizipalgemeinde-, Kreis- oder Bezirkssektionen handelt.

1. März 1891	Demokratischer Verein für <i>Frauenfeld</i> und Umgebung (G) ⁴⁸
8. März 1891	Sektion der volkswirtschaftlich-demokratischen Partei in <i>Aadorf</i> (G) ⁴⁹
Mai 1893	Das Thurgauer Tagblatt berichtet ohne nähere Angaben von sieben Lokalsektionen ⁵⁰
13. Mai 1905	Demokratischer Verein in <i>Weinfelden</i> (G) ⁵¹
1. Oktober 1905	Demokratischer Verein im Bezirk <i>Frauenfeld</i> (G) ⁵²
7. Dezember 1905	Demokratischer Verein <i>Kreuzlingen</i> (E) ⁵³
4. Januar 1906	Volkswirtschaftlicher Verein <i>Arbon</i> (E) ⁵⁴
23. April 1907	Politischer Verein <i>Romanshorn</i> (E) ⁵⁵
29. September 1907	Demokratischer Verein <i>Müllheim</i> (G) ⁵⁶
31. Januar 1909	Demokratischer Gemeinde- und Kreisverein <i>Uttwil</i> (G) ⁵⁷
9. Mai 1909	Demokratischer Verein <i>Kreuzlingen</i> (G?) ⁵⁸
13. Dezember 1909	Ortssektion <i>Egnach</i> (G) ⁵⁹
8. Januar 1912	Demokratische Partei <i>Altnau</i> (E) ⁶⁰
27. Januar 1914	Demokratischer Verein <i>Sulgen</i> (G) ⁶¹
27. April 1915	Kreisverein <i>Thundorf</i> (G) ⁶²
11. Dezember 1915	Demokratischer Verein <i>Diessenhofen</i> (G) ⁶³
29. Juli 1917	Demokratischer Bezirksverband <i>Steckborn</i> (G) ⁶⁴
29. November 1917	Demokratischer Kreisverein <i>Steckborn</i> (G) ⁶⁵

48 TT 3.3.1891.

49 TT 12.3.1891.

50 TT 4.5.1893.

51 TT 14.5.1905; das TT sieht in dieser Gründung eine Antwort auf damals überall neugegründete Sektionen der FDP.

52 TT 3.10.1905; Präsident des 9-köpfigen Vorstandes wurde Stadtammann Ruoff.

53 TT 7.12.1905.

54 TT 4.1.1906; diese Sektion wird erwähnt, weil ein ehemaliger Vorsitzender (Major Bär +) versucht haben soll, die Sektion ins freisinnige Lager zu «lotsen».

55 TT 23.4.1907 und TT 27.4.1907.

56 TT 1.10.1907; 20 eingeschriebene Mitglieder.

57 TT 30.1.1909, TT 2.2.1909 und TT 22.2.1909; 44 Mitglieder.

58 TT 10.5.1909. Es soll sich um eine Ortssektion handeln; Vorsitzender Dr. Deucher, Vorstandsmitglieder Notar Hofmann u. a. Der Zusammenhang mit dem «Demokratischen Verein Kreuzlingen» (oben Anm. 53) ist unklar. Vielleicht war der ersterwähnte ein Kreis- oder Bezirksverein.

59 TT 13.12.1909.

60 TT 8.1.1912.

61 TT 27.1.1914; erstmals erwähnt das TT Unterstützung durch die Kantonalpartei bei einer Gründung; erwähnt werden auch 20 Mitglieder.

62 TT 27.4.1915; Initiant war ein gewisser Hauptmann Schenkel.

63 TT 11.12. und 12.12.1915.

64 TT 31.7.1917; nach diesem Bericht sollen sich 24 Mitglieder eingeschrieben haben; Initiant und erster Präsident war Jean Hanhart – Baldin, Mitglied des kantonalen Parteivorstandes.

65 TT 29.11.1917.

24. März 1919	Demokratischer Verein <i>Erlen</i> (G) ⁶⁶
28. April 1919	Demokratische Partei der Munizipalgemeinde <i>Birwinken</i> (G) ⁶⁷
5. Mai 1919	Demokratischer Verein der Munizipalgemeinde <i>Bussnang</i> (G) ⁶⁸
8. Mai 1919	Demokratischer Verein <i>Thurtal</i> (G) ⁶⁹
12. Mai 1919	Demokratischer Verein <i>Hugelshofen</i> (G) ⁷⁰
26. Mai 1919	Demokratischer Verein der Munizipalgemeinde <i>Amlikon</i> (G) ⁷¹
3. Juni 1919	<i>Neukirch an der Thur</i> (G) ⁷²
15. September 1919	Demokratischer Verein <i>Wigoltingen</i> (G) ⁷³
20. September 1919	Demokratischer Verein der Munizipalgemeinde <i>Zihlschacht</i> (G) ⁷⁴
30. September 1919	Demokratischer Verein <i>Matzingen-Stettfurt-Thundorf</i> (G) ⁷⁵
9. März 1920	Demokratische Bezirkspartei <i>Bischofszell</i> (E) ⁷⁶
10. März 1920	Demokratischer Verein <i>Steckborn</i> (G) ⁷⁷
15. Juni 1920	Demokratische Bezirkspartei <i>Münchwilen</i> (G) ⁷⁸
30. Oktober 1920	Demokratischer Verein <i>Schönenberg-Kradolf</i> (E) ⁷⁹
13. April 1921	Demokratische Partei <i>Aadorf</i> (G) ⁸⁰
9. Februar 1925	Demokratischer Verein <i>Sulgen-Kradolf-Schönenberg</i> (E) ⁸¹
29. November 1926	Demokratische Partei <i>Gachnang</i> (G) ⁸²

66 TT 24.3.1919.

67 TT 28.4.1919.

68 TT 5.5.1919.

69 TT 8.5.1919; Initiant Hptm Schenkel; siehe dazu oben Anm. 62.

70 TT 12.5.1919.

71 TT 26.5.1919.

72 TT 3.6.1919.

73 TT 15.9.1919.

74 TT 20.9.1919.

75 TT 30.9.1919; siehe dazu oben Anm. 69 und Anm. 62.

76 TT 9.3.1920.

77 TT 10.3.1920; siehe oben Anm. 64 und 65; da damals Bezirks- und Kreispartei gegründet worden waren, muss es sich hier um die Munizipalgemeinde Steckborn handeln.

78 TT 15.6.1920.

79 TT 30.10.1920; nach der Berichterstattung im TT muss dieser Verein kurz vorher gegründet worden sein; 40 Mitglieder.

80 TT 13.4.1921; siehe dazu oben Anm. 49; in Aadorf muss schon einmal eine Lokalpartei existiert haben.

81 TT 9.2.1925; siehe dazu oben Anm. 61 und Anm. 79.

82 TT 29.11.1926.

Ein kurzer Blick in diese Liste genügt, um zu sehen, dass die Lokalorganisation der Partei in drei Schüben aufgebaut wurde; nämlich nach der Parteigründung, nach 1905 und nach 1919. Irgendeine Strategie ist aber nicht auszumachen; die drei Gründungswellen scheinen eher Folge als Ausgangspunkt von politischen Aktionen gewesen zu sein.

Wie wir schon gesehen haben, zeigten in den ersten Jahren nicht einmal die Parteiführer ein besonderes Interesse an lokalen Parteiorganisationen.⁸³

Die Gründung nach 1905 (Weinfelden, Frauenfeld, Kreuzlingen, Arbon und Romanshorn) sollen ja eine Reaktion auf freisinnige Parteigründungen gewesen sein⁸⁴ und deckten einmal die wichtigsten Ortschaften des Kantons ab. Neben den freisinnigen Aktivitäten könnte auch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Thurgau den Ausbau der demokratischen Lokalorganisationen mitverursacht haben⁸⁵. Wie weit dann aber die Demokraten in dieser Phase nach 1905 die organisatorische Ausbreitung ihrer Partei zielbewusst vorangetrieben haben, lässt sich heute nicht mehr feststellen.

Die Gründungswelle nach 1919 muss aber vom Organisationswillen der Parteiführung und des Parteivolkes getragen worden sein. Nicht ohne Grund hatten sich doch die Thurgauer Demokraten bereits im Frühjahr 1918 erstmals Parteistatuten gegeben⁸⁶; man wartete und hoffte damals – zu Recht oder zu Unrecht – auf das Proportionalwahlverfahren auf Bundes- wie auf Kantons-ebene. Wahrscheinlich wusste oder ahnte fast jeder Politiker, dass in der damaligen Situation der Proporz besser und schlagkräftiger organisierte Parteien verlangte. Wie sich dann für die Thurgauer Demokraten nach der Einführung dieses Proporztes die erhofften Erfolge nicht einstellten, verschwand auch bald wieder eine grosse Zahl der nach 1919 gegründeten Lokalsektionen. Im Herbst 1929, d. h. zehn Jahre später, gab es dann noch 17 Sektionen, von denen wahrscheinlich fünf lediglich auf dem Papier existierten oder sich in ihrer Zusammenarbeit mit der kantonalen Parteiführung mindestens sehr zurückhielten (Uttwil, Altnau, Tägerwilen, Steckborn und Amriswil).⁸⁷

Von allen diesen Lokalorganisationen überlebte nur gerade die Demokratische Partei von Arbon den Untergang der kantonalen Partei und wurde erst 1972 aufgelöst.⁸⁸

83 Siehe dazu oben Anm. 46 und Anm. 50.

84 Siehe oben Anm. 51.

85 TT 23.10.1906; TAZ 14.10., 20.11.1981 und 17.11.1957; Reichesberg; S. 292, Stichwort «Politische Parteien: Die Parteiverhältnisse in den Kantonen». Die SP TG wurde am 22.10.1906 gegründet.

86 Zu den Statuten siehe hinten 1.6.; auf Grund der Quellenlage müssen dies die ersten Statuten gewesen sein.

87 Original StATG 8'631'0.

88 TZ 20.10.1972

Bestand der lokalen Sektionen.

Sept./Okt. 1929.

Ortschaft: Präsident: Kassier: Mitgl. Stat. Presse: Bericht-
erstatter.

Arbon: G. Dulk. Weiss, Vorarb. 35 ja ca 6 Dulk
S.B.B.

Egnach: H. Baumann H. Baumann 28 ja 17 nein

Salmsach: A. Fstzer: Konrad Kolb. 17 nein 17 Emil Fischer,
Postangest. Gd.rat

Romanshorn: A. Jmhof, Alb. Vollenwei-
Postangest. der, Kondukt. 140 ca ja 140 (Redaktion)
& and.

Uttwil: Jdr. Frane

Altnau: H. Helber, Sch. L.

Kreuzlingen: R. Hofmann, H. Gremli, 82 ja ca 40 Hofmann, Notar,
Notar. Gd.rat Lyman, Gd. ammann.

Tägerwilen: Notar Schwab, Gd.rat

Steckborn: Jak. Schlegel, Emil Lab, 2-3 ? 2 J. Labhart-Honegger,
Strassen-Aufscher hart, Bootb. G. Hausmann, a. Lehrer.
(jetzt hier & da)

Amriswil: Sch. L. Rabin

Sulgen-Kradolf: A. Gamper, Jak. Bissegger, ja 25 A. Gamper, Kradolf,
Schönenberg: Sticker, Sulgen 30 J. Bissegger, Sulgen,
A. Jten, Förster, Befäng.

Bischofszell: Eug. Bosshard, Ernst Naf, ja 20 H. Schnyder, Posthalter
Berkmeister Helvetia 34

Bürglen: H. Kelli, H. K.

Reinfelden: M. Vögelin, J. Keller, 30 ja 30 (Redaktion)
E. Wyman, Geschäftsfüh.

Thurtal: H. Kelli, Stat., H. Kelli, 5 nein 5 Schmid, Posthalter,
verst., Falben Stat. vorst 20 H. Kelli, H. Kelli.

Frauenfeld: H. Baumann, J. Nigeli, 40 ja ? Dr. Keller, Dr. Tanner,
Kurzdorf Schuhm. mstr. H. Baumann

Gachnang: Ad. Hilzinger, Paul Wipf 19 nein 5 Ad. Hilzinger.

Vertrauenspersonen:

Angeregte Neugründungen: Berg: Heiniger, Hotel Bahnhof, Berg
event. Notar Vonasch.

Jslikon-Kefikon: Roggensinger, Gd. ammann, Jslikon.

Anregungen: keine.

1.1.3 Die Gründung der eidgenössischen Partei

Am 19. März 1905 wurde in Rapperswil anlässlich des ersten schweizerischen Demokratentages eine Partei auf eidgenössischer Ebene gegründet.⁸⁹ Die St. Galler Demokraten sollen allerdings bereits 1901 die Gründung einer gesamtschweizerischen Partei angeregt haben.⁹⁰ Wahrscheinlich war damals noch Theodor Curti die treibende Kraft. Nachdem dieser aber 1902 die Schweiz verlassen hatte – er war als Redaktor an die «Frankfurter Zeitung» zurückgekehrt –⁹¹, scheint er an der eigentlichen Gründung nicht mehr beteiligt gewesen zu sein.

An der Tagung von 1905 in Rapperswil nahmen neben den Ostschweizer Demokraten (SG, TG, GL und GR) auch Zürcher, Aargauer, Berner und Basler Demokraten teil.⁹² Der Parteigründung stimmten allerdings nur die Ostschweizer zu; die Nordwestschweizer enthielten sich der Stimme und gingen von da an eigene Wege.⁹³

An der Parteigründung selber müssen die Thurgauer Demokraten nicht ganz unbeteiligt gewesen sein, wurden doch Hofmann, Deucher und Vögelin ins erste Zentralkomitee gewählt.⁹⁴

Während auf kantonaler Ebene die Parteigründung eher einer von vielen Schritten hin zu einer festgefügtten Organisation war⁹⁵, begegnen wir hier auf eidgenössischer Ebene dem Abschluss einer langjährigen Entwicklung, deren Anfänge in die ersten 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgehen, und deren Ausgangspunkt wie bei den Freisinnigen eine Fraktion der Bundesversammlung war.⁹⁶ Schon damals hatten sich einige «linke» Mitglieder der Bundesversammlung aus der freisinnigen «Grossfamilie» im «Hirschenklub», einer lockeren Vereinigung, zusammengeschlossen.⁹⁷ Vertreten waren in diesem «Hirschenklub» nicht nur Demokraten sondern auch Sozialdemokraten. 1896 entstand dann aus dieser lockeren Vereinigung die sozialpolitische Fraktion der Bundesversammlung; immer noch und bis 1911 unter Einschluss der Sozialdemokraten.⁹⁸ Die Demokraten gaben aber damals – übrigens so wenig wie etwa Carl Hilty, der Beobachter eidgenössischer Politik – den Sozialdemokraten grosse Zukunftschancen:

89 TT 21.3.1905; Jahrbuch der Zürcher Freitagszeitung, 1906, S. 57 f., Zürich 1907.

90 TT 19.10.1901.

91 Ammann, J., Theodor Curti, S. 191 f.

92 Siehe oben Anm. 89.

93 a.a.O.

94 a.a.O.

95 Siehe oben 1. 1. 1.

96 Gruner, Parteien, S. 84–86.

97 Reichesberg, S. 285, Stichwort «Polit. Parteien: f) sozialpolitische Gruppe der Bundesversammlung»; nach Ammann, Theodor Curti, S. 125, muss dies 1891 gewesen sein.

98 a.a.O.

«Dieselbe⁹⁹ enthält jedoch auf ihrem linken Flügel Elemente, die möglicher – wenn auch nach unseren jetzigen Ansichten nicht wahrscheinlicher Weise, den Kern einer künftigen sozialistischen Sezession bilden könnten.»¹⁰⁰

Wie wir heute wissen, führte wohl eine Linie vom «Hirschenklub» über die sozialpolitische Fraktion zur Gründung der Demokratischen Partei; eine zweite, politisch bedeutsamere aber hin zum Aufstieg der schweizerischen Sozialdemokratie.

1.2 Aufstieg und Niedergang im Spiegel der Wahlen

Anstoss zur Gründung einer demokratischen Partei im Kanton Thurgau gab eine erfolgreiche Ständeratswahl.¹ Anders als 1905 auf Bundesebene (sozialpolitische Fraktion der Bundesversammlung) gab es im Grossen Rat des Kantons Thurgau 1891 keine «demokratische» Fraktion, welche die Initiative zur Gründung einer Partei hätte ergreifen können. Von einer demokratischen Fraktion in der kantonalen Volksvertretung spricht selbst das Thurgauer Tagblatt erstmals 1905.² Auch für die folgenden Jahre bis zur Einführung des Proporz bleiben Auskünfte über Fraktionen und Fraktionsmitglieder spärlich; dies gilt selbstverständlich nicht nur für das Tagblatt und die Demokraten, sondern auch für andere Parteien und Presseorgane. Auf Grund des vorliegenden Quellenmaterials kann deshalb für den Zeitraum von 1890–1920 die Frage nach den demokratischen Kantonsräten nicht abschliessend beantwortet werden; einfacher zu beantworten ist hingegen die Frage nach demokratischen Regierungs-, National- und Ständeräten. Es scheint auch, vor allem was die Kantonsräte betrifft, dass die Zeitgenossen und selbst das Thurgauer Tagblatt als Parteiorgan in einer ersten Phase, die etwa bis 1905 dauert, keine allzu scharfen parteipolitischen Abgrenzungen vornahmen. Wirklich organisierte und politisch präsente Parteien waren eben doch etwas Neues, und auch die Vorstellung, nicht nur einen Wahlkreis, sondern auch eine Partei zu vertreten, dürfte einigen Kantonsräten noch längere Zeit Mühe bereitet haben. Ähnliches hat übrigens Eduard Joos in seiner Arbeit über «Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen» herausgefunden.³

Einzig brauchbare Quelle für unsere Fragestellung bleibt das Thurgauer Tagblatt; amtliche Dokumente und Publikationen (Amtsblatt, Beamtenetat, Grossratsprotokolle) kennen unter der Herrschaft des Majorz überhaupt keine Parteien.

⁹⁹ Gemeint ist die «radikal-demokratische Fraktion» der Bundesversammlung.

¹⁰⁰ Hilty, C., Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Jg. 6, S. 422, Bern 1891.

¹ Siehe oben 1.1.1 und hinten 1.2.3.

² TT 15.3.1905.

³ Joos, E., Parteien und Presse im Kt. SH, S. 24 f.

Einfacher liegen die Verhältnisse, wie bereits gesagt, bei der thurgauischen Deputation in den eidgenössischen Räten. Dies lässt sich einmal, aber nicht nur, mit der kleinen Zahl der Mandatsträger erklären. National- und Ständeratswahlen waren eben ähnlich wie Regierungsratswahlen politisch bedeutsamer und in ihren Auswirkungen folgenschwerer als Grossratswahlen; denn Ambitionen auf politischen Einfluss, Macht und Ansehen können doch wohl erst in diesen Ämtern voll befriedigt werden.

Ebenso schwierig wie die Zuordnung von Politikern zu einzelnen Parteien und mit ähnlich fragwürdigen Ergebnissen ist die Stärke der Parteien auszumachen; können doch in Majorzwahlen Persönlichkeit des Kandidaten, Wahlbündnisse u.a.m. den Wahlausgang derart beeinflussen, dass kaum mehr Aussagen über die «effektive» Parteienstärke möglich sind.

Kaum aussagekräftiger sind Schätzungen von Zeitgenossen oder gar von Betroffenen. So empörte sich etwa 1911 das Thurgauer Tagblatt über Arbeitersekretär Höppli, der in den Demokraten die schwächste Minderheitspartei des Thurgaus sah (nach Höppli: Katholisch-konservative 4000 «Parteistimmen», Sozialdemokraten 3500 und Demokraten unter 3500). Das Thurgauer Tagblatt setzte natürlich seine eigene Partei mit 5000 «Parteistimmen» auf den ersten Platz, gefolgt von den Katholisch-konservativen (4000) und den Sozialdemokraten (3500).⁴ Höppli wie Tagblatt wären wohl in der Lage gewesen ihre Zahlen zu «belegen»; nur hätten sie damit wahrscheinlich mehr über das Ansehen ihrer Kandidaten als über die numerische Stärke ihrer Parteien ausgesagt. Letztlich können eben darüber nur Proporzwahlen Auskunft geben. Schon damals musste man sich also mit Spekulationen begnügen und auf die ersten Proporzwahlen warten. Diese brachten dann aber im Bund wie im Kanton den Minderheitsparteien nicht die Erfolge, die sich die eine oder andere erhofft haben mag: Gelang es doch keiner, neue Mehrheitspartei zu werden. Die Thurgauer Demokraten hatten diese Hoffnung allerdings schon lange aufgeben müssen. Wahrscheinlich hatte die Zahl ihrer Anhänger bereits Jahre vor Einführung des Proporzverfahrens den Höhepunkt überschritten (1906 Gründung der SP).⁵

1.2.1 Regierungsratswahlen

Mehr als in Grossrats-, Nationalrats- oder Ständeratswahlen spiegelt sich in den Regierungsratswahlen die Geschichte der Thurgauer Demokraten; dies aber nicht nur in den Wahlergebnissen (Stimmenzahlen) und im Zeitraum, den diese Wahlen abdecken, sondern fast noch mehr in der Person des Demokraten Emil Hofmann, der seine Partei lange Jahre in der Regierung vertrat. Gerade an der Person Hofmanns zeigt sich nämlich, wie stark die Demokraten, auch als

4 TT 11.11.1911.

5 Siehe oben 1.1, Anm. 85; die SP des Kts. TG wurde am 22.10.1906 gegründet.

«glühende» Vertreter des Proporzgedankens, auf einzelne Persönlichkeiten angewiesen waren. Die grössten Erfolge – man dürfte fast von den einzigen Erfolgen sprechen – erzielten sie ja auf kantonaler wie eidgenössischer Ebene gerade mit Hofmann.

Dazu kommt, dass auch im politischen System der Schweiz allen Behauptungen zum Trotz der Regierungsbeteiligung eine grosse Bedeutung zukommt; denn Regierungsbeteiligung heisst eben Beteiligung an der Macht.

So gesehen, sagen die Ergebnisse der Regierungswahlen viel mehr über die Geschichte der Thurgauer Demokraten aus, als etwa Grossratswahlen oder gar Lokalwahlen.

Die Wahlen in die eidgenössischen Räte ihrerseits bestätigen dies nur. Neben dem jung verstorbenen Ständerat Deucher steht auch hier eigentlich immer nur Hofmann im Zentrum des Interessens.

Regierungsratswahlen 1890 (März)

Die Regierungsratswahlen vom Frühjahr 1890 wurden vom Thurgauer Tagblatt kaum zur Kenntnis genommen. Sowohl im redaktionellen Teil wie unter den Inseraten ist keine Wahlpropaganda für irgend einen der Kandidaten zu finden. Auch das Wahlergebnis (Namen der Gewählten) wurde kommentarlos abgedruckt.⁶ Die «Demokraten» – eine Partei war ja offiziell noch nicht gegründet – standen also abseits. Bei den Ständeratswahlen ein Jahr zuvor (1889) hatte sich das Thurgauer Tagblatt allerdings vehement für die «demokratischen» Kandidaten Baumann und Koch eingesetzt.⁷ Erklären könnte das Desinteresse an diesen Regierungsratswahlen vielleicht ein Artikel aus dem Jahre 1891 zu einem Arbeitsprogramm der St. Galler Demokraten, die ja schon viel früher als ihre Thurgauer Gesinnungsgenossen zu Amt und Würde gekommen waren.⁸ So meinte das Thurgauer Tagblatt in diesem Artikel, die Demokraten könnten im Thurgau vorläufig nur mit Hilfe von Petitionen, Initiativen und Referenden politisch handeln, weil es noch keine von ihnen portierte und auch gewählte Kantons- und Regierungsräte gebe. Allerdings hätten einige Kantonsräte der «Volkswirtschaftlich-demokratischen Partei» ihr Wohlwollen zugesagt. Dies alles tönt doch ziemlich widersprüchlich; in den Kreisen um die 1889 und 1890 noch zu gründende Partei oder 1891 bereits gegründete Partei scheint doch einiges noch in Bewegung gewesen zu sein.

Regierungsratswahlen 1893 (März)

Mit dem Rücktritt des Freisinnigen Haffter wurde für die Gesamterneuerungswahl 1893 ein Sitz in der Regierung frei. Damals wie heute sind das in der Schweiz die Augenblicke, in denen die parteipolitische Zusammensetzung von Exekutiven verändert werden kann, da ja bisherige Amtsinhaber in Bestäti-

6 TT 26.3.1890.

7 Siehe unten 1.2.3.

8 TT 11.4.1891.

gungswahlen kaum je weggewählt werden. Dies wussten natürlich auch die Thurgauer Demokraten und ihr Organ:

«Die bisherigen Regierungsräthe sind von keiner Seite angefochten, was übrigens ein nutzloses Beginnen wäre, denn es müsste bei uns ein Beamter schon viel gesündigt haben, wenn er bei der Erneuerungswahl nicht mehr zu Gnaden angenommen würde.»⁹

So beschlossen die Vorstände der «Demokratisch-volkswirtschaftlichen Partei» und des kantonalen Grütlivereins in einer gemeinsamen Sitzung Nationalrat Koch als Kandidaten aufzustellen.¹⁰ Unterstützung ausserhalb dieser Gruppierung fand Koch aber keine. Die Konservativen hielten zum freisinnigen Kandidaten Kreis, da ihnen von freisinniger Seite für die nächste Vakanz ein Regierungsratssitz in Aussicht gestellt worden sei.¹¹ In den offiziellen Wahlaufrufen von Partei und Grütliverein werden dann nicht nur der Anspruch der Demokraten auf einen Sitz in der Regierung begründet und der Kandidat Koch gewürdigt, sondern auch gegen die freisinnige Propaganda¹² Stellung genommen:

«... Wir sind der Ansicht, dass es sich in allererster Linie um die Gewinnung eines tüchtigen Mannes für den Regierungsrath handelt, Sache des gesamten Regierungsrathes ist es dann, zu bestimmen, welches Departement das neugewählte Mitglied erhalten soll. ...

Wir erlauben uns nun, den Stimmberechtigten als neues Mitglied der thurgauischen Regierung vorzuschlagen: Herrn Nationalrath Koch in *Frauenfeld*. Wir gehen von der Ansicht aus, dass keine Notwendigkeit vorliegt, das juristische Element im Regierungsrath zu verstärken. Herr Nationalrat Koch vereinigt in sich alle Eigenschaften, die ihn für das wichtige Amt eines Regierungsrathes geeignet machen: er stammt aus dem Volke, ... er hat von der Pike auf gedient und alle von ihm bekleideten Ämter stets zur allgemeinen Zufriedenheit versehen. Herr Koch ist ein Mann von selbständigem Urtheil, reicher praktischer Erfahrung und grosser Arbeitskraft, Pflichttreue und Charakterfestigkeit. Das Thurgauer Volk hat seine Verdienste schon dadurch gewürdigt, dass es ihn im Jahre 1890 als einen seiner Vertreter im Nationalrath nach Bern sandte, wo er stets sein Mandat ehrenvoll ausübte. Durch seine Wahl wird dem Regierungsrath eine tüchtige Kraft zugeführt,

9 TT 18.3.1893.

10 TT 28.2. und 14.3.1893. Die Delegiertenversammlung des kantonalen Grütlivereins billigt das Vorgehen des Vorstandes bezüglich Kandidatur Koch. Die Unterstützung durch den Grütliverein versteht sich eigentlich von selbst, war doch Koch Grütlianer und zu jener Zeit wahrscheinlich sogar Vorstandsmitglied. (Gruner, Bv, 705 f.).

11 TT 9.3.1893.

12 TT 18.3.1893. Die Freisinnigen kämpften vor allem mit dem Argument, für Haffter sei ein Nachfolger des Erziehungswesens zu wählen. Dies war nicht ungeschickt, hatte doch Koch auf diesem Gebiet überhaupt keine Erfahrung vorzuweisen. (Gruner, Bv, 705 f.).

Herrn Koch wäre Gelegenheit geboten, auf verschiedenen Gebieten Neuerungen zum Wohl des gesammten Volkes vorzuschlagen. In Herrn Koch erhielten die demokratisch-volkswirthschaftliche Partei, die im Volke einen starken Anhang besitzt, und die Arbeiterpartei eine Vertretung im Regierungsrathe ...¹³

Koch mag volksverbundener gewesen sein als andere Politiker und sicher trotz mangelhafter Ausbildung eine beachtliche Karriere gemacht haben; wichtiger in diesem Aufruf dürfte aber die Tatsache sein, dass Koch auch als Vertreter einer Arbeiterpartei – gemeint ist hier natürlich der Grütliverein – kandidierte. Was das Wort «Arbeiter» hier auch alles bedeutet haben mag, so verweist es eben doch auf die Veränderungen in der politischen Landschaft und im politischen Selbstverständnis von Wählern und Gewählten.

Als Vertreter einer Minderheitspartei hatte Koch allerdings ohne Unterstützung der anderen Minderheitspartei, d. h. der Konservativen, keine Chancen gewählt zu werden. So erstaunt es dann nicht, dass er seinen Gegner nur gerade im Bezirk Arbon schlagen konnte.¹⁴ Nach dem Thurgauer Tagblatt ist der Erfolg in diesem Bezirk nur mit dem verhältnismässig hohen Anteil von Arbeitern an der Gesamtbevölkerung zu erklären.¹⁵ Wahrscheinlich ohne es selber zu realisieren, hat hier das Tagblatt auf eine Schwachstelle demokratischer Politik hingewiesen. Die Demokraten waren nämlich nicht nur auf die Unterstützung der Konservativen, sondern ebenso sehr auf die der Arbeiterschaft angewiesen.

Regierungsrats-Ersatzwahl 1895 (Juli)

Als im Sommer 1895 der freisinnige Regierungsrat Vogler im Amt starb, lösten die Freisinnigen ihr Versprechen von 1893 ein und unterstützten den konservativen Kandidaten Wild.¹⁶ Für die Demokraten kandidierte erstmals Pfarrer Dr. Emil Hofmann aus Stettfurt. Interessanterweise begründeten die Demokraten diese Kandidatur nicht nur mit der Grösse und damit einem «Anspruch» ihrer Partei, sondern ähnlich wie 1893 die Freisinnigen die Kandidatur Kreis. So legten diesmal die Demokraten Gewicht auf die akademische Ausbildung Hofmanns (Theologe und promovierter Nationalökonom) und das freigewordene Departement (Finanzen und Wirtschaft).¹⁷ Gewählt wurde aber Wild.

13 TT 15.3.1893.

14 TT 21.3.1893.

15 a.a.O.

16 TT 7.7., 14.7. und 16.7.1895.

17 TT 16.7.1895.

Regierungsratswahlen 1896 (März)

Die fünf Amtsinhaber wurden kampflos wiedergewählt. Die Demokraten meldeten nur ihren Anspruch auf einen später freiwerdenden Sitz an.¹⁸

Regierungsrats-Ersatzwahl 1897 (November)

Als Ersatz für den verstorbenen Häberlin portierten die Freisinnigen Ober-richter Albert Böhi.¹⁹ Die Demokraten nahmen an der Ausmarchung nicht teil, weil Hofmann auf eine erneute Kandidatur verzichtete und andere Kandidaten nicht zur Verfügung standen.²⁰ Das Tagblatt meinte dazu, Hofmann habe gegen Böhi nicht verheizt werden wollen.²¹

Regierungsratswahlen 1899 (März)

Die Demokraten empfahlen unter Wahrung ihres Anspruchs bei einer all-fälligen Vakanz die fünf Bisherigen zur Wiederwahl.²²

Regierungsratswahlen 1902 (März)

Zu diesen Erneuerungswahlen nahmen die Demokraten ähnlich Stellung wie 1899. Allerdings empfahlen sie diesmal, dem freisinnigen Böhi die Stimme nicht zu geben.²³

Regierungsratswahlen 1905 (März)

Als der freisinnige Braun 1905 auf eine Wiederwahl verzichtete, waren die Freisinnigen und auch die Konservativen bereit, eine demokratische Kandidatur Hofmann zu unterstützen.²⁴ So schaffte dann Hofmann neun Jahre nach seinem ersten Versuch den Sprung in den Regierungsrat erwartungsgemäss.²⁵ Grossmut allein dürfte die Freisinnigen kaum zur Unterstützung des demokratischen Kandidaten bewogen haben; ob aber die Behauptung des Tagblattes

«... Durch Kampf ist unsere Partei zur heutigen imposanten Stärke gelangt, dass ihrem Begehren auf eine Vertretung in der obersten Exekutive entsprochen werden muss, denn jeder Widerstand gegen die demokratische Regierungsratskandidatur wäre angesichts der Volksstimmung land auf und land ab nutzlos ...»²⁶

so ganz den Tatsachen entsprach, bleibe dahingestellt.

18 TT 14.3.1896.

19 TT 31.10.1897.

20 TT 2.11.1897.

21 TT 4.11.1897.

22 TT 18.3.1899.

23 TT 14./15.3.1902.

24 TT 7.3.1905.

25 TT 14.3.1905.

26 TT 7.3.1905.

Regierungsrats-Ersatzwahl 1907 (Januar)

Mehr Auskunft über die effektive Stärke der Thurgauer Parteien in jener Zeit als die Wahlen von 1905 dürfte die Ersatzwahl vom Januar 1907 geben. Unterstützt von den Konservativen²⁷, dem Grütliverein²⁸ und den Sozialdemokraten²⁹ erreichte der Demokrat Deucher 11'083 Stimmen gegen 11'528 des Freisinnigen Aepli; dieser überschritt mit seinem Ergebnis das absolute Mehr nur gerade um 153 Stimmen.³⁰ Um ihren Kandidaten «durchzupauken», mussten die Freisinnigen allerdings ihre Propaganda mit massiver Demagogie «würzen».³¹ Als Fazit bleibt aber, dass die Freisinnigen auch gegen profilierte Gegner – Deucher war doch Bundesratssohn, Staatsanwalt und ein Jahr später Ständerat – etwa die Hälfte der Wähler für sich zu mobilisieren wussten. Die freisinnige Vormachtsstellung konnten die Minderheitsparteien nur gemeinsam und nur unter günstigen Voraussetzungen gefährden.

Regierungsratswahlen 1908 (März)

Deucher lehnte eine erneute Kandidatur ab, obwohl auch die anderen Minderheitsparteien bereit gewesen wären, ihn zu unterstützen.³² Mit dem besten Ergebnis wiedergewählt wurde der Demokrat Hofmann.³³

Regierungsratswahlen 1911 (März)

Von der Presse kaum beachtet und von niemandem bestritten, wurden die fünf Amtsinhaber wiedergewählt.

Regierungsratswahlen 1914 (März)

Die Wahlen von 1914 hätten wohl so wenig Wogen aufgeworfen wie die von 1911 und 1908, wenn nicht einer der freisinnigen Regierungsräte, nämlich Aepli, in den Zusammenbruch der Hypothekenbank verwickelt gewesen wäre.³⁴ Als die Demokraten diesem die Unterstützung für die Wiederwahl entzogen, weigerten sich die Freisinnigen ihrerseits, den Demokraten Hofmann zu unterstützen.³⁵ Auswirkungen auf das Wahlergebnis hatte dieser «Sturm im Wasserglas» aber kaum.

27 TT 15.1.1907.

28 TT 11.1.1907.

29 a.a.O.

30 TT 21.1.1907.

31 TT 18./19./21.3.1907; so bezeichneten die Freisinnigen das Zusammengehen der Minderheitsparteien als «rot-schwarze Allianz» und die Konfession (katholisch) Deuchers reichte immer noch aus, um die Jesuitengefahr an die Wand zu malen.

32 TT 7.3.1908.

33 TT 16.3.1908.

34 TT 9.3.1914 und 14.3.1914.

35 TT 12.3.1914.

Regierungsrats-Ersatzwahl 1916 (April)

Als 1916 der nicht parteigebundene Regierungsrat Schmid starb, versuchten die Freisinnigen mit dem Frauenfelder Juristen Halter die Mehrheit in der kantonalen Exekutive zurückzuerobern.³⁶ Um dies zu verhindern, portierten die Minderheitsparteien (Demokraten, Konservative und Sozialdemokraten) den parteipolitisch unabhängigen Juristen Meyer aus Weinfelden.³⁷ Dieser schlug dann seinen freisinnigen Gegner deutlich mit 13'926 gegen 8560 Stimmen.³⁸

Regierungsratswahlen 1917 (Februar)

Ausser der Sozialdemokratischen Partei, die leer einzulegen empfahl, unterstützten alle Parteien die Bisherigen, welche dann auch alle wiedergewählt wurden.³⁹

Regierungsrats-Ersatzwahl 1919 (Februar)

Für diese Ersatzwahl hatten die Demokraten Stimmfreigabe beschlossen; gewählt wurde Altwegg, Kandidat der Jungfreisinnigen und Freisinnigen.⁴⁰

Regierungsratswahlen 1920 (März)

Alle bisherigen Regierungsmitglieder wurden kampflos wiedergewählt. Der Demokrat Hofmann erzielte wieder einmal das beste Ergebnis.⁴¹

Regierungsratswahlen 1923 (März)

Die Demokraten unterstützen alle fünf Bisherigen, auch den von den Freisinnigen bekämpften Wiesli (Konservativ). Für Hofmann und seine Partei waren auch diese Wahlen ein Erfolg, denn auch diesmal erzielte er das beste Resultat.⁴² Ganz sicher lagen aber die Ursachen dieser Erfolge mehr bei der Popularität Hofmanns als bei der Stärke seiner Partei.

Regierungsratswahlen 1926 (März)

Wie in den vorangegangenen Erneuerungswahlen erhielt Hofmann wieder am meisten Stimmen.⁴³

Regierungsrats-Ersatzwahl vom 24. April 1927 für den verstorbenen Demokraten Hofmann.

Die Ersatzwahl für den im Amt verstorbenen Hofmann zeigte noch einmal, wie sehr dessen Erfolge in den vorangegangenen 22 Jahren Folge seines persönlichen Ansehens gewesen waren. Nicht vergessen sollte man auch die Unterstützung, die ihm die anderen Minderheitsparteien (Konservative und Sozial-

36 TT 10.4.1916.

37 TT 10./12./13./14.4.1916.

38 TT 17.4.1916.

39 TT 7.2.1917.

40 TT 15.3.1919.

41 TT 22.3.1920.

42 TT 8.3.1923; der konservative Wiesli blieb im ersten Wahlgang unter dem absoluten Mehr.

43 TT 15.3.1926.

demokraten) immer hatten zukommen lassen. Die Demokraten wären wohl nie in der Lage gewesen, allein einen auch noch so qualifizierten Kandidaten in den Regierungsrat zu bringen.⁴⁴

Als nun auch die Sozialdemokraten Anspruch auf den freigewordenen Sitz erhoben und mit Arbeitersekretär Höppli einen eigenen Kandidaten ins Rennen schickten,⁴⁵ sahen die Freisinnigen die Chance gekommen, für sich und ihre Weggefährten (Bauern) einen vierten Sitz in der Regierung zu erobern.⁴⁶ Deren Kandidat Freyenmuth aus Frauenfeld hatte dann, wie man es eigentlich erwarten konnte, keine grossen Schwierigkeiten, sowohl den Sozialdemokraten Höppli wie den Demokraten Keller⁴⁷ zu schlagen (Freyenmuth 12'575 Stimmen, Höppli 5677, Keller 4152).⁴⁸

Vergleicht man dieses Ergebnis mit der Ersatzwahl von 1907⁴⁹, als die Demokraten mit ihrem Kandidaten Deucher nur knapp einen zweiten Regierungssitz verfehlt hatten, so sieht man, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen traditioneller Mehrheitspartei (Freisinnige und Bauern) und traditionellen Minderheitsparteien (Konservative⁵⁰, Demokraten und Sozialdemokraten) in diesen 22 Jahren kaum verändert hatte. Das Thurgauer Tagblatt sah dann auch in seinem Kommentar zu diesem für die Freisinnigen doch sehr erfolgreichen Wahlausgang vor allem eine «Beerdigung der Minderheitspolitik», wenn es auch zugeben musste, dass die Demokraten z.B. in Kreuzlingen, aber auch an anderen Orten massiv Stimmen verloren hatten.⁵¹ Die gegnerischen Behauptungen im Wahlkampf, die Demokraten seien eine «tote Partei», wies das Tagblatt natürlich weit von sich.⁵² Wie recht aber ihre Gegner hatten, zeigte sich bald einmal; denn die Demokraten sollten diese Niederlage nur um wenige Jahre überleben. Zu den Gründen nur dies:⁵³ Die entscheidende politische Trennungslinie verlief eben 1927 auch im Thurgau nicht mehr zwischen Mehrheitspartei (Freisinnige) und Minderheitsparteien (Konservative, Demokraten, Sozialdemokraten usw.), sondern zwischen bürgerlichen und nicht-bürgerlichen Parteien. Die Demokraten, die sich beidseits dieser traditionellen, aber von der Realität überholten Grenze angesiedelt glaubten, hatten wohl wenig Chancen, die damalige Neuorientierung der politischen Freundschaften und Gegnerschaften zu überleben. Hinzu kommt, und das zeigt uns gerade das Beispiel Hofmanns besonders deutlich, dass die Demokraten als Partei viel mehr

44 Die Ergebnisse der Grossratswahlen nach 1920 (Proporz) belegen dies dann klar und deutlich.

45 TT 17.3., 11.4. und 19.4.1927.

46 a.a.O.

47 TT 11.4. und 20.4.1927.

48 TT 25.4.1927.

49 Siehe oben, S. 33.

50 Die Konservativen unterstützten keinen der drei Kandidaten; siehe dazu TT 11.4.1927.

51 TT 25.4.1927.

52 TT 20.4. und 25.4.1927.

53 Näheres dazu siehe hinten 1.5.

als andere Parteien auf das Ansehen und die Ausstrahlungskraft ihrer Repräsentanten angewiesen waren. Ihre Erfolge lassen sich ganz sicher weniger auf den Rückhalt der Partei beim Wähler zurückführen als auf das Verdienst tüchtiger und auch populärer Politiker.

1.2.2 Grossratswahlen

Bis zur Einführung des Proporztes gilt für Grossratswahlen ähnliches wie für Regierungsratswahlen. Auch hier geben die Wahlergebnisse oft mehr Auskunft über das Ansehen der einzelnen Kandidaten als über den in Zahlen zu erfassenden Rückhalt ihrer Parteien in der Wählerschaft.

In amtlichen Akten (Amtsblatt, Beamtenetat, Grossratsprotokoll) finden wir unter der Herrschaft des Majorz nie Vertreter von Parteien, sondern nur Repräsentanten von Wahlkreisen.⁵⁴ Ebenso «unbekannt» waren damals Fraktionen. Wenn das Thurgauer Tagblatt 1905 von einer demokratischen Fraktion spricht, dann war diese Fraktion mindestens zu diesem Zeitpunkt eine «privatrechtliche» Angelegenheit demokratischer Kantonsräte und hatte höchstens informellen Charakter.⁵⁵

Daneben nahm man es anscheinend damals bis zur Einführung des Proporz mit der parteipolitischen Zuordnung einzelner Grossräte nicht allzu genau. Nicht einmal im Tagblatt, dem offiziellen Organ der Demokraten, sind vor 1920 Angaben über sämtliche demokratischen Kantonsräte zu finden.

Wahrscheinlich spiegelt dies alles nur die damalige politische Realität: Es mag wohl Kantonsräte gegeben haben, die als eindeutige Parteivertreter gewählt wurden; daneben dürfte aber auch eine ganze Anzahl verhältnismässig unabhängiger Volksvertreter auf Grund eigener Verdienste gewählt worden sein.

So gesehen kann die Frage nach den Demokraten im Grossen Rat oder deren Fraktion für den Zeitraum vor 1920 nicht beantwortet werden. Wir kennen wohl einige demokratische Kantonsräte, aber nicht alle. Ähnliches gilt dann eben auch für Ämter und Funktionen im Grossen Rat (Präsident, Büro usw.).

Amtsperiode 1890–1893⁵⁶

Nach dem Thurgauer Tagblatt sollen 1891 einige Grossräte der neugegründeten «Volkswirtschaftlich-demokratischen Partei» ihr «Wohlwollen» zuge-

54 Genau genommen kennt man in der Schweiz, etwa im Gegensatz zu Deutschland oder Frankreich, auf eidgenössischer wie auf kantonaler Ebene auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe noch heute keine Parteien. Faktisch bewirkte aber die Institutionalisierung der Fraktionen, die ja keine Ausschüsse von Parteien, sondern Zusammenschlüsse von Parlamentariern sind, eine Art Anerkennung und Einbindung der Parteien in die staatlichen Institutionen.

55 TT 15.3.1905.

56 Nachwahlen und Ämter und Funktionen im Grossen Rat werden im Rahmen der Amtsperiode aufgeführt.

sagt haben.⁵⁷ Wer das allerdings gewesen sein könnte, lässt sich nicht mehr feststellen; sicher ist nur, dass keiner der uns bekannten Parteigründer zum Zeitpunkt der Gründung Mitglied des Grossen Rates war.

Amtsperiode 1893–1896⁵⁸

Von den drei demokratischen Kandidaten, Koch in Frauenfeld (dem gescheiterten Regierungsratskandidaten vom März des gleichen Jahres und Nationalrat), Deucher in Kreuzlingen (dem Sohn von Bundesrat Deucher und späteren Ständerat) und Vögelin in Weinfelden, wurde nur gerade Deucher gewählt⁵⁹. Koch und Vögelin mussten ziemliche Schlappen einstecken. Vögelin erklärte seine Niederlage mit lokalpolitischen Streitigkeiten und nicht mit der Stärke bzw. Schwäche seiner Partei. In Frauenfeld waren allerdings nach seiner Meinung die Demokraten zu schwach, um selber einen Kandidaten durchzubringen.⁶⁰ Deuchers Erfolg war ganz sicher dessen eigenes Verdienst. Er wurde dann auch noch gleich zum zweiten Sekretär des Grossen Rats gewählt.⁶¹

Als im September 1895 im Kreis Frauenfeld für den zum Regierungsrat aufgerückten Wild eine Ersatzwahl stattfand, kandidierte Koch von neuem; gewählt wurde er aber auch diesmal nicht.⁶²

Amtsperiode 1896–1899⁶³

Als Partei traten die Demokraten bei diesem Wahlgang nicht einmal im eigenen Parteiorgan in Erscheinung. Sogar der Wahlauf Ruf für den erneut erfolglos kandidierenden Koch in Frauenfeld wurde weder von der Partei publiziert noch von ihr unterschrieben.⁶⁴ Das Thurgauer Tagblatt begründete diese «Resignation» in einem Kommentar zum Wahlausgang mit der Unmöglichkeit, bisherige Kantonsräte zu «sprengen».⁶⁵ Gewählt wurden folgende demokratische Kandidaten: Deucher in Kreuzlingen, Gerichtspräsident Elliker in Weinfelden und Arbeitersekretär Karl Günther in Arbon;⁶⁶ neben diesen sollen auch noch einige Sympathisanten der Demokraten gewählt worden sein:

«Die Parteien sind im Grossen Rat allerdings nicht scharf getrennt, aber immerhin existiert ein grosser Unterschied zwischen den einzelnen Mitgliedern im Bezug auf ihre Stellungnahme zur Sozialreform. Es sitzen eine schöne

57 TT 11.4.1891.

58 Die Erneuerungswahl fand am 24.4.1893 statt.

59 Zu den Kandidaten siehe TT 18.–23.4.1893.

60 Zu den Ergebnissen siehe TT 25.4.1893.

61 TT 25.5.1893; Bericht über die Grossratssitzung vom 23.5.1893.

62 TT 22.9.1895; gewählt wurde der Freisinnige Rogg.

63 Die Erneuerungswahl fand am 19.4.1896 statt.

64 TT 14.4.1896.

65 TT 21.4.1896.

66 a.a.O. und TT 22.4.1896.

Zahl wirklicher Demokraten im Grossen Rat, die nach vorwärts drängen und hoffentlich das Gros mitziehen.»⁶⁷

1897 kandidierte Elliker bei der Neubestellung des Büros als zweiter Sekretär und unterlag erst im 5. Wahlgang.⁶⁸ Ein Jahr darauf wurde er dann aber problemlos ins Büro gewählt.⁶⁹

Amtsperiode 1899–1902⁷⁰

Auch in den Erneuerungswahlen von 1899 traten die Demokraten als Partei kaum in Erscheinung. Für den Kandidaten Hofmann, den späteren Regierungs- und Nationalrat, wurde nur gerade von der Arbeiterunion Frauenfeld geworben, die allerdings auch andere Kandidaten, sogar freisinnige unterstützte.⁷¹ Nach dem Tagblatt soll die demokratische Abordnung im Grossen Rat aus dieser Wahl gestärkt ins kantonale Parlament zurückgekehrt sein. Neben den drei Bisherigen, Deucher, Elliker und Günther, war nämlich auch Hofmann gewählt worden.⁷² Das Tagblatt zählte dann auch den Frauenfelder Gemeindeammann Ruoff zu den demokratischen Kantonsräten.⁷³ Dies zusammen ergäbe dann die fünfköpfige demokratische Deputation, von der das Tagblatt ein Jahr später in einem Kommentar zu einer Motion Hofmann bezüglich Einführung des proportionalen Wahlverfahrens spricht.⁷⁴ Damit hätten wir nun erstmals eine ziemlich zuverlässige Aufzählung⁷⁵ von demokratischen Kantonsräten; mindestens von denen, die sich voll mit der Partei identifizierten. Es mag aber durchaus noch den einen oder anderen Sympathisanten gegeben haben.

Amtsperiode 1902–1905⁷⁶

Nach dem Wahlgang kehrte die demokratische Abordnung, wie das Tagblatt vorausgesehen hatte, unverändert in den Grossen Rat zurück.⁷⁷ Veränderungen kündigten sich im Zusammenhang mit diesen Wahlen hingegen auf einer anderen Ebene an; hatten doch die Grütlianer an ihrer Delegiertenversammlung im März des gleichen Jahres beschlossen, der Sozialdemokratischen Partei⁷⁸ beizutreten und für die Wahlen eigene Kandidaten aufzustellen.⁷⁹ Für den Augen-

⁶⁷ a.a.O.

⁶⁸ TT 26./29.5.1897; Bericht über die Grossratssitzung vom 24.5.1897.

⁶⁹ TT 25.5.1898; Bericht über die Grossratssitzung vom 23.5.1898.

⁷⁰ Erneuerungswahlen vom 16.4.1899.

⁷¹ TT 15./16.4.1899.

⁷² TT 18.4.1899.

⁷³ a.a.O.

⁷⁴ TT 3.10. und 10.10.1900.

⁷⁵ Deucher, Kreuzlingen; Elliker, Weinfelden; Günther, Arbon; Hofmann, Frauenfeld; Ruoff, Frauenfeld.

⁷⁶ Erneuerungswahlen vom 13.4.1902.

⁷⁷ TT 10.4.1902.

⁷⁸ Gegründet wurde dann die SP erst am 22.10.1906; siehe dazu oben 1.1.2, Anm. 85.

⁷⁹ TT 26.3.1902.

blick mochte dies nur deklamatorischen Wert haben; die Sozialdemokraten hatten ja im Thurgau noch nicht einmal eine Partei gegründet. Bedenkt man aber die enge Zusammenarbeit und auch die personelle Verflechtung zwischen Demokraten und Grütlianern bis zu diesem Zeitpunkt, so war dieser Beschluss der Grütlianer schon das erste Anzeichen einer politischen Flurbereinigung auf der «Linken», die erst 1927 mit der Ersatzwahl für den verstorbenen demokratische Regierungsrat Emil Hofmann ihren Abschluss finden sollte. Die Freisinnigen hätten 1927 doch wohl erheblich grössere Schwierigkeiten gehabt, diese Wahlen zu gewinnen, wenn sich Demokraten und Sozialdemokraten nicht gegenseitig bekämpft hätten.⁸⁰

1904 gelang es den Demokraten bei einer Nachwahl zwei weitere Mandate zu erobern. So wurde im Januar jenes Jahres Pfarrer Etter in Arbon zum Notar und Kantonsrat gewählt⁸¹ und im Dezember Robert Keller in Frauenfeld zum Kantonsrat.⁸²

Amtsperiode 1905–1908⁸³

Alle bisherigen und erneut kandidierenden demokratischen Kantonsräte (Deucher in Kreuzlingen, Elliker in Weinfelden, Etter und Günther in Arbon und Ruoff und Keller in Frauenfeld) wurden im Amt bestätigt.⁸⁴ Den Sitz von Regierungsrat Hofmann in Frauenfeld konnten die Demokraten nicht verteidigen; dafür eroberten sie im Gegenzug mit Friedensrichter Meier in Märstetten ein Mandat.⁸⁵

Wie weit der von einer Vertrauensmännerversammlung der Arbeiterschaft in Arbon portierte Hungerbühler den Demokraten zugerechnet werden darf, kann nicht schlüssig beantwortet werden,⁸⁶ wenn er auch später einmal in einem Bericht des Tagblattes zu den Demokraten gezählt wird.⁸⁷

Sicher hatte also zu Beginn der Amtsperiode 1905–1908 die demokratische Fraktion sieben Mitglieder, wenn nicht sogar deren acht.

Amtsperiode 1908–1911⁸⁸

Die Erneuerungswahlen 1908 fanden eigentlich überall unter dem Zeichen der Verständigung und Absprache zwischen Demokraten und Freisinnigen statt. So unterstützten in Weinfelden Freisinnige und Demokraten gegenseitig ihre Kandidaten; bei den Freisinnigen Bornhauser und Hebting und bei den

80 Zur Ersatzwahl für RR Hofmann siehe oben 1.2.1 (Regierungsrats-Ersatzwahl vom 24. April 1927).

81 TT 9.1. und 12.1.1904.

82 TT 3.12. und 6.12.1904.

83 Erneuerungswahlen vom 16.4.1905.

84 TT 18.4.1905.

85 a.a.O.

86 TT 6.4., 11.4. und 18.4.1905.

87 TT 23.5.1907; Bericht über die Grossratssitzung vom 22. Mai 1907; Motion Hungerbühler betreffend Einrichtung einer Kantonalbankfiliale in Arbon.

88 Erneuerungswahl vom 5.4.1908.

Demokraten Redaktor Martin Vögelin als Nachfolger für den erkrankten Elliker.⁸⁹ In Romanshorn überliessen die Freisinnigen den Demokraten freiwillig einen Sitz und akzeptierten auch deren Kandidaten, Gemeinderat Schoop, der eigentlich Sozialdemokrat war.⁹⁰ Dafür überliessen die Demokraten den Freisinnigen in Arbon ein Mandat.⁹¹ Immer nach dem Tagblatt wurden so neben den sieben Bisherigen vier neue Demokraten in den Grossen Rat gewählt, insgesamt also 11 demokratische Kantonsräte.⁹²

Ähnlich wie in der Bundesversammlung musste man wohl auch hier besser von einer sozialpolitischen Gruppe als von einer demokratischen Fraktion sprechen; waren doch von diesen elf Kantonsräten zwei ganz sicher Sozialdemokraten (Schoop⁹³ und Oberhänsli⁹⁴) und einer (Hungerbühler⁹⁵) scheint irgendwo zwischen den beiden Parteien zu Hause gewesen zu sein.

Besser hätten die Wahlen von 1908 für die Demokraten kaum verlaufen können. In 15 Jahren (1893–1908) war es ihnen gelungen, ihre Grossratsdeputation von einem (1893 Deucher in Kreuzlingen) auf acht bis neun Demokraten und zwei bis drei Sozialdemokraten zu vergrössern.

Schon drei Monate später sollten die Demokraten aber wieder einen dieser Sitze «verlieren». Kampflos überliessen sie nämlich in Arbon den Sitz des zurückgetretenen Etter den Konservativen.

Als anfangs 1910 der amtsälteste demokratische Kantonsrat, Ständerat und Staatsanwalt Deucher starb, konnten die Demokraten diesen Sitz mit Notar Reinhard Hofmann verteidigen.⁹⁶

Im gleichen Jahr konnten sie dann noch in Romanshorn mit Gemeindeamman Etter den Freisinnigen in einer Kampfwahl ein Mandat entreissen.⁹⁷

Amtsperiode 1911–1914⁹⁸

Zwei Demokraten und ein Sozialdemokrat stellten sich nicht zur Wiederwahl.⁹⁹ Die Demokraten verzichteten zugunsten der Sozialdemokraten auf eigene Kandidaten. Jene konnten allerdings nur den Frauenfelder Sitz verteidigen.

89 TT 26.3.1908; Elliker verstarb im September 1909, siehe dazu TT 19.4.1909.

90 TT 31.3.1908 und 17.5.1910.

91 TT 3.4.1908.

92 Bisherige demokratische Mitglieder des Grossen Rates: Günther, Etter und Hungerbühler in Arbon, Deucher in Kreuzlingen, Meier in Märstetten und Keller und Ruoff in Frauenfeld. Neugewählte demokratische Mitglieder: Oberhänsli in Arbon, Schoop in Romanshorn, Vögelin in Weinfelden und Ulmer in Steckborn.

93 TT 17.5.1910.

94 TT 22.3.1911.

95 Siehe oben Amtsperiode 1905–1911.

96 Gruner, Bv, S. 695.

97 TT 21./23.5.1910.

98 Erneuerungswahl vom 2. April 1911.

99 TT 22.3. und 30./31.3.1911.

gen.¹⁰⁰ In den Wahlkommentaren des Tagblattes ist dann von 7 demokratischen Kantonsräten die Rede; Namen erwähnt es aber bei dieser Gelegenheit keine.¹⁰¹

In der Amtsperiode 1911–1914 gelang auch erstmals einem Demokraten der Sprung ins Grossratspräsidium.¹⁰² Am 26. Mai 1913 wurde der demokratische Arboner Vertreter Günther zum Vizepräsidenten gewählt.¹⁰³ Als Stimmzähler wurde dieser von Stadtammann Huber aus Diessenhofen ersetzt, der hier vom Tagblatt erstmals zu den Demokraten gerechnet wurde.¹⁰⁴ Dabei sass Huber schon seit 1908 im Grossen Rat!¹⁰⁵

Amtsperiode 1914–1917¹⁰⁶

Obwohl diese Wahlen nur einen Monat nach umstrittenen und von hitzigen Debatten begleiteten Bestätigungswahlen für den Regierungsrat stattfanden¹⁰⁷, führten sie zu keinen grossen politischen Auseinandersetzungen. Im grossen und ganzen waren es – wie immer – reine Bestätigungswahlen, deren Ausgang eigentlich schon am Vorabend des Wahltages mehr oder weniger feststand. Für die Demokraten kam es nur gerade in Sulgen zu einem grösseren Wahlkampf, wo es ihnen auch gelang, ein weiteres Mandat zu erobern.¹⁰⁸ Mit diesem Gewinn dürfte die demokratische Grossratsfraktion auf acht Mitglieder angewachsen sein.¹⁰⁹

Wie vorgesehen und politische Bräuche respektierend, wurde dann im gleichen Frühjahr Karl Günther aus Arbon zum Präsidenten des Grossen Rates gewählt.¹¹⁰ Damit hatte im Thurgau endlich ein Demokrat das «höchste» Amt erreicht, das sein Heimatkanton zu vergeben hatte.

100 TT 3.4.1911.

101 TT 6.4.1911; wahrscheinlich waren folgende Kantonsräte Mitglieder der demokratischen Fraktion: Günther und Hungerbühler aus Arbon, Hofmann aus Kreuzlingen, Vögelin aus Weinfelden, Meier aus Märstetten, Ruoff aus Frauenfeld und Etter aus Romanshorn; Huber aus Diessenhofen dürfte in diesem Moment noch nicht dazugehört haben, zwei Jahre später aber sicher (zu Huber siehe auch unten Anm. 104).

102 Bis anhin hatte es ja immer nur zum Stimmzähler oder zum Sekretär gereicht.

103 TT 27.5.1913.

104 a.a.O.

105 Siehe dazu hinten 1.7.4.

106 Erneuerungswahlen vom 29. März 1914.

107 Siehe oben 1.2.1 (Regierungsratswahlen von 1914).

108 TT 27.4.1914; gewählt wurde im 2. Wahlgang Albert Gamper, Bahnbeamter in Sulgen.

109 a.a.O. Mitglieder waren wohl: Günther und Hungerbühler aus Arbon, Hofmann aus Kreuzlingen, Vögelin aus Weinfelden, Ruoff aus Frauenfeld, Etter aus Romanshorn, Huber aus Diessenhofen und neu Gamper aus Sulgen.

110 TT 26.5.1914.

Amtsperiode 1917–1920¹¹¹

Auch die letzten Majorzwahlen brachten weder für die Demokraten noch für die anderen Parteien grosse Veränderungen.¹¹² Beachtenswert sind aber die in Arbon und Romanshorn stattfindenden Wahlkämpfe zwischen Demokraten und Sozialdemokraten¹¹³, denn mindestens in dieser offenen Form war dies vorher nie geschehen. Die Zeichen der Zeit galten eben auch für die Thurgauer Demokraten und Sozialdemokraten, wenn auch diese selbst es vielleicht nicht einmal merkten.

Für die Amtsperiode 1917–1920 finden wir im Tagblatt erstmals nähere Angaben zur demokratischen Grossratsfraktion; wie in den drei vorangegangenen Jahren waren Vögelin Präsident und Etter Aktuar.¹¹⁴ Ueberhaupt scheinen in dieser Amtsperiode die Arbeit der Fraktion und auch die Fraktion selber bedeutend besser organisiert gewesen zu sein als in all den vielen Jahren bis 1917. So publizierte die Fraktion 1920 erstmals einen Tätigkeitsbericht, in dem wir – auch erstmals – ein mehr oder weniger zuverlässiges Verzeichnis der Fraktionsmitglieder vorfinden.¹¹⁵

Amtsperiode 1920–1923¹¹⁶

Die Einführung des Verhältniswahlrechtes brachte auch im Thurgau einen viel leidenschaftlicher und intensiver geführten Wahlkampf, als man das von früheren Majorzwahlen her gewöhnt war. So druckten z.B. Thurgauer Tagblatt und Thurgauer Zeitung, die Parteiorgane der Demokraten und Freisinnigen, keine Wahlaufrufe gegnerischer Parteien ab; dies war vorher nicht einmal bei umstrittenen Regierungsratswahlen geschehen.¹¹⁷

Die Demokraten glaubten in diesen Wahlen «die Stunde der Wahrheit» ausgemacht zu haben; die wahre Stärke bzw. Schwäche der Mehrheitspartei und der Minderheitsparteien sollte sich nun zeigen.¹¹⁸ Eigentlich hätten sie aber, wie übrigens auch die Sozialdemokraten, gewarnt sein sollen; denn bereits die Na-

111 Erneuerungswahlen vom 25. Februar 1917.

112 TT 26.2.1917; der Sitz von Huber in Diessenhofen geht für die Demokraten verloren; dafür können sie mit Redaktor Tung in Romanshorn ein Mandat gewinnen.

113 Bis anhin waren ja Demokraten und Sozialdemokraten fast immer gemeinsam oder wenigstens ihre Ansprüche gegenseitig anerkennend in den Wahlkampf gezogen.

114 TT 22.5.1917.

115 TT 17.4.1920; zur Fraktion gehörten gemäss diesem Bericht: Redaktor Vögelin, Weinfelden, Gemeindeammann Etter, Romanshorn, Oberrichter Hofmann, Kreuzlingen, alt Gemeindeammann Ruoff, Frauenfeld, Gemeindeammann Günther, Arbon, Hungerbühler, Arbon (bis anfangs 1920), J. Reutimann, Arbon (ab anfangs 1920), (zu Hungerbühler und Reutimann siehe auch TT 12. 1. 1920), Lehrer Lang, Stettfurt (seit Frühjahr 1919), Gamper, Bahnbeamter, Sulgen, Redaktor Tung; Romanshorn, der ehemalige Sozialdemokrat Schoop, Romanshorn.

116 Erneuerungswahlen vom 25. April 1920. Offizielle Wahlpublikationen und -ergebnisse in: Amtsblatt 1920, S. 413, 632 ff., 509 f.

117 TT 21.4.1920.

118 TT 21./22./23./24.4.1920.

tionalratswahlen von 1919 hatten die erhofften Erfolge nicht gebracht.¹¹⁹ Den Freisinnigen (zusammen mit den Bauern) gelang es nämlich auch in diesen Wahlen, wenn auch nur mit Hilfe der Konservativen¹²⁰ und des Proporzglückes, mit 72 von 131 Mandaten (ca. 55 %) im Grossen Rat weiterhin die absolute Mehrheit zu stellen; im Vergleich zu den letzten Majorzwahlen war das eigentlich ein Erfolg; hatten diese doch damit nur wenige Mandate verloren (ca. 10 %; 1917 81 von 124 Grossratssitzen).¹²¹ Die Demokraten vergrösserten ihre Deputation von 9 oder 10 Mitgliedern auf 14 und erreichten auf kantonaler Ebene 12,4 % der Stimmen. Von den anderen Parteien erhielten: Konservative 24 Sitze (bisher 23) und 17,3 % der Stimmen; Sozialdemokraten 19 Sitze (bisher 8) und 17 % der Stimmen; zwei Sitze gingen an freie bürgerliche Listen; die Arboner Grütlianer konnten kein Mandat mehr erringen.¹²²

Die «Linke»¹²³, die seit dreissig Jahren für die Einführung des Proporz gekämpft hatte, konnte ihre Sitzzahl fast verdoppeln und damit einen grossen Erfolg erringen. Nur gab es in Wirklichkeit diese «Linke» schon lange nicht mehr, und ihr Hauptziel, die Beendigung der freisinnigen Vorherrschaft, hatte sie auch verfehlt. Von da her gesehen waren die Freisinnigen in Koalition mit den Bauern die Wahlsieger; sie waren und blieben Mehrheitspartei. Daran konnte niemand rütteln, schon gar nicht die Demokraten.

119 Siehe hinten 1.2.3 (Nationalratswahlen 1919); in den ersten Proporzahlen für den Nationalrat hatten im Thurgau Freisinnige und Bauern zusammen ca. 50 % der Stimmen erhalten, die Demokraten ca. 14% und die Sozialdemokraten ca. 17%.

120 Amtsblatt, a.a.O.; TT 29.4.1920; Freisinnige/Bauern waren untereinander und mit den Konservativen wie folgt verbunden:

- Listenverbindung «Freisinnige – Konservative» in Arbon, keine eigene Bauernliste,
- Listenverbindung «Freisinnige – Konservative – Bauern» in Bischofszell,
- gemeinsame Liste «Freisinnige – Konservative – Bauern» in Diessenhofen,
- gemeinsame Liste «Freisinnige – Konservative – Bauern» in Steckborn,
- gemeinsame Liste «Freisinnige – Bauern» in Arbon, Frauenfeld, Kreuzlingen, Münchwilen.

Die Bauern hatten also nur gerade in Bischofszell eigene Kandidaten aufgestellt (auf eigener Liste).

121 a.a.O.

122 a.a.O.

123 d. h. Demokraten und Sozialdemokraten.

Die Wahlen veränderten dann aber vor allem das Gesicht der demokratischen Grossratsfraktion.¹²⁴ Nur fünf Bisherigen gelang der Sprung ins erste Proporzparlament.¹²⁵ Drei Kantonsräte wurden nicht wiedergewählt¹²⁶ und zwei verzichteten auf eine erneute Kandidatur.¹²⁷ Von den drei nicht wiedergewählten Kandidaten verfehlten zwei ihr Ziel nur knapp, einer deutlicher.¹²⁸ Die demokratische Fraktion bestand also zu zwei Dritteln aus parlamentarischen Neulingen.

Die Wahlergebnisse selber zeigen, dass auch die demokratischen Wähler von der Möglichkeit, Listen zu verändern (streichen, kumulieren, panaschieren), regen Gebrauch machten; dabei aber ziemlich diszipliniert für ihre Partei stimmten. Anders oder nur mit dem Ansehen der demokratischen Spitzenkandidaten wären die Panaschiergewinne der Demokraten ja nicht zu erklären.¹²⁹

Die Amtsperiode 1920–1923 war dann für die demokratische Grossratsfraktion ziemlich erfolgreich, wurde doch 1922 mit Martin Vögelin zum zweiten und letzten Mal ein Demokrat zum Präsidenten des Grossen Rates gewählt.¹³⁰

Während der Amtsperiode traten drei Demokraten aus dem Grossen Rat zurück und wurden, wie vom Proportionalwahlverfahren vorgesehen, ersetzt.¹³¹

124 Amtsblatt a.a.O.; TT 29. 4. 1920;

Fraktionsliste (nach Bezirken):

- Arbon: Deutsch, Gottfried, Romanshorn (neu),
Annasohn, Walter, Uttwil (neu),
Günther, Karl, Arbon,
Düssli, Alfred, Romanshorn (neu),
Tung, Enrico, Romanshorn (bisher),
- Bischofszell: Gamper, Albert, Sulgen (bisher),
Kriesi-Hofmann, Bischofszell (neu),
- Diessenhofen: Hanhart, Jean, Diessenhofen (neu),
- Frauenfeld: Schenkel, Heinrich, Wellenberg (neu),
- Kreuzlingen: Hofmann, Reinhard, Kreuzlingen (bisher),
Müller-Sauter, O., Ermatingen (neu),
Diethelm, Sekundarlehrer, Althaus (neu),
- Weinfelden: Vögelin, Martin, Weinfelden (bisher),
Schaad, Heinrich, Weinfelden (neu).

125 Bisherige und wiedergewählte demokratische Kantonsräte siehe oben Anm. 124.

126 Nicht wiedergewählt wurden: Etter (Romanshorn), Reutimann (Arbon), Lang (Stettfurt); siehe dazu oben Anm. 124.

127 a.a.O.; auf eine Kandidatur verzichtet haben: Ruoff (Frauenfeld) und Schoop (Romanshorn).

128 Amtsblatt a.a.O.; Bezirk Frauenfeld: 19 Sitze, Demokraten 1 Sitz; das beste Ergebnis (676 Stimmen) erzielte Schenkel, der auf Listenplatz 5/6 kandidiert hatte; der bisherige Lang, Listenplatz 1/2, kam auf 635 Stimmen.

Bezirk Arbon: 27 Sitze, Demokraten 5 Sitze; nicht gewählt: Reutimann, Listenplatz 21/22, und Etter, Listenplatz 12/13, erzielten 1913 bzw. 1777 Stimmen; auf Platz 5 wurde mit 1953 Stimmen Tung, Listenplatz 25/26, gewählt.

129 a.a.O.

130 TT 24.5.1921; Wahl zum Vizepräsidenten; TT 27.5.1922; Wahl zum Präsidenten.

131 TT 11.8.1920; TT 13.11.1920; Etter für den zurücktretenden Tung (Arbon); TT 11.3.1922; Wartenweiler für Schaad (Weinfelden); TT 22.9.1922; Haag für Hanhart (Diessenhofen).

Amtsperiode 1923–1926¹³²

1923 waren 136 Kantonsräte (bisher 131) zu wählen. Die Erhöhung der Mitgliederzahl und die Mandatsverschiebungen zwischen den Bezirken hatten auf das Wahlergebnis der Demokraten keine Auswirkungen;¹³³ Gewinne und Verluste hatten andere Ursachen. Auch in der Zusammensetzung der Fraktion gab es kaum Mutationen; ein bisheriger Kantonsrat verzichtete auf die Wiederwahl¹³⁴ und ein anderer wurde nicht wiedergewählt.¹³⁵

Verluste mussten die Demokraten in Diessenhofen und Kreuzlingen in Kauf nehmen, wo sie je einen Sitz verloren.¹³⁶ Dafür konnten sie in Münchwilen einen Gewinn verbuchen, wo sie 1920 nicht einmal kandidiert hatten.¹³⁷ Der Kreuzlinger Verlust dürfte für die Demokraten ziemlich schmerzhaft gewesen sein; hatten sie doch hier immer überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt. Dazu kommt, dass in Kreuzlingen 1923 ja ein zusätzliches Mandat zu vergeben war. Hier in Kreuzlingen profitierten die Freisinnigen¹³⁸ und in Diessenhofen der Bürgerblock (einzige bürgerliche Liste)¹³⁹ von den Verlusten der Demokraten. Interessanterweise ging aber der demokratische Erfolg in Münchwilen zu Lasten der Freisinnigen.¹⁴⁰ Auf kantonaler Ebene glichen sich Gewinne und Verluste der Demokraten nahezu aus.¹⁴¹

Nach dem Tätigkeitsbericht der demokratischen Grossratsfraktion für die Amtsperiode 1923–1926 trat in diesen drei Jahren kein demokratischer Kantonsrat zurück.¹⁴²

132 Amtsblatt 1923, S. 313, 367 ff.

133 Sitzverschiebungen in und zwischen den Bezirken (in Klammern neue Sitzzahl): Arbon – 1 (26), Bischofszell + 1 (17), Diessenhofen (4), Frauenfeld + 1 (20), Kreuzlingen + 1 (18), Münchwilen + 1 (20), Steckborn + 1 (14), Weinfelden + 1 (17).

134 Amtsblatt, a.a.O.; TT 6.4.1923; Müller-Sauter, Ermatingen.

135 Amtsblatt, a.a.O.; Staatsanwalt Robert Keller anstelle von Schenkel.

136 Amtsblatt 1920, S. 513 f.; die 1923 in Diessenhofen und Kreuzlingen verlorenen Mandate waren 1920 Restmandate.

137 Amtsblatt 1923, a.a.O.; in Münchwilen errangen die Demokraten ein volles Mandat.

138 Kreuzlingen 1920: Dem. 17 %, Freis. und Bauern 59,4 %; Kreuzlingen 1923: Dem. 13,9 %, Freis. und Bauern 62,1 %; die KK konnte leichte Gewinne (0,8 %) verbuchen; die SP musste leichte Verluste (0,3 %) hinnehmen.

139 Der dem. Stimmenanteil ging von 18,2 % auf 8,1 % zurück; die SP stieg von 18,0 % auf 18,3 % und der Bürgerblock von 63,8 % auf 73,7 %.

140 Siehe oben Anm. 137.

141 Amtsblatt, a.a.O.; 1920 erzielten die Demokraten auf kantonaler Ebene 60'108 von 485'405 Listenstimmen; 1923 61'203 von 491'155.

142 TT 31.3.1926.

Amtsperiode 1926–1929¹⁴³

Auch für die Periode 1926–1929 nahm die Zahl der Kantonsräte leicht zu (von 136 auf 140).¹⁴⁴ Das Interessanteste an den ganzen Wahlen dürfte in der Rückschau der Wahlkampf sein. Mindestens für die Demokraten war das fast nur noch ein Kampf zwischen Demokraten und Sozialdemokraten.¹⁴⁵ Dies sollte sich ja ein Jahr später bei der Ersatzwahl für Hofmann, den einzigen demokratischen Regierungsrat, fortsetzen und mit den Grossratswahlen von 1928 seinen Abschluss finden: Die Demokraten waren einfach zu schwach oder zu bürgerlich, um sich zwischen der politischen Linken und Rechten zu behaupten. 1926 hatte diese Auseinandersetzung allerdings noch keinen Einfluss auf das Wahlergebnis, mit dem die Demokraten, von heute aus gesehen, mehr als zufrieden sein konnten. Auf kantonaler Ebene ging ihr Stimmenanteil um weniger als ein halbes Prozent zurück.¹⁴⁶ Die Sozialdemokraten konnten wohl ihren Stimmenanteil verbessern, aber auf Kosten der Konservativen und freier bürgerlicher Listen und nicht der Demokraten. Davon weicht nur das Steckborner Resultat ab, wo die Demokraten keine Liste mehr aufstellten. Hier konnten nämlich die Sozialdemokraten das ganze demokratische Wählerpotential übernehmen; auf den Kanton übertragen hatten allerdings diese 1897 Listenstimmen oder 135 «Wähler» keine Bedeutung.¹⁴⁷

Von den bisherigen Mitgliedern der demokratischen Fraktion kehrten alle bis auf zwei in den neuen Grossen Rat zurück.¹⁴⁸ Für die Amtsperiode 1926–1929 wählte die Fraktion den Romanshornener Deutsch zum Präsidenten; Vögelin, der die Fraktion in den vorangegangenen 14 Jahren präsiert haben soll, übernahm das Vizepräsidium, und Imhof, Romanshorn, wurde Aktuar.¹⁴⁹

Trotz des im grossen und ganzen recht ordentlichen Wahlausganges gerieten die Demokraten in den folgenden Jahren im Grossen Rat immer mehr in die Isolation.¹⁵⁰ So wurde etwa 1927 nicht der Demokrat Deutsch zum Vizepräsi-

143 Amtsblatt 1926, s. 359–374 und 423–455; TT 31.3. und 1./3./7.4.1926.

144 Sitzverschiebungen in und zwischen den Bezirken (in Klammern neue Sitzzahl): Arbon – 1 (25), Bischofszell + 2 (19), Diessenhofen + 1 (5), Frauenfeld + 1 (21), Kreuzlingen (18), Münchwilen (20), Weinfelden + 1 (18). In Steckborn (14) kandidierten die Demokraten nicht mehr.

145 TT 7.4.1926.

146 Amtsblatt 1926, a.a.O.; in den grösseren Bezirken gab es für die Demokraten nur gerade in Frauenfeld (+ 1,3 %) und in Münchwilen (– 1,1 %) Verschiebungen von über einem Prozent; nur in Steckborn, wo sie keine Liste mehr aufstellten, verloren sie bedeutend mehr (– 5,1 %).

147 Amtsblatt 1923, a.a.O.

148 Amtsblatt 1926, a.a.O.; Etter, Romanshorn, hatte auf eine Wiederwahl verzichtet und wurde von August Imhof ersetzt; im Bezirk Kreuzlingen wurde der bisherige Diethelm von Konrad Frauenfelder, Tägerwilen, auf Platz 3 verdrängt.

149 TT 25.5.1926; mindestens 1922/23, während seines Präsidialjahres, war Vögelin nicht Fraktionspräsident; siehe dazu oben Anm. 130.

150 Die Differenzen zur Sozialdemokratie hatten sich ja schon im Wahlkampf gezeigt; im Grossen Rat arbeiteten die bürgerlichen Parteien, d.h. KK und FDP immer enger zusammen.

dentem gewählt, wie es eigentlich turnusgemäss vorgesehen gewesen wäre, sondern ein Konservativer.¹⁵¹ Ebenso wenig wurde im Jahre darauf Vögelin bei einer unerwarteten Vakanz im Präsidium zum Vizepräsidenten gewählt.¹⁵²

Amtsperiode 1929–1932¹⁵³

Mit den Erneuerungswahlen von 1929 begann sich der Niedergang der Demokraten auch in den Wahlergebnissen für den Grossen Rat niederzuschlagen.¹⁵⁴ Diesmal mussten sie massive Stimm- und Sitzverluste hinnehmen. So ging ihre Deputation im Grossen Rat von 13 auf 10 Sitze zurück, und ihr Stimmenanteil auf kantonaler Ebene fiel von 12,1 % auf 8,9 %. 1926 hatten die Demokraten bis auf Steckborn ja noch in allen Bezirken Listen aufgestellt; nun verzichteten sie auch in Münchwilen und Diessenhofen auf eigene Listen.¹⁵⁵ Dabei ging natürlich der Münchwiler Sitz verloren.¹⁵⁶ Neben Münchwilen trugen vor allem die Ergebnisse von Arbon (1 Sitzverlust), Bischofszell und Weinfelden (1 Sitzverlust) zum kantonalen Ergebnis bei.¹⁵⁷

In den Bezirken Arbon, Bischofszell, Diessenhofen und Weinfelden profitierten in erster Linie die Sozialdemokraten von den demokratischen Verlusten; in den übrigen Bezirken alle Parteien mehr oder weniger gleichmässig.¹⁵⁸

Die demokratische Fraktion kehrte aber nicht nur reduziert, sondern auch zur Hälfte mit neuen Leuten in den Grossen Rat zurück.¹⁵⁹ Die Folgen der

151 TT 28.5.1927.

152 TT 1.11.1928.

153 Amtsblatt 1929, S. 325 f.; der Grosse Rat hatte 1929 neu 143 (bisher 140) Sitze; die Bezirke Arbon, Bischofszell und Kreuzlingen gewannen je einen Sitz.

154 Die ersten Anzeichen waren wohl die verlorene Ersatzwahl für den Regierungsrat 1927 und die Nationalratswahlen von 1928 gewesen, aber auch die «Ausgrenzung» der Demokraten im Grossen Rat in der Amtsperiode 1926–1929 (siehe oben Anm. 151 und 152) zeigte, wie sehr ihre Position erschüttert war.

155 Amtsblatt 1929, a.a.O.

156 a.a.O.; der Demokrat Walder (bisher) wurde neu auf der Liste der Evangelischen Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Partei in den Grossen Rat gewählt.

157 Amtsblatt 1929, a.a.O.; Ergebnisse in % nach Bezirken (in Klammer Ergebnisse von 1929):

Arbon:	14,9% (20,5%)
Bischofszell:	11,1% (14,5%)
Münchwilen:	0 % (5,2%)
Weinfelden:	9,6% (13,8%)
(Diessenhofen:	0 % (11,3 %) zu wenig Stimmberechtigte, um das kantonale Ergebnis gross beeinflussen zu können).

158 Amtsblatt 1929, a.a.O.

159 Amtsblatt 1929, a.a.O. In Arbon hatte Günther auf eine Wiederwahl verzichtet, Deutsch und Imhof wurden nicht wiedergewählt; an deren Stelle wurden die Arboner Widmer und Reutimann gewählt. Im Bezirk Bischofszell wurde der zurückgetretene Kriesi durch Alfred Althaus, Bischofszell ersetzt. Im Bezirk Kreuzlingen verzichtete Hofmann auf eine Wiederwahl und Frauenfelder wurde nicht wiedergewählt; gewählt wurden Johannes Lymann, Gemeindeamman in Kreuzlingen, und Emil Müller, Schiffmeister in Kreuzlingen.

Wahlverluste bekamen die Demokraten im Grossen Rat dann auch schnell zu spüren. In unerwartet vertrauter Gemeinsamkeit wählten Sozialdemokraten, Freisinnige und Konservative den demokratischen Stimmenzähler Gamper weg; nicht viel besser erging es Oberrichter Hofmann, der als Verwaltungsratsmitglied des kantonalen Elektrizitätswerkes über die Klinge springen musste.¹⁶⁰

Demokrat zu sein, lohnte sich offensichtlich nicht mehr. Dies, wahrscheinlich mehr als die Wahlniederlage selber, hatte dann auch sehr schnell seine Auswirkungen auf den inneren Zustand der Partei. So sollen nach dem Tagblatt schon kurz nach den Wahlen die ersten Austritte von Parteimitgliedern erfolgt sein; sogar ein demokratischer Kantonsrat soll die Partei verlassen und die Fraktion gewechselt haben.¹⁶¹

Grossratswahlen nach 1932

1932¹⁶² beteiligten sich die Demokraten nur noch im Bezirk Arbon an den Grossratswahlen. Dabei konnten sie drei der bisherigen 4 Mandate verteidigen.¹⁶³ In den übrigen Bezirken wurden keine demokratischen Listen mehr aufgestellt. Ob das nun das Ergebnis «lichtscheuer Machenschaften» von «Partei-verrättern» und «Überläufern» war, wie das Tagblatt behauptete,¹⁶⁴ bleibe dahingestellt; auffällig ist aber schon, wie viele ehemalige Demokraten gute Plätze auf bürgerlichen Listen fanden¹⁶⁵ und dann auch noch gewählt wurden.¹⁶⁶ Erst in den Erneuerungswahlen von 1935 und nur dieses einzige Mal suchte ein ehemaliger Demokrat Anschluss nach links, als in Kreuzlingen Diethelm auf der Liste der «Partei gegen Preis- und Lohnabbau und für gerechte Wirtschaftsförderung» kandidierte, einer Liste, die mit der sozialdemokratischen verbunden war.¹⁶⁷ Als Demokrat wurde 1935 nur noch ein einziger, nämlich Düssli in Arbon gewählt.¹⁶⁸ Düssli konnte diesen Sitz auch in den nächsten drei Erneue-

160 TT 25./26. 5. und 1.6.1929.

161 TT 25.4.1929; wahrscheinlich meint das TT hier den Bischofszeller Kantonsrat Althaus, der dann 1932 auch auf der freisinnigen Liste Unterschlupf fand.

162 Amtsblatt 1932, S. 283 f.

163 a.a.O.; gewählt wurden Widmer, Annasohn und Düssli.

164 TT 9.4.1932.

165 Freisinnige, BGB usw., kein einziger kandidierte bei der KK.

166 Bischofszell: Alfred Althaus wurde auf der freisinnigen Liste gewählt.

Kreuzlingen: Johannes Lymann und Schiffsmeister Müller wurden bei den Freisinnigen gewählt; Konrad Frauenfelder und Grenzwachmeister Müller erreichten gute Ersatzplätze bei den «Freien Bauern und Bürgern».

Münchwilen: Rudolf Bosshard und Adolf Walder wurden wie 1929 auf der Liste der BGB gewählt.

Weinfelden: Emil Merki wurde 1. Ersatzmann auf der Liste «Freisinnige, BGB und Bürger aller Stände».

167 Amtsblatt 1935, S. 321–351.

168 a.a.O.

rungrwahlen für sich verteidigen; 1938 allerdings auf der Liste der «Schweizerischen Bauernheimatbewegung» (Jungbauern) und 1941 auf der Liste der «Schweizerischen Heimatbewegung» (Jungbauern, Demokraten, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende).¹⁶⁹ 1944 war er dann wieder auf einer eignen demokratischen Liste erfolgreich.¹⁷⁰ In der Amtsperiode 1947–1950 hatten dann zuerst Jakob Annasohn, nach seinem Rücktritt 1948 Wilfried Schneider und nach dessen Demission 1949 Ernst Wendel diesen letzten demokratischen Sitz inne.¹⁷¹ Von 1950–1953 vertrat Ernst Wendel und ab 1953–1974 wieder Wilfried Schneider die Arboner Demokraten, der allerdings 1972 als Kandidat der Evangelischen Volkspartei gewählt wurde.¹⁷²

1.2.3 National- und Ständeratswahlen

Ständerats-Ersatzwahl 1889 (Januar und Februar)

Wie wir bereits gesehen haben,¹⁷³ führte der Wahlkampf für den «Demokraten» Baumann und dessen Wahlerfolg schlussendlich zur Gründung einer demokratischen Partei.¹⁷⁴ Wie weit dies alles von «Freisinnigen»¹⁷⁵ provoziert wurde,¹⁷⁶ lässt sich heute nicht mehr feststellen und ist in Wirklichkeit auch belanglos. Die «freisinnige» Kandidatur Leumann muss allerdings auf das Tagblatt und auf verschiedene Demokraten wie ein rotes Tuch gewirkt haben. Leumann war für diese Kreise der Kandidat des «Systems», «Kriegsoberst», «Grossindustrieller», Bank- und Eisenbahnverwaltungsrat» u.a.m.¹⁷⁷ Wo, wann und wie dann allerdings diese «Demokraten», die sich ja noch immer zu den Freisinnigen zählten, ihre beiden Kandidaten Johann Ulrich Baumann und Josef Anton Koch nominierten, ist nicht mehr auszumachen. Bei der Kandidatenauswahl dürfte das Vorgehen dieser «Demokraten» nicht sehr viel demokratischer als das der «Freisinnigen» gewesen sein. Letztlich war der Kreis der Einflussreichen bei beiden Gruppierungen sehr klein. Der Wahlerfolg Baumanns gab dann allerdings den zukünftigen Demokraten recht. Unzufrieden waren also nicht nur politische «Führer», sondern auch ein Teil der Wählerschaft.

169 Amtsblatt 1938, S. 313–343 und 1941, S. 455–489.

170 Amtsblatt 1944, S. 373–409.

171 StATG, Regierungsratsbeschluss (RRB) 20.5.1948, Nr. 984 und RRB 5.7.1949, Nr. 1218; Amtsblatt 1947, S. 362–397 und 1949, S. 479 (Ergänzungswahl).

172 StATG, RRB 10.7.1974, Nr. 1335 (Demission Schneiders); Amtsblatt 1965, S. 267–310. 1965 und 1968 bildeten die Demokraten und die EVP eine gemeinsame Liste.

173 Siehe oben 1.1.1.

174 Der Erfolg des «Demokraten» Baumann dürfte wohl auch die Gründung der FDP beschleunigt, wenn nicht sogar ausgelöst haben.

175 TT 1.1.1889; mit diesen «Freisinnigen» meinte das TT jene 46 Delegierten, von denen dann noch 36 aus dem Bezirk Frauenfeld gekommen sein sollen, welche die beiden freisinnigen Kandidaten Leumann und Fehr aufgestellt hatten.

176 a.a.O.

177 TT 11./12./13.1.1889.

Die Wahl selber wurde erst im dritten Wahlgang entschieden. Überraschend war der Sieg Baumanns in diesem dritten Wahlgang sicher, hatte doch Leumann im ersten deutlich geführt und im zweiten das absolute Mehr nur um vier Stimmen verfehlt.¹⁷⁸

Der Erfolg Baumanns löste dann in der ganzen Schweizer Presse ein lebhaftes Echo aus.¹⁷⁹ Je nach politischer Heimat glaubte man in diesem Wahlausgang mehr das Ergebnis politischer Unzufriedenheit oder eher den persönlichen Erfolg Baumanns entdeckt zu haben. Das Thurgauer Tagblatt, das sich bereits als Sprachrohr der Demokraten verstand, sah darin in erster Linie den «parteipolitischen» Aspekt; d.h. einen Sieg der Demokraten und eine erste Niederlage der Freisinnigen,¹⁸⁰ wie es mit einem historischen Vergleich zu verstehen gab:

«Und war auch der Wahltag für die Liberalen *kein Waterloo*, so hat er doch für sie die Bedeutung, den die beiden bösen Tage von *Aspern* und *Essling* für Napoleon gehabt haben.»¹⁸¹

Erneuerungswahlen 1890 (Oktober)

In einem Wahlvorschlag der «demokratischen» Partei wurde Josef Anton Koch als Kandidat portiert.¹⁸² Koch wurde vom Thurgauer Volk gegen einen von konservativer und liberaler Seite unterstützten Katholisch-konservativen gewählt.¹⁸³ Ein Wahlkampf fand kaum statt. Wer hinter dieser sogenannten «demokratischen» Partei stand, die nur gerade in diesem Zeitungsaufwurf in Erscheinung trat, lässt sich nur erahnen; wahrscheinlich die gleichen Leute, die drei Monate später die Demokratisch-volkswirtschaftliche Partei gründeten. Allzu aktiv waren diese Leute im Spätherbst 1890 aber noch nicht. Dies beweist nicht nur der Wahlkampf für Koch, sondern auch die Reaktion auf den Rücktritt von Ständerat Baumann im Oktober 1890.¹⁸⁴ Als dieser «Demokrat» nach nur gut einjähriger Zugehörigkeit zum Ständerat aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste, regte sich niemand, weder das Thurgauer Tagblatt noch irgendwelche «Demokraten».

Erneuerungswahlen 1893 (Oktober)

Da von keiner Seite einer der Kandidaten bekämpft wurde, konnten alle mit einer sicheren Wiederwahl rechnen. So fand dann diese Wahl in der Presse auch kaum Beachtung.¹⁸⁵

178 Betr. die Wahlergebnisse siehe vorn 1.1 (Anm. 18).

179 TT 17.2.1889; zum Wahlausgang übernahm das TT eine Presserundschau des Winterthurer Landboten.

180 «Freisinnige» und «Demokraten» hier noch nicht im Sinne von Parteien, sondern loser Gruppierungen politisch Gleichgesinnter.

181 TT 20.2.1889.

182 TT 25.10. und 26.10.1890.

183 TT 27.10. und 28.10.1890.

184 Gruner, Bv, S. 694.

185 TT 28.10. und 29.10.1893.

Nationalrats-Ersatzwahl 1896 (Januar)

Nach der Wahl des Thurgauers Bachmann ins Bundesgericht standen sich der Freisinnige Germann (Staatsanwalt), der Konservative von Streng (Gerichtspräsident) und der Demokrat Kollbrunner (alt Staatsschreiber) gegenüber.¹⁸⁶ Kollbrunner war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Thurgau wohnhaft und arbeitete in Zürich als Redaktor.¹⁸⁷ Unterstützung fand dieser noch beim thurgauischen Grütliverein.¹⁸⁸ Im Wahlkampf stand das Thurgauer Tagblatt allen Parteien offen, wenn es auch selber klar gegen die Freisinnigen, deren Kandidaten und deren Parteiorgan (Thurgauer Zeitung) Stellung bezog.¹⁸⁹ Nach den ersten Meldungen aus dem Wahlbüro hatte der freisinnige Kandidat Germann das absolute Mehr knapp erreicht;¹⁹⁰ eine Nachzählung der Stimmen ergab dann allerdings einen kleinen Fehlbetrag für den Freisinnigen.¹⁹¹ Wahlchancen hatten aber seine Gegner keine; dies galt für den ersten wie für den zweiten Wahlgang.¹⁹²

Erneuerungswahlen 1896 (Oktober)

Wie in den 93er Wahlen waren auch diesmal sämtliche Kandidaturen unbestritten. So wurden alle thurgauischen National- und Ständeräte und damit auch der Demokrat Koch ohne vorangehenden Wahlkampf wiedergewählt.¹⁹³ Im Dezember des gleichen Jahres gehörte dann Koch neben den St. Gallern Curti und Scherrer-Füllemann zu den Gründern der sozialpolitischen Gruppe der Bundesversammlung.¹⁹⁴

Nationalrats-Ersatzwahlen 1897 (November) und 1898 (August)

Alle Wahlen von 1889–1896 zeigen uns, dass Demokraten nur mit der Unterstützung anderer Gruppierungen und nur gegen umstrittene freisinnige Kandidaten Wahlchancen hatten. Majorzwahlen folgen eben ihren eigenen Gesetzen; dies gilt so gut für Nationalratswahlen wie für kantonale Wahlen (Regierungsrat, Grossrat). Die Mehrheitsgruppierung (d.h. die «Freisinnigen») konnte, wenn sie wollte, im Thurgau ausser in katholischen Gebieten fast jede Wahl gewinnen. Deshalb kam es auch nur höchst selten zu eigentlichen Wahlkämpfen. Welcher Kandidat lässt sich denn schon gerne «verheizen»!

War der Anspruch einer Partei mehr oder weniger ausgewiesen und der Kandidat angesehen, wie etwa Regierungsrat Egloff in der Nachwahl im No-

186 TT 28.1., 31.1., 2.2. und 4.2.1896.

187 TT 4.2.1896.

188 a.a.O.

189 TT 4. – 8.2.1896.

190 TT 11.2.1896.

191 TT 14.2.1896.

192 TT 25./26.2.1896; Germann kam im 2. Wahlgang auf 12'215, Kollbrunner auf 4016 und von Streng auf 2577 Stimmen.

193 TT 24.10.1896.

194 TT 13./18.12.1896; Gruner, Bv. S. 548, 582 und 705.

vember 1897, dann verzichteten auch die Demokraten noch so gerne auf aussichtslose Kandidaturen und sinnlose Wahlkämpfe.¹⁹⁵ Um so energischer nahmen sie aber den Kampf auf, als die Freisinnigen ihnen im August 1898 mit Oberst Heitz aus Münchwilen den Sitz des verstorbenen Demokraten Koch¹⁹⁶ streitig machten.¹⁹⁷ Auf Vorschlag des Parteivorstandes¹⁹⁸ wählte am 21. August eine Parteiversammlung in Weinfelden Dr. Emil Hofmann, Pfarrer in Stettfurt, zum demokratischen Kandidaten.^{199a} Für Hofmann standen die Wahlchancen nicht schlecht. So hatte etwa der landwirtschaftliche Verein des Kantons Thurgau mit Oberst Fehr aus Ittingen einen eigenen Kandidaten aufgestellt.^{199b} Damit hatte der freisinnige Kandidat im eigenen politischen Umfeld einen ernstzunehmenden Gegner gefunden. Mit Gerichtspräsident von Streng aus Sirnach beteiligten sich auch die Katholisch-Konservativen an dieser Wahl.²⁰⁰ Nach einem intensiv und ziemlich grob geführten Wahlkampf erreichte Hofmann im ersten Wahlgang das beste Resultat.²⁰¹ Als darauf die Konservativen ihren Kandidaten zurückzogen und Hofmann offiziell unterstützten,²⁰² hatte dieser dann keine grosse Mühe mehr, die Wahl zu gewinnen und den Sitz für die Demokraten zu verteidigen.²⁰³

Erneuerungswahlen 1899 (Oktober)

Hatten die »Allianz« der Minderheitsparteien (Demokraten und Konservative) im Vorjahr dem Demokraten Hofmann zum Sieg verholfen, so sollte nun in den Gesamterneuerungswahlen 1899 nach dem Willen der demokratischen Parteiführung,²⁰⁴ aber auch gemäss den Beschlüssen einer Parteiversammlung,²⁰⁵ der Konservative von Streng gegen den freisinnigen Eigenmann (Oberrichter)²⁰⁶ unterstützt werden. Die Freisinnigen hatten aber diesmal ihre Kandidatur sorgfältiger abgesichert als ein Jahr zuvor.²⁰⁷ So hatte Eigenmann die Unterstützung des landwirtschaftlichen Vereins,²⁰⁸ und als Katholik gelang es ihm auch, einige Stimmen aus dem katholischen Lager zu erringen. Gerade im letzteren glaubte das Thurgauer Tagblatt die Ursache für den Misserfolg von

195 TT 23.11.1897.

196 Gruner, Bv, Bd. I, S. 705; Koch starb am 7.6.1898.

197 TT 6.8.1898.

198 TT 12.8.1898.

199a TT 23.8.1898.

199b TT 16.8.1898.

200 TT 23.8.1898.

201 TT 30.8.1898.

202 TT 7.9.1898.

203 TT 13.9.1898.

204 TT 10.10.1899.

205 TT 24.10.1899.

206 TT 17.10.1899.

207 Heitz gegen Hofmann.

208 TT 19.10.1899.

Strengs und damit der Minderheitsallianz ausgemacht zu haben, war doch Hofmann ohne Anstände wiedergewählt worden.²⁰⁹

Erneuerungswahlen 1902 (Oktober)

Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung von 1900 erhielt der Thurgau einen zusätzlichen, sechsten Nationalratssitz. Dies bescherte dem Kanton nach 1898 und 1899 einen weiteren heissen Wahlkampf. Als erste nominierten die Demokraten mit Bundesratssohn Deucher aus Kreuzlingen einen Kandidaten.²¹⁰ Begründet wurde der Anspruch mit der These, die Bevölkerungszunahme im Thurgau sei vor allem auf das Wachstum der Arbeiterbevölkerung zurückzuführen; deshalb stehe dieser Sitz den Demokraten als Vertreter der Arbeiterschaft zu.²¹¹ Partei und Tagblatt richteten den Wahlkampf auch ganz auf dieses Argument aus.²¹² Unterstützung fand Deucher auch beim thurgauischen Grütli- und Arbeiterverein, dessen Delegiertenversammlung der demokratischen Wählerversammlung unmittelbar voranging.²¹³ Die Freisinnigen stellten keine Kandidaten auf, unterstützten allerdings Gerichtspräsident Müller aus Romanshorn, der vom volkswirtschaftlichen Verein des Bezirks Arbon portiert worden war und ihnen politisch allem Anschein nach nahestand.²¹⁴ Als sich dann die Konservativen mit Kantonsrat Keller aus Eschenz auch noch an dieser Gesamterneuerung beteiligten,²¹⁵ stand der Wahlausgang eigentlich fest, aber kaum so, wie sich das die Minderheitsparteien vorgestellt haben dürften: d.h. die Niederlage Deuchers und Kellers.²¹⁶ Das ausgezeichnete Wahlergebnis Hofmanns – er erzielte, wie so oft, die höchste Stimmenzahl – vermochte aber die Demokraten etwas über diese Niederlage hinwegzutrusten.²¹⁷

209 TT 31.10.1899.

210 TT 21.10.1902.

211 TT 25.10.1902.

212 TT 21.10.1902; Titel des Artikels «Links aufmarschiert»; die Partei nennt sich hier auf einmal «demokratische- und Arbeiterpartei»; TT 25.10.1902; Wahlauf Ruf mit dem Titel «Bauern, Handwerker und Arbeiter, überlegt zweimal».

213 TT 21.10.1902. Nach dem Zeitungsbericht nahmen der Präsident des Kantonalvorstandes des Thurgauischen Grütli- und Arbeitervereins und andere Vorstandsmitglieder an der demokratischen Wahlversammlung teil. Diese zeitliche und örtliche Koinzidenz von Versammlungen der Grütli- und der Demokraten war sicher nicht zufällig und übrigens auch nicht einmalig. Ähnliches kann man auch bei anderer Gelegenheit beobachten (z. B. TT 10.10.1905, Erneuerungswahlen 1905). Dies lässt doch den Schluss zu, dass gerade die aktiveren Mitglieder beider Organisationen (Delegierte, Vorstandsmitglieder usw.) in der einen wie in der anderen Vereinigung tätig waren.

214 a.a.O.

215 TT 24.10.1902.

216 TT 28.10.1902.

217 a.a.O.

Nationalrats-Ersatzwahl 1904 (Dezember)

Für die zwei vakanten Sitze kandidierte ein Katholisch-konservativer (von Streng)²¹⁸ und ein Freisinniger.²¹⁹ Im Sinne einer gemeinsamen Politik der Minderheitsparteien und unter Respektierung des konservativen Anspruchs auf einen Nationalratssitz beschloss die Parteiversammlung der Demokraten, den konservativen Kandidaten zu unterstützen. Dem Freisinnigen wurde diese Unterstützung nicht gewährt, und zwar mit dem Argument, die Demokraten hätten auf diesen Sitz keinen Anspruch erhoben, um die konservative Kandidatur nicht zu gefährden.²²⁰ Erwartungsgemäss wurden dann beide im ersten Wahlgang gewählt.²²¹

Erneuerungswahlen 1905 (Oktober)

Da keine der Kandidaturen von irgend einer Seite bestritten wurde, verlief der Wahlkampf äusserst ruhig; d. h. er fand kaum statt. Einmal mehr erzielte Hofmann das beste Ergebnis.²²²

Erneuerungswahlen 1908 (Oktober)

Für das freigewordene Ständeratsmandat portierten die Demokraten den 1902 als Nationalratskandidat gescheiterten Deucher.²²³ Diesmal hatte Deucher bedeutend bessere Aussichten, gewählt zu werden. Einmal stand er seinem freisinnigen Gegner, alt Regierungsrat Böhi, allein gegenüber, und zum anderen war Böhi im vergangenen Frühjahr gesundheitshalber aus dem Regierungsrat zurückgetreten und so leicht anzugreifen.²²⁴

Diese Ausgangslage musste und sollte wahrscheinlich auch polarisieren. Das war nicht nur ein Kampf zwischen Minderheitsparteien und Mehrheitspartei, zwischen Demokraten und Freisinnigen, sondern auch noch eine Auseinandersetzung, ein «Familienstreit» innerhalb der alten «freisinnigen Grossfamilie», auch wenn Demokraten wie Freisinnige ihre eigenen Parteien fast zwanzig Jahre früher gegründet hatten. Beide wollten die legitimen Erben der freisinnigen Tradition sein.²²⁵ Sinnigerweise war dann der demokratische Kandidat Deucher noch Sohn eines freisinnigen Bundesrates!

Der deutliche Sieg Deuchers überraschte sogar das Thurgauer Tagblatt.²²⁶ Wessen Verdienst nun dieser Sieg war, bleibe dahingestellt; festzuhalten ist

218 TT 27.11.1904.

219 TT 3.12.1904.

220 TT 6.12. und 11.12.1904.

221 TT 13.12.1904.

222 TT 1.11. und 2.11.1905.

223 TT 5.10.1908; der freisinnige Kandidat war zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt und wohl auch die Absichten der Konservativen.

224 TT 14.10.1908.

225 TT 20.10.1908; «Wir portieren Dr. Deucher als freisinnig volkswirtschaftlichen Kandidaten in den Ständerat gegenüber dem sog. freisinnig-reaktionären Böhi. ... Unser Kandidat Staatsanwalt Dr. Deucher ist freisinnig im wahren Sinne des Wortes.»

226 TT 26.10.1908.

aber, dass die Freisinnigen mit guten Kandidaten zu schlagen waren. Ähnliches lässt sich ja auch zu den Erfolgen Hofmanns sagen, der übrigens auch in diesen Erneuerungswahlen das beste Ergebnis aller thurgauischen Nationalräte erzielte.²²⁷

Für die Demokraten dürfte dies überhaupt der erfolgreichste Wahlsonntag ihrer Geschichte gewesen sein; denn Deucher war und blieb der einzige Demokrat, dem es gelang, im Alleingang gegen einen freisinnigen oder einen von den Freisinnigen unterstützten Kandidaten, eine Majorzwahl (National-, Stände-, oder Regierungsrat) zu gewinnen. Deucher wie Hofmann müssen bei den Wählern bedeutend mehr Rückhalt gehabt haben als ihre Partei.

Ständerats-Ersatzwahl 1910 (Februar)

Demokratische Partei und Wähler hatten wohl zu Recht grosse Hoffnungen in Deucher und Hofmann gesetzt. Um so grösser war dann die Bestürzung, als Deucher anfangs 1910 überraschend starb. Deucher zu ersetzen, war für die Demokraten fast unmöglich. So versuchten sie dann diesen Ständeratssitz mit Pfarrer Wellauer aus Amriswil zu verteidigen.²²⁸ Wellauer fand immerhin die Unterstützung der Sozialdemokraten,²²⁹ die Konservativen empfahlen ihren Anhängern wie bei Deuchers Wahl, leer einzulegen.²³⁰ Die Ausgangsposition für Wellauer war also auf den ersten Blick ähnlich wie anderthalb Jahre zuvor diejenige Deuchers; politisch war er aber weniger bekannt und angesehen als sein Vorgänger.²³¹ Trotz allem unterlag Wellauer seinem freisinnigen Gegner nur knapp.²³²

Erneuerungswahlen 1911 (Oktober)

1911 war im Thurgau auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung von 1910 ein zusätzliches, siebtes Nationalratsmandat zu vergeben. Wie 1902 erhoben auch diesmal die Demokraten Anspruch auf diesen Sitz. Grosse Hoffnungen machten sie sich allerdings nicht.²³³ Ihr Kandidat Martin Vögelin²³⁴ musste nicht nur gegen einen Freisinnigen, sondern auch gegen einen Sozialdemokraten antreten.²³⁵ Gewählt wurde dann erwartungsgemäss der Freisinnige.²³⁶ Vögelin erreichte mit knapp 5000 Stimmen nur gerade die Hälfte des absoluten Mehrs; sein sozialdemokratischer Mitbewerber kam auf noch einmal 1000

227 a.a.O.

228 TT 7.2.1910.

229 TT 1.2.1910.

230 TT 14.2.1910.

231 Deucher war immerhin Grossrat, Staatsanwalt, ehemaliger Nationalratskandidat und – was man nicht vergessen sollte – Bundesratssohn.

232 TT 21.2.1910; Böhi 9995 Stimmen und Wellauer 9285; Böhi, 1908 Gegner von Deucher, schaffte also im zweiten Anlauf den Sprung ins eidgenössische Parlament.

233 TT 1.8.1911.

234 TT 23.10.1911.

235 TT 24./25./27.10.1911.

236 TT 30.10.1911.

Stimmen weniger. Zusammen erreichten aber die beiden mehr oder weniger die gleiche Stimmenzahl wie Wellauer bei der Ständerats-Ersatzwahl. Der harte Kern «linker» Stimmen dürfte also zu diesem Zeitpunkt zwischen 9000 und 10'000 betragen haben; davon waren damals wahrscheinlich noch knapp mehr als die Hälfte Demokraten.²³⁷

Erneuerungswahlen 1914 (Oktober)

1914 waren nicht weniger als fünf Kandidaten bereit für einen freigewordenen Nationalratssitz in den Wahlkampf zu steigen.²³⁸ Im ersten Wahlgang, aus dem Hofmann wieder einmal mit dem besten Ergebnis hervorging, wurde keiner der fünf gewählt.²³⁹ Für den zweiten Wahlgang zogen die Demokraten ihren Kandidaten zurück und unterstützten den Sozialdemokraten.²⁴⁰ Im zweiten Wahlgang setzte sich dann aber der Kandidat des landwirtschaftlichen Vereins, also ein Freisinniger durch.²⁴¹

Im Anschluss an diese Erneuerungswahlen setzte sich das Thurgauer Tagblatt wieder einmal mit der Stimmenstärke der thurgauischen Parteien auseinander.²⁴² Dabei kam es auf folgende Zahlen: Demokraten 4000 Stimmen, Sozialdemokraten 3000, Katholisch-konservative 4500, Freisinnige 9500. Vergleicht man diese Schätzung mit den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen im Thurgau von 1910, 1911 und 1914 und dann noch mit den Ergebnissen der Proporzahlen nach 1919,²⁴³ dann darf man doch davon ausgehen, dass diese Zahlen ziemlich nahe bei der Realität lagen.

Erneuerungswahlen 1917 (Oktober)

Wie schon die Erneuerungswahlen für den Grossen Rat im Februar des gleichen Jahres führten auch die eidgenössischen Wahlen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen Parteien (Demokraten inbegriffen) und Sozialdemokratie. Hintergrund dieser Auseinandersetzungen war zum einen die allgemeine politische Lage (drittes Kriegsjahr, soziale und wirtschaftliche Folgen von Grenzbesetzung und Aktivdienst u.a.m.) und zum anderen der Anspruch der Sozialdemokraten auf angemessenere Vertretung in den verschiedensten Behörden. Noch 1914 hatten die Demokraten mindestens teilweise solche sozialdemokratischen Ansprüche unterstützt; jetzt wollten sie davon nichts

237 a.a.O.

238 TT 16./19.10.1914; es kandidierten: 1 Konservativer, 2 Freisinnige (je ein Vertreter des Gewerbevereins und des landwirtschaftlichen Vereins), 1 Sozialdemokrat und 1 Demokrat (Hptm. Heinrich Schenkel, Landwirt in Wellenberg, späterer Grossrat).

239 TT 26.10.1914.

240 TT 3.11.1914.

241 TT 9.11.1914.

242 TT 17./18./19./20.11.1914.

243 National- und Grossratswahlen.

mehr wissen. Den Sozialdemokraten selber erging es wie früher den Demokraten: Im Alleingang konnten sie keine Majorzwahlen gewinnen!²⁴⁴

Ständerats-Ersatzwahl 1918 (Dezember)

In der »letzten« Majorzwahl vor der Einführung des Proportionalverfahrens für die Wahl des Nationalrates versuchten die Demokraten noch einmal, ein Ständeratsmandat zu erobern.²⁴⁵ Demokraten und Freisinnige zogen mit ihren »Paradepferden« in diese Wahl»schlacht«; National- und Regierungsrat Hofmann für die Demokraten und Regierungsrat Aepli für die Freisinnigen. Obwohl Hofmann auch von den Katholisch-konservativen unterstützt wurde, gelang es ihm nicht, seinen Konkurrenten zu schlagen.²⁴⁶ Das Thurgauer Tagblatt hatte dann doch einige Mühe, diese Niederlage zu kommentieren. So meinte es, der Generalstreik habe Aepli begünstigt, da landwirtschaftliche Kreise in diesem im Gegensatz zu Hofmann eine »gut antisozialistische Person« gesehen hätten. Daneben habe auch die Stimmenthaltungssparole der Sozialdemokraten Hofmann geschadet.²⁴⁷ Wenn dem wirklich so war, d. h. für die einen zu links und für die anderen zu rechts, dann hätte man eigentlich gewarnt sein sollen. Der Platz wurde enger, nicht nur arithmetisch, sondern auch ideologisch.

Erneuerungswahlen 1919 (Oktober)²⁴⁸

Wie eng dieser Platz war (und vielleicht immer gewesen war), zeigte sich dann bei den ersten Proporzahlen auf eidgenössischer Ebene und ein Jahr später auch auf kantonaler Ebene. Für die Demokraten blieben die erhofften Erfolge jedenfalls aus. Mit 11,6 % der Listenstimmen reichte es nur gerade zu einem Restmandat.²⁴⁹ So überraschend war aber dieses Resultat in Wirklichkeit gar nicht. Nimmt man nämlich die Zahlen, die das Tagblatt im Anschluss an die Wahlen von 1914 publiziert und interpretiert hatte,²⁵⁰ und vergleicht diese mit dem Ergebnis von 1919, dann stösst man auf ein ziemlich stabiles demokrati-

244 TT 22./25./26./27.10.1917. Neben einer ganzen Anzahl Wahlauftrufe bürgerlicher Parteien und natürlich der Demokraten publizierte das TT auch einen Aufruf der SP (am 27.10.); eine totale Konfrontation war das noch nicht.

245 TT 16./21.12.1918.

246 TT 30.12.1918.

247 a.a.O.

248 Wahlergebnisse siehe Amtsblatt 1919, S. 1365–1371.

249 Ergebnisse der NR-Wahlen 1919 im Kt. TG (nach Parteien):

Partei	Listenstimmen	%	Sitze
Dem.	22'881	11,6	1
Freis. mit	42'566	21,6	2
Bauern verb.	57'270	29,1	2
KK	36'632	18,6	1
SP	33'630	17,1	1
Sozialdem.	3'977	2,0	–
Volkspartei (Grütlianner)			

250 Siehe oben Anm. 243 und 244.

sches Wählerpotential;²⁵¹ geändert hatte nur das Wahlverfahren. In einer Proporzwahl kann aber auch ein attraktiver Kandidat²⁵² seiner Partei nicht allzuviel Panaschiergewinne einbringen; denn dem Kandidaten einer anderen Partei seine Stimme geben, heisst immer auch der eigenen Partei schaden. Dies galt und gilt für Majorzwahlen – Ausnahmen vorbehalten – natürlich weniger. Für unseren besonderen Fall bedeutet dies, dass der Demokrat Hofmann, der unter Majorzbedingungen immer hervorragende Ergebnisse erzielt hatte, jetzt froh sein musste, überhaupt wiedergewählt zu werden.

Gewinner der ersten Proporzwahlen waren also nicht die Demokraten, obwohl sie seit ihrer Parteigründung immer für den Proporz gekämpft hatten, sondern die Sozialdemokraten und die Freisinnigen.²⁵³ Gerade die letzteren sollten ja mit Hilfe des Proporzes aus ihrer Mehrheitsstellung verdrängt werden, und gerade dies gelang nicht. Die Freisinnigen blieben zusammen mit den Bauern mit 50,7 % der Stimmen und vier von sieben Nationalratsmandaten, was sie immer gewesen waren, nämlich die Partei der absoluten Mehrheit und damit die alles entscheidende politische Kraft im Kanton.

Thurgauer Tagblatt und Demokraten glaubten diesen Misserfolg mit dem schlechten Ausbau der Parteiorganisation erklären zu können.²⁵⁴ In den folgenden Jahren versuchten die Demokraten dann diesen Mangel auszugleichen;²⁵⁵ bessere Wahlergebnisse brachte das aber auch nicht. Die Ursachen für ihr bescheidenes Abschneiden müssen sicher anderswo gesucht werden. Zuerst muss einmal festgehalten werden, dass ja 1919 im grossen und ganzen gleich viele Wähler für die Demokraten gestimmt haben wie 1917, 1914 oder 1911. Der «Misserfolg» war eigentlich schon immer da, der Proporz brachte ihn nur an den Tag. So erreichten, arithmetisch gesehen, die Demokraten nur gerade in vier Bezirken (Arbon, Bischofszell, Kreuzlingen und Weinfelden) genug Stimmen (ca. 13–15 %) für ein Nationalratsmandat; in allen anderen Bezirken blieben sie teilweise massiv unter dieser Limite.²⁵⁶ In diesen vier Bezirken waren sie aber von jeher stark gewesen, und die meisten ihrer führenden Köpfe stammten ja aus diesen Gebieten. Mehr als Organisationsstruktur und -grad der Partei scheinen hier Konfessionszugehörigkeit, wirtschaftliche, soziale und soziologi-

251 1914 höchstens 4000 dem. Wähler; 1919 bei 22'881 Listenstimmen und unter Vernachlässigung der Panaschiergewinne und Verluste ca. 3300 dem. Wähler; schlägt man nun die Grütlianner noch zu den Demokraten, was man auf Grund der Ergebnisse von 1922 wohl darf, so kommt man auf 26'858 Listenstimmen und ca. 3800 dem. Wähler. Im grossen und ganzen decken sich also die Zahlen von 1914 und 1919.

252 Wie z. B. für die Demokraten Emil Hofmann.

253 Freisinnige und Bauern zusammen; bez. thurgauischer Politik darf man die beiden Gruppierungen sicher noch als Einheit betrachten.

254 TT 27./28./29. 10. 1919.

255 Siehe oben 1.1.2.

256 Demokratische Stimmenanteile in den einzelnen Bezirken: Arbon 19,6 %, Bischofszell 15,3 %, Kreuzlingen 13,5 %, Weinfelden 15,6 %, Diessenhofen 7,3 %, Frauenfeld 7,2 %, Münchwilen 3,7 %, Steckborn 4,3 %.

sche Faktoren (Industrialisierung, Arbeiterbevölkerung usw.) oder ein gewisser «Zentrum – Peripherie» Antagonismus (Frauenfeld – Arbon/Kreuzlingen/Weinfelden/Bischofszell) von Bedeutung gewesen zu sein.

Nicht viel besser als der Partei erging es ihren beiden Spitzenkandidaten Hofmann und Vögelin. Regierungsrat Hofmann, auf der Liste auf den Plätzen 1 und 2 kumuliert, kam nicht einmal auf doppelt so viele Stimmen wie der erste Ersatzmann Deutsch (Listenplatz 3), und Deutsch gelang es auch noch Redaktor Vögelin (Listenplatz 2) um mehr als 1000 Stimmen zu überholen.²⁵⁷ Dieser Erfolg Deutschs fand im Tagblatt überhaupt keine Erwähnung; Vögelin dürfte kaum grosse Lust verspürt haben, seine eigene Niederlage zu kommentieren. Das Ergebnis zeigt aber, dass es auch innerhalb der Demokratischen Partei Gegensätze und Rivalitäten gab. Deutsch muss in dieser Partei wohl eher «linke» Ideen vertreten haben; darauf verweist auch eine Äusserung von freisinniger Seite, in der Deutsch als ganz links bezeichnet wurde.²⁵⁸

Ständerats-Ersatzwahl 1921 (Dezember)

Nach dem Tod von Ständerat Aepli, der 1918 Hofmann geschlagen hatte, versuchten die Demokraten noch einmal und wieder mit Hofmann, einen Ständeratssitz zu erobern. Trotz katholisch-konservativer²⁵⁹ und sozialdemokratischer Unterstützung²⁶⁰ blieb dem demokratischen Regierungsrat auch diesmal der Einzug in den Ständerat verwehrt.²⁶¹

Erneuerungswahlen 1922 (Oktober)²⁶²

Die Wahlen von 1922 brachten den Demokraten das beste Ergebnis, das sie je in einer Proporzwahl (Nationalrat und Grosser Rat) erreichten. Mit 13,7 % verbesserten sie ihr Resultat von 1919 um 2 %; auch in den Grossratswahlen von 1920 und 1923 blieben sie um ca. 1 % hinter diesem Ergebnis zurück. So gelang

257 Ergebnisse der dem. Kandidaten:

Listenplatz	Kandidat	Stimmen
1 und 2	Regierungsrat Emil Hofmann	7'860
4	Deutsch, Gottfried, Bahnadjunkt, Romanshorn	3'998
3	Vögelin, Martin, Redaktor, Weinfelden	2'930
6	Müller-Sauter, Oskar, Gdeammann, Ermatingen	2'808
5	Düssli, Alfred, Friedensrichter, Romanshorn	2'687
7	Schenkel, Heinrich, Hauptmann, Landwirt, Wellenberg	2'363

258 TT 7.12.1921.

259 a.a.O.

260 TT 5.12.1921.

261 TT 12.12.1921.

262 Amtsblatt 1922, S. 991–1001.

es ihnen diesmal, und es gelang ihnen nur diesmal, ein volles Nationalratsmandat zu erobern.²⁶³ Neben den Demokraten konnten auch die Sozialdemokraten kleine Gewinne (ca. 1 %) verbuchen. Die Gewinne dieser beiden Parteien gingen auf Kosten der Katholisch-konservativen (– 1 %) und der Grütlianer (– 2 %), die ja nicht mehr kandidierten. Freisinnige und Bauern zusammen (Listenverbindung) hatten nur minimale Verluste zu erleiden (– 0,4 %); die Freisinnigen verloren allerdings das Restmandat, das sie 1919 erhalten hatten, an die Bauern.

Auf der demokratischen Liste²⁶⁴ konnte sich Hofmann bei dieser Wiederwahl im Gegensatz zu 1919 eindeutig durchsetzen und seine Mitkandidaten weit hinter sich lassen. Auf die Plätze 2 und 3 kamen wie drei Jahre zuvor Deutsch und Vögelin; damals hatte Deutsch im Verhältnis zu seinen Mitkonkurrenten allerdings ein viel besseres Resultat erzielt.

Für Emil Hofmann brachte die Amtsperiode 1922–1925 einen weiteren Höhepunkt in seiner Karriere: 1924 wurde er als erstes Mitglied der demokratischen (ehemals sozialpolitischen) Fraktion Vizepräsident und 1925 Präsident des Nationalrates.²⁶⁵

263 Ergebnisse der NR-Wahlen 1922 im Kt. TG (nach Parteien):

Partei	Listenstimmen	%	Sitze
Dem.	26'377	13,7	1
Freis. mit	35'928	18,7	1
Bauern verb.	60'660	31,6	3
KK	34'083	17,6	1
SP	34'917	18,2	1

264 Ergebnisse der dem. Kandidaten:

Listenplatz	Kandidat	Stimmen
1 und 2	Hofmann, Emil	9'200
4	Deutsch, Gottfried	3'624
7	Vögelin, Martin	3'408
3	Annasohn, Walter, Gdeammann, Uttwil	3'333
6	Kriesi, Heinrich, Gdeammann, Bischofszell	3'268
5	Frauenfelder, Konrad, Friedensrichter, Tägerwilen	3'113

265 TT 3.12.1924; Gruner, Bv, S. 702 f.

Erneuerungswahlen 1925 (Oktober)²⁶⁶

Bereits die Grossratswahlen von 1923²⁶⁷ zeigten, dass der Erfolg von 1922 nicht auf ein wachsendes demokratisches Wählerpotential hingewiesen hatte, sondern ein einmaliges Ereignis gewesen war. Gross waren die Verluste von 1925 nicht (ca. 1 %);²⁶⁸ wie 1919 konnten sie aber nur ein Restmandat erringen. Folgeschwerer war wohl, dass diese Verluste in den folgenden Wahlen rasch weiter anwachsen und vorwiegend den Sozialdemokraten zugute kommen sollten. Allem Anschein nach sahen nun viele demokratische Wähler in der Sozialdemokratie eine echte Alternative zu ihrer eigenen, glück- und erfolglos gewordenen Partei.

Die Resultate auf der demokratischen Liste selber brachten keine grossen Überraschungen.²⁶⁹ Hofmann kam im Vergleich zu seinen Mitstreitern wieder einmal zu einem Glanzresultat; nicht erwartet hatte man wahrscheinlich das Vorrücken auf Platz 2 (vom letzten Listenplatz) des Kreuzlinger Gemeindevorstandes Johannes Lymann. So kam dann 1927 nach dem Tode Hofmanns, wenn auch nur für kurze Zeit, mit Lymann für die Demokraten ein Mann nach Bern, der sich bis anhin innerhalb und ausserhalb der Partei auf eidgenössischer wie

266 Amtsblatt 1925, S. 950 ff.

Ergebnisse der NR-Wahlen 1925 im Kt. TG (nach Parteien):

Partei	Listenstimmen	%	Sitze
Dem.	23'503	12,3	1
Freis. mit	31'391	16,4	1
Bauern verb.	62'991	32,9	3
KK	34'676	18,1	1
SP	38'961	20,3	1

267 Siehe oben 1.2.2 (Grossratswahlen 1923).

268 In den dem. Hochburgen Arbon, Kreuzlingen und Weinfelden, ausser Bischofszell mit einem Rückgang von 17 % (1922) auf 13,8 % (1925), hielten sich geringe Gewinne und Verluste die Waage. In den anderen Bezirken mussten die Demokraten aber massive Verluste hinnehmen (z.B.: Frauenfeld von 9,8 % auf 7,4 %, Münchwilen von 7,0 % auf 5,6 % oder Steckborn von 7,9 % auf 4,5 %).

269 Ergebnisse der dem. Kandidaten:

Listenplatz	Kandidaten	Stimmen
1 und 2	Hofmann, Emil	7'908
7	Lymann, Johannes, Gdeammann, Kreuzlingen	3'076
5	Deutsch, Gottfried	3'071
4	Annasohn, Walter	3'030
6	Frey, Arthur, Redaktor, Weinfelden	3'009
3	Althaus, Alfred, Grundbuchverwalter, Bischofszell	2'979

auf kantonaler Ebene nie besonders profiliert hatte und beim Niedergang der Partei noch eine verhängnisvolle Rolle spielen sollte.²⁷⁰

Erneuerungswahlen 1928 (Oktober)²⁷¹

1928 verloren die Demokraten weitere 3 %. Hätten sie ihre Stimmen gleichmässig an die anderen Parteien verloren, dann wäre wohl das Restmandat nicht verloren gegangen. Da aber diese Verluste vor allem den Sozialdemokraten zugute kamen, konnten diese auch gerade noch das demokratische Restmandat von 1925 übernehmen.

Die grössten absoluten Verluste erlitten die Demokraten in den Bezirken Arbon, Bischofszell, Frauenfeld und Weinfelden; an das kantonale Gesamtergebnis trugen diese vier Bezirke allein ca. 98 % bei. Von den Hochburgen vermochten die Demokraten nur gerade Kreuzlingen zu halten, sicherlich das Verdienst des Spitzenkandidaten Lymann, der ja in Kreuzlingen selber Gemeindeammann war.²⁷²

Das persönliche Resultat von Lymann²⁷³ zeigt aber auch wie sehr die Demokratische Partei von Persönlichkeiten, d.h. vor allem von Emil Hofmann gelebt

270 Gruner, Bv, S. 702; Emil Hofmann starb am 10.3.1927. Lymann repräsentierte eher den bürgerlichen Flügel der Partei. Siehe dazu und zur Rolle Lymans bei der Auflösung der demokratischen Partei unten «Die Erneuerungswahlen von 1931» und hinten 1.5.

271 Amtsblatt 1928, S. 941 ff.

Ergebnisse der NR-Wahlen 1928 im Kt. TG (nach Parteien):

Partei	Listenstimmen	%	Sitze
Dem.	19'080	9,3	0
Freis. mit	31'984	15,6	1
Bauern verb.	65'712	32,0	3
KK	39'818	19,4	1
SP	48'640	23,7	2 (davon 1 Restmand.)

272 1928 bekamen die Demokraten 4423 weniger Listenstimmen als 1925. Davon kamen 1535 aus dem Bezirk Arbon, 511 aus dem Bez. Bischofszell, 640 aus dem Bez. Frauenfeld und 1633 aus dem Bez. Weinfelden (total 4319).

273 Ergebnisse der dem. Kandidaten:

Listen	Kandidat	Stimmen
1	Lymann, Johannes, Gdeammann, Kreuzlingen	3'664
6	Reutimann, Jakob, Chefbuchhalter, Arbon	2'581
2	Althaus, Alfred, Grundbuchverw., Bischofsz.	2'571
3	Annasohn, Walter, Gdeammann, Uttwil	2'558
4	Frey, Arthur, Redaktor, Weinfelden	2'499
5	Imhof, August, Lehrer, Romanshorn	2'431
7	Walder, Adolf, Ortsvorsteher, Oberhofen bei Münchwilen	2'328

hatte. Zu Hause (Kreuzlingen) konnte Lymann Hofmann ersetzen, im übrigen Kanton nicht.

Erneuerungswahlen 1931 (Oktober)²⁷⁴

1931 hatte der Thurgau auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung von 1931 noch Anspruch auf 6 Nationalratsmandate. Um diesen Mandatsverlust nicht tragen zu müssen, gingen die bürgerlichen Parteien ein Wahlbündnis ein. Dieser Listenverbindung schlossen sich auch die Demokraten an, sehr zum Nutzen der bürgerlichen Parteien und zum Schaden der Sozialdemokraten, die dann die Rechnung begleichen mussten. Die Demokraten selber verloren noch einmal ein Drittel ihrer Wähler.²⁷⁵ Mit einem Schlussresultat von mageren 6,1 % war natürlich nicht einmal mit Wahlgluck an ein Restmandat zu denken.²⁷⁶ Etwa die Hälfte der Verluste gingen diesmal an die Sozialdemokraten, der Rest an die bürgerlichen Parteien. In den Bezirken Arbon und Kreuzlingen konnten vom demokratischen Niedergang vor allem die Sozialdemokraten profitieren, in den anderen Bezirken eher die übrigen Parteien.²⁷⁷

Lymann konnte das gute Kreuzlinger Resultat von 1928 nicht wiederholen.²⁷⁸ Allem Anschein nach verloren die Demokraten in der 31er Wahl auch noch in Kreuzlingen ihre Anhänger unter der Arbeiterschaft. Damit waren auch die Demokraten zu einer bürgerlichen Partei geworden. Das war zu diesem Zeitpunkt sicher gewollt, denn anders lässt sich die Listenverbindung mit den historischen «Feinden» (Freisinnige und Bauern) nicht erklären. Gebracht hat sie den Demokraten nichts. Lymann und die Kreuzlinger Demokraten zogen aus dieser Entwicklung die Konsequenz und schlossen sich einige Monate später den Freisinnigen an.²⁷⁹ Das war allerdings nichts Besonderes, sondern spiegelt nur eine für fast den ganzen Kanton geltende Entwicklung.²⁸⁰

274 Amtsblatt 1931, S. 831 ff.

Ergebnisse der NR-Wahlen 1931 im Kt. TG (nach Parteien):

Partei	Listenstimmen	%	Sitze
Dem.	10'856	6,1	0
Freis.	26'727	14,9	1
Bauern	61'404	34,2	3
KK	34'632	19,3	1
SP	45'722	25,5	1

275 D. h. ein Rückgang von 9,3 % auf 6,1 %.

276 Erst recht bei einer um 1 Mandat reduzierten Thurgauer Deputation.

277 Amtsblatt 1931, a.a.O.

278 Amtsblatt 1928, a.a.O.; Amtsblatt 1931, a.a.O.; 1928 erhielten die Dem. in Kreuzlingen 3848 Listenstimmen, 1931 2245.

279 TT 25.1.1932.

280 Siehe hinten 1.5.

Erneuerungswahlen von 1935 und 1939²⁸¹

Der Rest der demokratischen Wähler scheint auf Grund der reinen Zahlen zu den Sozialdemokraten und Freisinnigen gestossen zu sein. Da aber mit der Schweizerischen Bauernheimatbewegung (1935 und 1939) und der Liste Jung-Thurgau (1935) zwei neue Gruppierungen ins Spiel kamen, da die Bauern (Bauernheimatbewegung einschlossen) 1935 und 1939 Stimmen an die Freisinnigen verloren, und da 1939 ein ehemaliger Demokrat (Düssli) auf der Liste der Bauernheimatbewegung kandidierte,²⁸² müssen wir davon ausgehen, dass nicht nur ehemalige demokratische Wähler in diesen Wahlen von ihrem traditionellen Wahlverhalten abgingen.²⁸³ Zu welchen Parteien also letzten Endes die übrig gebliebenen demokratischen Wähler stiessen, lässt sich kaum mehr feststellen. Profitiert davon haben aber sicher die Sozialdemokraten; konnten sie doch ein zweites Nationalratsmandat erobern.²⁸⁴

1.2.4 Demokraten in anderen politischen Ämtern

1922 berichtete das Thurgauer Tagblatt erstmals umfassend über Lokalwahlen, d.h. über Wahlen für Orts- und Munizipalbehörden.²⁸⁵ Folgt man der Berichterstattung des Tagblattes bis in die 30er Jahre hinein und vergleicht diese mit Berichten und Kommentaren aus den Jahren von etwa 1900–1922, so stellt man fest, dass eigentlich erst die Wahlen nach 1922 von parteipolitischen Auseinandersetzungen geprägt waren. Dies war in den zwanzig vorangehenden Jahren kaum der Fall und vor 1900 noch weniger. Ursachen umstrittener Wahlen – und nur die fanden den Weg in die Presse – lagen meist in der Person des Kandidaten oder in lokalen Streitigkeiten. Solche lokalpolitischen Ereignisse konnten aber zu Kristallisationspunkten demokratischer Politik und Organisationsbemühungen werden. Ein Beispiel dafür wäre etwa Uttwil, wo 1909 der Streit um einen Kandidaten für die Schulvorsteherschaft zur Sammlung unzufriedener Kräfte führte. Diesen gelang es an der Schulgemeindeversammlung das Budget der Vorsteherschaft zurückzuweisen. Dies alles führte dann, wohl eher zufällig als beabsichtigt, zur Gründung einer demokratischen Lokalsektion in Uttwil.²⁸⁶ Im grossen und ganzen scheint aber Parteipolitik noch lange erst auf kantonaler Ebene angefangen zu haben. In die Politik grösserer Gemeinden mögen die Parteien früher eingezogen sein; in vielen kleinen Gemeinden spielen sie auch heute noch nur eine untergeordnete Rolle. So gut wie für

281 Amtsblatt 1935, S. 865 ff. und 1939, S. 993 ff.

282 a.a.O. Neben Düssli kandidierte der ehemalige dem. Nationalrat Lyman bei den Freisinnigen, allerdings wie Düssli ohne jeden Erfolg.

283 Ähnliches lässt sich ja auch in anderen Kantonen beobachten.

284 Amtsblatt 1935 und 1939, a.a.O.

285 TT 17.3., 27.3., 29.3., 31.3. und 1.4.1922.

286 TT 22.2.1909.

den Thurgau galt und gilt dies natürlich auch für den Rest der Schweiz oder irgend ein anderes vergleichbares Staatswesen.

Halten wir fest: In den 20er und 30er Jahren berichtete das Thurgauer Tagblatt viel häufiger über Lokalpolitik, und zwar über eine Lokalpolitik, die bedeutend parteipolitisch ausgerichtet war, als in den Jahrzehnten davor. Sicher war dies auch eines der Zeichen veränderter politischer Gewohnheiten. Parteien, Parteipolitik oder Parteizugehörigkeit hatten auf allen Stufen des politischen Lebens einen neuen, viel grösseren Stellenwert bekommen. Zurückzuführen ist dies auf ein verändertes und sich schnell veränderndes politisches Umfeld,²⁸⁷ das auch die thurgauische Politik nicht unbeeinflusst liess.

Vor allem die Einführung des Proporz zwang viele Politiker eindeutig Stellung zu beziehen. Kantons- oder Nationalrat konnte man eben nur noch als Kandidat einer Partei werden. Wer keine Farbe bekennen wollte, hatte politisch ausgespielt. Dies musste natürlich auch auf die Lokalpolitik seine Auswirkungen haben; denn der parteipolitisch gebundene Kantonsrat war eben oft auch ein parteipolitisch gebundener Lokalpolitiker.

Bezeichnenderweise finden wir dann Klagen über Untervertretung oder fehlende Vertretung von Demokraten in Lokalbehörden erst in den 20er Jahren.²⁸⁸ Vorher beklagten sich die Demokraten eher über eine fehlende Vertretung in den Gerichten.²⁸⁹ Unbedingt berechtigt waren diese Klagen natürlich nicht. So war etwa der demokratische Kantonsrat Elliker²⁹⁰ Gerichtspräsident in Weinfelden; Reinhard Hofmann²⁹¹ wurde 1909 Suppleant und 1910 Mitglied des Bezirksgerichtes Kreuzlingen²⁹² und 1912 gar kantonaler Obergerichter;²⁹³ der Staatsanwaltschaft standen mit Deucher (1907–1910)²⁹⁴ und Robert Keller jun. 1915–1924²⁹⁵ zweimal Demokraten vor.

287 Zu denken wäre hier etwa an folgende Stichworte: Weltkrieg, Russische Revolution, Generalstreik in der Schweiz und dessen Folgen (z. B. Proporz), Wirtschaftskrise usw.

288 TT 29.3. und 1.4.1922; politische Gegner versuchen den Demokraten Kriesi, Kantonsrat und Gemeindeammann, als Gemeindeammann zu sprengen. TT 1.5.1928; die Demokraten erleiden bei den Gemeindewahlen in Romanshorn massive Verluste. TT 30.11.1928; nach dem Tod von Robert Keller, sen., alt Kantonsrat, verlieren die Demokraten dessen Gemeinderatssitz. TT 2.5.1928; ein demokratischer Kandidat zieht seine Gemeinderatskandidatur zurück, weil er von seinem Arbeitgeber dazu gezwungen werde.

289 TT 26.4.1907; zu diesem Zeitpunkt soll kein Demokrat Mitglied irgend eines thurgauischen Gerichts gewesen sein.

290 Siehe oben 1.2.2 oder hinten 1.7.

291 Reinhard Hofmann, Kreuzlingen, Kantonsrat 1910–1929, siehe dazu oben 1.2.2 oder unten 1.7.

292 TT 18./23.2.1909 und 31.1.1910.

293 TT 22.5.1912, 25./27.5.1929; nach den grossen Niederlagen in den Grossratswahlen von 1929 wurde Hofmann als Obergerichter weggewählt.

294 Gruner, Bv, S. 695 f.

295 Thurgauer Jahrbuch 1961, S. 93 f., TT 25.11.1924; Robert Keller jun. war von 1923–1932 Grossrat für den Wahlkreis Frauenfeld.

Lokalpolitik stiess aber lange Zeit nicht nur beim Thurgauer Tagblatt, eigentlich einer Lokal- oder Regionalzeitung, sondern auch bei der Demokratischen Partei auf wenig Interesse. Dies zeigt etwa ein Blick in die Parteiprogramme²⁹⁶ oder auf den geradezu jämmerlichen Organisationsstand der Partei auf lokaler Ebene.²⁹⁷ Aber auch in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zählte Lokalpolitisches wenig. So tauchen bei Mitgliedern kantonaler und eidgenössischer Behörden (GR, NR, StR) oder bei Kandidaten für solche Mandate Hinweise auf lokalpolitische Ämter (Ortsvorsteher, Friedensrichter, Gerichtssuppleant) nur auf, wenn offensichtlich ein Verweis auf einen «gehobeneren» Beruf (Pfarrer, Redaktor, Beamter, Lehrer u.a.m.), einen akademischen Titel oder einen militärischen Rang unmöglich war.²⁹⁸ Ein Beispiel dafür ist die Ständerats-Ersatzwahl von 1908.²⁹⁹ Alles und jedes diente hier Partei und Tagblatt, um dem Wähler den Kandidaten Deucher schmackhaft zu machen; dessen lokalpolitischen Aktivitäten und Verdienste wurden aber, ganz im Gegensatz zu heute, nicht einmal erwähnt. Gleiches gilt aber auch für andere. Emil Hofmann war vor seiner Wahl in den National- und Regierungsrat immer der «Pfarrer» oder der »Dr.» und Martin Vögelin war der «Redaktor»; alles andere zählte offenbar wenig.

Dies alles war natürlich keine Besonderheit der Demokraten. Als nicht religiös gebundene «Oppositionspartei» hätte sie aber mehr als ihre Gegner an direkten Kontakten zum Wähler und an direkter Verankerung in der Wählerschaft, wie dies eben die Lokalpolitik ermöglicht, interessiert sein sollen. Hier lag sicher auch eine der Schwachstellen der Demokratischen Partei; dessen scheinen sich im Laufe der Zeit auch die Parteiführer bewusst geworden zu sein. So veröffentlichte der Kantonalvorstand 1918 ein «Normalprogramm für demokratische Gemeindevereine».³⁰⁰ Ziel dieser Publikation war, die politische Arbeit auf lokaler Ebene zu intensivieren. Im gleichen Jahr tauchen auch die ersten Parteistatuten auf,³⁰¹ und in den folgenden Jahren kam es bekanntlich zu einer ganzen Gründungswelle von Lokalparteien.³⁰² Ins gleiche Umfeld gehört wohl auch ein vorgedrucktes Formular, das die Lokalsektionen jährlich zu

296 Siehe unten 2.1–2.4.

297 Zur Gründung von Lokalsektionen und zur Zusammenarbeit der Kantonalpartei mit Lokalparteien siehe oben 1.1.3 und unten 1.6.

298 Mit der Einführung des Proporzes ändert sich das ein wenig. Um die Listen zu füllen, gab es eben nicht immer genug Kandidaten, welche diese Voraussetzungen erfüllten!

299 TT 21./22./23.10.1908; Gruner, Bv, S. 695 f. Deucher war Zeit seines Lebens in der Kreuzlinger Lokalpolitik tätig. In der Wahlpropaganda war das aber nicht der Erwähnung wert.

300 StATG, 8'631'0.

301 a.a.O.; siehe dazu auch unten 1.6.

302 Siehe oben 1.1.3.

Handen des Kantonalvorstandes ausfüllen und einreichen sollten.³⁰³ Wie weit dem nachgelebt wurde, lässt sich nicht feststellen, wahrscheinlich aber wenig.³⁰⁴ Das Ergebnis all dieser Aktivitäten war eher bescheiden.

Trotz allem bestand bei den Demokraten³⁰⁵ zwischen kantonaler Politik auf der einen und lokaler Politik auf der anderen Seite in einem Punkt ein enger Zusammenhang: Die Demokraten traten lokalpolitisch nur dort in Erscheinung, wo sie auch bei kantonalen und eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen Erfolge zu verzeichnen hatten.³⁰⁶ Ihre Grossratsdeputation deckte sich weitgehend mit den aus den Quellen bekannten Lokalpolitikern.³⁰⁷ So finden wir etwa in Arbon den ehemaligen Pfarrer Etter als Notar, Mitglied der Ortsvorsteherschaft, Kantonsrat und Suppleant des Bezirksgerichtes,³⁰⁸ Arbeitersekretär Günther als Ortsvorsteher, Gemeindeammann und Kantonsrat³⁰⁹ oder Lebrecht Widmer als Statthalter und Kantonsrat.³¹⁰ Ähnliches galt aber auch für andere Gegenden,³¹¹ und, was auch wichtig ist, es galt für den ganzen Zeitraum, in dem die Demokraten aktiv waren. Der oben erwähnte Günther war von 1896–1929 Kantonsrat und sein jüngerer Parteikollege Widmer von 1929–1935.³¹²

Daneben gab es natürlich auch andere, weniger bekannte Demokraten, die sich lokalpolitisch betätigten, aber heute mehr oder weniger der Vergessenheit anheimgefallen sind. Im grossen und ganzen darf man doch davon ausgehen, dass die wichtigeren lokalpolitischen Ämter von Kantonsräten besetzt wurden oder umgekehrt.³¹³ Dabei entstand eine Art halbprofessionelles Politikertum. Nur so war es überhaupt möglich, dass die Demokratische Partei über Jahrzehnte hinweg von den gleichen zehn bis zwanzig Leuten geführt werden konnte; ja man könnte sogar sagen, aus den gleichen zehn bis zwanzig Leuten bestand. Gefördert wurde das natürlich auch vom «traditionellen Wählerverhalten». Trotz aller Parteipolitik, Programmatik und Ideologie gab es da noch viel an altüberlieferter Honoratiorenpolitik. Da mochte sich dann eben noch mancher Wähler vom Motto «Unser Gemeindeammann war schon immer Kan-

303 StATG, 8'631'0.; das Formular dürfte aus den Jahren 1917, 1918 oder 1919 stammen.

304 a.a.O.; im Nachlass Düssli sind nur einige wenige Rückmeldungen von Lokalsektionen zu finden.

305 Dies gilt natürlich auch für andere Parteien.

306 Da und dort kann es sich durchaus auch umgekehrt verhalten haben.

307 D. h. in der Presse oder in amtlichen Publikationen.

308 Siehe unten 1.7, bes. 1.7.1 und 1.7.4.

309 a.a.O.

310 a.a.O.

311 z. B. in Uttwil, wo der Kantonsrat Walter Annasohn Gemeindeammann war, oder in Weinfelden, wo Martin Vögelin Kantonsrat, Bezirksrat, Gemeinderat und Mitglied der Schulvorsteherschaft war. Siehe dazu unten 1.7.

312 a.a.O., Anm. 308.

313 Dies gilt zum Teil auch für andere Parteien; siehe dazu Beamtenetat des Kts. TG, Rubrik «Grosser Rat».

tonsrat» leiten lassen. Aber auch das Umgekehrte geschah, wie z. B. 1900 in Arbon, wo eindeutig der Kantonsrat Günther und nicht der Arbeitersekretär Günther zum Gemeindeammann gewählt wurde.³¹⁴ Dies alles änderte sich auch mit der Einführung des Proporz nur wenig. Für die Demokraten mit ihrer knappen Personalreserve eigentlich eine höchst problematische Situation.

Zu Beginn dieses Kapitels sind wir von der Feststellung ausgegangen, dass sich Partei wie Thurgauer Tagblatt lange Zeit kaum für Lokalpolitik interessierten. Andererseits haben wir gesehen, dass sich eigentlich alle demokratischen Führer auch lokalpolitisch engagiert haben. Auf den ersten Blick ist das ein Widerspruch. Aber empfanden das auch die Betroffenen als Widerspruch? Wahrscheinlich nicht. Handlungsebene und Ziel ihrer Politik waren doch immer der Kanton oder sogar noch mehr der Bund; eigentlich gar nicht so erstaunlich für eine sich «progressiv» verstehende Partei in einem Kanton mit «helvetischer» Tradition. Lokalpolitik war aus dieser Sicht eben weitgehend Vollzug und demzufolge auch nicht besonders interessant oder erwähnenswert.

1.3 Der demokratische Wähler

Jede Partei wird sich irgend ein Bild vom Wähler machen müssen, den sie zu vertreten glaubt; so versteht sich die eine als Arbeiterpartei, eine zweite will Katholiken vertreten, eine dritte glaubt vielleicht, als «Volkspartei» Wähler in allen Bevölkerungsschichten ansprechen zu können. Heute lassen sich solche Vorstellungen und Ansprüche mit den Methoden der modernen Politik- und Sozialwissenschaften verhältnismässig leicht und auch ziemlich zuverlässig überprüfen und gegebenenfalls korrigieren. Diese Möglichkeiten fehlen uns noch weitgehend für den Zeitraum, der für die Geschichte der Thurgauer Demokraten von Bedeutung ist (1890–1930); sie fehlen natürlich nicht nur uns für die Rückschau, sie fehlten auch den Demokraten selber. Eine indirekte Überprüfung des Bildes, das sich diese von ihren Wählern machten, ist gleichwohl möglich. Man ist dabei allerdings gezwungen, mehr mit Indizien als mit beweiskräftigem Material zu arbeiten. So verweisen z. B. die überdurchschnittlich guten Ergebnisse der Katholisch-konservativen und die besonders schlechten der Demokraten bei Proporzahlen (NR und GR) in den Bezirken Münchwil und Steckborn auf einen Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit und Parteipräferenz. Die Ergebnisse in den Bezirken Frauenfeld und Bischofszell zeigen dann aber, dass der konfessionelle Faktor nur einer unter

314 TT 3.10.1900.

mehreren gewesen sein kann und ohne weiteres verdrängt oder überlagert werden konnte.¹

1.3.1 Die soziale Herkunft

Die Thurgauer Demokraten glaubten ohne den geringsten Zweifel, Vertreter der »kleinen Leute« zu sein und ihre Wähler vor allem in dieser Gruppe zu finden. Darauf verweisen schon die Namen, die sie ihrer Partei gaben: «Demokratisch-volkswirtschaftliche Partei», «Demokratische und Arbeiterpartei» oder einfach «Demokratische Partei». Ähnliches gilt auch für ihre politischen Freunde in anderen Kantonen oder für eidgenössische Organisationen («Sozialpolitische Gruppe der Bundesversammlung»). Der Begriff «Arbeiterpartei» erklärt sich von selbst. «Demokratisch» heisst hier nichts anderes als «Für die Volksrechte eintreten» (Initiative, Referendum, Proporz, Volkswahl der Exekutive), also die gleiche Wortbedeutung wie in der Bundesverfassung (BV Art. 6). Begriffe wie «sozialpolitisch» oder «volkswirtschaftlich» zeigen, dass für die Demokraten die Wirtschaft Hauptgebiet der Staatstätigkeit sein sollte.²

Die Demokraten wollten also «für die materielle und geistige Hebung des Volkes» sorgen, wie Vögelin in seinem Antrittsartikel als Redaktor im Thurgauer Tagblatt schrieb.³ Ähnliches hatte schon Vögelins Vorgänger in der Redaktion des Tagblattes geschrieben.⁴ Gemeint waren hier⁵ mit «Volk» Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern, Handwerker usw.⁶ Nach der Gründung der SP (1906) trat dann der Arbeiter in den Verlautbarungen der Demokraten etwas in den Hintergrund; sie glaubten aber immer noch, in der Arbeiterschaft Wähler zu haben:

1 Die überdurchschnittlich guten Ergebnisse der KK im Bezirk Steckborn und die ausgezeichneten im Bezirk Münchwilten hatten ihre Ursache im starken katholischen Bevölkerungsanteil. In diesen beiden Bezirken erklärt dies wohl das bescheidene Abschneiden der Demokraten, mindestens teilweise. In den Bezirken Frauenfeld und Bischofszell dürfte aber der Faktor «Konfession» nur marginale Bedeutung gehabt haben. Katholischer Bevölkerungsanteil und Ergebnisse des KK in diesen beiden Bezirken liegen etwa im gleichen Rahmen, die Ergebnisse der Demokraten klaffen aber völlig auseinander.

2 Der Stellenwert der Wirtschafts- und Sozialpolitik war ja wohl auch der Hauptgrund für das Auseinandergehen von Liberalen und Demokraten. Beide Parteien haben diesen Konflikt in ihren Namen pointiert zum Ausdruck gebracht («Demokratisch-volkswirtschaftlich» vs. «Freisinnig-demokratisch»).

3 TT 1.5.1890. Bereits in diesem Artikel steckte aber Vögelin, der immerhin Sekretär des kantonalen Grütlivereins war, ziemlich deutlich die Grenzen zur Arbeiterschaft ab: «Unsere Stellung zur Arbeiterschaft wird eine sehr freundliche sein. Wenn wir uns auch nicht verpflichten wollen, alle ihre Forderungen zu unterstützen, so bringen wir doch ihren Bestrebungen die regste Sympathie entgegen.»

4 TT 5.6.1889.

5 D. h. bei Vögelin und seinen politischen Freunden.

6 TT 1.5.1890 und 5.6.1889.

«Die demokratische Partei hat Anhänger in allen Bevölkerungsschichten und ihr Gros, das sich vornehmlich aus kleineren Bauern, Arbeitern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Beamten rekrutiert, ...»⁷

Im Vorfeld der ersten Proporzahlen für den Grossen Rat (1920) war dann für Düssli, den späteren Kantonsrat und Parteipräsidenten, die demokratische Partei «die Partei des werktätigen Mittelstandes», die «jede gerechte soziale Forderung der Bauern, Arbeiter, Gewerbler und Fixbesoldeten» unterstützen werde.⁸ In den folgenden Jahren gaben nun die Demokraten diesem mittelständischen Aspekt immer mehr Gewicht. So behaupteten sie in einem Aufruf zu den Nationalratswahlen 1925, die Demokratische Partei sei die einzige, die wirklich mittelständische Interessen vertrete,⁹ oder in einem anderen Aufruf, die demokratische Liste sei die des «Mittelstandes, der Kleinbauern, der Beamten, Angestellten und Arbeiter».¹⁰ Bei den Wahlen von 1929 für den Grossen Rat fand diese Tendenz ihre Fortsetzung.¹¹ Es erstaunt dann nicht mehr, wenn man 1939 bei den Nationalratswahlen auf der Liste der Bauernheimatbewegung einen ehemaligen Demokraten (Düssli) findet, der 1938 und 1941 sogar für diese Partei in den Grossen Rat gewählt wurde.¹²

Überblickt man nun den ganzen Zeitraum von etwa 1890–1930, so fällt auf, dass der Arbeiter als Adressat und vielleicht auch als Objekt und Subjekt demokratischer Politik immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, um am Schluss von einem kaum zu definierenden Mittelständler abgelöst zu werden.

Letzten Endes sind wir hier aber nur auf das Bild gestossen, das sich die demokratischen Führer oder ihr Parteiorgan von ihrer Wählerschaft machten. Zu fragen ist nun, ob und wie weit die demokratische Wählerschaft diesem Bild entsprach. Mindestens für die Proporzzeit nach 1919 dürfte dieses Bild der Realität ziemlich nahe gekommen sein, verloren doch die Demokraten, zwar zeitlich verzögert, aber doch parallel zum Aufkommen ihrer Mittelstandspolitik, deutlich Wähler an die Sozialdemokratie; dies vor allem in den Nationalratswahlen von 1928 und 1931 und in den Grossratswahlen von 1929. Die Frage nach Ursache und Wirkung ist für das hier zur Diskussion stehende Problem nebensächlich; wichtig ist aber, dass die Demokraten in der letzten Phase ihrer Existenz als politische Partei Wähler, und zwar eine beachtliche Anzahl, an die Sozialdemokraten verloren. Dies sagt noch nichts aus über die soziale Herkunft dieser Gruppe demokratischer Wähler. Betrachtet man aber das ganze Phäno-

7 TT 27.10.1911; Artikel zu den Nationalratswahlen von 1911.

8 TT 26.3.1920.

9 TT 23.10.1925.

10 TT 24.10.1925.

11 TT 2./4./5.2.1929. Artikelserie zur Mittelstandspolitik. Es handelt sich dabei um einen Vortrag von einem gewissen Dr. Beuttner, gehalten in Weinfelden.

12 Siehe dazu oben 1.2.3 und 1.2.2.

men auf dem Hintergrund des damaligen Umfeldes, dann dürften diese Wähler fast ausschliesslich der Arbeiterschaft angehört haben.

Bei Majorzwahlen lassen sich solche Wählerverschiebungen natürlich schlechter beobachten und analysieren. Den einen oder anderen Schluss kann man trotzdem ziehen. So zeigt sich etwa, dass 1905 mit der Wahl Emil Hofmanns zum Regierungsrat der «sichtbare» Aufstieg der Demokraten seinen Abschluss fand; «sichtbarer» Aufstieg, weil bei Majorzwahlen die Stärke einer Partei oft nur an ihren Erfolgen, d.h. an errungenen Sitzen in Exekutive und Legislative, «gesehen» werden kann; während die Analyse von Zahlen eben sehr oft nur zu arithmetischen Spielereien führt. In dieser Zeit hatte aber auch die Zahl der demokratischen Wähler ihren Höhepunkt erreicht. In die gleiche Zeit fällt nun auch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei. Die damalige «Linke» insgesamt, d.h. Demokraten und Sozialdemokraten zusammen, konnte ihren Wähleranteil bis zur Einführung des Proporztes weiter ausbauen. Davon profitierten aber fast nur die Sozialdemokraten; die Demokraten stagnierten in Wirklichkeit. Sie glaubten aber noch 1911 mehr Wähler hinter sich zu haben als die Sozialdemokraten (ca. 5000 gegen 3500).¹³ Diese Schätzung wurde allerdings von sozialdemokratischer Seite bestritten;¹⁴ diese rechneten mit je etwa 3500 Wählern für jede der beiden Parteien und sahen sich selber leicht im Vorsprung. Die sozialdemokratische Schätzung dürfte näher bei der Realität liegen, konnten doch 1919 bei den ersten Proporzahlen (NR) die Demokraten knapp 3300 Wähler mobilisieren.¹⁵ Der demokratische Wähleranteil war also über lange Zeit sehr stabil. Der Stamm der demokratischen Wähler war sicher vor 1905 (Wahl Hofmanns zum Regierungsrat und Gründung der SP) zusammengekommen, vielleicht schon zu Ende des vergangenen Jahrhunderts, und zerfiel dann erst in der zweiten Hälfte der 20er Jahre unseres Jahrhunderts.

Ähnlich stabil wie der Wähleranteil der Demokraten dürfte auch die soziale Zusammensetzung der demokratischen Wählerschaft gewesen sein. Ein beachtlicher Teil muss einfachsten Verhältnissen entstammt sein (Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte). Dieser Wählergruppe war die Demokratische Partei auch nach der Gründung der SP im Jahre 1906 noch «links» genug. Als dies gegen Ende der 20er Jahre nicht mehr der Fall war, musste die Sozialdemokratie ohne grosse Eigenleistungen zur Hauptbin der Demokraten werden. Einfacheren sozialen Verhältnissen müssen natürlich auch die meisten übrigen demokratischen Wähler zugeordnet werden, wenn auch vielleicht etwas weniger bescheidenen. Im Gegensatz zu den späteren SP-Wählern bildeten diese aber eine sehr heterogene Wählergruppe. Dies zeigt auch ihr Verhalten beim und nach dem Untergang der Demokratischen Partei, konnte doch keine der bürgerlichen Parteien so wie die SP von diesem Untergang profitieren. Die «bür-

¹³ TT 11.11.1911.

¹⁴ a.a.O.

¹⁵ Siehe oben 1.2.3.

gerlichen» demokratischen Wähler verteilten sich auf alle Parteien und Bewegungen, die in Gegnerschaft zur Sozialdemokratie standen. Deshalb konnten diese auch keinen grossen Nutzen aus dem Untergang der Demokraten ziehen.¹⁶

1.3.2 Die geographische Herkunft

Die Anhängerschaft der Demokratischen Partei war nie auch nur annähernd gleichmässig über den ganzen Kanton verteilt. Schon 1893, als Nationalrat Koch für den Regierungsrat kandidierte und auf kantonaler Ebene deutlich geschlagen wurde, gelang es diesem, im Bezirk Arbon den freisinnigen Gegner zu schlagen.¹⁷ Vom Tagblatt wurde dieses Ergebnis übrigens mit der grossen Arbeiterbevölkerung Arbons erklärt.¹⁸ Der gleiche Koch, als Nationalrat anscheinend angesehen und populär und auch immer gut wiedergewählt, kandidierte aber im Wahlkreis Frauenfeld zweimal völlig erfolglos für den Grossen Rat (1893 und 1895).¹⁹ Obwohl bei Majorzwahlen die Persönlichkeit des Kandidaten angeblich entscheidend sein soll, reichte dies allein damals in Frauenfeld noch nicht, um einen demokratischen Kandidaten in den Grossen Rat zu bringen. Frauenfeld war eben nie eine demokratische Hochburg. Bei Grossratswahlen unter der Herrschaft des Majorz konnten die Demokraten eigentlich nur in den Wahlkreisen der Bezirke Arbon, Kreuzlingen, und Weinfelden Erfolge erzielen.²⁰ In den Bischofszeller Wahlkreisen liess sich der hohe demokratische Wähleranteil lange nicht in Grossratsmandate umsetzen.²¹ Diese Schwerpunkte hatten aber nicht nur für Grossratswahlen Gültigkeit, bei denen ja auch lokal- und regionalpolitische Faktoren eine Rolle spielen können. Dies zeigt etwa 1910 die Ersatzwahl für den verstorbenen Ständerat Deucher. Die Ergebnisse nach Bezirken belegen dies deutlich genug:

16 Siehe oben 1.2.2 und 1.2.3.

17 TT 21.3.1893.

18 a.a.O.

19 TT 18./19./20./21./22./23.4.1893 und 22.9.1895.

20 Diessenhofen darf man kaum zu den demokratischen Hochburgen zählen, auch wenn hier zeitweise zwei Demokraten (Huber und Hanhart) in den Grossen Rat gewählt wurden. Hanhart trat nämlich im Grossen Rat bis 1920 nicht als Demokrat auf. Der Erfolg der demokratischen Liste von 1920 (18,2 %) war wohl sein alleiniger Verdienst; denn in den Nationalratswahlen von 1919 kamen die Demokraten nur gerade auf 7,3 % der Stimmen, und in den Grossratswahlen 1923, als Hanhart nicht mehr kandidierte, mussten sie sich mit 8,0 % zufrieden geben.

21 TT 24.7.1895. Schon 1895 galt der Bezirk Bischofszell im Tagblatt als demokratische Hochburg. Ein Grossratsmandat konnten sie allerdings erst 1914 mit Albert Gamper im Wahlkreis Sulgen erobern.

Bezirk	Böhi (freis.)	Wellauer (dem.)
Arbon	1417	2224
Bischofszell	1209	1549
Diessenhofen	328	229
Frauenfeld	1817	1068
Kreuzlingen	1221	1353
Münchwilen	1383	673
Steckborn	1166	797
Weinfelden	1536	1373

Ausser im Bezirk Weinfelden konnte Böhi, immerhin Kandidat der Mehrheitspartei und bekannter Politiker, Wellauer in keiner der demokratischen Hochburgen schlagen. Gewählt wurde Böhi in der freisinnigen Hochburg Frauenfeld und in der konservativen Münchwilen.²²

Die Einführung des Proporztes änderte an dieser regionalen oder lokalen Schwerpunktbildung wenig oder nichts. Es gelang den Demokraten 1920 in den Bezirken Arbon, Bischofszell, Kreuzlingen und Weinfelden eine angemessenere Vertretung zu erobern. Hier kamen sie auch auf Resultate, die deutlich über dem kantonalen Mittel lagen. In den anderen vier Bezirken, nämlich Diessenhofen,²³ Frauenfeld, Steckborn und Münchwilen konnten die Demokraten, wie die Wahlergebnisse zeigen, nie richtig Fuss fassen.

In den Bezirken Münchwilen und Steckborn dürfte dieses Phänomen u.a. auf das überdurchschnittlich gute Abschneiden der Katholisch-konservativen zurückzuführen sein; wobei dieser Zusammenhang in Steckborn natürlich weniger Bedeutung hatte.²⁴ Man sollte aber auch den ausgesprochen ländlichen Charakter der beiden Bezirke nicht vergessen. Bereits ein Blick in eine topographische Karte aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zeigt uns, dass im Gegensatz dazu das landschaftliche Erscheinungsbild der Bezirke Arbon und Kreuzlingen und weniger ausgeprägt des Bezirks Weinfelden, d. h. der demokratischen Hochburgen, von einer Anzahl grösseren und mittleren Ortschaften geprägt war. Dort erzielten dann die Konservativen ja auch unterdurchschnittliche Ergebnisse. Mit gewissen Einschränkungen gilt dies alles wohl auch für den Bezirk Bischofszell.²⁵

Die Diessenhofer Ergebnisse zeigen hingegen, wie wichtig in kleinen Wahlkreisen auch bei Proporzahlen der einzelne Kandidat sein kann. Die Demo-

22 TT 21.2.1910.

23 Siehe dazu oben Anm. 20.

24 In Steckborn kamen die KK auf $\pm 20\%$, in Münchwilen auf $\pm 45\%$; das kantonale Ergebnis lag bei $\pm 17,5\%$. In Steckborn nahmen die Demokraten nur 1920 an den Grossratswahlen teil, in Münchwilen 1923 und 1926.

25 Das Bischofszeller Ergebnis der KK deckte sich fast mit dem kantonalen Ergebnis.

kraten hatten ja hier in den Grossratswahlen 1920 einen äusserst zugkräftigen Kandidaten; ohne diesen verloren sie 1923 fast 2/3 ihrer Wähler.²⁶

Konfessionelle und soziale Gliederung der Bevölkerung und Siedlungsstruktur allein können aber nicht alles erklären; andernfalls hätten die Demokraten im Bezirk Frauenfeld bessere Resultate erzielen müssen. Zum Tragen kamen diese Faktoren offensichtlich nur dort, wo sie mit einer Art «historischen» Bereitschaft zur Opposition gegen »Frauenfeld« zusammenfielen; einer Bereitschaft, die eben auch in der Thurgauer «Provinz» da war und Tradition hatte.²⁷ Die Demokratische Partei war irgendwie die Partei der «Provinzler»,²⁸ wurde in der «Provinz» gegründet²⁹ und ihr Parteiorgan, das Thurgauer Tagblatt, war im Gegensatz zur liberalen Thurgauer Zeitung ein Lokalblatt und erschien in der «Provinz».³⁰ Und Erfolge hatte diese Partei nur in der «Provinz».

1.3.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend könnte man den demokratischen Wähler dann etwa folgendermassen beschreiben:³¹

Der demokratische Wähler stammte vornehmlich aus der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht und lebte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Von Beruf war er Arbeiter, Angestellter oder Beamter in untergeordneter Position, Handwerker, kleiner Gewerbetreibender oder Kleinbauer, vielleicht auch Fabrikbauer. Wohnhaft war er in einer grösseren Ortschaft ausserhalb des Bezirks Frauenfeld und zwar in einem Bezirk mit einem verhältnismässig kleinen katholischen Bevölkerungsanteil. Er selber war meistens Protestant. Nach dem Untergang der Demokratischen Partei zog es ihn entweder zur Sozialdemokratie oder etwas weniger ausgeprägt zu den Bewegungen der 30er Jahre oder den Freisinnigen.

26 Diessenhofen hatte damals nur gut 1000 Stimmberechtigte. Näheres zu den Diessenhofener Ergebnissen siehe oben Anm. 20.

27 TT 1.1.1889. 1889 schrieb das Tagblatt in der Propaganda für den «demokratischen» Ständeratskandidaten Baumann: «Die Provinz scheint sich also «emanzipieren» zu wollen, was nicht gerade ein schreckliches Unglück wäre!»

28 Von den bedeutenden Führern stammte ja kein einziger aus Frauenfeld.

29 Weinfelden.

30 Weinfelden.

31 Für die Zeit vor der Gründung der SP (1906) und nach 1925 sind an diesem Bild einige Retuschen anzubringen, die allerdings den Gesamteindruck nicht wesentlich verändern. Vor 1906 hatte wohl der Faktor «Arbeiter» und nach 1925 der Faktor «Mittelstand» etwas mehr Gewicht.

1.4 *Der demokratische Parteiführer¹*

1.4.1 Der Personenkreis

Auf Grund der Quellen² kann man davon ausgehen, dass die demokratischen Grossratsfraktionen zwischen 1893 und 1932 im grossen und ganzen die führenden Köpfe der Partei miteinschlossen.³ Schaut man dann noch, welche Kantonsräte über einen grösseren oder den ganzen Zeitraum hinweg die wichtigeren Ämter in Partei und Politik besetzt hielten, dann stösst man immer wieder auf die Namen Deucher, Hofmann und Vögelin. Deren Lebensgeschichte war aufs engste mit der Geschichte der Partei verbunden; meistens waren ihre persönlichen Erfolge auch die Erfolge der Partei, hin und wieder auch umgekehrt. Als junge Männer um die Dreissig halfen sie die Partei gründen, in der Mitte ihres Lebens konnten sie für sich und ihre Partei die grössten Erfolge erringen (Hofmann 1905 Regierungsrat, Deucher 1908 Ständerat), und ihrem Tode (Hofmann 1927 und Vögelin 1930) folgte der Niedergang der Partei auf dem Fuss. Der frühe Tod von Deucher (1910) war auch für die Partei tragisch. Es zeigte sich, dass die Partei ihre Erfolge allzu sehr der Popularität einzelner Führer verdankte, und dass ihr «Personalreservoir» zu klein war, um solche Verluste zu ersetzen. So markiert eben der Tod Deuchers auch in der Parteigeschichte einen Wendepunkt. Da niemand in der Lage war, diesen oder später Hofmann oder Vögelin zu ersetzen, konnte die Partei auch von diesem Gesichtspunkt her keine grosse Zukunft haben.

Natürlich waren Deucher, Hofmann und Vögelin nicht die einzigen, die sich um die Partei kümmerten. Daneben wären für eine Phase bis zum Tode Deuchers noch Nationalrat Koch, die Grossräte Elliker, Günther, Ruoff und Keller (Vater) sowie andere Mitgründer der Partei zu erwähnen.⁴ Später stossen wir dann auf die Namen der Kantonsräte Reinhard Hofmann, Gamper, Jakob Etter, Deutsch, Dr. Keller (Sohn) und Düssli. Aktiv in der Parteileitung war dann zwischen 1922 und 1930 auch noch der zweite Redaktor am Thurgauer Tagblatt Frey.⁵ Neben diesen muss es aber auch Leute gegeben haben, die eher im stillen wirkten und kaum Spuren hinterlassen haben.⁶

1 Einzelheiten zu den verschiedenen Personen siehe unter Kapitel 1.7.

2 StATG, 8'631'; Verzeichnis der Kantonsräte; Personenkatalog; Beamtenetats und Staatskalender. Ferner Thurgauer Tagblatt.

3 Ausnahmen wären etwa alt Staatsschreiber Kollbrunner, Heinrich Knus oder Redaktor Frey.

4 Etwa die bereits erwähnten Kollbrunner und Knus oder Ständerat Baumann und Baron von Scherer.

5 TT 30.6.1955, Jubiläumsnummer.

6 Da wäre etwa Jean Hanhart-Baldin zu erwähnen, von 1896–1923 Kantonsrat, der offiziell erst ab 1920 der demokratischen Grossratsfraktion angehörte, aber gemäss zwei kleinen Artikeln im Thurgauer Tagblatt (TT 11./13.12.1915) Gründer des demokratischen Vereins Diessenhofen und Mitglied des Kantonalvorstandes der Demokratischen Partei gewesen sein soll. Hanhart muss also irgend eine Rolle in der Partei gespielt haben. Klären lassen sich die Widersprüche und Ungereimtheiten aber nicht.

Über die Führer der Lokalparteien ist nur wenig in Erfahrung zu bringen.⁷ Dieses wenige deutet allerdings darauf hin, dass die meisten lokalen demokratischen Vereine von den gleichen Leuten gegründet und geführt wurden, denen wir als Vertreter der Demokratischen Partei in lokalen und kantonalen politischen Ämtern begegnen.⁸

Politisch aktive Demokraten gab es also nur wenige. Geführt wurde die Partei immer nur von einer kleinen Handvoll Leute; hinzu kommt, dass einige dieser Führer vom Anfang bis fast zum Ende dabei waren. Wenn wir einmal die Frage nach den Parteiführern allein in den Mittelpunkt unseres Interesses stellen, dann war die Geschichte der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau eigentlich die Geschichte von bestenfalls einem oder zwei Dutzend politisch aktiver Thurgauer.

1.4.2 Die soziale Herkunft

Für die demokratische Wählerschaft sind wir zum Schluss gekommen, dass diese zum grossen Teil einfachen, wenn nicht einfachsten Verhältnissen entstammte. Soweit das zu überblicken ist, galt dies nicht für die demokratischen Kantonsräte, die in ihrer Gesamtheit ja mehr oder weniger die Führungsgruppe repräsentieren.⁹ Da finden wir nur einen einzigen «richtigen»¹⁰ Arbeiter (Günther, Arbon); aber auch dieser war bereits Arbeitersekretär, als er zum Kantonsrat gewählt wurde. Daneben gab es vier Handwerker oder Gewerbetreibende (Schreiner, Schiffsmeister, Fischer und Konditor, bzw. Wirt), einen Hauptmann und Landwirt, drei Bahn- und Postbeamte, acht aktive oder ehemalige Primar- und Sekundarlehrer, einen Chefbuchhalter des kantonalen Elektrizitätswerkes, zwei Redaktoren, zwei Pfarrherren und vier promovierte Juristen.¹¹ Bei sechs Grossräten werden keine Berufe, sondern andere politische Ämter angegeben (Gemeindeammann, Statthalter usw.).¹² Zur Unterschicht gehörte keiner dieser Kantonsräte, für ländliche Verhältnisse einige sogar eher zur Oberschicht (Jurist, Pfarrer). Es fällt aber auf, wie stark die typischen Aufsteigerberufe (Lehrer, Bahn- und Postbeamte, kaufm. Angestellte, Pfarrer) ver-

7 Hier gilt, was auch für die Gründung der Lokalorganisationen und die Wahlen auf lokaler Ebene gilt (1.1.2 und 1.2.4). Vieles fand da wohl nie den Weg in die Presse.

8 Siehe dazu oben 1.2 und hinten 1.7.

9 Von 1893 bis 1932 gab es 32 eindeutige Vertreter der Demokraten im Grossen Rat. Näheres dazu siehe hinten 1.7.4.

10 D. h. einen Kantonsrat, der eine Berufsbezeichnung führt, die dessen Arbeiterstatus klar und deutlich anzeigt.

11 Bei einigen Kantonsräten überschneiden sich diese Berufsbezeichnungen natürlich; so war Emil Hofmann Pfarrer und Jurist oder Martin Vögelin Sekundarlehrer und Redaktor.

12 Wer es zum Gemeindeammann oder Statthalter gebracht hat, gehört natürlich – mindestens bezüglich Ansehen – nicht mehr zur Unterschicht, mag auch seine berufliche Position einmal noch so bescheiden gewesen sein.

treten sind.¹³ Eine ganze Anzahl demokratischer Kantonsräte kannte wohl die Nöte des kleinen Mannes aus höchst eigener Erfahrung, was von demokratischer Seite her auch immer wieder betont wurde.¹⁴ Daneben liessen sich aber z.B. mit Adolf Deucher auch Angehörige der «Oberschicht» von den Ideen der Demokraten anziehen.

1.4.3 Die geographische Herkunft

Von sämtlichen demokratischen Kantonsräten stammten nur gerade drei aus Frauenfeld selber (Ruoff und Vater und Sohn Keller). Alle anderen waren «Provinzler», auch wenn sie wie Hofmann Frauenfeld einige Jahre im Grossen Rat vertraten oder dort einige Jahre die Primarschule besucht hatten und später vorübergehend als Anwalt tätig gewesen waren wie Deucher. Wie das Beispiel Deucher zeigt, stammten nicht alle aus demokratischen Hochburgen, wurde dieser doch in Steckborn geboren, wo er auch heimatberechtigt war. Später scheinen aber seine Beziehungen zu seinem zweiten Heimatort Kreuzlingen intensiver gewesen zu sein. Die übrigen Kantonsräte stammten im grossen und ganzen aus der Gegend, die sie auch im Parlament vertraten.

1.4.4 Parteipolitische Präferenzen demokratischer Politiker nach dem Zusammenbruch der Demokratischen Partei¹⁵

Mit Emil Hofmann und Martin Vögelin waren Ende der 20er Jahre die letzten politischen Vertreter der Gründergeneration gestorben. Betrachtet man den politischen Weg ihrer Nachfolger in der Partei, so könnte man bei ihnen auch von den letzten Demokraten sprechen; denn bis auf wenige Ausnahmen fanden alle noch aktiven demokratischen Politiker sehr schnell Anschluss und Unterschlupf bei den bürgerlichen Parteien. Dies begann bereits 1929, als der demokratische Kantonsrat Adolf Walder auf der Liste der BGB (Bauern, Gewerbetreibende und freisinnige Bürger aller Stände) kandidierte und auch gewählt wurde; diesen Sitz erbte 1932 der ehemalige demokratische Grossratskandidat Rudolf Bosshard, Gemeindeammann in Oberwangen. Der grosse Auszug fand dann allerdings erst 1932 statt. So kandidierten bei dieser Wahl in Kreuzlingen gleich vier ehemalige Demokraten auf bürgerlichen Listen. Dabei gelang es Johannes Lymann, als Nachfolger Emil Hofmanns einmal für kurze Zeit demokratischer Nationalrat, mit dem besten Resultat auf der FDP/BGB-Liste wiedergewählt zu werden. In Bischofszell wurde Alfred Althaus für die Freisinnigen wieder gewählt, und in Weinfelden kam ein ehemaliger Demokrat (Emil Merki) auf den ersten Ersatzplatz.

¹³ Typische Beispiele wären etwa Emil Hofmann, Sohn eines Lehrers, und Martin Vögelin, Halbwaise aus ärmlichen Verhältnissen.

¹⁴ TT 7.12.1931; Nachruf für Heinrich Knus. TT 3.3.1930; Nachruf für Martin Vögelin.

¹⁵ Siehe dazu auch oben 1.2.2 Grossratswahlen 1929/1932/1935 oder Amtsblatt 1929, S. 325 f., 1932, S. 283 f., 1935, S. 321–351.

Andere, d. h. nichtbürgerliche Wege gingen nur zwei frühere Demokraten. Da wäre einmal der Kreuzlinger Walter Diethelm zu erwähnen, der 1935 erfolglos auf der Liste «Partei gegen Preis- und Lohnabbau und für gerechte Wirtschaftsordnung», die eine Listenverbindung mit der SP eingegangen war, kandidierte. Eine zweite Ausnahme war auch Alfred Düssli aus Arbon. Dieser versuchte noch jahrelang die Demokratische Partei am Leben zu erhalten, was ihm mindestens mit der Ortspartei Arbon auch gelang.

Wir können also festhalten, dass fast alle politisch aktiven Demokraten schnell und leicht bei den bürgerlichen Parteien eine neue Heimat fanden. Dies deckt sich aber überhaupt nicht mit dem Verhalten ihrer ehemaligen Wähler; hatte doch ein beachtlicher Teil von diesen den Weg zur Sozialdemokratie und nicht zu den bürgerlichen Parteien gesucht. Hier stellt sich natürlich die Frage, wie weit diese «zweite» Generation demokratischer Führer noch repräsentativ für die demokratische Wählerschaft war oder wie weit vielleicht gerade eine mangelnde Repräsentanz den Niedergang der Partei mitverursacht hatte.

1.5 *Der Untergang*

1.5.1 Die Ereignisse

Mit den Grossratswahlen von 1932 verschwand die Demokratische Partei aus der Thurgauer Politik, wenn es auch einigen unentwegten Arboner Demokraten noch bis in die 60er Jahre hinein immer wieder gelang, auf einer eigenen oder der Liste einer neugegründeten Partei ein Grossratsmandat zu erobern; 1932¹ sogar noch deren drei. In allen anderen Bezirken kandidierten keine Demokraten mehr; wobei sich diese bereits 1929 in den Bezirken Diessenhofen, Münchwilen und Steckborn nicht mehr an den Wahlen beteiligt hatten.²

Der Niedergang der Partei hatte allerdings schon zehn Jahre früher eingesetzt. Wie ein Vergleich der kantonalen Resultate³ aller Proporzahlen (Grossrat und Nationalrat) von 1919 bis 1931 zeigt, erreichten die Demokraten ihr bestes Resultat 1922, als fast jeder siebte Thurgauer ihnen seine Stimme gab; dann

1 Amtsblatt 1932, S. 283–313.

2 Amtsblatt 1929, S. 325–351. In Steckborn beteiligten sich die Demokraten nur gerade 1920 an Grossratswahlen; siehe dazu Amtsblatt 1920, S. 513–535.

3 Wähleranteile in % der Demokraten auf kantonomer Ebene in den Proporzahlen von 1919 bis 1932, berechnet auf Grund der in den Amtsblättern 1919/1920/1922/1923/1925/1926/1928/1929/1931 publizierten Wahlergebnisse:

Nationalrat	1919	11,6 %
Grossrat	1920	12,4 %
Nationalrat	1922	13,7 %
Grossrat	1923	12,5 %
Nationalrat	1925	12,3 %
Grossrat	1926	12,1 %
Nationalrat	1928	9,3 %
Grossrat	1929	8,9 %
Nationalrat	1931	6,1 %

ging es aber nur noch bergab. Fixpunkte dieses Niederganges sind aus heutiger Sicht die beiden Einbrüche bei den Nationalratswahlen von 1928 und 1931, bei denen die Demokraten im Vergleich zu den vorangegangenen Grossratswahlen (1926 bzw. 1929) je etwa einen Viertel ihrer Wählerschaft verloren.

Alle diese auffälligen Verluste führten innerhalb und ausserhalb der Partei zu Unruhe und Spekulationen über die weitere Zukunft der Partei selber. Schon nach den Grossratswahlen von 1923 hielt es das Tagblatt für nötig, gegen angeblich von freisinniger Seite kolportierte Gerüchte, die Demokratische Partei stehe vor der Spaltung, Stellung zu nehmen.⁴ Der Tagblattartikel selber vermittelt allerdings den Eindruck, dass diese Gerüchte nicht ganz aus der Luft gegriffen waren. Die Existenz der Demokratischen Partei war vielleicht schon 1923 nicht derart gesichert, wie die Demokraten vorgaben zu glauben. Ihren Gegnern und potentiellen Erben war das vielleicht bewusster.

Die nächsten beiden Wahlen (Nationalrat 1925 und Grossrat 1926) brachten den Demokraten nur geringe Verluste (je ca. 0,2 %). Ergebnisse, die sie wahrscheinlich erwartet hatten, schlugen doch beide Wahlen, und zwar vor und nach dem Wahlgang, keine hohen Wellen.

Der erste tiefe Einbruch kam dann mit den Nationalratswahlen von 1928, bei denen die Demokraten im Vergleich zu den Nationalratswahlen von 1925 und den Grossratswahlen von 1926 mit einem Rückgang des Wähleranteils von 12,3 % bzw. 12,1 auf 9,3 % massive Stimmenverluste hinnehmen mussten. Ganz im Gegensatz zu den 25er und 26er Wahlen lösten die 28er bei den Demokraten und ihren Gegnern hektische Aktivitäten aus. Nach dem Tode von Regierungsrat Emil Hofmann wusste wohl jedermann im Thurgau, wie klein die Chancen der Demokraten waren, ihr Nationalratsmandat zu behaupten. Sie versuchten natürlich alles, um dieses Mandat zu retten. So sollen sie sogar eine Listenverbindung mit den Konservativen gesucht haben, was der demokratische Spitzenkandidat Lymann in einer Presseerklärung allerdings in Abrede stellte.⁵ Es kam dann zu einer bürgerlichen Listenverbindung (Freisinnige – Bauern – Konservative), die für das Tagblatt und die Demokraten nur zum Ziel hatte, das «demokratische Nationalratsmandat den Konservativen zuzuhalten».⁶ Nach dem Wahlsonntag konnten sich dann aber die Sozialdemokraten als Sieger feiern lassen.⁷

Den Demokraten waren die Wichtigkeit dieser Wahlen für die Zukunft ihrer Partei und die eigene Schwäche offensichtlich bewusst. So nahm das Tagblatt in einer ganzen Reihe grösserer Artikel und Aufrufe am Wahlkampf teil und analysierte nach dem Wahlgang in einer Artikelserie die Wahlen und die Lage der

4 TT 20.4.1923.

5 TT 20.10.1928.

6 a.a.O.

7 Amtsblatt 1928, S. 941 ff.

Partei.⁸ Die Partei selber organisierte im Vorfeld der Wahlen nicht nur einen Parteitag und eine Delegiertenversammlung,⁹ sondern auch eine grosse öffentliche Versammlung in Arbon.¹⁰ Beide Veranstaltungen standen unter dem Motto, die Existenzberechtigung der Demokratischen Partei zu beweisen, und beide waren vor allem darauf ausgerichtet, die eigene Wählerschaft zu mobilisieren.

Die Grossratswahlen von 1929, nur fünf Monate nach den Nationalratswahlen, brachten den Demokraten noch einmal kleinere Verluste, d. h. einen Rückgang von 9,3 % auf 8,9 %. Erwartet hatten sie diesen Verlust kaum,¹¹ wenn auch bereits der erste demokratische Kantonsrat die Partei im Hinblick auf diese Wahlen verlassen hatte.¹²

Auch 1930, keinem Wahljahr, beruhigte sich die Lage in der und um die Demokratische Partei nicht. Thurgauer Tagblatt und Partei waren immer wieder gezwungen, zu angeblichen Auflösungserscheinungen Stellung zu nehmen,¹³ und beklagten sich über ihre Gegner, die alles unternähmen, um dem Niedergang der Demokraten nachzuhelfen.¹⁴

Das endgültige «Aus» kam für die Demokratische Partei mit den Nationalratswahlen 1931. Im Vergleich zu den 28er und 29er Wahlen verloren sie noch einmal einen Drittel, bzw. einen Viertel ihrer Wähler. Innerhalb von fünf Jahren, d. h. seit den Grossratswahlen von 1926, war ihnen die Hälfte ihrer Anhänger davongelaufen. Aussicht auf Erfolg gab es 1931 nicht mehr; die eigene Liste diente offenbar nur noch dazu, den Sozialdemokraten, den Weggefährten aus längst vergangenen Tagen und den Erben aus weniger weit zurückliegenden Wahlen, einen Stein in den Weg zu legen.¹⁵ Mehr oder weniger deutlich hatte dies der demokratische Parteipräsident Düssli am Wahlparteitag vom 11. Oktober 1931 in Weinfelden ausgesprochen, und zwar zur Begründung der Listenverbindung, welche die Demokraten mit den bürgerlichen Parteien eingehen wollten;¹⁶ genauso deutlich kam dies aber auch in der Wahlpropaganda zum Ausdruck, die sich überhaupt nur noch gegen die Sozialdemokraten wandte.¹⁷

8 TT 10.9., 2./15./20./22./23./24./25.10. und 22./23./24./26.11.1928.

9 TT 10.9.1928.

10 TT 2.10.1928.

11 TT 25.4.1929.

12 a.a.O.; Amtsblatt 1929, S. 325–351; Kantonsrat Walder wurde 1929 im Bezirk Münchwilen auf der Bauernliste gewählt.

13 TT 3.1., 14.4., 1./24.5. und 16./17./18./19./20.6.1930.

14 TT 24.5.1930; bekannte Demokraten sollen von den Steuerbehörden bei der Einschätzung bewusst benachteiligt worden sein.

15 Auf Grund der Volkszählung von 1930 hatte der Thurgau eines seiner sieben Nationalratsmandate verloren. Besonders gefährdet war da natürlich das zweite SP-Mandat von 1928, ein Restmandat.

16 TT 12.10.1931; Bericht vom Parteitag; TT 21.9. und 6./9./10.10.1931; Artikel zur Listenverbindung.

17 a.a.O. und TT 13./20./21./22./23./24.10.1931.

Von all dem, was Demokraten und die Demokratische Partei einmal vertreten hatten, war nicht viel übrig geblieben.

Diesem Wahlmanöver, das nebenbei sein Ziel erreichte¹⁸ und wofür man wohl die Partei auch noch über die Wahlen am Leben erhielt,¹⁹ folgte die Liquidation der Partei auf den Fuss. Am 13. Dezember 1932 lehnte der Kantonalvorstand den Vorschlag einiger Vorstandsmitglieder (u. a. Lymann aus Kreuzlingen) ab, mit den Freisinnigen auf kantonaler Ebene eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen.²⁰ Den lokalen Sektionen liess man aber angeblich freie Hand.²¹ Dies erlaubte es den Kreuzlinger Demokraten unter der Führung von Johannes Lymann, zuerst mit den Jungfreisinnigen eine solche Arbeitsgemeinschaft einzugehen;²² bereits einen Monat später fusionierten sie aber endgültig mit den Freisinnigen.²³ In Weinfelden begann die Auflösung ähnlich wie in Kreuzlingen, nur regte sich hier Widerstand: Zuerst ging man mit den Jungfreisinnigen eine Arbeitsgemeinschaft ein;²⁴ als Zwischenspiel beteiligten sich zu Beginn des Jahres 1932 einige Demokraten an der Gründung einer Evangelischen Volkspartei;²⁵ einige Tage darauf erteilte eine Parteiversammlung dem Vorstand Vollmachten, mit den Freisinnigen über eine Fusion zu verhandeln,²⁶ und schon wenige Tage später meldete das Tagblatt die Auflösung der Parteisektion Weinfelden.²⁷ Als Antwort darauf gründeten einige unentwegte Demokraten einen neuen demokratischen Verein in Weinfelden,²⁸ von dem man dann allerdings nie mehr etwas hört.

Am 24. Januar fand in Weinfelden eine eiligst zusammengerufene Delegiertenversammlung der Kantonalpartei statt.²⁹ In einer Resolution wurde die Auflösung der Sektionen Kreuzlingen, Weinfelden und Bischofszell bedauert und gegen die «freisinnigen Einflüsterungen» und das Verhalten einiger Vorstandsmitglieder protestiert.³⁰ Der Untergang der Partei war aber nicht mehr aufzuhalten. Nachdem im März 1932 auch noch die Frauenfelder Demokraten auf eine Beteiligung an den Grossratswahlen verzichtet hatten,³¹ mussten die

18 Die Sozialdemokraten verloren ihr zweites Mandat.

19 Mindestens für die Leute, die nach den Wahlen nicht schnell genug zur Parteiauflösung schreiten konnten, dürfte diese Überlegung eine Rolle gespielt haben; denn nur so bekommt alles einen Sinn.

20 TT 18.12.1931.

21 a.a.O.

22 a.a.O.

23 TT 23.1.1932; der Artikel ist mit (ingesandt J.L.) gezeichnet und dürfte wohl von Johannes Lymann stammen.

24 TT 18.12.1931.

25 TT 11.1. und 13.1.1932.

26 TT 14.1.1932.

27 TT 21.1. und 22.1.1932.

28 a.a.O.

29 TT 25.1.1932.

30 a.a.O.; gemeint war hier wohl vor allem Johannes Lymann aus Kreuzlingen.

31 TT 18.3.1932.

Arboner Demokraten allein in die Grossratswahlen ziehen. Und noch jahrzehntelang erinnerte ein Arboner Kantonsrat (zuerst Alfred Düssli und später Jakob Annasohn, Ernst Wendel und Wilfried Schneider) an die Demokraten, bis 1972 auch in Arbon die Demokratische Partei aufgelöst wurde.³²

1.5.2 Die Ursachen

Die Nationalratswahlen von 1928 brachten an den Tag, was wohl Betroffene wie Beobachter erwartet hatten:³³ Die Demokraten waren nicht in der Lage, den Wählern für den verstorbenen Emil Hofmann einen auch nur annähernd gleichwertigen Kandidaten vorzuschlagen. Damit ging auch die letzte demokratische Machtposition verloren. Beerbt wurden sie von den Sozialdemokraten, die nicht nur das demokratische Restmandat von 1925 übernehmen konnten, sondern auch als einzige von den Stimmenverlusten der Demokraten profitierten (Demokraten: 1925 12,3% und 1928 9,3 %; Sozialdemokraten: 1925 20,3 % und 1928 23,7 %).³⁴ Ohne Vertretung in den wirklich entscheidenden Behörden (Regierung, eidgenössische Räte) hatte aber die Demokratische Partei keine grosse Zukunft mehr.

Wahrscheinlich hatten auch die Demokraten diesen Sitzverlust erwartet, mindestens aber befürchtet. Trotzdem hatten sie ein Angebot von bürgerlicher Seite auf Listenverbindung abgelehnt³⁵ und waren allein gegen die Sozialdemokraten und die drei verbundenen bürgerlichen Listen (Freisinnige, Bauern, Konservative) in den Wahlkampf gezogen.³⁶ Die Propaganda für diesen Wahlgang zeigt dem Betrachter dann nur allzu deutlich, wie eng der «Platz» für demokratische Politik geworden war; eigentlich war es nur noch ein Versuch, die eigene Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen.³⁷ Eine programmatische oder ideologische Auseinandersetzung mit dem Gegner fand kaum mehr statt. Ähnliches wiederholte sich im Vorfeld der Grossratswahlen von 1929 und der Nationalratswahlen von 1931; die Entscheidung war aber spätestens mit den 28er Wahlen gefallen, vielleicht schon früher, nämlich mit dem Tod Emil Hofmanns.

Nach der Niederlage von 1928 setzte sich das Thurgauer Tagblatt in einer längeren Artikelserie³⁸ mit der Lage der Demokratischen Partei auseinander. Die Niederlage war nicht wegzudiskutieren; deren Ursache sah man vor allem im übermässigen Einbruch wirtschaftlicher Aspekte in die Politik:

32 TZ 20.10.1972.

33 Verlust des demokratischen Nationalratsmandates.

34 Siehe oben 1.2.3 NR-Wahlen 1925 und 1928.

35 TT 20.10.1928 und 22.10.1928.

36 a.a.O. Nach Meinung der Demokraten sollte diese Listenverbindung das demokratische Restmandat von 1925 den Konservativen zuhalten und ein zweites sozialdemokratisches Mandat verhindern; dies natürlich immer eine demokratische Niederlage voraussetzend.

37 TT 10.9. und 2./15./20./22./23./24./25.10.1928.

38 TT 22./23./24./26.11.1928, «Zur Lage».

«Durch diese extreme Verwirtschäftlichung des sozialen Organismus wurde die Rechtspolitik, die auf den warmen Herzkraften des Volkes beruht, zur nackten Wirtschaftspolitik degradiert.

Dass die Freisinnigen diese Bewegung mit Bewusstsein durchgemacht haben und zur Wirtschaftspartei des Kapitalismus geworden sind, ist sowohl ihre Stärke als auch ihre Schwäche.

Die Bauern haben zuletzt diese Emanzipation durchgemacht, als sie allmählich merkten, dass die bürgerlichen Grossparteien keine allgemeine Volkspolitik betreiben, sondern eine einseitige Klassenpolitik im Interesse von Handel und Industrie. Daher wurde auch die Bauernpolitik, die sich lange auf der demokratischen Mittellinie der allgemeinen Volksinteressen bewegt hat, auf die schiefe Linie einer wirtschaftlich orientierten Interessenverfechtung abgetrieben. Die Arbeiter folgten dem Beispiel ihrer Herren und verfolgen seither ihre Klassenpolitik auf Grund eines importierten Programms, das dem gesamten internationalen Sozialismus eine einheitliche Färbung gibt.

In dieser Verwirtschäftlichung der Politik, das heisst in der Lähmung des demokratischen Rechtsbewusstseins, das die allgemeinen Volksinteressen und nicht die wirtschaftlichen Privatinteressen zu verteidigen hat, liegt die tiefe Ursache des Zerfalls der einst so blühenden demokratischen Volksbewegung. Dass diese krankhaften Zustände zu begrüessen wären, wird kein denkender Mensch behaupten. Heute stehen einander zwei wirtschaftlich orientierte Klassen gegenüber, in der Mitte aber gähnt ein grosses Loch.»³⁹

Das Tagblatt mag für sich in diesem Artikel Gründe für den Niedergang der Demokraten gefunden haben. In Wirklichkeit beschreibt es hier aber nur die politische Lage, in der die Demokraten hätten überleben sollen, und dies erst noch ziemlich polemisch, wie übrigens durch die ganze Artikelserie hindurch. Ansätze für eine Auseinandersetzung mit sich selbst finden wir hier keine, nur Angriffe auf den politischen Gegner.⁴⁰ Dass sich diese Angriffe in den folgenden Jahren dann immer mehr auf die Sozialdemokraten konzentrierten, spiegelt wohl nur die generelle Hinwendung der führenden Demokraten zu den bürgerlichen Parteien.⁴¹

³⁹ TT 22.11.1928.

⁴⁰ In der oben zitierten Artikelserie «Zur Lage» (Anm. 38) finden wir noch Angriffe auf sämtliche Parteien von links bis rechts. In den folgenden Jahren wird dann auf die bürgerlichen Parteien immer mehr Rücksicht genommen, dafür um so schärfer auf die SP «geschossen». Besonders akzentuiert zeigt sich das nach Martin Vögelins Tod (anfangs März 1930). Deutlich zu sehen ist dann diese Hinwendung zu den bürgerlichen Parteien in: TT 16./17./18./19.6.1930, «Um die demokratische Partei», oder in: TT 12./13.10.1931: Wahlrede Lymanns am Parteitag der DP vom 11.10.1930 zur NR-Wahl von 1931; vielleicht schon im Hinblick auf seinen späteren Uebertritt zu den Freisinnigen nahm hier Lymann wohl endgültig für die Bürgerlichen und gegen die Sozialdemokraten Stellung.

⁴¹ a.a.O., Artikelserie «Zur Lage».

Die Demokraten haben sich also mit ihrer eigenen Situation und ihrer Existenzberechtigung auseinandergesetzt und dies immer wieder.⁴² In die Tiefe gingen aber diese Auseinandersetzungen selten und dienten meist eher der Selbstbestätigung als dem Versuch, neue politische Wege zu gehen. Richtig, aber eine «Binsenwahrheit», war einzig die Feststellung, dass sich in Zeiten politischer Polarisierung kleinere Mittelparteien nur mit Mühe behaupten können; vor allem wenn bei parteiinterner Zerrissenheit Parteiführern und Parteivolk ein gemeinsames Dach fehlt, wie es etwa die Konservativen oder heute die CVP im politischen Katholizismus gefunden hatten und haben. Die Polarisierung der 20er und 30er Jahre⁴³ hat aber den Niedergang der Demokratischen Partei sicher nur ausgelöst, vielleicht nicht einmal dies, sondern nur beschleunigt.

Aufstieg und Niedergang dieser Partei fielen ja nicht nur in die Zeit der Ausbildung des schweizerischen Parteiensystems,⁴⁴ sondern waren selber Teil dieses Prozesses. So hatten es auch die Gründer gesehen, und zwar Demokraten wie Freisinnige oder später Sozialdemokraten. Voraussetzung für die Gründung all dieser Parteien war ja die Polarisierung von Interessen und Ideen innerhalb der freisinnigen Grossfamilie gewesen. Davon haben im Thurgau anfänglich, d. h. etwa von 1890–1910, vor allem die Demokraten profitiert. Man erinnere sich hier nur ihrer Wahlerfolge in dieser Zeit.⁴⁵ Damals hielten die Demokraten die Gegenposition zu den Freisinnigen; dies nicht nur als nicht-katholische Minderheitspartei, sondern auch ideologisch und programmatisch.⁴⁶ Mit der Gründung der SP (im Thurgau 1906) wurden sie aus dieser für sie günstigen Position verdrängt. Opposition zu den Freisinnigen konnte sich nun auch andersorts artikulieren. Anfänglich wirkte sich dies noch nicht allzu schwerwiegend aus. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass die Sozialdemokraten natürlich in verschiedener Hinsicht noch einen gewissen Nachholbedarf hatten,⁴⁷ das Majorzwahlrecht Demokraten wie Sozialdemokraten benachteiligte, aber letztere vielleicht mehr, und während des Ersten Weltkrieges Politiker wie Wähler

42 TT 23.10.1906; zur Gründung der SP, die «bisherige Waffenbrüderschaft» werde weiterbestehen, das «getrennte Marschieren» das «geeinte Schlagen» nicht verhindern. TT 20.4.1923; als Antwort auf Behauptungen von freisinniger Seite, in der DP gebe es Spaltungstendenzen.

43 Die Polarisierung war ja nicht neu. Neu war nur das Gewicht, das sie auf einmal bekam.

44 Vernachlässigt man den Sonderfall Konservative/CVP, dann handelt es sich ja um nichts anderes als um die parteipolitisch orientierte Organisation der immer mehr auseinanderstrebenden Flügel der alten freisinnigen Grossfamilie (FDP, DP, SP, BGB, EVP).

45 Baumann und Deucher als Ständeräte, Koch und Hofmann als Nationalräte, Hofmann als Regierungsrat.

46 Siehe dazu unten Kapitel 2 und 3.

47 Bekanntheitsgrad der Kandidaten, Personalreserve, Presse, Organisation.

mit «wichtigeren» Problemen beschäftigt waren. Die Ereignisse von 1918/1919⁴⁸ führten dann auch in der Schweiz und im Thurgau dazu, dass für eine Politik über die Gräben hinweg sehr schnell keine Chancen mehr bestanden.

Neben diesen eher allgemeingültigen Ursachen für den Niedergang, gab es natürlich auch einige Phänomene, die besonders oder überhaupt nur die Thurgauer Demokraten betrafen:

- Die Demokratische Partei des Kantons Thurgau erinnert den Betrachter oft *weniger an eine Partei als an eine Bewegung*. An Bewegungen, wie etwa in den 30er Jahren der Landesring oder die Bauernheimatbewegung, in der ja der Arboner Demokrat Düssli aktiv war, oder heute die Grünen oder die Friedensbewegung.
- Einen *einheitlichen ideologischen Hintergrund* hatten sie eigentlich nie. Einmal war man «bürgerlich», dann eher «links», verbal fast «sozialistisch». Und wenn es opportun war, wurde diese Problematik einfach nicht zur Kenntnis genommen oder gar negiert.
- Ähnlich verhielt es sich mit ihrer Programmatik. Überspitzt ausgedrückt waren ihre Parteiprogramme, die späteren mehr als die frühen, Ansammlungen von Postulaten mit wenig innerem Zusammenhang. Als die wichtigsten dieser Postulate erfüllt oder von anderen Parteien übernommen worden waren, hatte die Partei in dieser Hinsicht dem Wähler nicht mehr viel zu bieten. Dies zeigt sich dann sehr deutlich in den Wahlkämpfen um 1930 herum: Politisiert wurde da nicht mehr mit Forderungen und Versprechen auf Neuerungen, sondern mit Angriffen auf den politischen Gegner.
- Die Demokraten hatten lange Zeit aus dem *traditionellen Konflikt «Mehrheitspartei vs. Minderheitspartei»* Nutzen gezogen. Dieser Konflikt hat aber mit Aufkommen des im Thurgau *jüngeren Konfliktes «Bürgertum vs. Sozialdemokratie»* und der Einführung des *Proporzes* jede Bedeutung verloren.
- Herz und Motor der Demokratischen Partei waren in Wirklichkeit *einige wenige*, politisch aktive Thurgauer (Baumann, Koch, Hofmann, Deucher, Vögelin). *Aus diesem kleinen Kreis rekrutierten sich die Gründer* und bis in die späten 20er Jahre hinein auch *die Führer der Partei*: Aber diese Männer gründeten, führten und repräsentierten die Partei nicht nur. Nein, sie waren die Partei. Dies erklärt auch weitgehend den Zusammenbruch der Partei nach Hofmanns und Vögelins Tod.
- Politisch war die Gründergeneration eher «links» orientiert und hielt sich für die Erben der 69er Demokraten. Ihre Nachfolger hingegen, sozusagen die zweite Generation, sahen die Zukunft der Partei oder vielleicht eher ihre eigene Zukunft in einer mehr «bürgerlich» orientierten Politik; dies entfremdete sie dann aber sehr schnell der Mehrheit ihrer Wähler. So erstaunt es

⁴⁸ In der Schweiz: Generalstreik, Proporzwahlverfahren usw. In der Welt: Revolution in Russland und Deutschland, Auseinanderfallen von Oesterreich-Ungarn und der Faschismus in Italien.

nicht, dass die meisten dieser demokratischen Führer und Repräsentanten nach dem Zusammenbruch der Partei Zuflucht bei bürgerlichen Parteien suchten und auch fanden, ihre Wähler aber in der Mehrheit zur Sozialdemokratie abwanderten. Die Führung hatte sich vom Fussvolk abgewandt. Unter den hier aufgeführten Voraussetzungen gab es in der damaligen politischen Situation extremer Polarisierung zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie aus heutiger Sicht kaum eine Zukunft für eine «nicht-sozialistische» oder «bürgerliche» Linkspartei.

1.6 Zur Organisation der Partei

Soweit sich feststellen lässt, stützten sich die Demokraten in ihrer politischen Arbeit bis gegen das Ende des Ersten Weltkrieges auf eine höchstens in Bruchstücken ausgebildete Parteiorganisation. Wie wir in anderem Zusammenhang gesehen haben, drängte sich dies auch kaum auf. Die Mitgliederzahlen waren immer derart bescheiden, dass der direkte Kontakt zwischen Parteiführung und einzelmem Mitglied jederzeit gewährleistet war.¹ Für den politischen Kampf reichte dies wahrscheinlich vollumfänglich, denn bei Bedarf² konnten Mitglieder und Sympathisanten³ auf Grund ihrer geringen Zahl rasch und problemlos aktiviert und mobilisiert werden. Die Mitglieder kannten sich sicher fast alle persönlich; über das Thurgauer Tagblatt waren auch die Sympathisanten leicht zu erreichen und mindestens dem Namen nach der Parteiführung zum grossen Teil bekannt.⁴

In ruhigeren Phasen bestand die Partei in Wirklichkeit wohl überhaupt nur aus dem Kantonalvorstand, hin und wieder auch Komitee genannt, d. h. aus den Parteiführern. Aber auch auf diesen Vorstand stossen wir im Thurgauer Tagblatt nur selten, noch seltener auf Parteitage und Delegiertenversammlungen; sei es, weil diese nicht allzu oft tagten, oder weil nicht einmal das Parteiorgan besonders daran interessiert war. Eher zutreffen dürfte allerdings ersteres, war doch Martin Vögelin, Redaktor des Thurgauer Tagblattes, immer auch Mitglied des Kantonalvorstandes.⁵ Es gab also so etwas wie eine Parteiorgani-

1 Siehe oben 1.1.2; TT 4.5.1893: hier spricht Martin Vögelin von ungefähr 400 Parteimitgliedern; StATG, 8'631'0, «Bestand der lokalen Sektionen. Sept./Okt. 1929»; nach dieser Liste, wahrscheinlich einer Schätzung des Kantonalvorstandes, gab es 1929 ungefähr 450 Mitglieder.

2 Initiativen, Referenden, Abstimmungen, Wahlen.

3 Im Schnitt der Nationalratswahlen von 1919, 1922 und 1925 legten gut 3000 Thurgauer eine demokratische Liste ein. Zieht man davon ca. 400–450 Parteimitglieder ab, so kommt man auf etwa 2500 Sympathisanten, die dies auch an der Urne zum Ausdruck brachten (in Proporzahlen).

4 Das TT war ja offizielles Parteiorgan. Auf Grund der Abonnentenverzeichnisse, persönlicher Bekanntschaften und nicht zuletzt der Kleinräumigkeit des Kantons brauchte es sicher keine detektivischen Meisterleistungen, um den Sympathisantenkreis ziemlich genau zu kennen.

5 Siehe unten 1.7.2.

sation, es werden sogar einmal Parteistatuten erwähnt;⁶ von grösserer Bedeutung war dies aber sicher nicht.

Festhalten können wir aber: Es gab

- auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene Lokalparteien,
- eine Kantonalpartei,
- Delegiertenversammlungen und Parteitage,
- einen Kantonalvorstand und
- Mitglieder und Sympathisanten, die der Parteiführung persönlich oder wenigstens dem Namen nach bekannt waren.

Allzu griffig waren diese Strukturen wahrscheinlich nicht, aber damals genügten sie offensichtlich. Dabei waren sicher die persönlichen Aspekte entscheidend. Man wusste, wer Demokrat war und wer für die Demokraten stimmte. Und dies alles ohne die Fehler der modernen Demoskopie.

Mit dem programmatischen und organisatorischen Neuerungsschub von 1918 gab sich die Partei dann auch «neue» Statuten.⁷ Ganz ohne Folgen blieben diese Bemühungen nicht. So stossen wir im Thurgauer Tagblatt in den folgenden zehn bis zwölf Jahren häufiger als vorher und mit einer gewissen Regelmässigkeit auf Berichte über Parteitage, Delegiertenversammlungen und Sitzungen des Kantonalvorstandes und andere Parteiinterna. Auch auf kommunaler Ebene scheinen die Demokraten mindestens für einige Jahre «präsender» gewesen zu sein.⁸ Aber in vielem blieb der schön durchdachte Aufbau der Partei, wie er in den Statuten von 1918 vorgesehen war, offensichtlich Makulatur. So hören wir fast nie etwas von Kreis- oder Bezirksparteien, hingegen Klagen über nicht vertretene oder nicht ordnungsgemäss vertretene Sektionen an Delegiertenversammlungen.⁹

Alles in allem bewirkten also die Anstrengungen von 1918 wenig oder nichts. Als Organisation existierte die Demokratische Partei von ihrer Gründung bis zu ihrem Niedergang eigentlich immer nur in Ansätzen. Eine Ursache für den Niedergang der Partei war dies sicher nicht, vielleicht aber ein Indiz für ihre Schwäche. In dieser Schwäche lag aber gleichzeitig eine Stärke. Die Partei war von der Zahl der aktiven Mitgliedern her gesehen so klein, dass sie mit bescheidensten organisatorischen Strukturen politisieren konnte. Wir sollten dabei aber nicht vergessen, dass sie dies in einer Zeit tat, die nicht so organisationsgläubig war wie die unserige. «Organisation» hatte einen anderen Stellenwert als heute, und dies galt nicht nur für die Demokraten.

6 TT 27.9.1909; nach diesem Bericht soll an einer Delegiertenversammlung eine Parteistatutenrevision angeregt worden sein.

7 Auf Grund der Quellenlage sind die Statuten von 1918 auch die einzigen inhaltlich bekannten Statuten.

8 Mindestens die lokalpolitische Berichterstattung des TT hinterlässt diesen Eindruck.

9 TT 4.5.1921.

STATUTEN

der

demokratischen Partei

des

Kantons Thurgau

§ 1.

Die demokratische Partei des Kantons Thurgau bezweckt die Förderung des politischen und sozialen Fortschrittes auf dem Gebiete der Gemeinden, des Kantons und der Eidgenossenschaft auf Grundlage des demokratischen Parteiprogramms.

Sie bildet einen Bestandteil der demokratischen Partei der Schweiz.

§ 2.

Die Partei besteht aus Gemeinde-, Kreis- und Bezirksvereinen, sowie aus Einzelmitgliedern, welche sich keiner Sektion anschliessen können und beim Parteipräsidenten zum Beitritt anmelden.

§ 3.

Die Organe der Partei sind:

- a) Der Parteitag,
- b) die Delegiertenversammlung,
- c) der Kantonalvorstand.

§ 4.

Der Parteitag wird jährlich mindestens einmal abgehalten; er kann ausserdem auf Beschluss des Kantonalvorstandes, der Delegiertenversammlung

oder auf Begehren von fünf Parteisektionen oder 200 Mitgliedern jederzeit einberufen werden.

Am Parteitag hat jedes Mitglied Zutritt und Stimmrecht.

Der Parteitag beschliesst über Abänderungen des Parteiprogramms; dahingehende Anträge sind vom Kantonalvorstand oder von der Delegiertenversammlung vorzubereiten.

Der Parteitag entscheidet über alle Fragen, die ihm durch den Kantonalvorstand, eventuell die Delegiertenversammlung überwiesen oder in seinem Schosse aufgeworfen werden.

Der ordentliche Parteitag, der alljährlich im Herbst stattfindet, nimmt den Jahresbericht des Parteipräsidenten entgegen und stellt das Aktionsprogramm für das nächste Jahr auf

§ 5.

Die Delegiertenversammlung besteht aus:

- a) den Abgeordneten der einzelnen Sektionen; jede Sektion ist berechtigt, mindestens 2 Delegierte zu ernennen; Sektionen mit mehr als 50 Mitglieder sind berechtigt, auf je 30 (oder Bruchzahl) weitere Mitglieder einen weiteren Delegierten zu bezeichnen;
- b) den demokr. Mitgliedern des Grossen Rates und der Bundesversammlung;
- c) den Redaktoren der Parteipresse.

Einzelmitglieder können an den Delegiertenversammlungen mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Delegiertenversammlung wird jährlich mindestens zweimal (im Frühling und Herbst) vom Parteivorstand einberufen zur Beratung aller wichtigen Parteiangelegenheiten (kant. und eidgen Abstimmungen und Wahlen u. s. w.).

Sie wählt alle drei Jahre im Herbst den Kantonalvorstand (das engere Komitee womöglich aus

Mitgliedern einer Sektion) und aus dessen Mitte den Parteipräsidenten, führt die Kontrolle über die Tätigkeit des Vorstandes und das Rechnungswesen der Partei und bereitet die Arbeiten der Parteitage vor.

Drei Parteisektionen oder 100 Mitglieder können jederzeit vom P.-V. die Einberufung einer Delegiertenversammlung verlangen.

§ 6.

Der Kantonalvorstand besteht aus:

- a) dem engern Komite von 5 Mitgliedern (Präsident, Vizepräsident, Aktuar, Kassier und einem weitem Mitglied);
- b) je einem Mitglied aus jedem Bezirk;
- c) zwei Vertretern der demokratischen Grossratsfraktion und den Redaktoren der als solche anerkannten Parteizeitungen.

Der Kantonalvorstand hat die Parteiangelegenheiten zu leiten und auszuführen (das engere Komite die laufenden Geschäfte), bzw. sie für die Delegiertenversammlung und den Parteitag vorzubereiten.

In der Zusammensetzung des Kantonalvorstandes sollen die verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen möglichst berücksichtigt werden.

Der Kantonalvorstand kann nach Ermessen weitere Vertrauensmänner oder Fachleute zu seinen Beratungen zuziehen und besondere Subkommissionen einsetzen.

§ 7.

Die Auslagen der Partei werden bestritten durch die Jahresbeiträge der Sektionen und der Einzelmitglieder, deren Höhe durch die Delegiertenversammlung festgesetzt wird. Bei ausserordentlichen Aktionen können die Sektionen zu weiteren Leistungen herangezogen werden. Andererseits haben die kantonalen Parteiorgane schwache Sektionen mit Rat und Tat (auch finanziell) zu unterstützen.

In jeder grössern Gemeinde, bzw. in jedem Kreis oder Bezirk sollen Parteiorganisationen bestehen. Ihre Statuten sind dem Kantonalvorstand zur Genehmigung vorzulegen. Die lokalen Vereine erstatten jeweilen vor dem ordentlichen Parteitag im Herbst dem Kantonalvorstand Bericht über ihre Tätigkeit.

§ 8.

Eine Revision der Parteistatuten kann jederzeit nach Vorberatung im Kantonalvorstand und in den Sektionen durch die Delegiertenversammlung vorgenommen werden. Anträge dazu müssen mindestens vier Wochen vorher dem Kantonalvorstand eingereicht werden.

Beschlossen von der Delegiertenversammlung
vom 5. Mai 1918 in Arbon.

Der Kantonalvorstand.

1.7 Personen, Zahlen, Daten, Fakten

1.7.1 Die wichtigsten Parteiführer (Kurzbiographien)¹

Baumann, Johann Ulrich, von Neukirch Egnach (1851–1904)²

Baumann wurde in Olmishausen, Gemeinde Egnach, geboren. Sein Vater war dort «Gastwirt und Besitzer eines mittleren Bauernbetriebes».³ Er studierte in Zürich, Heidelberg und München Jurisprudenz und war seit 1875 Anwalt in Neukirch Egnach und wie sein Vater Wirt. Von 1875–1890 präsidierte er das Bezirksgericht Arbon, 1881–1890 war er Suppleant am Obergericht und ebenfalls von 1881–1890 Stellvertreter des Verhorrichters. Seine politische Karriere nahm 1875 auch in Neukirch als Gemeinderat ihren Anfang. Noch im gleichen Jahr wurde er in den Grossen Rat gewählt, dem er bis 1899 angehörte. Im Frühjahr 1889 wurde er als Kandidat «demokratischer» Kreise in den Ständerat gewählt; aus gesundheitlichen Gründen trat er aber schon im Oktober 1890 von diesem Amt zurück. An der Parteigründung von 1891 war er nicht beteiligt, sicher aber an den Vorbereitungen.⁴ Im Militär brachte es Baumann zum Major und Kommandanten des Inf Bat 73.

Deucher, Adolf, von Steckborn und Kreuzlingen (1861–1910)⁵

Deucher wurde als Sohn des späteren Bundesrates Deucher in Steckborn geboren. Die Primarschule besuchte er in Frauenfeld und das Gymnasium in Einsiedeln. Nach dem Studium in Bern, Basel und Heidelberg und einem Praktikum bei Forrer in Winterthur war er von 1886–1891 in Frauenfeld und dann bis 1907 in Kreuzlingen als Anwalt tätig. Am Bezirksgericht Weinfelden amtierte er von 1888–1908 als Gerichtsschreiber.⁶ 1906 wurde er Suppleant⁷ und 1907 Mitglied der kantonalen Anklagekammer⁸ und im gleichen Jahr noch Staatsanwalt. In Kreuzlingen war er jahrelang Mitglied der Ortskommission. Von 1893–1910 vertrat er den Wahlkreis Kreuzlingen im Grossen Rat und von 1908–1910 den Thurgau im Ständerat. Im Militär war er Major und Auditor der

1 Vorgestellt werden hier nur die allerwichtigsten Parteiführer. Auswahlkriterium: lange, aktive politische Arbeit innerhalb und ausserhalb der Partei. Dies trifft eigentlich nur auf die Gründergeneration zu. Nicht in diese Gruppe gehören Baumann und Scherrer-Füllemann. Beide waren an der Parteigründung selber nicht mehr beteiligt, der eine (Baumann) gesundheitshalber und der andere wegen Wohnortswechsel. An den Vorbereitungen zur Gründung waren aber beide noch beteiligt, Scherrer-Füllemann wahrscheinlich mehr als Berater von aussen.

2 Gruner, Bv, S. 693 f.

3 a.a.O.

4 Mit Baumanns Erkrankung und Rückzug aus der Politik wurde ja die Verschiebung der Parteigründung vom Dezember 1890 auf Februar 1891 begründet. Siehe dazu oben 1.1.

5 TT 3.1.1910; Gruner, Bv, S. 695 f.

6 Am gleichen Gericht war übrigens mit dem späteren Grossrat Elliker ein weiteres Gründungsmitglied Gerichtspräsident.

7 TT 14.3.1906.

8 TT 21.3.1907.

VII. Division. Als einer der Parteigründer war er von 1891– 1910 Mitglied des Vorstandes und in den letzten fünf Jahren seines Lebens noch Parteipräsident.

Hofmann, Emil, von Kreuzlingen und Weiningen (1865–1927)⁹

Emil Hofmann wurde 1865 in Engishofen¹⁰ als Sohn eines Lehrers geboren. Nach der Primar- und Sekundarschule in Egelshofen-Kreuzlingen,¹¹ bzw. Emishofen, besuchte er das Gymnasium in Konstanz und dann die Kantonschule in Frauenfeld. Nach der Maturität¹² studierte er Philosophie, Theologie und Staatswissenschaften in Basel (1885–1887), in Jena (1888) und in Zürich und Freiburg i. Br. (1889–1890). In Zürich schloss er mit dem theologischen Staatsexamen ab und in Freiburg doktorierte er in Staatswissenschaften. Von 1890–1898 war er Pfarrer in Stettfurt und von 1899–1905, nach seiner Wahl in den Nationalrat,¹³ Inspektor der Primar- und Fortbildungsschulen. 1899 wurde er für den Wahlkreis Frauenfeld, wo er seit seiner Wahl zum Nationalrat wohnte, in den Grossen Rat gewählt. 1905 gelang ihm der Sprung in den Regierungsrat. Höhepunkt dieser politischen Karriere waren für ihn und seine Partei sicher die Wahl zum Nationalratspräsidenten für die Amtszeit 1925/1926. Neben seiner grossen beruflichen und politischen Belastung fand Hofmann immer noch Zeit, auf dem Gebiete der Staats- und Sozialwissenschaften publizistisch tätig zu sein. Der Demokratischen Partei trat er kurz nach deren Gründung bei und diente dieser auch als Vorstandsmitglied und Präsident.¹⁴ Nach dem Tode Deuchers war er neben Vögelin der eigentliche Führer der Partei. Dies nicht nur, weil die beiden die wichtigsten Ämter besetzt hielten, sondern auch, weil in die Zeit ihres Wirkens die Blütezeit der Partei fiel. Dem Tode von Hofmann und Vögelin folgte ja bekanntlich der Niedergang der Partei auf den Fuss.¹⁵ Emil Hofmann starb am 20. März 1927 in Bern an den Folgen einer Magenoperation.

Koch, Josef Anton, von Obersommeri (1834–1898)¹⁶

Josef Anton Koch wurde 1834 in Obersommeri als Sohn eines Landwirtes geboren. Am gleichen Ort besuchte er die Volksschule. Über den weiteren Ausbildungsgang ist nichts bekannt. Seine militärische Karriere (1874 Oberstleutnant im Generalstab, 1870–1874 Waffenchef der thurgauischen Scharfschützen) und seine aktive Mitarbeit im Kantonalschützenverein (langjähriger Präsident) und in der Schützengesellschaft Frauenfeld haben ihm sicher in seinem beruflichen und politischen Fortkommen viel geholfen. Nachdem Koch 1863

9 TT 10./11.3.1927; Gruner, Bv, S. 702 f.

10 Nach dem Nachruf im TT (a.a.O.) zog sein Vater erst später nach Egelshofen–Kreuzlingen. Die Angabe bei Gruner (a.a.O.) könnte also falsch sein.

11 Gleiche Angabe in TT und Gruner (a.a.O.).

12 Gruner (a.a.O.) gibt als Maturitätsjahr 1888 an, was wohl falsch sein dürfte.

13 Geistliche dürfen ja im Nationalrat nicht Einsitz nehmen (Bundesverfassung Art. 75 und 96).

14 Siehe dazu unten 1.7.2.

15 Siehe oben 1.5.

16 TT 9.6.1898; Gruner, Bv, S. 705 f.

sein Trikoteriegeschäft aufgegeben hatte, wurde er kantonaler Beamter, zuerst Steuerkommissär (1863–1868 für den Bezirk Gottlieben, 1868–1869 für Tobel und 1870–1874 für Bischofszell), dann Zeughausverwalter und zuletzt kantonaler Kriegskommissär (1874–1891). Sein erstes politisches Amt fand er in seiner Heimatgemeinde Sommeri, wo er von 1859–1865 Gemeideamman war. Im Grossen Rat sass er von 1861–1874 und 1868/1869 war er Mitglied des Verfassungsrates. Von 1890 bis 1898 vertrat er den Thurgau im Nationalrat. Daneben war er von 1880–1898 Ortvorsteher von Frauenfeld. Wie Martin Vögelin war er Grütlianer. Bei der Parteigründung war er wohl einer der treibenden Kräfte; er scheint dann auch bis zu seinem Tode Parteipräsident gewesen zu sein.¹⁷

Vögelin, Martin, von Engwang (1863–1930)¹⁸

Martin Vögelin wurde 1863 in Wagerswil (Ortsgemeinde Engwang) als Sohn eines wenige Jahre zuvor aus Neapel zurückgekehrten Schweizer Soldaten geboren. Schon im Alter von sechs Jahren verlor er den Vater. Unter vielen Opfern ermöglichte seine Mutter ihm und seiner Schwester den Besuch der Sekundarschule in Müllheim, damals für eine einfache Familie noch gar keine Selbstverständlichkeit. Nach dem Lehrerseminar in Kreuzlingen unterrichtete er einige Jahre in verschiedenen Gemeinden des Kantons Thurgau. Später besuchte er die Universitäten Genf und Zürich, wo er auch das Sekundarlehramtspatent erwarb. Nach kurzer Tätigkeit als Sekundarlehrer in Arbon verliess er die Schweiz, um in England und Schottland als Privatlehrer zu arbeiten. Dort kam er auch erstmals mit den grossen Sozialproblemen seiner Zeit in Berührung. Auf die Bitte seiner Mutter kehrte er aber schon 1890 wieder in die Schweiz zurück und übernahm am 1. Mai 1891 die Redaktion des Thurgauer Tagblattes. In dieser Stellung liess er vom ersten Tag an keine Zweifel über seine politische Ausrichtung aufkommen. Er pflegte einen kämpferischen Stil, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Zeitung, womit er sich eine ganze Anzahl von Ehrbeleidigungsprozessen einhandelte. Für die Partei leistete er aber mit dieser Zeitung erstklassige Öffentlichkeitsarbeit. Als Mitbegründer der Partei gehörte er auch sein Leben lang deren Vorstand an, zeitweise auch als Präsident.¹⁹ 1908 wurde er für Weinfelden in den Grossen Rat gewählt, den er 1922/1923 präsidierte. Schon in den 90er Jahren wählten ihn die Weinfelder in ihre Schulvorsteherschaft, deren Aktuariat er bis zu seinem Tod besorgte. Seit 1915 war er auch Gemeinderat in Weinfelden. Während des Krieges leitete er in Weinfelden noch nebenamtlich das Amt für Arbeitslosenfürsorge. Daneben war er seit 1912 noch Mitglied des Bezirksrates. Auch in dieser Behörde wirkte er bis zu seinem Tod 1930 als Aktuar.

17 Siehe dazu unten 1.7.2.

18 TT 3./5.3.1930 und Auskünfte von Verwandten.

19 Siehe dazu unten 1.7.2.

Scherrer-Füllemann, Josef Anton, von Kirchberg SG (1847–1924)²⁰

Josef Anton Scherrer-Füllemann wurde 1847 als Sohn eines Gast- und kleinen Landwirtes in Itaslen (TG) geboren. Er besuchte die Kantonsschule in Frauenfeld, die Klosterschule in Einsiedeln und das Jesuitenkollegium in Feldkirch. In München und Basel studierte er von 1867–1869 Jurisprudenz. Bis 1886 war er dann in Sulgen (TG) Anwalt und Landwirt. Schon in dieser Zeit war er politisch aktiv und setzte sich für demokratische Ideen ein.²¹ 1886 verliess er den Thurgau, um in St. Gallen ein Anwaltsbüro zu eröffnen. 1889/1890 war er dort bereits Mitglied des Verfassungsrates und in dessen engeren Kommission. An der Ausgestaltung der neuen St. Galler Verfassung hatte er wesentlichen Anteil. 1891 wurde er in die St. Galler Regierung gewählt, die er schon 1894 wieder verliess. 1894–1905 war er Kassationsrichter, 1895–1921 Mitglied des Grossen Rates, 1897/1898 dessen Präsident und von 1890–1922 Nationalrat. Im Nationalrat war er zusammen mit dem Thurgauer Hofmann Mitglied der sozialpolitischen Gruppe, von 1902–1922 deren Fraktionspräsident. 1888 war er einer der Mitbegründer der Demokratischen Partei des Kantons St. Gallen und 1905 der eidgenössischen Partei, die er von 1905–1920 präsidierte. 1924 starb er in Mammern (TG).

1.7.2 Die Parteiführung

Auf Grund der Quellenlage ist es unmöglich, Gründer, Präsidenten, Vizepräsidenten und weitere Vorstandsmitglieder lückenlos aufzulisten. Die wichtigsten sind aber hier ganz sicher erfasst.

Auffallend ist, wie klein und wie konstant in ihrer Zusammensetzung diese Führungsgruppe über Jahrzehnte hinweg war (Koch, Hofmann, Deucher, Vögelin, Düssli). Dies haben wir ja schon bei anderer Gelegenheit festgestellt.²² Weiter fällt auf, wie stark Vögelin nach der Wahl Hofmanns in den Regierungsrat (1905) und dem Tode Deuchers (1910) Partei und Grossratsfraktion dominierte: Ist er nicht Präsident, dann ist er Vizepräsident; solange er als Präsident amtiert, begegnen wir nie einem Vizepräsidenten. Dies gilt für Partei wie Fraktion.

Der Gründungsvorstand²³ und später aktive Vorstandsmitglieder:

Baumann, Johann Ulrich²⁴

Baumann war an den Vorbereitungen beteiligt, an der Gründung wahrscheinlich nicht.

20 Gruner, Bv, S. 582 f.: ein Bruder von Scherrer-Füllemann vertrat übrigens den Kanton Basel-Stadt im Nationalrat.

21 Scherrer-Füllemann war Verfasser der «Thesen zur Hypothekarkreditfragen», die 1891 in das erste Programm der Thurgauer Demokraten eingeflossen waren. Siehe dazu unten 2.5.2.

22 Siehe oben 1.4.

23 Näheres zu den einzelnen Gründern siehe oben 1.7.1 und unten 1.7.4.

24 Siehe oben 1.7.1.

Deucher, Adolf²⁵

Deucher blieb bis zu seinem Tode (1910) Mitglied des Parteivorstandes.

Elliker, Hans²⁶

Vorstandsmitglied bis zum Tode (1909).

Keller, Robert (Vater)²⁷

Auf Grund des Nachrufes im Thurgauer Tagblatt könnte er an der Gründung beteiligt gewesen sein; sicher ist, dass er dann während Jahren im Vorstand sass.

Kollbrunner, Emil (alt Staatsschreiber)²⁸

Bei der Gründung war Kollbrunner noch beteiligt, hatte den Thurgau aber bereits verlassen und die Redaktion der «Zürcher Post» übernommen.

Koch, Josef Anton²⁹

Koch blieb bis zu seinem Tode Vorstandsmitglied und Präsident.

Knus, Heinrich (Märstetten)³⁰

Knus war nach dem Nachruf des Thurgauer Tagblattes bis zu seinem Tode (1931) Vorstandsmitglied.

von Scherer, Adrian Maximilian August, Baron³¹

von Scherer war bis zu seinem Tode Vorstandsmitglied.

Vögelin, Martin³²

Auch Vögelin war bis zu seinem Tode (1930) Vorstandsmitglied.

Weitere namentlich bekannte Vorstandsmitglieder:

Hofmann, Emil (National- und Regierungsrat)³³

Hofmann war an der Gründung nicht beteiligt, der Partei aber kurz darauf beigetreten. Er wurde sofort Vorstandsmitglied und blieb dies bis zu seinem Tode (1927).

Hanhart-Baldin Jean³⁴

Hanhart-Baldin soll 1915 bereits seit Jahren Vorstandsmitglied gewesen sein.

25 a.a.O. und TT 3.1.1910.

26 TT 19.4.1909.

27 TT 13.10.1928.

28 TT 18.7.1918; NZZ, 18.7.1918.

29 Siehe oben 1.7.1.

30 TT 7.12.1931.

31 TT 18.5.1901.

32 Siehe oben 1.4 und 1.7.1.

33 a.a.O.

34 TT 11./13.12.1915.

Aus dem Jahre 1926 sind folgende Vorstandsmitglieder bekannt:³⁵ Redaktor Dr. Arthur Frey als Präsident, die Kantonsräte Dr. Robert Keller (Sohn), Gottfried Deutsch, Albert Gamper und Martin Vögelin, Gemeinderat Dulk aus Arbon, Redaktor Mani aus Romanshorn.

Auf weitere Vorstandsmitglieder ist der Autor nicht gestossen. Die Berichterstattung des Thurgauer Tagblattes nahm nur selten Bezug auf den Parteivorstand und noch seltener auf dessen Mitglieder; die wichtigeren waren sicher fast jedermann bekannt, und über die anderen gab es wohl wenig zu berichten. Selbst bei einzelnen Gründungsmitgliedern erfährt man erst Jahre später, dass sie sich aktiv an der Gründung beteiligt hatten (z. B. Knus im Nachruf).

Die Parteipräsidenten:

1891 bis 1898 (?)	Koch, Josef Anton ³⁶
1898 (?) bis 1905	Hofmann, Emil ³⁷
1905 bis 1910	Deucher, Adolf ³⁸
1910 bis 1920	Vögelin, Martin ³⁹
1920 bis 1923	Düssli, Alfred ⁴⁰
1923 bis 1929	Frey, Arthur (Redaktor in Weinfelden) ⁴¹
1930	Düssli, Alfred ⁴²

Die Vizepräsidenten:

1899	Vögelin, Martin ⁴³
(?) bis 1905	Deucher, Adolf ⁴⁴
1905 bis 1910	Vögelin, Martin ⁴⁵
1920 bis 1930	Vögelin, Martin ⁴⁶

35 TT 15.11.1926.

36 TT 9.6.1898 (Nachruf auf Koch) und Gruner, Bv., S. 705 f.; allem Anschein nach war Koch bis zu seinem Tode Parteipräsident.

37 TT 10./11.3.1927; Gruner, Bv, S. 702.

38 TT 3.1.1910.

39 TT 7.2.1910, 23.2.1914 und 20.10.1917.

40 TT 16.2.1920.

41 TT 9.7.1923, 14.9.1925, 15.11.1926, 8.3.1926, 20.3.1928 und 18.2.1929.

42 TT 6.5.1929.

43 TT 24.10.1899; Vögelin wird hier nur als Vizepräsident erwähnt, seit wann und bis wann er dieses Amt ausübte ist offen.

44 TT 7.3.1905.

45 TT 19.10.1908; anscheinend wurde Vögelin 1905 für Deucher Vizepräsident und blieb dies bis zu seiner Wahl zum Parteipräsidenten.

46 TT 9.7.1923, 8.3.1926, 20.3.1928 und 6.5.1929.

1.7.3 Thurgauer Demokraten in leitenden Funktionen der eidgenössischen Partei

Geführt wurde die eidgenössische Partei von ihrer Gründung (1905) bis ins Jahr 1920 vom St. Galler Nationalrat Scherrer-Füllemann.⁴⁷ Während der Präsidentschaft Scherrer-Füllemanns werden für die Jahre 1905 und 1908 die Thurgauer Hofmann, Deucher und Vögelin als Mitglieder des Zentralvorstandes erwähnt,⁴⁸ für das Jahr 1911 Hofmann, Vögelin, Deutsch und Schmassmann.⁴⁹

1920 ging dann die eidgenössische Partei für die Leitung der Parteigeschäfte zum Vorortssystem über.⁵⁰ Die Partei sollte abwechselnd vom Vorstand einer Kantonalpartei geführt werden, wobei dieser «Vorort» mit Delegierten aller Kantonalparteien ergänzt werden sollte.

Erster Vorort war dann von 1920–1924 die Thurgauer Kantonalpartei.⁵¹ Abgelöst wurden die Thurgauer von den Glarner Demokraten, die dann die Partei bis in die 30er Jahre hinein führten.⁵² 1927 sassen die Thurgauer Deutsch, Düssli, Gamper, Keller (Sohn), Frey, Mani, Vögelin und Lymann im Zentralvorstand.⁵³

1.7.4 Die demokratischen Kantonsräte und ihre Fraktionsführung

Die Fraktionsführung:

Offiziell institutionalisiert wurden die Fraktionen erst mit der Einführung des Proporzses. Die Gewohnheit, sich mit gleichgesinnten Kantonsräten zusammenzuschliessen und die Ratsarbeit als Gruppe zu leisten, hatte sich allerdings schon vorher eingebürgert, und etwa seit 1900 hatten die Fraktionen im Ratsbetrieb durchaus ihren Platz. Dies zeigt z. B. die Besetzung des Ratspräsidiums und der ständigen Kommissionen, in denen eben schon vor 1918 grössere Fraktionen stärker und häufiger vertreten waren als kleinere. Über die Fraktionen selber ist aber vor 1918 aus amtlichen Dokumenten (Ratsprotokolle, Beamtenetats usw.) nichts zu erfahren, und auch das Thurgauer Tagblatt berichtete erst seit 1917 mit einer gewissen Regelmässigkeit über die demokratische Fraktion.

Seit wann die Demokraten im Grossen Rat als Fraktion auftraten, wissen wir also nicht genau. Wir wissen nur, dass die Fraktion vor 1912 «jahrelang» von Karl Günther aus Arbon präsiert wurde.⁵⁴ Von 1912 bis 1926 war dann Martin

47 TT 21.3.1905, 19.6.1922 und 22.8.1922. Scherrer-Füllemann war dem Thurgau und den Thurgauer Demokraten ja eng verbunden. Näheres dazu siehe oben 1.7.1.

48 TT 21.3.1905 und 18.5.1908.

49 TT 1.5.1911.

50 TT 23.11.1920.

51 a.a.O.

52 TT 21.1.1924 und 27.1.1930.

53 TT 25.4.1927.

54 TT 5.4.1929 (Nachruf auf Karl Günther).

Vögelin Fraktionspräsident⁵⁵ und von 1926 bis 1929 Gottfried Deutsch aus Romanshorn.⁵⁶ Einen Vizepräsidenten gab es anscheinend nur während der Präsidialzeit von Deutsch, nämlich Martin Vögelin.⁵⁷ Letzteres zeigt vielleicht auch, wie sehr bei den Demokraten immer die gleichen Leute die Führung innehatten, selbst wenn sie einmal ein Amt aus der Hand gaben. Für die Jahre 1917 bis 1920 und 1920 bis 1922 sind uns mit Jakob Etter aus Romanshorn und Heinrich Schaad aus Weinfelden auch zwei Aktuare bekannt.⁵⁸

Die demokratischen Kantonsräte:⁵⁹

Bezirk Arbon

- Günther, Karl, † 1929⁶⁰
 - 1) Schlosser, bzw. Mechaniker, Arbeitersekretär
 - 2) Ortsvorsteher von Arbon, Gemeindeammann von Arbon (seit 1900)
 - 3) Kreis Arbon von 1896–1920
 - 4) Bezirk Arbon 1920–1929
 - 5) Vizepräsident des Grossen Rates 1913/14 und Präsident 1914/15
 - 6) –
- Etter, Ernst⁶¹
 - 1) Pfarrer, Notar
 - 2) Suppleant im Bezirksgericht Arbon (seit 1907)
 - 3) Kreis Arbon von 1904–1908
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –
- Hungerbühler, A.⁶²
 - 1) –
 - 2) Gemeinderat in Arbon, Vizestatthalter (seit 1912)
 - 3) Kreis Arbon von 1905–1920
 - 4) –

⁵⁵ TT 22.5.1917, 27.5.1920, 8.3., 31.3., 1.4. und 25.5.1926.

⁵⁶ a.a.O.

⁵⁷ a.a.O.

⁵⁸ TT 22.5.1917, 27.5.1920 und 11.3.1922.

⁵⁹ Geordnet nach Bezirken (Proporzwahlkreis), innerhalb dieser in chronologischer Reihenfolge nach Majorzwahlkreisen. Die Angaben bedeuten im einzelnen:

- 1) Beruf
- 2) andere politische Ämter
- 3) Majorzwahlkreis
- 4) Proporzwahlkreis
- 5) Ämter im Grossen Rat
- 6) weitere Informationen

⁶⁰ Amtsblatt 1926, S. 423–455; Beamtenetat, S. 224; TT 3.10.1900, 26.5.1914 und 5.4.1929.

⁶¹ TT 12.1.1904 und 10.7.1907.

⁶² Beamtenetat, S. 262.

- 5) –
- 6) –
- Oberhänsli, Fritz⁶³
 - 1) –
 - 2) Gemeinderat von Arbon
 - 3) Kreis Arbon von 1908–1911
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) Oberhänsli war eigentlich Sozialdemokrat, wurde aber im Grossen Rat zu den Demokraten gezählt.
- Schoop, Jakob, 1859–1952⁶⁴
 - 1) Schreiner
 - 2) Gemeinderat in Holz-Romanshorn
 - 3) Kreis Romanshorn von 1908–1920
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) Schoop war eigentlich Sozialdemokrat, wurde aber im Grossen Rat (mindestens zu Beginn seiner Tätigkeit in diesem Gremium) den Demokraten zugerechnet.
- Etter, Jakob, 1867–1958⁶⁵
 - 1) Postbeamter
 - 2) Gemeindeammann von Romanshorn (seit 1910)
 - 3) Kreis Romanshorn von 1910 bis 1920
 - 4) Bezirk Arbon von 1920–1926
 - 5) –
 - 6) –
- Tung, Enrico⁶⁶
 - 1) Redaktor
 - 2) –
 - 3) Kreis Romanshorn von 1917–1920
 - 4) Bezirk Arbon 1920 (ein halbes Jahr)
 - 5) –
 - 6) –
- Deutsch, Gottfried, † 1930⁶⁷
 - 1) Bahnadjunkt

63 Beamtenetat, S. 262; TT 22.3.1911.

64 Beamtenetat, S. 262; TT 17.5.1910. Die Angaben zu Geburts- und Todesjahr und Beruf stammen aus dem Personenkatalog im Staatsarchiv Frauenfeld. Während seiner Grossratszeit trat er weder in Presse noch in amtlichen Verlautbarungen als Schreiner in Erscheinung.

65 Beamtenetat, S. 262; Thurgauer Jahrbuch 1960, S. 133 f.; TT 9./11.4. und 21./23.5.1910.

66 Amtsblatt, 1920, S. 513–535; Beamtenetat, S. 262.

67 Amtsblatt 1920, S. 513–535 und 1926, S. 423–455; TT 9.9.1930.

- 2) –
- 3) –
- 4) Bezirk Arbon von 1920–1929
- 5) –
- 6) –
- Annasohn, Walter, 1883–1964⁶⁸
 - 1) Fischer
 - 2) Gemeindeammann von Uttwil
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1920–1935
 - 5) –
 - 6) –
- Düssli, Alfred, 1877–1956⁶⁹
 - 1) Lehrer
 - 2) Friedensrichter in Romanshorn
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1920–1947
 - 5) –
 - 6) –
- Reutimann, Jakob, 1883 – 1959⁷⁰
 - 1) Kaufmann, Chefbuchhalter des kantonalen Elektrizitätswerkes
 - 2) –
 - 3) Kreis Arbon 1920 (vom 11.1.1920 bis zur Wahl des ersten Proporzparlamentes am 24.4.1920)
 - 4) Bezirk Arbon von 1929–1932
 - 5) –
 - 6) –
- Imhof, August, 1862–1948⁷¹
 - 1) Lehrer in Spitz-Romanshorn
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1926–1929
 - 5) –
 - 6) –

⁶⁸ Amtsblatt 1920, S. 513–535 und 1932, S. 283–309; TT 7.12.1915; TZ 15.9.1964; Thurgauer Jahrbuch 1965, S. 116 f.

⁶⁹ Amtsblatt 1920, S. 513–535; 1941, S. 455–489 und 1944, S. 373–409; Thurgauer Jahrbuch 1957, S. 131.

⁷⁰ Beamtenetat, S. 261; Thurgauer Jahrbuch 1960, S. 133 f.

⁷¹ Bericht f.d. Mitglieder der thurg. Schulsynode 1949, S. 7 f.

- Widmer, Lebrecht⁷²
 - 1) –
 - 2) Statthalter
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1929–1935
 - 5) –
 - 6) –
- Annasohn, Jakob, 1877–1972⁷³
 - 1) Kaufmännische Lehre
 - 2) Gemeindeammann von Romanshorn
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1947–1948
 - 5) –
 - 6) –
- Schneider, Wilfried, 1912^{73a}
 - 1) Kaufmann
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1948/49; 1953–1974 (Rücktritt)
 - 5) –
 - 6) 1965 und 1968 auf der gemeinsamen Liste Demokraten/EVP, 1972 auf der Liste der EVP
- Wendel, Ernst, 1899–1971⁷⁴
 - 1) Kaufmann
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Arbon von 1949–1953
 - 5) –
 - 6) –

Bezirk Diessenhofen

- Huber, Otto⁷⁵
 - 1) –
 - 2) Stadtammann Diessenhofen
 - 3) Kreis Diessenhofen von 1908–1917
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –

⁷² StATG, Personenkatalog.

⁷³ Amtsblatt 1947, S. 362–397; Thurgauer Jahrbuch 1973, S. 111.

^{73a} StATG, Verzeichnis der Kantonsräte; Schneider war Präsident des Thurg. Angestellten-Kartells.

⁷⁴ Thurgauer Jahrbuch 1973, S. 97 f.

⁷⁵ StATG, Personenkatalog.

– Hanhart-Baldin, Jean⁷⁶

- 1) –
- 2) –
- 3) Kreis Diessenhofen von 1896–1920
- 4) Bezirk Diessenhofen von 1920–1923
- 5) –
- 6) –

Bezirk Kreuzlingen

– Deucher, Adolf⁷⁷

- 1) Jurist, Dr. jur., Staatsanwalt (1907–1910)
- 2) Suppleant der Anklagekammer (1906), Mitglied der Anklagekammer (Ständerat 1908–1910)
- 3) Kreis Kreuzlingen von 1893–1910
- 4) –
- 5) –
- 6) –

– Hofmann, Reinhard⁷⁸

- 1) Notar
- 2) Suppleant des Bezirksgerichtes Kreuzlingen (1909), Mitglied des Bezirksgerichtes Kreuzlingen (1910), Oberrichter (1912)
- 3) Kreis Kreuzlingen von 1910–1920
- 4) Bezirk Kreuzlingen von 1920–1926
- 5) –
- 6) Hofmann wurde nach dem Wahldebakel der Demokraten von 1929 als Oberrichter und Verwaltungsratsmitglied des kantonalen Elektrizitätswerkes gewählt.

– Diethelm, Walter, 1888–1956⁷⁹

- 1) Sekundarlehrer in Altnau
- 2) –
- 3) –
- 4) Bezirk Kreuzlingen von 1920–1926
- 5) –
- 6) –

⁷⁶ TT 11./13.12.1915. Im Grossen Rat tritt Hanhart erst nach 1920 als Demokrat auf. Im erwähnten Zeitungsbericht zur Gründung der Ortspartei Diessenhofen im Jahre 1915 erscheint Hanhart allerdings als Gründer und erster Präsident dieser Lokalsektion und als Mitglied des Kantonalvorstandes. Eine vernünftige Erklärung für diesen Widerspruch habe ich nicht gefunden.

⁷⁷ Weitere Informationen zu Deucher und Quellenangaben siehe 1.7.1.

⁷⁸ Beamtenetat, S. 264; TT 18./23.2.1909, 31.1.1910, 22.5.1912 und 25./27.5.1929.

⁷⁹ Bericht f.d. Mitglieder der thurg. Schulsynode 1957, S. 7 f.

- Müller-Sauter, Oskar, 1876–1961⁸⁰
 - 1) Lehrer
 - 2) Gemeindeammann von Ermatingen
 - 3) –
 - 4) Bezirk Kreuzlingen von 1920–1923, nach 1932 freis. Kantonsrat
 - 5) –
 - 6) –
- Frauenfelder, Konrad⁸¹
 - 1) –
 - 2) Friedensrichter in Tägerwilen
 - 3) (Kreis Kreuzlingen von 1908–1920 als freier (?) Kantonsrat)
 - 4) Bezirk Kreuzlingen von 1926–1929
 - 5) –
 - 6) –
- Müller, Emil, 1876–1955⁸²
 - 1) Schiffsmeister
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Kreuzlingen von 1929–1932, dann freis./BGB Kantonsrat
 - 5) –
 - 6) –
- Lyman, Johannes, 1880–1944⁸³
 - 1) Lehrer
 - 2) Gemeindeammann von Kreuzlingen
 - 3) –
 - 4) Bezirk Kreuzlingen von 1929–1932, dann freis./BGB Kantonsrat
 - 5) –
 - 6) –

Bezirk Bischofszell

- Gamper, Albert⁸⁴
 - 1) Bahnbeamter
 - 2) –
 - 3) Kreis Sulgen von 1914–1920
 - 4) Bezirk Bischofszell von 1920–1932
 - 5) –
 - 6) –

80 Thurgauer Jahrbuch 1962, S. 137 f.

81 StATG, Personenkatalog.

82 Thurgauer Jahrbuch 1956, S. 162 f.

83 Thurgauer Jahrbuch 1946, S. 55.

84 TT 25. 5. 1929. Nach dem grossen Wahldebakel der Demokraten von 1929 wurde Gamper als letzter demokratischer Stimmenzähler weggewählt.

- Kriesi-Hofmann, Heinrich⁸⁵
 - 1) –
 - 2) Gemeindeammann von Bischofszell
 - 3) –
 - 4) Bezirk Bischofszell von 1920–1929
 - 5) –
 - 6) –
- Althaus, Alfred, 1880–1961⁸⁶
 - 1) Grundbuchverwalter
 - 2) Gemeindeammann von Bischofszell
 - 3) –
 - 4) Bezirk Bischofszell von 1929–1932, dann freis. Kantonsrat
 - 5) –
 - 6) –

Bezirk Frauenfeld

- Ruoff, Julius⁸⁷
 - 1) –
 - 2) Gemeindeammann von Frauenfeld (seit 1898)
 - 3) Kreis Frauenfeld von 1899–1920
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) Ruoff war in Kurzdorf wohnhaft.
- Hofmann, Emil⁸⁸
 - 1) Pfarrer und Jurist, Doktor der Staatswissenschaften der Universität Freiburg im Breisgau
 - 2) Regierungsrat von 1905–1927, Nationalrat von 1898–1927
 - 3) Kreis Frauenfeld von 1899–1905
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –
- Keller, Robert, 1863–1928⁸⁹
 - 1) Konditor und Wirt zur «Blume» in Frauenfeld
 - 2) –
 - 3) Kreis Frauenfeld von 1905 bis 1911
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –

⁸⁵ Amtsblatt 1920, S. 509–534 und 1926, S. 423–453.

⁸⁶ Amtsblatt 1920, S. 509–534; Bischofszellerzeitung 16.2.1961.

⁸⁷ Beamtenetat, S. 263.

⁸⁸ Weitere Informationen und Quellenangaben zu Hofmann siehe 1.7.1.

⁸⁹ TT 13.10.1928.

- Lang, Eduard⁹⁰
 - 1) Lehrer
 - 2) –
 - 3) Kreis Matzingen von 1919 (2. März) – 1920
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –
- Schenkel, Heinrich⁹¹
 - 1) Landwirt in Wellenberg, Hauptmann
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Frauenfeld von 1920–1923
 - 5) –
 - 6) –
- Keller, Robert, 1886–1960⁹²
 - 1) Jurist (Dr. jur.), Staatsanwalt von 1915–1924
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Frauenfeld von 1923–1932
 - 5) –
 - 6) –

Bezirk Münchwilen

- Walder, Adolf⁹³
 - 1) –
 - 2) Ortsvorsteher von Oberhofen
 - 3) –
 - 4) Bezirk Münchwilen von 1923–1929, dann BGB-Kantonsrat
 - 5) –
 - 6) –

Bezirk Steckborn

- Ulmer, Adolf⁹⁴
 - 1) –
 - 2) Bezirksstatthalter
 - 3) Kreis Steckborn 1884–1911, zählt erst seit 1908 zu den Demokraten
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –

⁹⁰ Beamtenetat, S. 264.

⁹¹ Amtsblatt 1920, S. 509–534.

⁹² Thurgauer Jahrbuch 1961, S. 93 f.; TT 25.11.1924.

⁹³ StATG, Personenkatalog.

⁹⁴ a.a.O.

Bezirk Weinfelden

- Elliker, Hans, † 1909⁹⁵
 - 1) Dr. jur.
 - 2) Gerichtspräsident in Weinfelden
 - 3) Kreis Weinfelden von 1896–1908
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) –
- Vögelin, Martin⁹⁶
 - 1) Sekundarlehrer, Redaktor
 - 2) Bezirksrat 1912, Gemeinderat in Weinfelden 1915
 - 3) Kreis Weinfelden 1908–1920
 - 4) Bezirk Weinfelden 1920–1930
 - 5) 1921/22 Vizepräsident des Grossen Rates und 1922/23 Präsident
 - 6) –
- Meier, Karl⁹⁷
 - 1) –
 - 2) Friedensrichter in Märstetten
 - 3) Kreis Märstetten von 1905–1914
 - 4) –
 - 5) –
 - 6) wohnhaft in Wigoltingen
- Schaad, Heinrich⁹⁸
 - 1) Grundbuchverwalter
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Weinfelden von 1920–1923
 - 5) –
 - 6) –
- Wartenweiler, August⁹⁹
 - 1) Lehrer
 - 2) –
 - 3) –
 - 4) Bezirk Weinfelden von 1922–1929 und von 1930–1932
 - 5) –
 - 6) –

⁹⁵ TT 19.4.1909.

⁹⁶ Weitere Informationen und Quellenangaben zu Vögelin siehe 1.7.1.

⁹⁷ StATG, Personenkatalog.

⁹⁸ TT 11.3.1922; Schaad trat 1922 vorzeitig aus dem Grossen Rat zurück.

⁹⁹ Amtsblatt 1920, S. 509–534 und 1929, S. 325–355; Wartenweiler ersetzte 1922 Schaad und 1930 Vögelin.

1.7.5 Demokraten in Gremien des Grossen Rates¹⁰⁰

Präsident:

1914/1915	Günther
1922/1923	Vögelin

Vizepräsident:

1913/1914	Günther
1921/1922	Vögelin

1. Sekretär:

1899	Elliker
------	---------

2. Sekretär:

1893	Deucher
1898	Elliker
1900	Elliker
1901	Elliker

Stimmenzähler:

1905 bis	
1912/1913	Günther
1913/1914 bis	
1916/1917	Huber (Diessenhofen)
1917/1918 bis	
1919/1920	Etter
1920/1921 bis	
1928/1929	Gamper

Gesetzgebungs- und Redaktionskommission:¹⁰¹

1899 bis	
1901	Elliker als Suppleant
1905 bis	
1908	Deucher als Suppleant
1909	Deucher als Mitglied
1910 bis	
1919/1920	Vögelin als Suppleant
1920/1921 bis	
1929/1930	Vögelin als Mitglied
1930/1931 bis	
1931/1932	Keller als Suppleant

¹⁰⁰ Die Angaben entstammen den Beamtenetats und Grossratsprotokollen der entsprechenden Jahre; für weitere Informationen siehe auch oben 1.7.1 und 1.7.4.

¹⁰¹ Berücksichtigt sind nur die ständigen Kommissionen.

Kommission zur Prüfung der Rechenschaftsberichte und der Geschäftsführung der Behörden und Kanzleien:

1893	Deucher als Mitglied
1897 und	
1898	Elliker als Suppleant
1900	Deucher als Mitglied
1903	Ruoff als Suppleant
1904	Ruoff als Mitglied
1905	Elliker als Mitglied
1906	Keller als Mitglied
1907	Deucher als Mitglied
1908	Günther als Suppleant
1909	Günther als Mitglied
1911/1912	Hofmann als Mitglied
1912/1913	Hungerbühler als Mitglied
1913/1914	Meier als Suppleant
1914/1915	Huber als Suppleant
1915/1916	Günther als Mitglied
1916/1917	Vögelin als Mitglied
1917/1918	Etter als Suppleant
1918/1919	Etter als Mitglied
1919/1920	Tung als Mitglied
1920/1921	Gamper als Mitglied
1921/1922	Schenkel als Suppleant
1922/1923	Schenkel als Mitglied
1922/1923	Deutsch als Suppleant
1923/1924	Vögelin als Mitglied
1924/1925	Walder als Mitglied
1925/1926	Deutsch als Mitglied
1926/1927	Annasohn als Mitglied
1927/1928 und	
1928/1929	Imhof als Mitglied
1929/1930	Wartenweiler als Mitglied
1930/1931	Lyman als Mitglied
1930/1931	Althaus als Suppleant
1931/1932	Annasohn als Mitglied

Kommission zur Prüfung der Staatsrechnungen, Budgets und Nachtragskredite:

1898 und	
1899	Günther als Suppleant
1899	Elliker als Mitglied

1901	Hofmann, Emil, als Suppleant
1902	Deucher als Mitglied
1903	Günther als Suppleant
1904	Hofmann, Emil, als Suppleant
1905	Günther als Mitglied
1906	Keller als Mitglied
1907	Meier als Mitglied
1907	Oberhänsli als Suppleant
1908	Oberhänsli als Mitglied
1908	Ulmer als Suppleant
1909	Ulmer als Mitglied
1909	Huber als Suppleant
1910	Huber als Mitglied
1911/1912	Ruoff als Mitglied
1911/1912	Vögelin als Suppleant
1912/1913	Vögelin als Mitglied
1913/1914	Etter als Mitglied
1915/1916	Huber als Suppleant
1916/1917	Gamper als Suppleant
1917/1918	Gamper als Mitglied
1918/1919	Hofmann als Mitglied
1919/1920	Günther als Mitglied
1920/1921	Vögelin als Mitglied
1921/1922	Schaad als Mitglied
1922/1923 und	
1923/1924	Diethelm als Mitglied
1924/1925	Deutsch als Mitglied
1925/1926	Düssli als Mitglied
1926/1927	Düssli als Mitglied

Petitionskommission:

1899 bis	
1901	Elliker als Mitglied
1902 bis	
1904	Hofmann, Emil, als Suppleant
1905 bis 1908	Deucher als Suppleant
1909	Deucher als Mitglied
1920/1921 bis	
1934/1935	Annasohn als Suppleant

1.7.6 Das Thurgauer Tagblatt¹⁰²

Die Geschicke von Tagblatt und Demokratischer Partei waren während über vierzig Jahren (1890–1932) eng miteinander verbunden. Es war sicher kein Zufall, dass gerade das Tagblatt zum offiziellen Sprachrohr der Demokraten wurde, hatte doch «oppositioneller Journalismus» bei dieser Weinfelder Zeitung eine gewisse Tradition, als dort am 1. Mai 1890 Martin Vögelin die Redaktion übernahm. Darauf bezog sich Vögelin auch, als er in seinem Antrittsartikel schrieb:

«Der Wechsel in der Redaktion bedeutet nicht einen Wechsel in der Tendenz unseres Blattes. Das Thurgauer Tagblatt, das nun gewiss eine ehrenvolle Stellung in der thurgauischen Presse einnimmt, wird wie bisher als das Organ der thurgauischen demokratischen Partei in demokratischem Sinn und Geist geführt werden.»¹⁰³

Für Vögelin war es klar: Das Tagblatt war das Organ der Demokraten. Im gleichen Artikel äusserte er sich auch zur oppositionellen Position des Tagblattes:

«Es soll uns freuen, wenn wir mit den übrigen thurgauischen Blättern in Eintracht an dem gemeinsamen Werke wirken können. Indessen bringt unser prinzipieller Standpunkt es mit sich, dass wir zuweilen zu einigen derselben in Opposition treten müssen, es soll aber in möglichst sachlicher, nicht in persönlicher Weise geschehen.»¹⁰⁴

1890 wurde die Zeitung von Werner Schläpfer in Weinfelden herausgegeben und auch gedruckt. Um gegen unliebsame Überraschungen gewappnet zu sein, übernahmen dann am 1. Juli 1894 einige Demokraten¹⁰⁵ die Verlagsrechte von Werner Schläpfer, der die Zeitung aber weiterhin druckte. 1897 gründeten einige führende Demokraten (Koch, Vögelin, Deucher u. a. m.) eine Aktiengesellschaft, welche die Verlagsrechte erwarb. Gemäss Handelsregistereintrag wurde am 17. Juli 1897 eine «Aktiengesellschaft Thurgauer Tagblatt» mit 40 000 Fr. Aktienkapital (400 Aktien zu je 100 Franken)¹⁰⁶ und Sitz in Weinfelden gegründet. Erster Verwaltungsratspräsident wurde der spätere Ständerat Deucher. Über die Besitzer war nun das Tagblatt endgültig an die Demokratische Partei gebunden. Den Druck besorgte noch bis 1900 Werner Schläpfer. Von 1900–1916 wurde die Zeitung bei Neuenschwander, ebenfalls in Weinfelden, gedruckt.

¹⁰² Bibliographie der Schweizer Presse, Bd.II, S. 1011, Hagen, J. E., Buchdruck- und Zeitungswesen im Thurgau, TT 30.6.1955, «Jubiläumsnummer».

¹⁰³ TT 1.5.1890.

¹⁰⁴ a.a.O.

¹⁰⁵ In der Jubiläumsnummer des Tagblattes von 1955 wird von einem Konsortium gesprochen.

¹⁰⁶ Ist das nur Zufall, dass die Zahl der Aktien in etwa mit der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder übereinstimmt? Siehe dazu auch oben 1.6, Anm. 1.

Nachdem die «A.G. Thurgauer Tagblatt» 1916 eine eigene Druckerei eingerichtet hatte, konnte sie die Zeitung von 30. Juni 1916 an selber drucken. Am 18. Mai 1922 wurde die Redaktion durch Dr. Arthur Frey erweitert. Nach Vögelins Tod am 1. März 1930 führte Frey die Redaktion allein weiter. Aber bereits im Oktober des gleichen Jahres verliess er das Thurgauer Tagblatt, um in Zürich einen Posten beim Evangelischen Pressedienst zu übernehmen. Vom 16. Oktober 1930 bis Ende Februar 1931 leitete Emil Keller aus Wald (ZH) die Redaktion. Er wurde von Erhard Richter aus Zürich abgelöst. Die langsam dahinserbelnde Demokratische Partei oder vielleicht besser gesagt ihre auseinanderstrebenden Mitglieder konnten die Zeitung nicht länger halten und verkauften deshalb das Thurgauer Tagblatt (Verlag und Druckerei) auf den 1. Juli 1932. Neuer Besitzer wurde Werner Schläpfer, ein Sohn des ehemaligen Eigentümers, der bereits in Männedorf (ZH) eine Druckerei besass. Damit ging auch die fast vierzigjährige demokratische Ära des Thurgauer Tagblattes zu Ende.

1.8 Die Demokratische Partei im Spiegel der Presse ihrer Gegner und Weggefährten¹

1.8.1 Die Gründungsjahre

Die Ständeratswahl von 1889, die den «Demokraten» mit dem Wahlsieg ihres Kandidaten Ulrich Baumann einen ersten grossen Erfolg brachte, ist wohl die erste, noch heute fassbare Auseinandersetzung zwischen «demokratischen» und «freisinnigen» Liberalen. Den Demokraten ging es wahrscheinlich zuerst einmal nur um Veränderungen innerhalb der freisinnigen «Grossfamilie». Die Thurgauer Zeitung, damals das Sprachrohr der Liberalen und später der Freisinnigen, sah hingegen in erster Linie die Gefahr, welche diese Auseinandersetzung für die liberale Merheitspartei des Kantons barg. Für den ersten Wahlgang gab sie sich zwar noch siegesgewiss, war es aber gar nicht so sehr. Wenigstens dem Namen nach existierten für die Thurgauer Zeitung weder «Demokraten» noch deren Kandidat Baumann. Diese Feststellung gilt übrigens nicht nur für den redaktionellen Teil. Nur in einem einzigen eingesandten Bericht, und erst noch in einem ganz kurzen und gut versteckten, über eine Versammlung der «Mittwochs-Gesellschaft Neukirch-Egnach» erfuhren die Leser der Thurgauer Zeitung, dass diese Gesellschaft die Kandidatur Baumann unterstütze, und damit auch etwas von dieser Kandidatur selber.² Diese Publikation war wohl kaum zu verhindern, stammte doch Baumann aus Neukirch-Egnach; in einem redaktionellen Artikel in der gleichen Ausgabe der Thurgauer Zeitung stossen wir zwar auf den Beschluss der Mittwochsgesellschaft, aber den Namen Bau-

1 Für die Freisinnigen die «Thurgauer Zeitung». Für die Konservativen die «Thurgauer Wochenzeitung», «Der Wächter» und die «Thurgauer Volkszeitung». Für die Sozialdemokraten die «Thurgauer Post» und die «Thurgauer-Arbeiter Zeitung».

2 TZ 12.1.1889.

mann sucht man vergeblich.³ Am Tag darauf, in der Fortsetzung des Artikels, musste dann jedem Leser klar werden, dass der «nichterwähnte» Baumann für liberale Kreise nicht nur eine Zählkandidatur war:

«So wenig die gegnerischen Kandidaturen in den liberalen Vorversammlungen irgend welchen Anklang gefunden haben, so wenig werden sie in dem schliesslichen Entscheid einen nennenswerthen Erfolg erreichen. Allein es heisst auch hier: *Principiis obsta!* «Wehre den Anfängen,» und diese Anfänge, diese Versuche, in die liberale Mehrheit des Kantons einen Keil hineinzutreiben, die bei früheren Wahlen Dank der geschlossenen Stimmabgabe dieser Mehrheit energisch zurückgewiesen wurden, sind in den letzten Tagen auf's Neue aufgetaucht. Es sind dieselben schwer defini(!)rbaren Elemente der sogenannten Opposition, die sich in letzter Stunde wieder zusammengefunden haben, um aus der Uneinigkeit der liberalen Partei für ihre Sonderzwecke Kapital zu schlagen, und die Stimmenzersplitterung der ersteren zur Verherrlichung der auf *ihre* Kandidaten fallenden Stimmenzahl zu benützen.»⁴

Zu den Artikeln und Aufrufen für den 2. und 3. Wahlgang wurde dann der Ton in der Thurgauer Zeitung äusserst aggressiv, wenn nicht gar gehässig. Da wurden die Anhänger Baumanns wieder als «sogenannte Opposition» abqualifiziert⁵ oder als «Offiziere und Unteroffiziere der sozialistisch-ultramontanen Heilsarmee» titulierte.⁶ Baumann selber war der Kandidat der «sozialdemokratischen Partei» und der «ultramontanen Presse».⁷ Auf einen Kommentar zum Sieg Baumanns verzichtete dann die Thurgauer Zeitung. Die Thurgauer Wochenzeitung, das konservative Organ, unterstützte hingegen konsequent den demokratischen Kandidaten,⁸ denn ihr Ziel war, was die Liberalen befürchteten: Das liberale Machtmonopol im Thurgau sollte gebrochen werden. Darum ging es ihnen und weniger um die politischen Postulate der Demokraten. Dies brachte die Wochenzeitung auch deutlich zum Ausdruck:

«Unser Platz in Wahlfragen ... ist also *neben den Demokraten.*»⁹

Anderthalb Jahre später kämpfte dann der Demokrat Josef Anton Koch gegen den Konservativen von Streng, der von den Freisinnigen unterstützt wurde, um einen Nationalratssitz. Interessant ist hier vor allem der Kommentar der

³ a.a.O.

⁴ TZ 13.1.1889.

⁵ TZ 26.1.1889.

⁶ TZ 7.2.1889.

⁷ TZ 6.2.1889.

⁸ TWZ 10./13.1.1889; offizielle Aufrufe der Konservativen und redaktionelle Unterstützung für den demokratischen Kandidaten. TWZ 12.2.1889; unter dem Titel «Der Sieg ist unser» reklamiert die Wochenzeitung einen Teil des Erfolgs von Baumann für sich und die Konservativen.

⁹ TWZ 13.1.1889.

Thurgauer Wochenzeitung zur Niederlage ihres eigenen Kandidaten und zum Erfolg des Demokraten Koch:

«Nicht das Schlimmste, was uns Konservativen passi(!)ren konnte.»¹⁰

Für die Thurgauer Zeitung waren die Anhänger Kochs hingegen «Vertreter der sozialistisch-demokratischen Richtung.»¹¹ Ultramontan durften sie ja diesmal nicht sein!

Die Gründung der Demokratischen Partei führte in der Thurgauer Wochenzeitung zu einer vorsichtig freundlichen Berichterstattung.¹² Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass das gleiche Blatt die Freisinnigen als «konservative Demokraten» bezeichnete.¹³ Für die Thurgauer Zeitung waren die Demokraten nichts als Spalter der «freisinnig-demokratischen Mehrheit des thurgauischen Volkes»¹⁴ und zum eidgenössischen Programm der Demokraten ist am gleichen Ort zu lesen:

«..., dass wir trotz der pompösen Zusammenstellung aller möglichen halb oder gar nicht verdauten, von überallher zusammengelesenen Postulaten desselben eine Verschiedenheit der *Grundsätze* gegenüber der freis.-demokratischen Partei nicht in dem Grade finden können, dass es nothwendig gewesen wäre, eine Partei mit eigenem Programm zu bilden.»¹⁵

Dies blieb freilich die einzige Reaktion der Thurgauer Zeitung zur Gründung der Demokratischen Partei. War es aber nur Zufall, dass die gleiche Zeitung in den Wochen darauf verschiedene Artikel zur Sozialdemokratie und zum Marxismus publizierte?¹⁶

1.8.2 Von der Parteigründung bis zur Wahl Deuchers in den Ständerat

In den folgenden siebzehn Jahren wurde das oben beschriebene Verhalten der Liberalen und Konservativen und ihrer Presseorgane den Demokraten gegenüber zu einem fast feststehenden Verhaltensmuster. Die Liberalen versuchten ihre Mehrheitsposition zu behaupten; das konnten sie nur, solange sich Konservative und Demokraten nicht zu einer gemeinsamen Minderheitenpolitik, mindestens für Wahlen, zusammenfanden. Kam es aber trotz allem zu Wahlallianzen zwischen Demokraten und Konservativen, dann argumentierte die Thurgauer Zeitung sehr schnell mit dem «rot-schwarzen Schreckgespenst».

10 TWZ 30.10.1890.

11 TZ 19.10.1890.

12 TWZ 5.2.1891.

13 TWZ 25.1.1891.

14 TZ 4.2.1891.

15 a.a.O.

16 TZ 8./15./17.2.1891.

Als 1893 der Demokrat Koch versuchte, einen Regierungssitz zu erobern, unterstützten Konservative und Thurgauer Wochenzeitung den freisinnigen Kandidaten eigentlich nur in der Hoffnung auf späteres Gegenrecht.¹⁷ Zu polemischer Propaganda liessen sie sich allerdings nicht hinreissen. Ähnliches können wir bei den Regierungsratswahlen von 1895 beobachten, bei denen sich ja ein Konservativer (Wild) und ein Demokrat (Hofmann) direkt gegenüberstanden. Offensichtlich hatte auf konservativer Seite niemand ein grosses Interesse, die Demokraten allzu sehr zu verärgern. Den Anspruch auf diesen Regierungssitz begründeten die Wochenzeitung und die Konservativen mit der Tatsache, älteste Minderheitspartei zu sein.¹⁸ Hofmann warf man nur seine Jugend vor.¹⁹ Dem freisinnigen Wähler musste die Thurgauer Zeitung natürlich zuerst einmal die Unterstützung für einen konservativen Kandidaten schmackhaft machen. So meinte sie einmal, die Konservativen hätten sich gewandelt und der Kulturkampf sei ja nun vorbei,²⁰ oder ein andermal, man müsse eine konservative Obstruktionspolitik verhindern.²¹ Einfacher war es, Hofmann direkt anzugreifen; denn um diesen oder um die Demokraten ging es ja in Wirklichkeit. Hofmann sei zu jung oder zu gut ausgebildet,²² wurde etwa vorgebracht. Es ging aber auch gröber, wenn es sein musste. So warf man Hofmann auch vor, «sozialdemokratisch» zu sein,²³ oder den Demokraten insgesamt ein «zum Fanatismus gesteigertes demagogisches Gebahren»;²⁴ und dies nicht etwa zugunsten eines eigenen, sondern eines konservativen Kandidaten!

Die Wahl Emil Hofmanns in den Nationalrat (1898) war dann eindeutig das Ergebnis eines Zusammenrückens von Demokraten und Konservativen, wie es die Freisinnigen immer befürchtet und immer zu verhindern versucht hatten. In den ersten Wahlgang gingen die Konservativen noch mit einem eigenen Kandidaten (von Streng). Aber schon in dieser frühen Phase verlangte die Wochenzeitung zwischen den Zeilen einen gemeinsamen Kampf gegen die Freisinnigen.²⁵ Für den 2. Wahlgang erhielt dann Hofmann die erhoffte und auch nötige

17 TWZ 12./16./19.3.1893. Gegen Koch sprach nach der TWZ vor allem dessen mangelhafte Bildung. Ähnlich argumentiert auch die TZ (TZ 18.3.1893), allerdings sehr viel polemischer.

18 TWZ 14.7.1895.

19 TWZ 18.7.1895.

20 TZ 19.7.1895.

21 TZ 20.7.1895.

22 TZ 20.7.1895.

23 TZ 21.7.1895.

24 a.a.O.

25 TWZ 6./26.8.1898. Der konservative Anspruch auf diesen Sitz begründete die TWZ, wie auch schon, damit, dass der Kandidat der «ältesten Minderheit auch ältestes Recht» habe; siehe dazu: TWZ 20./24.8.1898. Im Zusammenhang mit dem ersten Wahlgang kam es auch noch zu einer heftigen Pressefehde zwischen TWZ und TZ, die sich wechselseitig antikatholische und ultramontane Hetzerei vorwarfen.

Unterstützung von konservativer Seite. Unter dem Titel «Der Minderheit eine Vertretung» begründete die Wochenzeitung das Verhalten der Konservativen.²⁶ Dabei liess sie in diesem wie in anderen Artikeln keinen Zweifel aufkommen, dass es nur darum ging, die Freisinnigen zu schädigen.²⁷ Ohne Konservative sollte es im Thurgau keine Mehrheit mehr geben; gegen die Konservativen sollte niemand mehr alleine regieren können.²⁸ Die Thurgauer Zeitung rechnete anfänglich fest mit einem freisinnigen Sieg. In Hofmann sah man einen verkappten Sozialdemokraten,²⁹ und in einem Kommentar zum 1. Wahlgang hiess es, die Demokratische Partei sei eine «demokratisch-sozialdemokratische Partei».³⁰ Dies widerspricht natürlich anderen Behauptungen aus diesem Wahlkampf: So meinte die Thurgauer Zeitung, es gebe kaum programmatische Unterschiede zwischen demokratischer und freisinniger Richtung, vielmehr handle es sich um eine rein personenbezogene Auseinandersetzung,³¹ und das Wahlbündnis zwischen Demokraten und Konservativen sei eine «unnatürliche ultramontane-demokratische-sozialdemokratische Allianz».³²

Adolf Deuchers erfolglose Kandidatur für den Regierungsrat im Jahre 1907 fand wohl eher wegen dessen katholischer Herkunft u.a.m. als aus parteipolitischen Gründen die Unterstützung der Konservativen:

«... nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern mit Rücksicht auf die Befähigung und Eignung des Kandidaten zum vorgesehenen Amte ...»³³

Wie wichtig das konfessionelle Moment immer noch sein konnte, zeigte sich dann vor allem im Kommentar des Wächters zur Niederlage Deuchers, wo den Freisinnigen vorgeworfen wurde, ihre Propaganda sei eine «Entfesselung des wildesten Fanatismus und leidenschaftlichen Hasses gegen die katholische Konfession» gewesen.³⁴ Dieses Moment zählte aber nicht nur für die Betroffenen, d.h. die Katholiken, sondern auch für ihre Gegner, in diesem Fall die Thurgauer Zeitung. So wetterte diese unter dem Schlagwort «Gegen Rot und Schwarz» gegen Deucher³⁵ und hielt dessen Kandidatur für einen Versuch,

«... Gesetzesvollziehung und Verwaltung des Kantons nach den Prinzipien und Rücksichten der katholisch-konservativen und sozialistisch-demokratischen Partei einzurichten.»³⁶

26 TWZ 5.9.1898.

27 TWZ 3./9./10./9. 1898.

28 TWZ 12.9.1898.

29 TZ 26.8.1898.

30 TZ 30.8.1898.

31 TZ 16.8.1898.

32 TZ 10.9.1898.

33 DW 15.1.1907.

34 DW 21.1.1907.

35 TZ 16.1.1907.

36 TZ 18.1.1907.

In den eingesandten Artikeln war dann die Wortwahl noch «deutlicher». Da war Deuchers Kandidatur eine «pfäffische Spekulation» u.a.m.³⁷ (Dabei war Deuchers Vater immerhin freisinniger Bundesrat!)

Deuchers Kandidatur für den Ständerat (1908) fand anfänglich die Unterstützung des Wächters.³⁸ Die konservative Parteileitung hielt sich dann allerdings aus dem Wahlkampf heraus und sperrte den redaktionellen Teil des Wächters für sämtliche Einsendungen zur Wahl. Sie empfahl ihren Anhängern, leer einzulegen, um so die Stärke der Konservativen demonstrieren zu können.³⁹ Die Thurgauer Zeitung argumentierte in bekannter Manier gegen Deucher. Daneben taucht hier auch ein Argument auf, das wir noch heute im einen oder anderen Kanton bei Ständeratswahlen zu hören bekommen:

«In unserer Zeit der *unnatürlichen Allianzen* und des *Klassenkampfes* ist es aber auch eine *politische Notwendigkeit*, dass die *Gesinnung und der Wille der freisinnig-demokratischen Mehrheit des Thurgauer Volkes im Ständerat bestimmt und unverfälscht* zum Ausdruck kommen.»⁴⁰

Auf einen Kommentar zum Sieg Deuchers verzichtete die Thurgauer Zeitung.

1.8.3 Vom Tode Deuchers bis zum Untergang der Partei

Die Auseinandersetzungen um die Nachfolge Deuchers brachte erstmals die Sozialdemokratie und ihr Presseorgan (Thurgauer Post) richtig mit ins Spiel. Für diese scheint Deucher innerhalb der Demokratischen Partei eine Art Vertrauensmann gewesen zu sein. Im Nachruf schrieb die Thurgauer Post:

«Das Proletariat wird das Andenken seines Freundes, des guten und lieben Menschen Dr. Adolf Deucher in Ehren halten. Die schweizerische Sozialdemokratie senkt grüssend das rote Banner.»⁴¹

Ein solcher Nachruf lässt uns auch leichter verstehen, warum ein Mann wie Adolf Deucher bei der Gegenseite (Freisinn und Thurgauer Zeitung) derart Angst und Aggressivität auslöste.

Für die Ersatzwahl selber unterstützten Sozialdemokratie und Thurgauer Post den demokratischen Kandidaten Wellauer, der «aus dem arbeitenden Volk hervorgegangen» sei und wissen müsse, «wo das arbeitende Volk den Schuh drückt».⁴² Daneben argumentierten sie mit dem Anspruch auf Minderheiten-

37 TZ 19.1.1907.

38 DW 17.10.1908.

39 DW 20.10.1908.

40 TZ 20.10.1908.

41 TP 3.1.1910.

42 TP 18.2.1910.

vertretung.⁴³ Der Wächter und die Konservativen hielten sich wie bei der Wahl Deuchers (1908) zurück und empfahlen ihren Anhängern, leer einzulegen.⁴⁴ Die Freisinnigen wollten natürlich den 1908 verlorenen Sitz zurückerobern. Den Wahlkampf selber führten sie eigentlich völlig unpolitisch; d.h. ohne jeden ideologischen Aspekt. Nach ihrer Meinung hatten sie einfach einen historisch gewachsenen Anspruch auf die beiden Thurgauer Sitze im Ständerat:

«..., dass unsere Partei den Ständeratssitz, der ihr unter besonderen Umständen durch einen übermütigen Handstreich entrissen worden ist und der ihr nach Tradition und Vernunft gehört, wieder für sich beanspruchen wird.»⁴⁵

«..., ob dieser Anspruch einer politischen Minderheit auf Vertretung im Ständerat nicht geradezu dem Sinn und Geist der Bundesverfassung widerspreche.»⁴⁶

Daneben sprach man dem demokratischen Kandidaten jede Befähigung für dieses Amt ab.⁴⁷

1918 und 1921 kandidierte Emil Hofmann erfolglos für den Ständerat. In beiden Wahlkämpfen fand er Unterstützung in sozialdemokratischen und konservativen Kreisen. 1918 unterstützte ihn die Thurgauer Arbeiter-Zeitung – die Sozialdemokratische Partei gab ihren Anhängern allerdings keine Stimmempfehlung ab – als Repräsentanten der fortschrittlichen Richtung in der Demokratischen Partei.⁴⁸ Dazu meinte sie, man müsse den Mitgliedern in der Demokratischen Partei, die gegen die Sozialdemokraten hetzen, zeigen, dass die Sozialdemokraten ihrerseits noch zur Zusammenarbeit bereit seien.⁴⁹

1921 erhielt dann Hofmann auch die offizielle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei.

«Genossen, der Freisinn ist frech und gewalttätig wie noch nie. Diese Frechheit, Gewalttätigkeit und Unduldsamkeit muss gebrochen werden. Das geschieht am besten, wenn unsere Genossen als Ständerat Dr. Emil Hofmann, Regierungsrat, in Frauenfeld wählen.»⁵⁰

Während die Arbeiter-Zeitung und die Sozialdemokratische Partei vor allem die politische Einstellung Hofmanns in den Vordergrund stellten, begründeten die Konservativen dessen Unterstützung mit dem altbekannten Argument der Minderheitenvertretung. Daneben verwiesen sie auch auf Hofmanns Toleranz

43 a.a.O.

44 DW 14./15.2.1910.

45 TZ 18.1.1910.

46 TZ 11.2.1910.

47 TZ 15./16./17./18./19.2.1910.

48 TAZ 28.12.1918.

49 a.a.O.

50 TAZ 10.12.1921.

in religiösen Fragen.⁵¹ Im Gegensatz zu 1910 (Nachfolge Deuchers) argumentierten Thurgauer Zeitung und Freisinnige Partei gegen Hofmann politisch. So wurde diesem 1918 in einem Leitartikel etwa vorgeworfen, er stehe im Generalstreiklager.⁵² 1921 wurde er als «Halbsozialist» angegriffen⁵³ und wieder mit Blick auf den Generalstreik gesagt, 1918 hätten die Freisinnigen und deren Kandidat Huber auf der richtigen Seite gestanden.⁵⁴

Mit dem Tode Hofmanns gingen anscheinend die letzten Verbindungen der Demokratischen Partei zur Sozialdemokratie in Brüche. Die Demokraten mochten sich ausrichten, wie sie wollten, eigentlich hatten sie nur noch Gegner. Interessant waren sie für alle anderen nur noch als Erbmasse, der man jede Existenzberechtigung absprach. So meinte etwa die Thurgauer Arbeiter-Zeitung nach dem Tode Hofmanns, dieser sei auch der Regierungsrat der äussersten Linken gewesen, die damaligen demokratischen Parteiführer seien aber in den Händen des Rechtsfreisinns gelandet.⁵⁵ «Ob eine demokratische Partei existiert, ändert ... rein gar nichts.»⁵⁶ Das Ergebnis der Regierungsrats-Ersatzwahl sei ein Signal des Untergangs der Demokraten und deren Partei habe fast nur noch von Hofmann gelebt.⁵⁷ Zum Ausgang der Nationalratswahl von 1928 schrieb die Arbeiter-Zeitung dann:

«Die Demokraten hat das verdiente Schicksal erreicht, ... Damit nimmt ein natürlicher Zersetzungsprozess einer «Mittelpartei» seinen natürlichen Lauf.»⁵⁸

Johannes Lyman, Hofmanns Nachfolger im Nationalrat, kam nicht besser weg:

«In Bern hat er sich als ihr⁵⁹ *Feind* erwiesen.»⁶⁰

In den Nationalratswahlen von 1931 leisteten die Demokraten nach der Thurgauer Arbeiter-Zeitung nur noch «Zuhälterdienste» für die bürgerlichen Parteien; dafür seien sie von letzteren auch noch «geohrfeigt» worden.⁶¹ Den Auflösungsprozess selber begrüßte die Thurgauer Arbeiter-Zeitung dann mit den Worten, die Demokraten hätten sowieso nur noch dazu gedient, eine «halb proletarisierte Mittelschicht von Angestellten» davon abzuhalten, für die So-

51 DW 27./30.12.1918 und 6./7.12.1921.

52 TZ 28.12.1918.

53 TZ 10.12.1921.

54 TZ 8.12.1921.

55 TAZ 20.4.1927.

56 TAZ 21.4.1927.

57 TAZ 25.4.1927.

58 TAZ 29.10.1928.

59 Gemeint sind mit «ihr» Arbeiter und Angestellte.

60 TAZ 27.10.1928.

61 TAZ 26.10.1931.

zialdemokraten zu stimmen.⁶² Wie die Sozialdemokraten begrüßten letztlich auch die Konservativen den Niedergang der Demokraten. So meinte etwa die Thurgauer Volkszeitung schon 1928:

«Die *Demokraten* hat das wohlverdiente Schicksal erreicht; sie sind in sich zusammengebrochen und fahnenflüchtig ist ihr linker Flügel dorthin gegangen, wohin er längst schon gehörte: zu den Sozialisten.»⁶³

Für die Thurgauer Zeitung war die Demokratische Partei mit dem Tode Hofmanns am Ende ihrer Geschichte angekommen:

«..., dass nach dem Hinschied von Herrn Dr. Hofmann die *demokratische Partei des Kantons Thurgau* überhaupt als *erledigt zu betrachten sei*, ...»⁶⁴

In der demokratischen Niederlage bei den Nationalratswahlen von 1928 sah die Thurgauer Zeitung geradezu eine «Erlösung» für den Kanton und meinte weiter:

«... man hat im Kanton St.Gallen wie im Thurgau Schluss gemacht mit einer Politik der politischen Halbheiten, ...»⁶⁵

Damit war eigentlich alles gesagt, was von dieser Seite zum Niedergang der Demokraten zu sagen war.

1.8.4 Zusammenfassung

Keine thurgauische Partei konnte einer Auseinandersetzung mit den Demokraten ausweichen. Dies geschah aber fast immer im Rahmen grösserer und übergeordneter Auseinandersetzungen. Anfänglich bedrohten die Demokraten die liberale Vorherrschaft im Kanton Thurgau; deshalb die liberale Feindschaft und das konservative Wohlwollen. Später gerieten die Demokraten in den Konflikt zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie, der dann zu ihrem Untergang führte.

Interessant war die Demokratische Partei für die anderen Parteien wohl immer nur als Mehrheitsbeschaffer oder Mehrheitsverhinderer. Ideologisch wurde die Auseinandersetzung erst bei Wahlen mit unsicherem Ausgang. Sonst wurde den Demokraten gerade auf programmatischer und ideologischer Ebene die Existenzberechtigung immer wieder abgesprochen.⁶⁶

62 TAZ 11.12.1931.

63 TVZ 29.10.1928.

64 TZ 16.4.1927.

65 TZ 29.10.1928.

66 Siehe dazu 1.8.1 (Stellungnahme der TZ zur Gründung und zum ersten Parteiprogramm der DP) und 1.8.3 (Stellungnahmen von TZ, TAZ und TVZ zum Niedergang).

2 Die Programme der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau

2.1 Die Gründung der Partei und das erste Parteiprogramm von 1891

Wie wir gesehen haben, gab es im Thurgau im heutigen Sinne bis ins Jahr 1890 keine Parteien. Die politischen Gruppierungen der Liberalen und Konservativen könnten höchstens mit dem Begriff «Honoratiorenpartei»¹ charakterisiert werden.²

Bei den Konservativen, als Minderheit und Opposition, waren die gemeinsamen Interessen und die Verankerung in der katholischen Kirche so gross, dass zu dieser Zeit an eine Zersplitterung in verschiedene konservative Parteien, wie etwa später in eine katholisch-konservative und in eine christlich-soziale Richtung, nicht zu denken war. Aus denselben Gründen brauchten sie damals auch noch keine organisierte Partei, um gegen die Liberalen bestehen zu können.

Ganz anderer Art war die Situation der Liberalen. Ihre Existenz und ihr Zusammenhalt begründete sich immer noch weitgehend in der Forderung nach dem «liberalen Rechtsstaat». Der bestehende Staat, wie er auf Bundesebene mit den Bundesverfassungen von 1848 und 1874 und auf kantonaler Ebene durch die verschiedenen Verfassungskämpfe von der Regeneration bis zur 69er Verfassung entstanden war, entsprach in dieser Beziehung mehr oder weniger ihren Vorstellungen.

Die Industrialisierung, das Auftreten neuer Gesellschaftsgruppen oder Klassen wie der Arbeiterschaft, das Verschwinden der Heimindustrie, das den Kleinbauern zum Fabrikbauern machte oder ihn ganz von der Scholle löste, und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Gewerbestandes führten zu ganz neuen sozialen Problemen und Forderungen. Dazu kam noch, dass diese Gruppen als Folge des Majorzwahlsystems und der indirekten Wahl vieler politischer Behörden (so z.B. die Wahl des Bundesrates durch die Bundesversammlung oder im Kanton Thurgau die Wahl des Obergerichts durch den Grossen Rat) fast keine Vertreter in den entscheidenden staatlichen Instanzen hatten. Dies alles musste wohl auf die Länge zur Trennung der Liberalen in verschiedene, mehr an wirtschaftlichen und sozialen Interessen orientierte Parteien führen.

Erste Vorläufer dieser Trennung und der Gründung neuer Parteien waren die Wählkämpfe der Jahre 1889 und 1890 um freiwerdende thurgauische Sitze in National- und Ständerat, die beide von «demokratischen» Kandidaten gewonnen wurden.³ Hinter den «demokratischen» Kandidaten stand vor allem das Thurgauer Tagblatt.⁴ Die Ideen und Forderungen, die in der Propaganda dieser

1 Flechtheim, O., Artikel «Parteien», in: «Staat und Recht», Fischer Lexikon Bd. II S. 243 f.

2 Näheres zur Gründung siehe oben 1.1.1.

3 Zu den beiden Wahlen siehe auch oben 1.2.3.

4 In der Ausgabe vom 28.3.1890 bezeichnete sich dieses als «demokratisches Organ».

Wahlkämpfe auftauchten, fanden später im ersten Parteiprogramm der Demokraten ihren Niederschlag.⁵

Die führenden Köpfe beider Richtungen im liberalen Lager müssen sich im Laufe des Jahres 1890 zusammengefunden und die Parteigründungen vorbereitet haben. Allerdings ist im Thurgauer Tagblatt wenig darüber zu finden.⁶ Am 28. Dezember 1890 fand in Frauenfeld die Gründungsversammlung der Freisinnig-demokratischen Partei statt.⁷ Für das Thurgauer Tagblatt war das Wort «demokratisch» im Namen dieser Partei geradezu eine Beleidigung, weil ja die wirklichen «Demokraten» gar nicht dabei gewesen seien und von den demokratischen Forderungen im Programm der Freisinnig-demokratischen Partei überhaupt nichts zu finden sei.⁸

Die Demokraten ihrerseits gründeten ihre Partei am 1. Februar 1891.⁹ Sie gaben ihr den Namen «Demokratisch-volkswirtschaftliche Partei des Kantons Thurgau». An dieser ersten Versammlung wurde ein provisorisches Programm, welches das Initiativkomitee ausgearbeitet hatte, beraten und an eine Kommission zur Überarbeitung überwiesen.¹⁰ An einer zweiten Versammlung am 22. Februar 1891 wurde dann das definitive Programm gebilligt.¹¹

Programm für die demokratisch-volkswirtschaftliche Partei des Kantons Thurgau¹²

1. Eidgenössische Angelegenheiten

- 1) Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte und der Volksinteressen gegenüber dem Spekulantenthum. Bundesmonopol für die Verwerthung der Wasserkräfte unserer Flüsse, beziehungsweise der elektrischen Kraft im Dienste der Gesamtheit. Verstaatlichung der Eisenbahnen auf dem Wege der Expropriation. Banknotenmonopol mit Bundesbank, Tabak- und Zündholzmonopol. Einführung der Postsparkassen. Staatliche Organisation des Versicherungswesens und zwar ausser der bereits in Angriff genommenen Unfall- und Krankenversicherung namentlich der Feuerversicherung.
- 2) Erweiterung der Volksrechte im Bunde: Wahl des Bundesrates durch das Volk, Abberufungsrecht des Volkes gegenüber den politischen Bundes-

5 TT 31.5.1891. In einem Vortrag an einer Volksversammlung in Romanshorn stellte Nationalrat Koch diesen Zusammenhang selber her.

6 TT 26.6.1890. In einem Korrespondentenbericht wird die Gründung einer demokratischen Partei verlangt.

7 TT 31.12.1890 und 3.2.1891.

8 TT 3.2.1891.

9 TT 3./4.2.1891.

10 TT 4./5.2.1891 (Versamlungsbericht). Provisorisches Programm und weitere Dokumente zum ersten Programm siehe hinten Kapitel 2.5.

11 TT 24.2.1891.

12 TT 25.2.1891.

behörden, obligatorisches Referendum, Initiative in wirksamer, leicht zu handhabender Form. Einführung der Minderheitsvertretung.

- 3) Wahrung des Asylrechts im Sinne der alten freiheitlichen Traditionen, keine politische Geheimpolizei.
- 4) Soziale Reformen durch Zentralisation des Zivilrechts (Hypothekarrecht, Erbrecht, Recht der Genossenschaften) und Zentralisation des Strafrechts.
- 5) Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf weitere schutzbedürftige Kreise (Personal des Konfektions- und des Wirthschaftsgewerbes etc.). Eidgenössisches Gewerbegesetz mit gewerblichen Schiedsgerichten.
- 6) Besserstellung von Unteroffizieren und Soldaten, beziehungsweise Unterstützung nothleidender Familien derselben während der Dienstzeit. Beseitigung der bestehenden Ungleichheiten betreffend den Militärdienst der Lehrer. Erleichterung des Avancements zum Offizier für Unbemittelte.
- 7) Eidgenössische Normen für die Mittelschulen (Kantonsschulen und Seminarien). Innerhalb desselben Sprachgebiets einheitliche Lehrmittel für die Volksschule in der Muttersprache, in Gesang und Realien (incl. Vaterlandskunde, excl. spezielle Heimatkunde). Freizügigkeit der Lehrer im gleichen Sprachgebiet.

2. Kantonale Angelegenheiten

A) auf dem Boden der jetzigen Verfassung

- 1) Reformen im Steuerwesen, gleichartig für Staats- und für Gemeindesteuern. Steuerfreiheit für 800 Fr. Einkommen (Existenzminimum) und von 100 Fr. für jedes Kind unter 16 Jahren mit besondern Bestimmungen zu Gunsten von Gebrechlichen, sowie von Wittwen und Waisen. Mittel gegen Vermögensverheimlichung: Verpflichtung der Geldinstitute zur Auskunftsertheilung für Steuerzwecke betr. Geldanlagen bei ihnen und Öffentlichkeit der Steuerregister. Progression für die Vermögenssteuer. Angemessene Aktivbürgersteuer. Reduktion der Handänderungsgebühren. Erhöhung der Erbschaftssteuer, Wechselstempelsteuer. Einschränkung der Erbberechtigung auf die vier ersten Verwandtschaftsgrade und Verwendung der so disponibel werdenden Verlassenschaften für öffentliche Zwecke (Armenwesen etc.). Theilweise Verwendung des Reingewinns der Kantonalbank zu Gunsten ihrer Hypothekarschuldner. Einführung amortisierbarer Darleihen im Sinne der Beschlüsse des thurg. landwirtschaftlichen Vereins zu Berg (Thesen Scherrer und Kollbrunner, gedrucktes Referat). Abschaffung der gemeinderäthlichen Schatzungsgarantien. Kreirung einer kantonalen Beamtung für volkswirtschaftliche Untersuchungen und sachbezügliche Antragstellung (in ökonomischen Fragen des landwirthschaftlichen, gewerblichen und Arbeiterstandes). Obligatorische staatliche Mobiliarversicherung.

- 2) Bessere Vertheilung der Strassenlasten und der Kosten für Gewässerkorrekturen. Aufhebung der ausserordentlichen Vollmachten im Wasserschadendekret von 1876. Staatsbeiträge für Schmalspurbahnen, im entsprechenden Verhältnis wie für Normalbahnen. Begehren um Erstellung eines zweiten Geleises für die Hauptbahnlinie Winterthur–Romanshorn und durchgreifende Verbesserung der Bahnverhältnisse Romanshorns.
- 3) Weitere Entwicklung des Erziehungswesens: Unentgeltlichkeit des Unterrichts sowie der Lehrmittel und Schulmaterialien auf der Stufe der Volksschule (Primar- und Sekundarschule). Reduktion der wöchentlichen Schulstundenzahl, namentlich für Mädchen, zu Gunsten der körperlichen Ausbildung. Reduktion des Schülermaximums der Primarschulen bzw. strikte Durchführung der schon bestehenden Vorschriften hiefür. Hebung des Fortbildungsschulwesens, namentlich des freiwilligen (landwirtschaftlichen und gewerblichen). Erhöhte Staatsbeiträge für die Schulauslagen der Gemeinden und der Sekundarschulkreise. Reformen betreffend die Sekundarschule und ihre Verwaltung. Verbesserung der Lehrerbildung ohne Kreirung einer vierten Seminarklasse. Erhöhung des Minimums der Lehrerbesoldung. Kautelen (Vorsichtsmassregeln) gegen ein Übermass von Nebenbeschäftigung der Lehrer. Modifikationen der Verordnung betreffend Stipendien für Thurgauer an ausserkantonalen Mittelschulen. Schaffung einer kantonalen Anstalt für Ausbildung von schwachsinnigen und schwachbegabten Kindern.
- 4) Unentgeltliche Beerdigung. Staatsbeiträge an die Armenauslagen der Gemeinden. Besorgung des Armenwesens durch die Munizipalgemeinden nach dem Wohnortsprinzip. Unentgeltlichkeit des Krankentransports in die öffentlichen Krankenanstalten im Kanton.
- 5) Gesetzliche Bestimmungen über die Unvereinbarkeit administrativer und richterlicher Beamten. Freigebung der Advokatur.
- 6) Vertretung des Kantons an den Diözesankonferenzen durch eine gemischte Abordnung (Vertreter der staatlichen und der kirchlichen Behörde).
- 7) Bessere Gebietseintheilung im Sinne der Vereinfachung. Verminderung der Beamtenzahl. Angemessene Regulierung der Besoldung von Beamten und Angestellten unter Reduktion der Sporneln. Abschaffung der Beamtenwirthschaften.
- 8) Revision der Zivilprozessordnung punkto Armenrecht. Öffentlichkeit der Berathungen des Obergerichts. Einführung des schriftlichen Vorverfahrens. Revision des Strafprozesses und der Strafprozessordnung. Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über Ehrverletzung (Beweis der Wahrheit straffausschliessend). Berichtigungszwang der Presse.
- B) Auf dem Wege der Verfassungsrevision bzw. der Initiative für eine solche
 - 1) Erhöhung der Kompetenzsummen des Grossen Rathes und des Regie-

rungsrathes, aber mit Einführung eines Finanzreferendums für Staatssteuern von mehr als 1%.

- 2) Einführung von Mittelbehörden, bzw. Fachkommissionen für Hauptzweige der Staatsverwaltung und für kantonale Anstalten (Sanitätswesen, Schulwesen, Bauwesen, Volkswirtschaft). Verfassungsbestimmung betreffend Wechsel der Departementsvorstände je nach 3 Jahren.
- 3) Minderheitsvertretung. Wahl der Obergerichter und der Bezirksgerichtspräsidenten durch das Volk.
- 4) Ergänzung des § 22 der Verfassung in dem Sinne, dass alle vom Regierungsrath gewählten Beamten vom Grossen Rathe ausgeschlossen sein sollen, dass in der Kantonalbankverwaltung keine Verwaltungsmitglieder anderer Kreditinstitute im Kanton sitzen dürfen, und dass Personen, welche den Verwaltungen von zwei oder mehr gleichartigen Erwerbsgesellschaften (Konkurrenzgeschäfte) angehören, nicht wählbar sein sollen für eine kantonale Beamtung (als Mitglied des Regierungsrathes und Obergerichts oder der eidgen. Räthe).
- 5) Massnahmen zur weitem Vereinheitlichung der Gemeinden (Verschmelzung der Bürger- und Ortsgemeinden) und zur Bildung genügend grosser Gemeindeverbände.

Kommentar:

Abgesehen von der Einteilung in eidgenössische und kantonale Angelegenheiten, die durch die verfassungsrechtliche Zuständigkeit von Bund und Kanton bei der Behandlung der betreffenden Programmpunkte bedingt war, sind hauptsächlich zwei Gruppen von Forderungen zu unterscheiden:

Volksrechte und Volkssouveränität:

Für weitere Behörden¹³ werden Volkswahlen, gegenüber den Bundesbehörden sogar ein Abberufungsrecht des Volkes verlangt. Die Forderung auf Einführung von Minderheitsvertretungen¹⁴ muss wohl als Änderung des Wahlsystems in Richtung Proporz verstanden werden, denn anders lässt sich dies kaum erreichen. Ebenfalls der Erweiterung der Volksrechte soll das obligatorische Referendum und das Initiativrecht dienen.¹⁵ Weiter soll auch das Straf- und Zivilrecht zentralisiert werden.¹⁶

Wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen:

Die meisten und auch wichtigsten Forderungen liegen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ebenso dürfte in diesen Forderungen die entscheidende Abgrenzung zum damaligen Liberalismus und der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Thurgau zu finden sein.

¹³ Bundesrat, Obergericht: eidg. Teil § 2; kantonaler Teil Abschnitt B) § 3.

¹⁴ a.a.O.

¹⁵ Eidg. Teil § 2.

¹⁶ Eidg. Teil § 4.

Bundesmonopole für die Verwertung der Wasserkräfte und die Elektrizitätswirtschaft, Banknotenmonopol, Tabak- und Zündholzmonopol, Verstaatlichung der Eisenbahnen durch Expropriation und Verstaatlichung des Versicherungswesens stammen nicht aus dem Gedankengut des damaligen Liberalismus.¹⁷ Diese Forderungen sind eher auf den Einfluss der Grütli- und Arbeitervereine zurückzuführen.¹⁸

Besonders zugunsten der wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungskreise gehen die Forderungen nach Ausdehnung des Fabrikgesetzes¹⁹, Verbilligung und Verbesserung des Schulwesens²⁰, Reformen im Steuerwesen²¹ und Armenwesen²², unentgeltliche Beerdigung²³ und Verbilligung des Krankenwesens²⁴. Ebenso sollen mit den Reformen im Militärwesen den wirtschaftlich Schwächeren der Militärdienst erleichtert und der Zugang zur Offizierskarriere ermöglicht werden.²⁵ Während sich die oben erwähnten Monopole gegen einige besonders auffällige Auswüchse von Privatwirtschaft und -eigentum richten, zeigt die Forderung nach der Einschränkung der Erbberechtigung das Verhältnis der damaligen Demokraten zum Privateigentum in allgemeinerer, aber auch schärferer Form.

Der Satz:

«Auf dem Boden des Erbrechtes wurde die soziale Ungleichheit grossgezogen, und auf dem gleichen Boden muss sie im Interesse der drei nothleidenden Stände (Landwirtschaft, Kleingewerbe und Lohnarbeiter) bekämpft und gemildert werden.»²⁶

lässt darauf schliessen, dass das Privateigentum als Grundrecht nicht abgelehnt wird, dessen uneingeschränkte Übertragung durch Vererbung, insbesondere an entfernte Verwandte und Nichtverwandte, aber ausgeschlossen werden soll.

Zusammenfassung:

Das Hauptgewicht auf politischem Gebiet liegt bei den Forderungen nach Beteiligung der Minderheiten am politischen Entscheidungsprozess und weite-

17 Eidg. Teil § 1.

18 Die Grütlianer hatten schon ein halbes Jahr früher die Gründung einer demokratischen Partei verlangt, siehe dazu TT 14.6.1890. Der Redaktor des Thurgauer Tagblattes, Martin Vögelin, war zu jener Zeit auch Aktuar des kantonalen Grütlivereins, siehe dazu TT 16.12.1890.

19 Eidg. Teil § 5.

20 Eidg. Teil § 7 und kantonaler Teil, Abschnitt A), § 3.

21 Kantonaler Teil, Abschnitt A), § 1.

22 Kantonaler Teil, Abschnitt A), § 4 Wohnortsprinzip und Abschnitt B), § 5.

23 Kantonaler Teil, Abschnitt A), § 4

24 a.a.O.

25 Eidg. Teil, § 6.

26 Kantonaler Teil, Abschnitt A), § 1. Die Thesen von Scherrer-Füllemann und Kollbrunner «Zur Kreditfrage» sind unten 2.5 abgedruckt.

rer Zentralisation auf Bundesebene. Auf wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene werden vor allem die Verhinderung privatwirtschaftlicher Auswüchse durch Monopole, Sozialreformen und gewisse Einschränkungen des Privateigentums verlangt. Die Bedeutung des Privateigentums im demokratischen Gedankengut erlaubt, wenn man diese in der ideologischen Auseinandersetzung unserer Zeit und der jüngeren Vergangenheit als entscheidenden Faktor voraussetzt, die klarste Abgrenzung der Demokraten sowohl vom Liberalismus als auch vom Sozialismus.²⁷

Hier in der Frage des Privateigentums finden wir also auch eine geistige Verwandtschaft mit Grütlianern (und Sozialisten), wie sie eigentlich auf Grund personeller und organisatorischer Verbindungen²⁸ zu erwarten war. Dem Privateigentum und Erbrecht (als Grundlage des Kapitalismus) kamen und kommen noch heute in Ideologie und Politik jeder «Linken» immer grosse Bedeutung zu. Ausgehend vom beliebten, aber selten brauchbaren «Links-Rechts»-Schema darf wohl gesagt werden, dass die Demokraten zu diesem Zeitpunkt (1891) und in dieser Frage eher «sozialistischem» als «liberalem» Gedankengut zuneigten.

2.2 *Das Parteiprogramm von 1907*

Vieles, was die Thurgauer Demokraten 1891 veranlasst hatte, ihr erstes Programm aufzustellen, änderte sich in den folgenden Jahren. So waren zum Beispiel durch die Gründung der Schweizerischen Bundesbahnen und der Nationalbank oder durch die Aufgabe der Produktion von Phosphorzündhölzchen zugunsten der Sicherheitszündhölzchen¹ verschiedene Forderungen hinfällig geworden. Andere Forderungen warteten aber immer noch auf ihre Erfüllung und neue waren hinzugetreten.

Mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Thurgau² anlässlich einer Delegiertenversammlung der thurgauischen Grütli- und Arbeitervereine – diese hatten 1891 noch mitgeholfen eine demokratische Partei zu gründen – entstand den Demokraten bei der Arbeiterschaft eine ernstzunehmende Konkurrenz. Dieser konnte nicht nur mit einer Änderung des Parteina-

27 Die Demokraten lagen mit ihren Vorstellungen sicher im Trend der Zeit. Man denke hier etwa an die katholische Soziallehre, an deutsche Kathedersozialisten, an Lassalle oder auch an John Stuart Mills; zu den beiden letzten siehe auch: Sternberger, *Gerechtigkeit*..., S. 105 f.

28 Siehe oben Anm. 18.

1 Der intensive Kontakt mit Phosphor hatte für die Arbeiter sehr oft schwere Erkrankungen (Phosphornekrose) zur Folge.

2 TT 23.10.1906.

mens begegnet werden.³ Ebenso konnte ein an die Liberalen gerichteter Kommentar des Thurgauer Tagblattes zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei, in dem behauptet wurde, dass die «bisherige Waffenbrüderschaft» weiterbestehen und in Zukunft das «getrennte Marschieren» ein «vereintes Schlagen» nicht verhindern werde, die Veränderungen in der politischen Landschaft des Thurgaus nicht vergessen lassen.⁴ Noch im gleichen Artikel zeigt sich, dass die neue Partei in Wirklichkeit eher mit gemischten Gefühlen begrüsst wurde. Anders als mit Angst vor der neuen Konkurrenz ist der Aufruf zur «besseren Sammlung und Organisation der demokratischen Partei»⁵ nicht zu erklären.

Inzwischen (1905) hatten sich die Demokraten auch in einer gesamtschweizerischen Partei organisiert.⁶ Programme für die Politik der Demokratischen Partei auf Bundesebene wurden nun anscheinend von der Gesamtpartei ausgearbeitet, wobei der Einfluss der St. Galler Demokraten gross gewesen sein muss. Nur so lässt sich erklären, dass der eidgenössische Teil des neuen Programms der Thurgauer Demokraten von 1907 nahezu wörtlich mit dem der St. Galler Demokraten von 1904 übereinstimmt.⁷

Programm der demokratischen Partei des Kantons Thurgau⁸

1. Eidgenössischer Teil:

- 1) Vermehrung der Zahl der Bundesräte und Wahl derselben durch das Volk. Übertragung gewisser Kompetenzen von Bundesrat und Bundesgericht an ein Verwaltungsgericht.
- 2) Proportionale Wahl des Nationalrates.
- 3) Erlass eines Gesetzes betreffend das Stimmrecht und seine Ausübung in eidgenössischen Angelegenheiten.
- 4) Gesetzesinitiative.
- 5) Durchführung der Rechtseinheit im Zivil- und Strafrechte in der Meinung, dass die auf diesen Rechtsgebieten realisierbaren sozialen Postulate besonders angestrebt und unterstützt werden sollen.
- 6) Erlass eines Gesetzes zum Schutz des Vereinsrechtes.
- 7) Durchführung von Artikel 34 bis der Bundesverfassung (Kranken- und Unfallversicherung).
- 8) Einführung der Alters- und Invalidenversicherung.
- 9) Neuordnung des interkantonalen Armenrechtes.
- 10) Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, speziell auch im Sinne der Re-

3 TT 10.10.1905; seit 1905 nannten sie ihre Partei «Demokratische und Arbeiterpartei».

4 TT 23.10.1906.

5 a.a.O.

6 Siehe oben 1.1.3.

7 Siehe unten 2.5.

8 TT 9.3.1907.

duktion der Normalarbeitszeit und eines vermehrten Schutzes der Frauen und Kinder (Erhöhung des fabrikfähigen Alters).

- 11) Massnahmen zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Ursachen und Folgen.
- 12) Einführung obligatorischer Berufsgenossenschaften.
- 13) Schaffung eines Bundes-Monopols auf den hauptsächlichen Gebieten des Versicherungswesens (Lebens-, Unfall- und Feuerversicherung).
- 14) Ausführung von Artikel 39 der Bundesverfassung betreffend das Banknoten-Monopol durch Schaffung einer Eidgenössischen Staatsbank.
- 15) Schaffung einer eidgenössischen Hypothekenbank.
- 16) Einführung des Tabak-Monopols und Verwendung des Ertrages für eine Alters- und Invalidenversicherung.
- 17) Wahrung der staatlichen und allgemeinen Interessen betreffend die Nutzbarmachung der schweizerischen Wasserkräfte, vorab zu dem Zwecke, um den elektrischen Betrieb der Bundesbahnen zu ermöglichen.
- 18) Zentralisation der Bundesbahnverwaltung.
- 19) Reformen im Militärwesen, hauptsächlich nach folgenden Richtungen:
 - a) durch möglichste Beschränkung der Militärausgaben, soweit es ohne Schwächung der Wehrkraft möglich ist;
 - b) durch Entlastung der älteren Jahrgänge vom Militärdienste und angemessene Ausdehnung der Dienstzeit für die jüngeren Jahrgänge;
 - c) durch Unterstützung Angehöriger bedürftiger Wehrmänner durch Bund und Kanton;
 - d) durch bessere Anpassung des Dienstbetriebes an die Verhältnisse eines Milizheeres;
 - e) Revision des Militärstrafrechtes im Sinne der Milderung der angedrohten Strafen in Friedenszeiten.
- 20) Weitherzige Gewährung des Asylrechtes für alle, welche wegen ihrer politischen und sozialen Meinungen und Handlungen verfolgt werden.
- 21) Regelung des Submissionswesens.
- 22) Freizügigkeit der Lehrer im gleichen Sprachgebiet.

2. Kantonaler Teil:

A) Auf dem Boden der jetzigen Verfassung

1) Volkswirtschaftliche Reformen:

- a) Förderung des Genossenschaftswesens, der Bodenverbesserungen und der rationellen Güterzusammenlegung; Massnahmen gegen Güterschlächtere;
- b) Kleinviehversicherung;
- c) Erleichterung der Einbürgerung;

- d) Kantonaler Arbeiterschutz (Lehrlingsgesetz und Arbeiterinnen-schutzgesetz);
 - e) Kantonaler Arbeitsnachweis und staatliche Beaufsichtigung der privaten Plazierungsbüros;
 - f) Regelung des Submissionswesens;
 - g) Kantonales Einigungsamt;
 - h) Förderung aller Bestrebungen zur Hebung der Volksgesundheit (kantonales Bau- und Wohnungsgesetz);
 - i) Obligatorische staatliche Mobiliarversicherung und Revision des kantonalen Gebäudeassekuranzgesetzes;
 - k) Möglichste Reduktion des Hypothekarzinsfusses und Einführung der Tilgungshypothek bei der Kantonalbank;
 - l) kantonales statistisches Büro, Kantonsbaumeister, Kulturingenieur, Gewerbe- und Arbeitersekretär.
- 2) Reformen im Steuerwesen:
- a) Erhöhung des Existenzminimums;
 - b) Schriftliche Selbsttaxation;
 - c) Inventarisierung in allen Todesfällen;
 - d) Reduktion der Handänderungsgebühren;
 - e) Erhöhung der Erbschaftssteuer;
 - f) Einschränkung der Erbberechtigung auf die vier ersten Verwandtschaftsgrade und Verwendung der so disponibel werdenden Verlassenschaften für öffentliche Zwecke (Armenwesen etc.).
- 3) Weitere Entwicklung des Erziehungswesens durch Revision der Schulgesetzgebung:
- a) Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, sowie der Lehrmittel und Schreibmaterialien auf der Stufe der Volksschule (Primar- und Sekundarschule);
 - b) Reduktion der wöchentlichen Schulstundenzahl zugunsten der körperlichen Ausbildung der Schüler;
 - c) Reduktion des Schülermaximums;
 - d) Hebung des Fortbildungsschulwesens; Einführung der obligatorischen Töchterfortbildungsschule im Sinne einer praktischen Ausbildung der weiblichen Jugend;
 - e) Pflicht des Staates zur Schulung bildungsfähiger, aber körperlich anormaler Kinder (Taubstumme, Blinde);
 - f) Revision des Sekundarschulgesetzes;
 - g) Reorganisation der Kantonsschule und Schaffung einer Handelsabteilung;
 - h) Verbesserung der Lehrerbildung;
 - i) Schaffung von Spezialklassen für Ausbildung von schwachbegabten Kindern;

- k) Fürsorge für Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder;
- l) Ferienkolonien mit Unterstützung des Kantons und der Gemeinden.
- 4) Reform des Armenwesens:
 - a) Gerechte Verteilung der Armenlasten (Ausgleich zwischen Wohnorts- und Bürgerrechtsprinzip);
 - b) Erhöhung der Staatsbeiträge an die Armenauslagen der Gemeinden;
 - c) Unentgeltlichkeit des Krankentransportes;
 - d) Erweiterung des Kranken- und Greisenasyls.
- 5) Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung.
- 6) Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe und Fürsorge für Wöchnerinnenpflege.
- 7) Revision des Expropriationsgesetzes.
- 8) Bessere Wahrung der Verkehrs- und Eisenbahninteressen des Kantons.
- 9) Uferschutz am Bodensee.
- 10) Gesetzliche Bestimmungen über die Unvereinbarkeit der administrativen und richterlichen Beamten und gegen die Ämteranhäufung.
- 11) Revision des Verantwortlichkeitsgesetzes im Sinne der direkten Haftung der Behörden für den durch sie gestifteten Schaden.
- 12) Bessere Gebietseinteilung im Sinne der Vereinfachung.
- 13) Angemessene Regulierung der Besoldung der Kreis- und Bezirksbeamten (Friedensrichter, Notare, Gerichtspräsidenten, Gerichtsschreiber, Bezirksstatthalter usw.) unter Wegfall der Sporteln und Provisionen.
- 14) Reorganisation des Gemeindewesens:
 - a) Regelung des Archivwesens der Gemeinden und periodische Inspektion desselben;
 - b) Wahl der Gemeinderäte durch die Munizipalgemeinden, unter angemessener Berücksichtigung der einzelnen Ortsgemeinden;
 - c) bessere Handhabung der Aufenthaltskontrolle;
 - d) Angemessene Besoldung der Gemeindebeamten unter Wegfall aller Sporteln und Provisionen.
- 15) Revision des Zivilprozesses:
 - a) Erhöhung der Kompetenzsummen bei den Kollegialrichtern;
 - b) Einführung von Gewerbegerichten;
 - c) Öffentliche Beratung des Obergerichtes.
- 16) Revision des Strafprozesses:
 - a) Bedingte Verurteilung und bedingte Entlassung;
 - b) Besondere Strafbestimmungen für jugendliche Verbrecher und Unterbringung derselben in besonderen Anstalten;
 - c) Mitwirkung der Geschworenen bei der Urteilsfällung durch die Kriminalkammer.
- 17) Departementswechsel bei der Regierung.

B) Auf dem Wege der Verfassungsrevision

- 1) Wahl des Grossen Rates, des Regierungsrates, des Obergerichtes und der Bezirksgerichte nach dem Verhältniswahlssystem. Wahl des Grossen Rates nach der Wohnbevölkerung. Wahl der Oberrichter, des Staatsanwaltes, des Verhorrichters und des Gerichtspräsidenten durch das Volk.
- 2) Ergänzung des Artikels 22 der Verfassung in dem Sinne, dass alle vom Regierungsrat und Grossen Rat gewählten ständigen Beamten in den Grossen Rat nicht wählbar sein sollten und dass in der Kantonalbankverwaltung keine Verwaltungsratsmitglieder anderer Kreditinstitute sitzen dürfen.
- 3) Massnahmen zur weiteren Vereinheitlichung der Gemeinden.

Kommentar:

1. Eidgenössischer Teil:

Aus dem alten Programm von 1891 sind im neuen von 1907 folgende Punkte nicht mehr aufgeführt:

Aus § 1) des alten Programms: Postsparkassen, Zündhölzchenmonopol.⁹

Aus § 2) des alten Programms: Abberufungsrecht gegenüber politischen Behörden und das obligatorische Referendum.

Aus § 7) des alten Programms: Eidgenössische Normen für das Mittelschulwesen.¹⁰

Neu ins Programm aufgenommen wurden folgende Forderungen:

Volksrechte und Volkssouveränität:

§ 1) Vermehrung der Anzahl der Bundesräte und Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.

§ 2) Wahl des Nationalrates nach dem Proporz anstelle von Minderheitsvertretungen wie es das 91er Programm verlangte.¹¹

§ 3) Eidgenössisches Gesetz betreffend Ausübung des Stimmrechts in eidgenössischen Angelegenheiten.

§ 6) Schutz des Vereinsrechts.

Wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen:

§ 8) Einführung der Alters- und Invalidenversicherung.

§ 9) Neuordnung des interkantonalen Armenrechts.

§ 11) Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

§ 12) Einführung obligatorischer Berufsgenossenschaften.

§ 15) Eidgenössische Hypothekenbank.

⁹ Siehe oben Anm. 1.

¹⁰ Solche Normen gab es eigentlich schon 1891; so z. B. den Bundesbeschluss für die eidgenössischen Medizinalprüfungen, siehe dazu: Hunziker, F., Die Mittelschulen in Zürich und Winterthur, 1833–1933, S. 52, 62 und 78.

¹¹ 91er Programm, eidg. Teil, § 2.

- § 16) und 17) Schon das 91er Programm forderte Tabakmonopol und die Monopolisierung der Wasserkräfte, jedoch ohne Zweckbestimmung.
- § 18) Zentralisation der Bundesbahnverwaltung (diese Forderung wurde erst durch die Schaffung der SBB aktuell).

Reformen im Militärwesen:

Zwischen 1891 und 1907 wurden im schweizerischen Heerwesen verschiedene Reformen durchgeführt¹², die neben einer besseren Schlagkraft der Armée auch höhere Militärausgaben und längere Dienstzeiten des einzelnen Wehrmannes zur Folge hatten. Als in den Jahren 1903/04 eine Initiative zur Begrenzung der Militärausgaben ergriffen wurde¹³, unterstützte anfänglich auch das Thurgauer Tagblatt im Namen der Demokraten diese Bewegung.¹⁴ Die Militärorganisation von 1904¹⁵, die im Herbst 1907 vom Volk angenommen wurde, unterstützten dann allerdings die Thurgauer Demokraten.¹⁶

2. Kantonaler Teil:

Folgende Punkte des 91er Programms sind im neuen nicht mehr enthalten:

Aus Abschnitt A) des alten Programms:

- § 1) Verpflichtung der Geldinstitute zur Auskunftserteilung an die Steuerbehörden.
- § 2) Das zweite Geleise der SBB von Frauenfeld nach Winterthur war inzwischen gebaut worden.
- § 5) Freigabe der Advokatur.
- § 6) Vertretung des Kantons an der Diözesankonferenz.

Aus Abschnitt B) des alten Programms:

- § 2) Schaffung von Mittelbehörden.¹⁷

Neu ins kantonale Programm aufgenommen wurden folgende Forderungen:¹⁸

Volksrechte und Volkssouveränität:

Abschnitt B) § 1: Wie der Nationalrat auf Bundesebene, soll der Grosse Rat auf kantonaler Ebene nach dem Porporzsystem gewählt werden. Minderheitsvertretungen, wie sie in Abschnitt B) § 3 des 91er Programms verlangt wurden, lassen sich auf andere Art und Weise ja kaum verwirklichen. Interessant ist,

¹² Martin, P. E., Die eidgenössische Armee von 1815–1915, SKG Heft 12, S. 131–155; Junker B., Eidg. Volksabstimmungen über Militärfragen um 1900.

¹³ a.a.O.

¹⁴ TT 23.1.1904. Es waren also nicht nur Sozialisten dabei, wie Martin in der SKG fälschlicherweise behauptet. Junker hat in überzeugender Weise die notwendigen Korrekturen angebracht.

¹⁵ Martin, P. E., Die Eidg. Armee, S. 152.

¹⁶ TT 24.9. und 29.10.1907. Den ersten Aufruf vom 24.9. unterschrieben alle thurgauischen Parlamentarier bis auf Hofmann, den vom 29.10 unterschrieb auch er. TT 31.10.1907; das Zentralkomitee der Schweiz. Demokratischen Partei unterstützt in einem Aufruf die Vorlage.

¹⁷ Eine dem zürcherischen Erziehungsrat entsprechende Behörde, die jedem Regierungsdepartement zugeteilt werden sollte.

¹⁸ Hier sind nur die wichtigsten Forderungen aufgeführt.

dass auch für die Wahl der Regierungsräte und der Ober- und Bezirksrichter das Porporzsystem gefordert wird. Oberrichter, Staatsanwalt, Verhörrichter und Gerichtspräsident sollen nicht mehr durch den Regierungsrat oder die betreffenden Gerichte, sondern durch das Volk gewählt werden.

Wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen: Abschnitt A):

- § 1) a-h), 1): Diese volkswirtschaftlichen Reformen bezwecken vor allen die Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes und des kleinen Unternehmertums.
- § 2) Im Steuerwesen soll die schriftliche Selbsttaxation die Einschätzung durch die Steuerbehörden ersetzen (b), durch die «Inventarisierung in allen Todesfällen» die Vermögenssteuerhinterziehung bekämpft werden¹⁹ (c).
- § 5) Auch auf kantonaler Ebene soll eine Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung eingeführt werden.

Verschiedene Forderungen:

- § 3) «Einführung der obligatorischen Töchterfortbildungsschule im Sinne einer praktischen Ausbildung der weiblichen Jugend». Ähnliche Bestrebungen gab es in jener Zeit auch in anderen Kantonen.²⁰
- § 15) Das Zivilprozesswesen soll durch diese Revision den durch die Veränderungen auf dem Gebiete der Wirtschaft (Gewerbe, Industrie, Verhältnis «Arbeitgeber-Arbeitnehmer») bedingten neuen Verhältnissen angepasst werden.
- § 16) Grundgedanke dieser Forderung ist wohl, den Strafvollzug mehr unter dem Gesichtspunkt der Erziehung oder der Resozialisierung als der Strafe und Rache zu sehen.
- § 14) und Abschnitt B) § 3) Reorganisation des Gemeindewesens: Wie schon im 91er Programm (Abschnitt B) § 5) werden neben Neuerungen in der Gemeindeorganisation und Änderung des Wahlmodus für die Behörden der Munizipalgemeinden eine weitergehende Vereinheitlichung (besonders die Zusammenlegung von Orts- und Munizipalgemeinden) verlangt. (Ein Problem, das ja im Thurgau noch heute eine gewisse Aktualität hat).

Zusammenfassung und Vergleich:

Grundsätzlich hat sich in den programmatischen Forderungen wenig geän-

19 Schon das 91er Programm verlangte «Mittel gegen die Vermögensverheimlichung» (kantonaler Teil, Abschnitt A) § 1). Vergleiche dazu ZGB § 553, der in gewissen Fällen des Erbanges als Sicherungsmassregel das Inventar vorsieht und den Kantonen zugesteht in weiteren Fällen das Inventar gesetzlich vorzuschreiben. Vgl. dazu die Verfassungsrevision von 1869. In der Diskussion im Verfassungsrat war bereits damals eine Inventarisierung im Todesfalle verlangt worden, siehe dazu: Burkhart, M., Die Entstehung der thurg. Verf. von 1869, S. 161 f.

20 Ähnliche Bestrebungen gab es auch in anderen Kantonen, so z.B. im Kt. Zürich ab 1899 der Ausbau des Handarbeits- und Haushaltkundeunterrichts, siehe dazu: Gassmann, E., u.a., Volksschule und Lehrerbildung 1832 – 1932, S. 670 – 675.

dert. Das 91er Programm sollte vor allem ideeller und programmatischer Leitfaden für die zukünftige politische Arbeit einer neu zu gründenden Partei sein. Inzwischen hatten sich die Demokraten im politischen Leben integriert und waren zu einem, wenn auch bescheidenen, politischen Machtfaktor geworden. Immerhin stellten sie eine Anzahl Grossräte, einen National- und Regierungsrat und waren an verschiedenen Orten in Bezirks- und Gemeindebehörden vertreten. Allgemeine Forderungen, die 1891 ohne grosse Rücksicht auf Realisierbarkeit aufgestellt werden konnten, waren überholt. Inhaltlich und stilistisch ist das Programm von 1907 klarer und zielgerichteter. Besonders der kantonale Teil ist mehr auf die politische Alltagsarbeit ausgerichtet. Diese Forderungen betreffen eher sachpolitische Detailfragen als grosse ideelle oder utopische Zielvorstellungen.

Ziel des demokratischen Programms bleibt aber der Ausbau der Volksrechte und der Volkssouveränität. Dies sollte auf dem Wege der Volkswahl weiterer Behörden und der Einführung des Proporzsystems für verschiedene Wahlen (Nationalrat, Grosser Rat, Regierungsrat, Gerichte) geschehen. Mit der Forderung nach dem Proporzwahlssystem, das nicht nur bei legislativen, sondern auch bei exekutiven Behörden und Gerichten Anwendung finden sollte, war die Hoffnung verbunden, auf diese Weise die freisinnige Mehrheit in Bund und Kanton brechen zu können. Weiter wünschten die Demokraten eine weitergehende Zentralisation durch die Übertragung alter und neuer Aufgaben an den Bund. Eine entschiedene Sozial- und Wirtschaftsförderungspolitik sollte den ökonomisch schwachen Bevölkerungsgruppen zugute kommen.

Die bereits erwähnte Gründung der «Sozialdemokratischen Partei» hatte den ideologischen und programmatischen Standort der Demokraten in einem gewissen Sinne präjudiziert. Die Demokraten, die sich ursprünglich neben anderem auch als Arbeiterpartei verstanden hatten, mussten diese neue Partei, die damals eigentlich nur Arbeiterpartei war, zur Kenntnis nehmen. Dazu stammten die Gründer der SP aus den gleichen Kreisen, die 1891 mitgeholfen hatten, die Demokratische Partei zu gründen (Grütlianer). Ideologisch gesehen verloren die Demokraten also ihren «linken» Flügel an die SP. Diese Entwicklung widerspiegelt sich auch im Programm von 1907. Verschiedene, eher «sozialistische» Forderungen des 91er Programms wie etwa eine Einschränkung des Privateigentums und des Erbrechts sowie Verstaatlichungsmassnahmen treten in den Hintergrund oder sind überhaupt nicht mehr zu finden. Der Schwerpunkt der Forderungen liegt hier eindeutig auf dem Gebiet der Sozialreformen und der Volksrechte. Auch in der Programmatik ist also ein gewisser «Rechtsrutsch» zu beobachten.²¹

21 Die Frage nach Ursache und Wirkung, d.h. ob dieser «Rechtsrutsch» Ursache oder Folge der Gründung einer eigenständigen SP war, lässt sich an Hand des Quellenmaterials nicht feststellen. Vergleichende Überlegungen lassen aber eher den Schluss zu, in der Gründung der SP ein selbständiges Ereignis zu sehen.

2.3 Das eidgenössische Programm von 1917 und das kantonale Programm von 1918

Für vier Jahre (1907–1911) traten sowohl in der kantonalen wie in der gesamtschweizerischen Partei Programmfragen in den Hintergrund. Mit dem «Schweizerischen Demokratentag» von 1911 in Basel wurde die Programmdiskussion wieder aufgenommen.¹ Grundlage blieb aber vorläufig das Programm von 1907. In einer Rede an diesem Parteitag fasste Parteipräsident Scherrer-Füllemann² Gedanken und Absichten des demokratischen Programms folgendermassen zusammen:

«Die Hauptaufmerksamkeit der Partei richtet sich auf den Ausbau der Volksrechte im Bunde und die Sozialreform. Die reine Demokratie ist allein geeignet, eine gerechte und billige Lösung der sozialen Fragen herbeizuführen. ... Alle Staatswesen treiben einer schweren Krisis entgegen, wenn nicht den sozialen Fragen die grösste Aufmerksamkeit geschenkt wird. ... Die Volksrechte sind uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck einer radikalen Reformarbeit. Diese ist bitter notwendig und dem Staatszweck entsprechend. Sie verhütet die soziale Revolution, die in einem demokratischen Staatswesen nicht notwendig ist».³

Sozialreformen sollten also revolutionäre Unruhen verhindern und die Volksrechte die Durchführung dieser Reformen ermöglichen. Am gleichen Parteitag wurde auf Antrag des Zentralkomitees das Programm in einigen Punkten abgeändert.⁴ Von besonderer Bedeutung ist nur der Abschnitt, der das Militärwesen betrifft. So sollen in Friedenszeiten die Militärgerichte abgeschafft werden.

1 TT 1.5.1911.

2 Zu Scherrer-Füllemann siehe oben 1.7.1.

3 TT 1.5.1911.

4 a. a. O. Es wurden folgende Änderungen beschlossen:

«1. Durchführung der Rechtseinheit im Strafrecht, ferner der auf dem Gebiete des Zivil- und Strafrechts realisierbaren Postulate spez. im Familien- und Erbrecht.

2. Als neues Postulat wird aufgenommen: Schiedsgerichtliche Erledigung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aus dem Arbeitsvertrag, namentlich zum Zwecke möglicher Verhinderung von Streiks und Aussperrungen.

3. Beim Postulat über die Verstaatlichung von Privatbetrieben namentlich auf dem Gebiete des Versicherungswesens wird ausdrücklich das Tabak- und Getreidemonopol beigelegt.

4. Die Nationalbank soll verstaatlicht werden.

5. Strengere Anwendung des Artikels 29 der BV im Sinne möglicher Reduktion der Zölle auf dem Lebensbedarf notwendiger Gegenstände.

6. Im Artikel über das Militärwesen wird präziser gesagt: Beschränkung der Militärausgaben, soweit dies ohne Schwächung der Wehrkraft möglich ist. In Friedenszeiten soll die Militärgerichtsbarkeit den bürgerlichen Gerichten übertragen werden.

7. Bessere Ordnung im Subventionswesen des Bundes.»

In der Kantonalpartei kam die Diskussion um das Programm am Parteitag von 1913 im Amriswil in Bewegung.⁵ In einem Einleitungsreferat betonte National- und Regierungsrat Dr. Hofmann vor allem die «formalpolitischen»⁶ und sozialpolitischen Postulate. In der anschliessenden Diskussion legte das Parteivolk das Hauptgewicht auf den Proporz, in dem man geradezu den Schlüssel zur Lösung aller Probleme sah. Geändert wurde allerdings am Programm nichts.

2.3.1 Das eidgenössische Programm von 1917

Der Erste Weltkrieg und seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen sollten das Gedankengut der Demokraten nachhaltig beeinflussen. Der Anstoss zur Programmrevision ging von der schweizerischen Partei aus. Am schweizerischen demokratischen Parteitag von 1916 ging der Parteipräsident Scherrer-Füllemann in seiner Eröffnungsansprache auf den Krieg und dessen katastrophalen Folgen für die ganze Welt ein.⁷ Ausgehend von den ökonomischen und politischen Schäden, die der Krieg verursacht habe, kam er zur Schlussfolgerung, die Zeit verlange von allen Parteien neue Programme, die sich nicht nur mit den nationalen Problemen, sondern ebenso eindringlich mit den internationalen auseinandersetzen sollten. Der Parteitag beschloss, durch eine Kommission auf die nächste, ausserordentliche Delegiertenversammlung im Frühjahr 1917 ein neues Programm im obigen Sinne ausarbeiten zu lassen.

Am Parteitag von 1917 wurde den Delegierten das neue Parteiprogramm vorgelegt.⁸

Das Parteiprogramm von 1917⁹

Allgemeine Grundsätze

1. Die schweizerische demokratische Partei steht auf dem Boden des nationalen Volksrechtes, nicht im Sinne von Chauvinismus und Nationalitätenehochmut, sondern in der tieferen Bedeutung, wie sie die Weltgeschichte und die ganze wirtschaftliche Entwicklung immer mehr als Ziel des Völkerlebens aufleuchten lässt, dass die verschiedenen Völker und Staaten in Freiheit und Selbständigkeit einander zu dienen berufen sind. Die Partei steht also grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass Nationalismus und Internationalismus einander nicht auszuschliessen brauchen, dass vielmehr der rechte Dienst am eigenen Volk immer auch ein Dienst

⁵ TT 27.10.1913.

⁶ Mit «formalpolitischen» Postulaten meinte Hofmann hier u. a. Wahl von Bundesrat, Obergericht usw. durch das Volk, sowie Initiative und Referendum.

⁷ TT 23.10.1916.

⁸ TT 25.6.1917.

⁹ StATG, 8'631'0.

an der Menschheit bedeutet, und dass am Ende der heutigen Weltkrise der Ausbau der internationalen Verständigkeit uns jedenfalls eine Pflicht aller wahren Demokratie bleibt.

2. Innerhalb unseres Vaterlandes gründet sich die Demokratische Partei auf die fortschrittlichen Traditionen in den Kantonen und im Bund mit dem Hauptpostulat der Sicherung und des weitgehenden Ausbaus aller Volksrechte und staatlichen Institutionen zum Zweck der materiellen und geistlich-sittlichen Wohlfahrt des ganzen Schweizervolkes.

Weil die wahre Demokratie nicht bestehen kann, so lange im wirtschaftlichen Leben alle Glieder eines Volkes sich täglich wie Feinde gegenüberstehen, und wenn der einzelne Bürger nie aus materieller Abhängigkeit und Not herauskommt, so bleibt die soziale Frage die Kernfrage für die Zukunft unseres Volkes wie für die Zukunft aller Völker.

An der zielbewussten Lösung dieser Frage auf gesetzlichem Wege unentwegt mitzuarbeiten, wird also stets eine der wichtigsten Aufgaben der Partei sein.

3. Diese Grundsätze sollen auch wegleitend sein für das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen. Der Selbständigkeit der letzteren und der Eigenart der verschiedenen Landesteile ist möglichst Rechnung zu tragen. Andererseits darf der Bund nicht gehemmt werden bei der Lösung derjenigen Aufgaben, die die Kantone zu lösen nicht im Stande sind. Also weder Zentralisation, noch Kantönligeist als Prinzip, sondern von Fall zu Fall und auf der ganzen Linie: Ausgleich und Verständigung zu Kräftigung von Haupt und Gliedern.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist nach einem gesunden Ausgleich zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft (Bundes-, kantonale und Gemeindebetriebe) zu streben. Zu rein fiskalischen Zwecken ist die Verstaatlichung oder Kommunalisierung irgend welchen Tätigkeitszweiges oder Gebietes grundsätzlich abzulehnen; dagegen bildet sie das einzige Mittel, um faktische (wenn auch oft verdeckte) Privatmonopole oder Syndikate in den Grenzen des Gemeinwohles und des Staatsinteresses zu halten. Bei besonderen Verhältnissen kann der gemischtwirtschaftlichen Betriebsform (AG oder Genossenschaft mit überwiegender Staatsbeteiligung) der Vorzug gegeben werden.

Das Zollwesen ist einzig nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu orientieren und auszugestalten.

Die Staatsfinanzen müssen in einem System gerechter Verteilung der Lasten nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Steuerzahler beschaffen werden. Dabei ist auf die Bedürfnisse von Bund, Kantonen und Gemeinden angemessene Rücksicht zu nehmen. Ein bescheidenen Ansprüchen genügendes steuerfreies Existenzminimum für die unteren Volksschichten, sowie eine unerschrockene Tätigkeit der Behörden an der Gesun-

dung der Steuermoral bilden die Voraussetzung einer gesunden demokratischen Steuerwirtschaft.

4. Ihre Wirksamkeit entfaltet die Partei wesentlich nach zwei Richtungen: Erstens in der tatkräftigen Mithilfe beim Ausbau unserer staatlichen Institutionen, und zweitens in einer ständigen Aufforderung und Anleitung des einzelnen Bürgers zu positiver Mitarbeit an allen Fragen des öffentlichen Lebens.

Diese Mitarbeit des einzelnen erfolgt ausser in der gewissenhaften Ausübung der Bürgerpflichten bei Wahlen und Abstimmungen in einer strengen Kontrolle über die Tätigkeit von Behörden und Beamten, in wohlwollender, wenn auch unnachsichtiger Kritik von bestehenden Übelständen, sowie in Vorschlägen und Anregungen zu deren Beseitigung.

Die Achtung vor dem bestehenden, durch den Willen des Volkes geschaffenen Gesetz bleibt die Grundlage des demokratischen Staatswesens. Das gesunde Alte, das sich bewährt hat, soll auch weiter erhalten bleiben. Aber Gesetze und Ordnungen, die sich überlebt haben und für die fortschrittliche Entwicklung ein Hemmnis geworden sind, sollen unnachsichtlich durch neue und bessere ersetzt werden.

Jedenfalls muss den Pflichten des einzelnen Bürgers gegenüber jederzeit auch die Pflicht der Staatsorgane bestehen, wirkliche Leiter, Führer und Vertreter der Volksinteressen zu sein.

So kommt das alte, gute Wort schweizerischer Demokratie: «Alles für und alles durch das Volk» zu neuer Geltung.

5. Die Demokratische Partei vertritt grundsätzlich die Anschauung, dass der Völkerkrieg zu den Mächten gehört, die überwunden werden müssen, und die nur durch ein Erstarken des demokratischen Völkerideals überwunden werden können. Die Demokratie bleibt darum eine Forderung der internationalen Politik und eine Voraussetzung für einen dauernden Völkerfrieden.

Solange aber die Gefahr kriegesischer Verwicklungen in den uns umgebenden Grossstaaten fortbesteht, wird auch für das Schweizervolk zum Schutze seiner Neutralität die Bildung und der Unterhalt eines tüchtigen Milizheeres nötig sein. Die Partei wird aber jederzeit für eine weitgehende Demokratisierung des Militärwesens eintreten.

Spezielle Postulate

I. Internationale Postulate

1. Die Partei unterstützt alle Bestrebungen, die geeignet sind, den Frieden unter den Kulturstaaten auf eine möglichst gesicherte Grundlage zu stellen, speziell auch dadurch:

- a) Dass eine, die Souveränität der einzelnen Staaten angemessen schonende, zwischenstaatliche Organisation geschaffen werden soll;
 - b) dass auf Grund dieser Organisation diejenigen völkerrechtlichen Institutionen eingeführt werden sollen, welche eine friedliche Erledigung von internationalen Anständen ermöglichen, namentlich
 - aa) durch internationale Konferenzen (Ausbau des Haager Werkes);
 - bb) durch internationale Untersuchungs- und Vermittlungsräte;
 - cc) durch internationale Schiedsgerichte und Vollzugsorgane;
 - c) dass Kriegserklärungen nur durch die Volksvertretung stattfinden können;
 - d) dass die auswärtige Politik einer wirksamen Kontrolle durch die Parlamente unterstellt werden und geheime Verträge unverbindlich sein sollen;
 - e) dass eine wesentliche Reduktion der militärischen Rüstungen zwischen allen Staaten auf dem Vertragsweg vereinbart, eventuell erzwungen werden soll.
2. Die Partei unterstützt alle Bestrebungen, die geeignet sind, den Arbeiterschutz durch internationale Vereinbarungen zwischen allen Industriestaaten zu ordnen, namentlich:
- a) Durch Festsetzung einer Maximalarbeitszeit;
 - b) durch Aufstellung wirksamer Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter überhaupt und der Frauen und Kinder insbesondere.
3. Die Partei verlangt von ihren parlamentarischen Vertretern, dass sie zur Realisierung der unter 1 und 2 aufgestellten Grundsätze mit den Parlamentariern aller Kulturstaaten in Verbindung treten sollen.

II. Nationale Postulate

Die Partei tritt für eine Totalrevision der Bundesverfassung ein und unterstützt alle Bestrebungen für einen angemessenen Ausbau der Volksrechte und zur Durchführung der notwendigen sozialen Reformen; sie verlangt speziell die Realisierung folgender Postulate:

1. Politische Postulate
- a) Proportionale Wahl des Nationalrates.
 - b) Angemessene Vermehrung der Mitgliederzahl des Bundesrates und der Wahl des letzteren durch das Volk.
 - c) Mitwirkung der eidgenössischen Räte bei den Hauptfragen der auswärtigen Politik.
 - d) Eidgenössische Ordnung des Stimm- und Wahlrechts und schrittweise Einräumung desselben an Frauen.
 - e) Gesetzgebungsinitiative.
 - f) Durchführung der Rechtseinheit auf dem Gebiet des Strafrechtes, sowie des Zivil- und Strafprozessrechtes.

- g) Erlass eines Bundesgesetzes zum Schutz des Vereinsrechtes.
- h) Massnahmen gegen eine Überfremdung der Schweiz und Erlass eines Bundesgesetzes zur Erleichterung der Einbürgerung.
- i) Weitherzige Gewährung des Asylrechtes für alle, die wegen ihrer politischen und sozialen Meinungen und Handlungen verfolgt werden.
- k) Reformen im Militärwesen, namentlich nach folgenden Richtungen:
 - aa) durch möglichste Beschränkung der Militärausgaben, soweit es ohne wesentliche Schwächung der Wehrkraft geschehen kann;
 - bb) durch bessere Anpassung des Dienstbetriebes an die Verhältnisse eines Milizheeres;
 - cc) durch Revision des Militärstrafrechts im Sinne der Milderung der angedrohten Strafen für Delikte in Friedenszeiten;
 - dd) durch Revision des Strafprozessrechtes im Sinne der Übertragung der Beurteilung geringer Delikte an den bürgerlichen Richter;
 - ee) durch klare Umschreibung der Kompetenzen der bürgerlichen und militärischen Instanzen auf allen Grenzgebieten;
 - ff) durch Neuordnung der Soldverhältnisse in der Armee, speziell im Sinne einer Erhöhung des Soldaten- und Unteroffizierssoldes;
 - gg) durch vollständige Ausrüstung der Offiziere aus Bundesmitteln.

2. Soziale und volkswirtschaftliche Postulate

- a) Einführung der Alters- und Invalidenversicherung und Gründung einer starken Reserve für diesen Zweck.
- b) Einführung einer Hilfskasse für das Personal der allgemeinen Bundesverwaltung.
- c) Ausbau der nationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, speziell im Sinne einer Reduktion der Normalarbeitszeit und eines vermehrten Schutzes der Frauen und Kinder.
- d) Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Ursachen und Folgen, speziell auch durch Gründung von Notstandsreserven für alle Hauptindustrien des Landes.
- e) Fortschrittliche Neuordnung des interkantonalen Armenrechtes, speziell im Sinne der Einführung der Wohnortsunterstützung und der Herbeiziehung des Bürgergutes für die Armenunterstützung.
- f) Schaffung eines Bundesmonopols für die Einfuhr und den Grossverkauf von Getreide, Mehl und anderen Hauptnahrungsmitteln, sowie von Kohlen, Petroleum usw.
- g) Einführung des Tabakmonopols zur Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung.
- h) Einführung eines Bundesmonopols auf den hauptsächlichsten Gebieten des Versicherungswesens.
- i) Gründung einer eidgenössischen Hypothekarbank.

- k) Wesentliche Einschränkungen des Erbrechtes in der Seitenlinie zugunsten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.
- l) Verwaltungsreform, speziell im Sinne einer Vereinfachung der Bundesbetriebe, einer klaren Umschreibung der Kompetenzen und der Verantwortlichkeit der betreffenden Organe und Funktionäre, sowie einer angemessenen Besserstellung der unteren Klasse von Angestellten und Arbeitern.
- m) Finanzreform, speziell nach folgenden Richtungen:
 - aa) durch Einführung einer direkten Bundessteuer;
 - bb) durch entschiedene Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer;
 - cc) durch Revision der Gesetzgebung betreffend den Militärpflichtersatz;
 - dd) durch Einführung indirekter Steuern, welche nur den Besitz erheblich belasten;
 - ee) durch bundesgesetzliche Einführung der amtlichen Inventarisierung in jedem Todesfall.
- n) Energische Massnahmen gegen jede übermässige Steigerung der Lebensmittelpreise durch die Produzenten und die Spekulanten.
- o) Förderung des Genossenschaftswesens zum Schutze der landwirtschaftlichen, gewerblichen und Arbeiterinteressen.
- p) Ordnung des Submissionswesens bei den Bundesbetrieben.
- q) Schaffung eines Volkswirtschaftsrates zur Vorberatung aller sozialen und volkswirtschaftlichen Fragen in dem Sinne, dass bei seiner Wahl die grossen Wirtschaftsverbände und Berufsorganisationen angemessen berücksichtigt werden sollen.
- r) Massnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Weinfelden, im Juni 1917

Der Parteitag der schweizerischen demokratischen Partei.

Parteipräsident Scherrer-Füllemann, Pfarrer Etter aus Rorschach, Nationalrat Weber (St. Gallen) und Nationalrat Hofmann (Thurgau) hielten die Referate zu den einzelnen Teilen des Programms.¹⁰

Kommentar:

Die internationalen Postulate:

Diese Referate und das «Begleitwort zum Programm»¹¹ zeigen den grossen Einfluss, den Krieg und Kriegsfolgen auf das Denken der führenden Demokraten hatten. Die gegenseitige Abhängigkeit von allgemeiner Politik und Wirt-

10 TT 25./26.6.1917. Zum Parteiprogramm von 1917 wurde ein kommentierendes Begleitwort publiziert. Inhaltlich entspricht es ungefähr diesen Referaten. Dieses Begleitwort ist unten in 2.5.4 abgedruckt. Siehe dazu auch oben Anm. 7.

11 a.a.O.; in der Folge nur noch als «Begleitwort» zitiert.

schafts- und Sozialpolitik war für die Demokraten immer eine selbstverständliche Voraussetzung ihres Denkens und Handelns gewesen. Dieser Einsicht entsprachen auch die früheren Programme. Die Erfahrungen des Weltkrieges führten dann dazu, dass die noch wichtigere Interdependenz von nationaler und internationaler Politik im neuen Parteiprogramm allen anderen Postulaten vorangestellt wurde.

Die internationalen Postulate betreffen hauptsächlich zwei Problemkreise:
Friedenssicherung:

Durch die Schaffung einer internationalen Organisation, auf deren Grundlage in völkerrechtlich verbindlicher Form internationale Konferenzen, Untersuchungs- und Vermittlerräte sowie Schiedsgerichte und Vollzugsorgane arbeiten sollen, will man zwischenstaatliche Streitigkeiten auf friedlichem Wege schlichten und die Gefahr eines neuen Krieges verringern. Als zweite Massnahme wird eine allgemeine Abrüstung verlangt. Schliesslich soll die Aussenpolitik der einzelnen Staaten durch die Parlamente kontrolliert, die Macht der Exekutiven (z.B. Kriegserklärungen) gebrochen und sollen Geheimverträge für unverbindlich erklärt werden.¹²

Internationaler Arbeiterschutz:

Zum internationalen Arbeiterschutz wird im «Begleitwort»¹³ gesagt, dessen Ausbau sei ein selbstverständliches Ziel demokratischer Politik.

Die nationalen Postulate:

Leitsatz bleibt die Forderung nach Ausbau der Volksrechte und der Durchführung von Sozialreformen. In seinem Einleitungsreferat zu den politischen Postulaten stellte Etter fest, dass das in Deutschland gepflegte Demokratie- und Staatsverständnis, das demjenigen der «Demokraten» geradezu entgegengesetzt sei, schlussendlich viel zum Ausbruch des Krieges beigetragen habe. Deshalb seien auch ähnliche Entwicklungen in der Schweiz entschieden zu bekämpfen.¹⁴

Die wichtigsten neuen Programmpunkte sind:

Politische Postulate:

c) «Mitwirkung der eidgenössischen Räte bei den Hauptfragen der auswärtigen Politik». Diese Forderung ist einmal eine Folge der in den «Internationalen Postulaten» aufgestellten Grundsätze. Andererseits ist sie direkt auf

¹² Diese Ideen entsprachen durchaus den geistigen Strömungen jener Zeit. Man denke nur etwa an Wilsons «Vierzehn Punkte» vom 8.1.1918.

¹³ Hinten 2.5.4 «Begleitwort» S. «18».

¹⁴ TT 26. 6.1917.

die Affäre Hoffmann und die Führung der schweizerischen Aussenpolitik während des Krieges zurückzuführen.¹⁵

- d) Erstmals verlangen die Demokraten das Frauenstimmrecht. Diese Forderung wird mit der veränderten Stellung der Frau in der Gesellschaft begründet. Diese gehöre nicht mehr nur ins Haus, sondern sei bereits in Massen im Wirtschaftsleben integriert und kämpfe dort so gut wie der Mann um Fortkommen und Erwerb. Deshalb könne man ihr auf die Länge auch die politischen Rechte nicht vorenthalten.¹⁶
- h) «Massnahmen gegen eine Überfremdung der Schweiz und Erlass eines Bundesgesetzes zur Erleichterung der Einbürgerung.» Nach dem «Begleitwort» liegt die Gefahr der Überfremdung nicht nur in der Zahl der Ausländer, sondern ebenso sehr in der wirtschaftlichen Überfremdung der Schweiz. Gemeint sind damit z.B. ausländische Aktiengesellschaften und Fabrikdirektoren sowie die Überschwemmung der Schweiz mit ausländischen Produkten. Die Lösung dieses Problems glaubt man in einer Zwangseinbürgerungsaktion gefunden zu haben: «Denn die Fremdenfrage kann nur mit der Einbürgerungsfrage gelöst werden.»¹⁷
- k) Im Militärwesen sollen unschweizerische Erscheinungen wie «preussischer Drill», «blödes Absatzklopfen» und «Säbelrasslerei» bekämpft werden. Die im Militärjustizwesen verlangten Reformen waren schon am Parteitag von 1911¹⁸ als Zusatzpostulate zum Parteiprogramm aufgestellt worden.¹⁹

Soziale und volkswirtschaftliche Postulate:

Im sozialpolitischen Bereich werden neu eine Hilfskasse für das Bundespersonal (2b) und die Einführung des Wohnortsprinzips für die Armenversorgung (2e) verlangt. Auf dem Gebiet der Volkswirtschaft sollen Bundesmonopole für die Einfuhr und den Grosshandel von Getreide, Mehl und anderen Hauptnahrungsmitteln sowie von Energieträgern eingeführt, die Preisspekulation im Lebensmittelhandel bekämpft und das Genossenschaftswesen gefördert werden (2f, n, o). Die finanziellen Mittel zur Durchführung der Sozialreformen sollen durch eine Finanzreform (2m), deren Ziel eine höhere Besteuerung der grossen Einkommen und Vermögen ist, aufgebracht werden. Die Vermögen will man durch Einschränkung der Erbberechtigung und amtliche Inventarisierung im Todesfall besser erfassen und damit die Steuerhinterziehung erschweren (2k,

15 TT 25.6.1917. In der Eröffnungsansprache am Parteitag kritisierte Scherrer-Füllemann, dass der Bundesrat über seine Aussenpolitik hinterher durch «sogenannte Neutralitätsberichte» dem Parlament Bericht erstatte. Es wäre besser, wenn er seine Aussenpolitik in Zusammenarbeit mit parlamentarischen Kommissionen führen würde. Dann wäre es auch nie zu einer Affäre Hoffmann gekommen.

16 Hinten 2.5.4, «Begleitwort», S. «21». Begründet wurde also dieses Postulat nicht etwa mit dem Ruf nach mehr Gerechtigkeit, sondern mit der veränderten sozialen Realität.

17 «Begleitwort», S. «23»

18 TT 1.5.1911.

19 a.a.O. und «Begleitwort» S. «23 f.»

m).²⁰ Zur Beratung dieser Fragen auf Bundesebene soll ein Volkswirtschaftsrat eingeführt werden (2p).

2.3.2 Das kantonale Programm von 1918

Nachdem schon 1907 die kantonale Partei nur noch das kantonale Programm selber aufgestellt und den eidgenössischen Teil einfach übernommen hatte, befasst sich das Programm von 1918 nur noch mit kantonalen Problemen und auf einen eidgenössischen Teil wurde verzichtet.

Thurgauisches demokratisches Parteiprogramm von 1918²¹

I. Politische Postulate

1. Wahl des Grossen Rates nach dem Verhältniswahlssystem auf Grundlage der Wohnbevölkerung; Wahl der Obergerichte und der Gerichtspräsidenten durch das Volk.
2. Erhöhung der finanziellen Kompetenzen des Regierungsrates und des Grossen Rates.
3. Erleichterung der Einbürgerung.
4. Erleichterung des Stimmrechtes der Aufenthalter.
5. Einführung des Frauenstimmrechtes.
6. Erleichterung der Stimmabgabe durch Einführung der Samstagsurne.

II. Volkswirtschaft und Sozialpolitik

1. Obligatorische kantonale Krankenversicherung.
2. Kantonale Alters- und Invalidenversicherung als Ueberleitung zur eidgenössischen.
Ausbau der Alters- und Invalidenkasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates mit fakultativem Beitritt für Bezirks-, Kreis- und Gemeindebeamte.
3. Einführung der Amtsvormundschaft.
4. Massnahmen zur Sicherstellung der Landesversorgung unter Mithilfe des Staates, der Gemeinden und Genossenschaften.
5. Massnahmen gegen Güterschlächtereie, Bodenspekulation und übermässige Bodenverschuldung. Förderung des Genossenschaftswesens, der Bodenverbesserung und der Güterzusammenlegung.
6. Wertzuwachssteuer auf Liegenschaften für grössere Gemeinden.
7. Einführung der Tilgungshypothek.
8. Obligatorium der Kleinviehversicherung.
9. Kantonales Lehrlingsgesetz; staatlich subventionierte Berufsberatungsstellen mit Unterstützung der Lehrstellenvermittlung, Berufslehre

²⁰ Siehe oben 2.2, Anm. 19.

²¹ StATG, 8'631'0.

und weiterer Fachbildung, namentlich zu Gunsten unbemittelter Lehrlinge und Lehrtöchter.

10. Arbeiterinnenschutzgesetz.
11. Kantonales Gewerbe- und Fabrikinspektorat.
12. Gewerbliche Schiedsgerichte und Stickereifachgerichte.
13. Bestimmungen über die Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen in Kantonen und Gemeinden: staatlich unterstützte kantonale Berechnungsstelle.
14. Kantonales Einigungsamt.
15. Kantonaler Arbeitsnachweis und staatliche Beaufsichtigung der privaten Plazierungsbureaux; Unterstützung der Arbeitslosen- und Krisenkassen durch Staat und Gemeinden.
16. Bau- und Wohnungsgesetz.
17. Obligatorische staatliche Mobiliarversicherung und Revision des kantonalen Gebäudeassekuranzgesetzes.
18. Schaffung einer kantonalen Verkehrskommission und bessere Wahrung der thurg. Verkehrs- und Eisenbahninteressen.
19. Förderung des elektrischen Betriebes der im Kanton befindlichen Nebenbahnen.

III. Finanz- und Steuerwesen

1. Revision des Steuergesetzes unter Berücksichtigung folgender Hauptpostulate:
Erhöhung des Existenzminimums, Berücksichtigung der Kinderzahl und der Erwerbsunfähigkeit, Erhöhung des steuerfreien Betrages für Witwen und Waisen.
Berücksichtigung der besondern Lage der Fixbesoldeten. Der Leistungsfähigkeit angemessene Besteuerung der Aktiengesellschaften, Erwerbsgenossenschaften und Warenhäuser.
Amtliche Inventarisierung in allen Todesfällen. Drucklegungen der Steuerregister in den Gemeinden. Obligatorische schriftliche Selbsttaxation mit verschärften Strafen gegen Steuerbetrug.
Wahl der Steuerkommissionen durch die Munizipalgemeinden.
2. Erbschaftssteuergesetz mit mässiger Besteuerung der Erben der direkten Linie und erhöhten Ansätzen im dritten und vierten Glied.
3. Einführung von Luxussteuern.
4. Angemessene Beamtenbesoldungen unter Wegfall der Sporteln.

IV. Erziehungswesen

1. Revision des Unterrichtsgesetzes mit folgenden Hauptzielen:
Unentgeltlichkeit der Schulmaterialien.
Herabsetzung des Schülermaximums auf 50–60 für eine Abteilung.
Obligatorium des Handarbeitsunterrichts innerhalb der Schulzeit.

Schaffung von Spezialklassen für Ausbildung von schwachbegabten Kindern in den grösseren Gemeinden.

2. Revision des Sekundarschulgesetzes mit Berücksichtigung folgender Hauptpostulate:

Abschaffung des Schulgeldes.

Unentgeltlichkeit der Schulmaterialien und Lehrmittel.

Volkswahl der Sekundarlehrer und Sekundarschulvorsteher.

Erhöhte Staatsbeiträge an die Sekundarschulen.

3. Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Lehrplan der obligatorischen Mädchenarbeitsschule.
4. Einführung der obligatorischen Töchterfortbildungsschule.
5. Fürsorge für Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder und für die Jugend ausser der Schule durch Kindergärten, Jugendhorte, Ferienkolonien.
6. Förderung des gewerblichen Bildungswesens.
Vereinheitlichung von Lehrplan und Organisation der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen.
7. Förderung des staatsbürgerlichen Unterrichts.
8. Erhöhte Staatsbeiträge an mit Schulsteuern schwer belastete Gemeinden.
9. Gründliche Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen durch Schaffung eines neuen Besoldungsgesetzes.

V. Armenwesen

1. Einführung des Wohnortprinzips.
2. Vermehrte Betätigung des Staates auf dem Gebiete des Armenwesens.
3. Unentgeltlichkeit des Krankentransportes durch die Gemeinde.

VI. Rechtspflege

1. Reform der Zivilprozess-Gesetzgebung.
Erhöhung der Kompetenzsummen für Einzelrichter und Kollegialgerichte.
2. Revision des Strafrechtes und der Strafprozess-Gesetzgebung.
Verbeiständung der Angeklagten während der Untersuchung.
Bedingte Verurteilung und bedingte Begnadigung.
Erhöhung des strafmündigen Alters auf das zurückgelegte 16. Altersjahr.
Unterbringung jugendlicher Verbrecher in besonderen Anstalten.
Einführung von Jugendgerichtshöfen.
Entschädigung unschuldig Verurteilter.
Schaffung grösserer Gerichtsbezirke.

3. Revision des Verantwortlichkeitsgesetzes im Sinne der direkten Haftung der Behörden und Beamten für den durch sie gestifteten Schaden.
4. Wegfall der Untersuchungskosten und Entschädigung an die Angeklagten bei Niederschlagung von Strafklagen.

Kommentar:

Wie schon das Programm von 1917 beschäftigt sich auch dieses kantonale Programm eher mit Problemen der Alltagspolitik.

Die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem alten Programm sind:

- I. Politische Postulate:
 1. Das Proporzsystem wird nur noch für die Wahl des Grossen Rates gefordert. Regierungsrat und Obergericht sollen wie bisher nach dem Majorzsystem gewählt werden. Die Forderung nach Volkswahl des Obergerichtes und der Gerichtspräsidenten bleibt bestehen.
 2. Dem Regierungsrat und dem Grossen Rat sollen weitergehende finanzielle Kompetenzen eingeräumt werden.
 - 4.–6. Für die Ausübung des Stimmrechtes werden einige Neuerungen und in Uebereinstimmung mit dem eidgenössischen Programm die Einführung des Frauenstimmrechtes verlangt.
- II. Volkswirtschaft und Sozialpolitik:
 2. Wie im eidgenössischen Programm für die Bundesbeamten soll für die kantonalen Beamten, Angestellten und Arbeiter eine Alters- und Invalidenkasse eingeführt werden.
 4. «Massnahmen zur Sicherstellung der Landesversorgung unter Mithilfe des Staates, der Gemeinden und Genossenschaften.» Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Verbrauchsgütern während des Krieges dürften zu dieser Forderung geführt haben.
 6. In den grösseren Gemeinden soll eine Wertzuwachssteuer auf Liegenschaften eingeführt werden.
 11. und 12. Nach dem Vorbild anderer Kantone sollen mit Hilfe eines kantonalen Gewerbe- und Fabrikinspektorates und von Schiedsgerichten Arbeitsbedingungen und das Verhältnis von Arbeitnehmern zu Arbeitgebern verbessert werden.
- III. Finanz- und Steuerwesen:
 1. Den Fixbesoldeten²² widmeten sich die Demokraten immer besonders, da sicher ein beachtlicher Teil ihrer Anhänger und Wähler diesen Kreisen entstammte.²³ Höhere Besteuerung von Aktiengesellschaften, Er-

²² Bundes-, Staats- und Gemeindebeamte, Lehrer usw.

²³ Siehe dazu im gleichen Programm die Forderungen III 4) und IV 9). Zum besonderen Verhältnis der Demokraten zu den Fixbesoldeten siehe TT 22.10.1917 «Resolution zugunsten der Fixbesoldeten».

werbsgenossenschaften und Warenhäusern sowie Luxussteuern entsprechen alten demokratischen Forderungen nach stärkerer Belastung von wirtschaftlich bessergestellten Kreisen.

IV. Erziehungswesen:

Neu in diesem Teil des Programms ist nur die Forderung nach erhöhten Staatsbeiträgen an Sekundar- und Gemeindeschulen (IV 2 und 8)

V. Armenwesen:

1. Nachdem man früher für die Armenversorgung immer einen Kompromiss zwischen Bürgerorts- und Wohnortsprinzip gesucht hatte, wird nun das uneingeschränkte Wohnortsprinzip verlangt.

VI. Rechtspflege:

2. Strafrecht, Strafprozessgesetzgebung und Strafvollzug sollen besonders im Hinblick auf jugendliche Straftäter revidiert werden.

Zusammenfassung

Allen bisherigen Parteiprogrammen lagen hauptsächlich zwei Gruppen von Gedanken und Forderungen zu Grunde. Die eine Gruppe betraf den Ausbau der Volksrechte und der Volkssouveränität, während sich die andere mit wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen befasste. Dem «demokratischen» Staat – d. h. dem Staat, dessen Behörden ein möglichst getreues Spiegelbild der politischen Gruppen der Bevölkerung sein und an dessen legislativer und exekutiver Macht das Volk in ausgedehntester Form teilhaben sollte – wurde die Aufgabe zugeordnet, mit Hilfe einer gezielten Wirtschafts- und Sozialpolitik die negativen Auswirkungen der privaten Wirtschaft zu korrigieren. Diese Programme entsprachen sicherlich weitgehend den damaligen Problemen schweizerischer und thurgauischer Politik. Die Erfahrungen des Weltkrieges brachten den Demokraten die Erkenntnis, dass die Fragen der internationalen Politik für ein Volk ebenso wichtig sein können wie irgend ein innenpolitisches Problem. Die Lösung dieser internationalen Probleme suchten und fanden sie selbstverständlich in ihrer eigenen Gedankenwelt. Sie waren der Ueberzeugung, dass das Zusammenleben der Staaten friedlich zu gestalten wäre, wenn alle Staaten «demokratisch» regiert würden und ihre Aussenpolitik ebenso «demokratisch» und für jedermann durchschaubar geführt würde. Dazu sollten internationale Organisationen und Konferenzen die friedliche Austragung von Streitigkeiten ermöglichen.

2.4. *Das kantonale Programm von 1931 (Kommentar)*

Die Programme von 1917 und 1918 bildeten in der programmatischen Arbeit der Demokraten einen Höhepunkt. In umfassender Weise wurde versucht, auf die Fragen der Zeit Antworten zu geben, die den Vorstellungen der Demokraten

entsprachen. Einige dieser Wünsche und Forderungen¹ gingen schon bald einmal in Erfüllung. Die sicher erhofften Auswirkungen auf potentielle Wähler der Demokraten blieben aber auf die Länge aus. Ende der zwanziger Jahre² gingen in den Grossrats- und Nationalratswahlen die Stimmanteile der Demokraten immer mehr zurück und damit auch ihr Einfluss. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, arbeitete der damalige Parteipräsident Alfred Düssli ein neues Parteiprogramm aus. Dieses stellte er an einer Delegiertenversammlung der Demokratischen Partei in Kreuzlingen vor. Ein eigentliches Programm war es aber nicht mehr. Es handelte sich mehr um eine programmatische Rede. Inhaltlich enthielt es nichts wesentlich Neues. Dem langsamen, aber unaufhaltsamen Niedergang der Demokraten war auch mit einem neuen Programm nicht beizukommen. Düsslis Programm blieb letzter Versuch, Gedanken und Ideen der Demokraten in einem Programm zusammenzufassen und einer weiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Im Folgenden soll versucht werden, einige der wichtigsten Punkte des Programms herauszugreifen und zu interpretieren:³

Allgemeine Grundsätze:

Wenn, wie bereits gesagt wurde, diese programmatische Rede von Düssli auch kein Parteiprogramm in engerem Sinne war, so sind darin doch einige grundsätzliche Gedanken und Forderungen zu entdecken, die durchaus der demokratischen Tradition entsprachen. Die äusseren Umstände – d. h. die schwierige Wirtschaftslage und das langsame Auseinanderfallen der Demokratischen Partei – bedingten allerdings eine Schwerpunktbildung. Alle Forderungen entstammten dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, oder wurden mit Blick auf die Wirtschaftskrise behandelt und ins Programm aufgenommen.

Im Hinblick auf die zu lösenden wirtschaftlichen Probleme betonten die Demokraten noch einmal die Bedeutung, die sie der Demokratie schweizerischer Prägung beimassen. Diese Demokratie war und blieb für sie die einzige menschengerechte Staatsform.

: «Im Wesen jeder wahren Demokratie ist es tief begründet, dass ihre Sorge insbesondere auf die Unterstützung der Schwachen und Hilfsbedürftigen gerichtet ist. Ihr Ziel ist daher die Verbesserung und Sicherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern und Kleinhandwerker».⁴

1 So z. B. die Einführung des Proportionalwahlsystems in Bund und Kanton.

2 Siehe oben 1.5.

3 Das Programm ist unten in 2.5.5 abgedruckt.

4 Siehe unten 2.5.5 «Kantonales Parteiprogramm von 1931», Allgemeine Grundsätze.

So wie sie sich selber als Partei der Mitte und des Ausgleichs verstanden, so sollte nach ihrer Ansicht der demokratische Staat sein Ziel im Ausgleich der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen und Gegensätze suchen. Neben der klaren Ablehnung «linksextremistischer» Experimente brach hier wieder das alte Misstrauen und die Abneigung der Demokraten gegen das sogenannte «Grosskapital» durch.

«Sie lehnen jede extreme Standes- und Klassenherrschaft ab. Klassenkampf und Diktatur von links, Beherrschung und Ausbeutung des gesamten Wirtschaftslebens durch das Grosskapital von rechts haben mit wahrer Demokratie nichts zu tun. Unser Streben ist die Durchdringung der Volksgesamtheit für den schönen Gedanken und den notwendigen Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie».⁵

Wortwahl und Stil und vielleicht sogar einige Gedankengänge erscheinen etwas verdächtig. Es ist sicher zutreffend, dass ähnliche Bevölkerungskreise mit nicht allzu verschiedenen politischen und ideologischen Vorstellungen in anderen Ländern faschistischen oder philofaschistischen Bewegungen zuströmten. Es ist aber sicher ein Verdienst der «Demokratischen Partei», wenn auch ein bescheidenes, unter Umständen gerade diesen Kreisen eine politische Heimat in einer «demokratischen» Partei geboten zu haben.

1. Politische Postulate:

Neben der Totalrevision der Staatsverfassung, deren Sinn und Zweck aber mehr oder weniger im Dunkeln bleiben, verlangten die Demokraten die Einführung eines Verwaltungsgerichts und die Volkswahl der Gerichtspräsidenten. Diese Volkswahl wurde bereits in früheren Programmen verlangt. Das Verwaltungsgericht hingegen strebte man früher auf eidgenössischer Ebene an. Auch diese Forderungen hatten vor allem eine weitere Demokratisierung des Lebens in Justiz und Verwaltung zum Ziel. Zögernd und mit Vorbehalten setzten sich die Demokraten in diesem Programm für die Frauenemanzipation ein. Vorläufig sahen sie aber den Wirkungskreis der Frau noch in Familie, Schule, Kirche und Armenwesen. Sollten sich Arbeit und Stimmrecht der Frau in diesen Bereichen bewähren, so wären der Frau auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens zu öffnen. Allerdings glaubten sie nicht an eine baldige Realisierung des allgemeinen Frauenstimmrechts.

2. Rechtspflege:

Der heutige Begriff «Resozialisierung» umschreibt ziemlich genau die Ideen und Vorstellungen, die die Demokraten veranlassten, die Revision und Modernisierung der Strafrechtspflege zu verlangen. Den «Grundsätzen» und «Vorstellungen» der Zeit entsprechend sollte die Sühne nur noch in besonders schwerwiegenden Straffällen Zweck der Verurteilung sein. Mit der Ausdehnung

⁵ a.a.O.

des Schiedsgerichtswesens hoffte man die Rechtspflege billiger, speditiver und versöhnlicher gestalten zu können. In der einen oder anderen Form sind auch diese Forderungen in früheren Parteiprogrammen zu finden.

3. Steuer- und Finanzwesen:

Richtige Forderungen enthält dieser Abschnitt eigentlich keine mehr. Er unterstreicht höchstens die Bedeutung, die die Demokraten dem Steuer- und Finanzwesen zugunsten der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik beimassen.

4. Das Familienleben:

Wohl zum ersten Mal verlangten die Demokraten hier eine aktive und umfassende Familienpolitik des Staates. Etwas befremdend wirkt der konservative Grundton, der in diesen Gedanken zum Ausdruck kommt.⁶

5. Das Kirchenwesen:

In der Kirche sahen Düssli und seine Freunde eine Art Gegenkraft zum materialistischen Zeitgeist. Sie sollte vor allem auf das sittlich-religiöse und moralische Leben des Volkes einwirken. Neben der pastoralen Arbeit sollte sie sich aber auch sozial betätigen. Für diesen Abschnitt über das Kirchenwesen gilt ähnliches wie für den vorangehenden über das Familienleben. Denn in dieser Form hat keines der früheren Programme zu den Problemen von Familie und Kirche Stellung genommen. Diesen gegenüber zeigten die Demokraten bis anhin kaum direktes Interesse. Dabei war ihnen die Familie nicht etwa gleichgültig, aber Familienpolitik war offensichtlich Teil der Sozialpolitik gewesen. Worauf könnte diese Wandlung zurückzuführen sein? Die Antwort muss wohl in der Person von Alfred Düssli gesucht werden, da uns hier «sein» Programm vorliegt.⁷ Familie und Kirche bedeuteten ihm persönlich sehr viel. Dabei verstanden er und seine Freunde diese Gedanken und Forderungen wahrscheinlich weniger «konservativ», als sie uns heute erscheinen.⁸

6. Erziehungswesen:

Dem Erziehungs- und Schulwesen als Grundlage der Demokratie und der wirtschaftlichen Besserstellung des Volkes haben die Demokraten immer grosse Bedeutung beigemessen. Dies trifft auch auf die Person von Alfred Düssli zu.⁹

6 Nach mündlichen Informationen aus dem Bekanntenkreis hat sich Alfred Düssli zeit seines Lebens immer besonders für Familienfragen und das Vormundchaftswesen interessiert. Er liess es aber nicht nur beim Interesse bewenden, sondern hat sich auch persönlich für Bedrängte und Bedürftige eingesetzt. Sein Engagement war sicher ehrlich. Seine Kenntnisse der wirklichen Zustände dürften bei ihm aber Skepsis vor allzu «fortschrittlichen» Ideen geweckt haben.

7 Düssli war kein «Frömmeler». Für ihn hatte aber die Kirche mehr als nur eine seelsorgerische Aufgabe.

8 Siehe oben Anm. 6.

9 StATG, 8'631'0. Hier befinden sich einige Manuskripte von Düssli. Die meisten waren für Vorträge zu diesen Problemen bestimmt oder Präparationen für seinen Unterricht an obligatorischen Fortbildungsschulen, wo er Staatskunde unterrichtete.

7. Fürsorge für die Schuljugend und für die Schulentlassenen:

Die Demokraten forderten aber nicht nur eine schulische Betreuung der Jugend. Darüber hinaus sollte ihr eine umfassende Fürsorge zukommen. Diese Fürsorge ging von medizinischer Betreuung, Gratisernährung, Bibliotheken und Schulsparkassen bis hin zur Berufsberatung und Berufsausbildung für alle Jugendlichen. Wenn wir den historischen Hintergrund (Krisenjahr) berücksichtigen, versteht man diese Forderungen. Denn unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden innerhalb der Familien Kinder und Jugendliche sehr oft am meisten.

8. Allgemeine soziale Postulate: Armenwesen, Volksgesundheit, Alkoholfrage

Neben einigen sozialpolitischen Forderungen nimmt in diesem Abschnitt der Ruf nach der Bekämpfung des Alkoholismus breiten Raum ein. In ihm sahen die Demokraten eine der grössten Gefahren für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt von Staat und Gesellschaft. Deshalb sollte er mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

9. Landwirtschaft

Die hier vorgeschlagenen Massnahmen sollten in erster Linie Handwerkern, Gewerbetreibenden und landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben zugute kommen, da diese nach der Meinung der Demokraten von der Krise besonders hart getroffen wurden. Dazu wollten die Demokraten als Partei ja gerade diese Kreise ansprechen. Alle diese Forderungen zielten in Wirklichkeit, gewollt oder ungewollt, auf eine Einschränkung der Gewerbefreiheit.

10. Wohnungswesen

Zur Hebung der Wohnkultur (die ein «Gradmesser für den Bildungsstand der Völker» sein soll) verlangten die Demokraten ein kantonales Bau- und Wohnungsgesetz. Bemerkenswerter ist aber die zweite Forderung, nämlich die Förderung der Eigenheimbestrebung. Dies heisst ja nichts anderes als Vermögensbildung. Diese Idee der staatlich geförderten Vermögensbildung, die immer eine Art Gegenstück zum Kampf gegen die grossen Vermögen ist, erscheint hier erstmals in einem demokratischen Parteiprogramm. Sie entspricht aber durchaus dem alten, demokratischen Wunsch nach Abbau und Ausgleich der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Zusammenfassung:

Im grossen und ganzen liegt dieses Programm in der Linie der früheren Parteiprogramme. Der Einfluss der Wirtschaftskrise ist allerdings unverkennbar. Form und Stil charakterisieren es jedoch und unterscheiden es von jedem der früheren Programme. Wie schon einmal gesagt, ist es aber in dieser Beziehung eigentlich gar kein Programm, sondern eine programmatische Rede. Klar und

deutlich formulierte Forderungen gibt es kaum. Man würde besser von Anregungen sprechen, da vieles offen und unklar bleibt.

Worauf könnte das zurückgeführt werden?

Es wäre denkbar, dass vorgesehen war, später ein richtiges Programm auszuarbeiten, dies aber aus uns unbekannten Gründen unterlassen wurde.¹⁰ Andererseits könnte auch der Zustand der Demokratischen Partei, die in jenen Jahren ihren Regierungs- und Nationalratssitz und verschiedene Grossratssitze verloren hatte, einen Einfluss auf die Ausgestaltung dieses Programms gehabt haben. Das Bewusstsein, jeden politischen Einfluss verloren zu haben, « Untergangsstimmung » und Hilflosigkeit könnten ebenso dazu geführt haben, ein Programm zu verfassen, dessen Aussagekraft im umgekehrten Verhältnis zum Umfang steht. Dies lässt sich heute allerdings kaum mehr feststellen.

Aus all diesen Gründen darf deshalb dem 31er Programm nie die gleiche Bedeutung oder Gewichtung wie den früheren Programmen beigemessen werden. Ideengeschichtlich bedeutungsvoll für das Phänomen der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau sind die Programme von 1891, 1907, 1917 und 1918, da nur sie eine gewisse politische Relevanz hatten.

2.5 *Dokumentensammlung*

2.5.1 Provisorisches Parteiprogramm vom 1891¹

Programm für die demokratisch-volkswirtschaftliche Partei des Kantons Thurgau auf Bundesgebiet

- 1) Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte und der Volksinteressen gegenüber dem die schrankenlose Gewerbefreiheit ausbeutenden Spekulantenthum. Monopolisierung der Wasserkräfte. Verstaatlichung der Eisenbahnen auf dem Wege der Expropriation. Banknotenmonopol einer Bundesbank, Zündhölzchenmonopol, Tabakmonopol. Reformen in Kreditwesen (Hypothekarrecht) im Sinne der Beschlüsse des thurg. landwirtschaftlichen Vereins zu Berg (Thesen Scherrer und Kollbrunner). Einführung der Postsparkassen. Staatliche Organisation des Versicherungswesens, und zwar ausser der bereits in Angriff genommenen Personenversicherung namentlich der Feuerversicherung.
- 2) Erweiterung der Volksrechte im Bunde und Reformen in der Bundesverwaltung. Wahl des Bundesrathes durch das Volk auf Grund des Proportionalsystems. Obligatorisches Referendum, Initiative in wirksamer, leicht zu handhabender Form. Trennung der politischen Bundesbehörde von der Verwaltungs- und Rechnungskammer für die technischen Administrativ-Zweige.

¹⁰ Mindestens hat der Autor kein weiteres Programm gefunden. Es wäre also möglich, dass noch irgendwo eines existiert.

¹ TT 3./6.2.1891.

- 3) Wahrung des Asylrechts im Sinne der alten freiheitlichen Traditionen, im Geiste Bornhausers, keine politische Geheimpolizei.
- 4) Zentralisation des Zivilrechts und Strafrechts.
- 5) Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf weitere schutzbedürftige Kreise (Personal des Konfektions- und des Wirthschaftsgewerbes). Eidgenössisches Gewerbegesetz mit gewerblichen Schiedsgerichten.
- 6) Besserstellung von Unteroffizieren und Soldaten während der Dienstzeit, bzw. angemessene Entschädigungen für ihre Familien. Beseitigung der bestehenden Ungleichheiten betreffend den Militärdienst der Lehrer. Erleichterung des Avancements für Unbemittelte zum Offizier.

Programm für die demokratisch-volkswirtschaftliche Partei des Kantons Thurgau betreffend kantonale Angelegenheiten

- 1) Reformen im Steuerwesen, gleichartig für Staats- und für Gemeindesteuern. Steuerfreies Existenzminimum von 800–1200 Fr., mit Unterscheidung von einzelstehenden Personen und Familienvorständen. Öffentlichkeit der Steuerregister. Progression für die Vermögenssteuer. Mittel gegen Vermögensverheimlichung. Angemessene Aktivbürger-, bzw. Kopfsteuer. Reduktion der Handänderungsgebühren. Erhöhung der Erbschaftssteuer, Wechselstempelsteuer. Einschränkung der Erbberechtigung auf die vier ersten Verwandtschaftsgrade und Verwendung der so disponibel werdenden Verlassenschaften für öffentliche Zwecke (Armenwesen). Theilweise Verwendung des Reingewinns der Kantonalbank zu Gunsten ihrer Hypothekarschuldner. Einführung amortisirbarer Darleihen im Sinne der Beschlüsse des landwirthschaftlichen Vereins (Thesen Scherrer und Kollbrunner, die wir morgen mittheilen werden). Abschaffung der gemeinderäthlichen Schatzungsgarantien. Kreirung einer kantonalen Beamtung für volkswirtschaftliche Untersuchungen und fachbezügliche Antragstellung (in ökonomischen Fragen des landwirthschaftlichen, gewerblichen und Arbeiterstandes).
- 2) Bessere Vertheilung der Strassenlasten und der Kosten für Gewässerkorrekturen. Aufhebung der ausserordentlichen Vollmachten im Wasserschadendekret von 1876. Staatsbeiträge für Schmalspurbahnen und Normalbahnen. Begehren um Erstellung eines zweiten Geleises für die Hauptbahnlinie Winterthur–Romanshorn (und durchgreifende Verbesserung der Bahnhofverhältnisse Romanshorns).
- 3) Unentgeltlichkeit des Unterrichts, sowie der Lehrmittel und Schreibmaterialien auf allen Schulstufen. Hebung des Fortbildungsschulwesens, namentlich des freiwilligen (landwirthschaftlichen und gewerblichen). Erhöhte Staatsbeiträge für die Schulauslagen der Gemeinden und der Sekundarschulkreise. Demokratische Reformen betr. die Sekundarschulverwaltung. Bessere Bildung der Lehrer mit angemessener Erhöhung des Minimums der

Lehrerbesoldung. Abänderung der Verordnung betreffend Stipendien für die Thurgauer an ausserkantonalen Mittelschulen.

- 4) Unentgeltlichkeit der Beerdigung. Erhöhte Staatsbeiträge an die Armenauslagen der Gemeinden. Besorgung des Armenwesens durch die Ortsgemeinden nach dem Territorialprinzip.
- 5) Gesetzliche Bestimmungen über die Unvereinbarkeit administrativer und richterlicher Beamtungen. Änderungen im Strafprozess. Im Injurienprozess soll der Wahrheitsbeweis die Strafbarkeit ausschliessen.
- 6) Vertretung des Kantons an den Diözesankonferenzen durch eine gemischte Abordnung (Vertretung der staatlichen und kirchlichen Behörde).

2.5.2 Thesen zur Hypothekarkreditfrage²

Zur Hypothekarkreditfrage

Schon vor 7 Jahren sind an einer Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins zu Berg folgende von den Herren Scherrer-Füllemann und Staatschreiber Kollbrunner zur Hebung des landwirthschaftlichen Nothstandes aufgestellte Thesen angenommen worden, welche im Programm der demokratisch-volkswirthschaftlichen Partei erwähnt sind. Hoffentlich sind sie von der «Thur.Ztg» inzwischen verdaut worden.

- 1) Eine Hauptursache der gegenwärtigen landwirthschaftlichen Krisis liegt in der zu starken Verschuldung des landwirthschaftlichen Grundes und in der Verpflichtung des Schuldners, die daheringe Zinsenlast ohne Rücksicht auf das Ergebnis des jeweiligen Jahresertrages voll zu übernehmen.

Auch da soll der Gesetzgeber auf Abhülfe bedacht sein dadurch:

- a) dass er den lediglich zu Spekulationszwecken betriebenen Güterhandel, welcher die Überschuldung des landwirthschaftlichen Grundes mächtig gefördert hat, dadurch verunmöglicht, resp. einschränkt, dass die stückweise Veräusserung von Bauerngütern nur denjenigen gestattet sein soll, welche dieselben während mindestens 3 Jahren besessen und betrieben haben; ausgenommen die Rechte der Erben auf völlig freie Liquidation der ihnen angefallenen Verlassenschaften und die Rechte der Vormundschaftsbehörden auf völlig freie Veräusserungen des Immobilienvermögens eines Mündels.
- b) dass er die Kündbarkeit der Hypothekarforderungen einschränkt, dagegen dem Schuldner beliebige Abzahlungen daran gestattet und ihm im Fernern die Berechtigung einräumt, dieselben in höchstens 40 bis 50 Annuitäten (jährlichen Abzahlungen) à 5 % des Kapitals zu amortisiren;
- c) dass er den in § 308 des schweiz. Obligationenrechts zu Gunsten des Pächters ausgesprochenen Grundsatz auch auf das zwischen Hypothe-

² TT 7.2.1891.

kargläubiger und Schuldner bestehende Zinspflichtverhältnis zur Anwendung bringt.

2) Es ist Aufgabe des Staates, den bedrängten Theil der Landwirthe, welche den redlichen Willen, sich emporzuarbeiten, durch die That bekunden, nach Massgabe seiner Kräfte auch finanziell zu unterstützen. Um dies zu ermöglichen, muss man auf die Öffnung neuer Erwerbsquellen für den Staat bedacht sein. Bestrebungen, welche diesen Zweck verfolgen, müssen unterstützt werden. Dahin gehört vor allem eine Änderung des hergebrachten Erbrechtes wo möglich auf eidgenössischem Boden mit den Hauptgrundsätzen:

- a) Die Erbberechtigung in der auf- und absteigenden Linie soll fortbestehen, dagegen in der Seitenlinie jedenfalls mit dem vierten Verwandtschaftsgrade abgeschlossen sein.
- b) Alle andern Verlassenschaften fallen dem Staate zur Erfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben etc. zu. Ausserdem erhebt der Staat von den Verlassenschaften nach Ziffer 3 lit.a eine (nach dem Verwandtschaftsgrade und der Erbsquote des Erbberechtigten) progressive Erbschaftssteuer.
- c) Verträge unter Lebenden oder Verfügungen auf den Todesfall, welche den Zweck und die Wirkung haben, die in Ziffer 3 lit.b geschaffenen Rechte des Staates zu schmälern, sind ungültig. Vorbehalten bleiben Verfügungen des Erblassers zu öffentlichen Zwecken und nach richterlichem Ermessen auch moralisch begründete Zuwendungen an Privatpersonen.

Auf dem Boden des Erbrechtes wurde die soziale Ungleichheit grossgezogen und auf dem gleichen Boden muss sie im Interesse der nothleidenden Stände (Landwirtschaft, Kleingewerbe und Lohnarbeiter) bekämpft und gemildert werden.

2.5.3 Eidgenössischer Teil des Programms der St. Galler Demokraten von 1904³

Ein demokratisches Parteiprogramm

- 1) Vermehrung der Zahl der Bundesräte und Wahl derselben durch das Volk, Gesetzgebungsinitiative.
 - 1a: Übertragung gewisser Kompetenzen des Bundesrates und des Bundesgerichts an einen Verwaltungsgerichtshof;
 - 1b: Erlass eines Gesetzes betreff. das Stimmrecht und seine Ausübung in eidgenössischen Angelegenheiten.
- 2) Durchführung der Rechtseinheit in Zivil- und Strafrecht in der Meinung, dass die auf diesem Rechtsgebieten realisierbaren sozialen Postulate besonders angestrebt und unterstützt werden sollen. Durchführung von Artikel 34 der BV (Kranken- und Unfallversicherung).

³ TT 10.6.1904.

- 3) Einführung der Alters- und Invalidenversicherung. Erlass eines Gesetzes zum Schutze des Vereinsrechts. Neuordnung des interkantonalen Armenrechts.
- 4) Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, speziell auch im Sinne der Reduktion der Normal-Arbeitszeit und eines Schutzes der Frauen und Kinder.
- 5) Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Ursachen und Folgen. Einführung obligatorischer Berufsgenossenschaften.
- 6) Schaffung eines Bundesmonopols auf den hauptsächlichsten Gebieten des Versicherungswesens (Lebens-, Unfall- und Feuerversicherung).
- 7) Ausführung von Art. 39 der Bundesverfassung betr. das Banknotenmonopol durch Schaffung einer eidgenössischen Staatsbank.
- 8) Schaffung einer eidgenössischen Hypothekenbank.
- 9) Einführung des Tabakmonopols.
- 10) Wahrung der staatlichen und allgemeinen Interessen betr. die Nutzbarmachung der schweizer. Wasserkräfte. Dezentralisation der Bundesbahnverwaltung.
- 11) Reformen im Militärwesen, hauptsächlich nach drei Richtungen:
 - a: durch Beschränkung der Militärausgaben, soweit es ohne Schwächung der Wehrkraft möglich ist;
 - b: durch Entlastung der älteren Jahrgänge vom Militärdienst und angemessene Ausdehnung der Dienstzeit für die jüngeren Jahrgänge;
 - c: durch die Unterstützung der Angehörigen bedürftiger Wehrmänner.
- 12) Weiterzige Gewährung des Asylrechtes für alle, welche wegen ihrer politischen und sozialen Meinungen und Handlungen verfolgt werden.

2.5.4. Begleitwort zum Programm der Demokratischen Partei der Schweiz von 1917⁴

4 StATG, 8'631'0. Dieses Begleitwort ist eines der wenigen Dokumente, dessen Zustand eine fotomechanische Wiedergabe erlaubt. Alle Zitate und Hinweise in der ganzen Arbeit beziehen sich auf die Seitenzahlen des Originals.

Begleitwort zum Programm der schweizer. demokratischen Partei*

.....

I.

Allgemeines.

Die blutige Krisis, in der seit dreieinhalb Jahren die Völker Europas sich befinden, geht unaufhaltsam weiter. Bereits steht die Welt im vierten Kriegswinter. Und immer noch rast die Kriegsfurie wie eheres Schicksal durch Europas schönste Länderstriche. Und furchtbar sind die Folgen des blutigen Ringens: Das grausame Sterben und Verderben der besten Jünglings- und Manneskraft, ein wahnsinnig-brutales Zerstören alles dessen, was die Menschheit zum Leben braucht, der wirtschaftliche Druck, der bald auf Neutralen wie Kriegführenden in gleicher Weise lastet, verbunden mit schamlosem Kriegswucher, und im geistigen Leben eine Verwüstung und Verdrehung alles dessen, was sonst rechten Menschen als wahr, groß und gut gegolten hat. Europas Staatsgebäude kracht in allen Fugen. Throne wanken und Königskronen sind bereits in den Staub gerollt.

Und doch scheint dann und wann ein Lichtstrahl in das Dunkel hinein. Ganz ähnlich, wie wenn in dunkler Gewitternacht manchmal ein Blitzstrahl eine ganze Gegend erleuchtet. Das geschieht dann, wenn unter den durch Militarismus verdorbenen, durch Regierungen, Diplomatie und Generalstäbe irregeführten Völkern Europas das Ideal der Demokratie aufleuchtet, wenn unter Tausenden, die an der Front stehen und da und dort unter C'sichtigen, die das Staatsruder führen, das stille Gelöbniß aufwacht: „Was jetzt geschieht, darf sich in der Weltgeschichte nie mehr wiederholen. Wir kämpfen für eine neue Ordnung in der Völkerwelt, wo an Stelle von Gewalt, wahnsinniger Kriegsrüstung und

* Das Zentralkomitee der demokratischen Partei gibt zum revidierten Parteiprogramm das nachfolgende Begleitwort heraus.

ewiger Kriegsgefahr das Recht, die Verständigung und fruchtbare Arbeit des Friedens treten kann." Man darf wohl ruhig sagen: Die großen Massen der Völker haben auch in den ersten Augusttagen 1914 nicht den Krieg, sondern den Frieden gewollt. Sie sind von ihren Regierungen wie die Schafe zur Schlachtbank geführt worden. Das war vielleicht ihre große Schuld, daß sie geschlafen oder doch vertrauensfelig in den Tag hinein gelebt haben, und daß sie darum von den sich überstürzenden Ereignissen überrascht worden sind. Man darf beifügen, daß jetzt doch etwas wie ein Erwachen durch die Menschheit geht, und daß die Herzeugung sich Bahn bricht, erst die wahre Demokratie, der Regierung des Volkslebens wird das Fundament für den bleibenden Völkerfrieden werden. Von oben herab ist der ewige Krieg gekommen. Man studiere die Geschichte und sehe dann, wie regierende Fürsten und Fürstenhäuser, regierende Klassen und Stände immer wieder Kriege angezettelt und geführt und dabei ihre Taschen und Kassen gefüllt haben. Nur von unten herauf, vom Friedenswillen der breiten Massen kann einmal der Völkerfriede kommen. Es muß heute die größte Sorge des Menschenfreundes sein, die Menschheit könnte um diese Einsicht, um diese Frucht der heutigen Weltkatastrophe wieder betrogen werden.* Wenn demokratisch gesinnte Männer und Frauen sich fragen: Wem schlagen denn jetzt unsere Herzen entgegen? Dann heißt die Antwort: Nicht in erster Linie dieser oder jener der kriegsführenden Parteien, nicht den Siegen, die oberflächliche Menschen immer noch mit Fahnen-schmuck und Glockenläuten zu feiern vermögen, nicht den gekrönten und ungekrönten Majestäten, die einander auch jetzt noch ihre Anstandsvisiten machen und immer nur die Kriegsleidenschaft aufpeitschen, sondern unsere Herzen gehören der großen Masse der Völker, die allerorten ungeheuer viel und Schweres dulden und tragen müssen. Unser Jubel gehört dem Auf-

* Wer sehen will, wie Europas Völker vor 100 Jahren um die Frucht der napoleonischen Befreiungskriege betrogen worden sind, wie die Könige damals Verfassungen versprochen und dann ihr gegebenes Wort wieder gebrochen haben und wie die Junker mit ihren groben Kürassierstiefeln jahrzehntelang darnach auf den Rechten und Freiheiten der Völker herumgetreten sind, der lese Zurlinden: Der Weltkrieg, II. Band. Lieferung I. und II. vom Wiener Kongreß bis zum deutsch-französischen Krieg (erschienen bei Drell Füßli in Zürich).

wachen und Erstarben demokratischer Lebensideale, weil wir hoffen, daß an diesem Geist allein einmal die Welt genesen kann.

Damit ist ohne weiteres erklärt, daß es zeitgemäß ist wenn die schweizerische demokratische Partei ihr Programm revidiert hat. Wenn die Welt aufwacht, so wollen auch wir nicht träumen und schlafen, sondern an die Arbeit gehen, die auf uns wartet. Und wenn wir auch keine Majoritätspartei sind, so wollen wir uns nicht im geringsten beirren lassen. Nicht die Zahl allein macht den Wert einer politischen Partei aus, sondern die Ideale, um die eine Partei kämpft und die Persönlichkeiten, die von den Idealen erfüllt sind. Unsere Partei hat sich bei der großen Beratung über das neue Programm von dem Grundsatz leiten lassen: Wir sind Demokraten und wollen es immer mehr werden. Denn die Demokratie ist nicht etwas Fertiges, sondern etwas werdendes. Auch unsere Schweizerdemokratie ist darum für uns als Angehörige einer politischen Partei ein Ziel, eine Aufgabe, ein Vorwärtskämpfen und Vorwärtsmarschieren. Wir haben in unserm öffentlichen Leben eine Menge Errungenschaften, die wir hochschätzen und die wir um keinen Preis gegen die Monarchie eintauschen möchten, wir haben viele Volksrechte, auf die wir stolz sind. Aber von all diesen Dingen gilt doch das Dichterwort: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“ Demokratisch sein heißt: sich am Ganzen orientieren! Das tut unser neues Programm. Wir wissen, es geht auch im Völkerleben immer mehr ums Ganze. Wir haben darum in unserm Programm auf das ganze Volksleben abgestellt. Wir verfolgen nicht nur kleine Parteizwecke und suchen nicht nur Parteizuwachs, wir suchen die Förderung des gesamten demokratischen schweizerischen Volkslebens und wollen dabei nicht einmal engherzig nationalistisch werden, sondern als kleines Volk der ganzen Menschheit dienen, die aus Unrecht und Knechtschaft aller Art zu Recht, Freiheit und Frieden berufen ist. Demokratisch sein heißt, sich für ein Großes verantwortlich fühlen. Es kann niemand in Abrede stellen, daß sie, gerade während der dreieinhalb Jahre Weltkrieg ein Geist gewissenloser Verantwortungslosigkeit oft auch im Schweizervolk breit gemacht hat. So nur konnte der Wucher von Woche zu Woche erschreckendere Formen annehmen. Demokratisch sein heißt: mit einem bestimmten Glauben in die Völkerwelt hinausschauen und am öffentlichen Leben seines

Volk mitarbeiten. Wir glauben, daß die Völker dazu berufen sind, ihre Geschicke selber in die Hand zu nehmen und sich selber zu regieren. Wohin die Autokratie, die Monarchie, die Diplomatie und die Militärherrschaft es bringen, hat die Menschheit unter viel Blut und Tränen in den letzten Jahren wieder lernen müssen. Die Demokratie muß sich nicht stark anstrengen und sie kann es auch so weit bringen. Sie wird es aber weiter bringen. Wir lassen uns das demokratische Ideal nicht von allerlei denksfaulen, selbstsüchtigen und feudalgesinnten Menschen verderben; wir glauben daran mit der ganzen Kraft unserer Seele.

Als Bismarck 1862 preußischer Staatsminister geworden war, erklärte er: „Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie sich fern halte“. Bismarck ist diesem Gelöbniß treu geblieben, und er hat viele Anhänger gefunden bis auf den heutigen Tag.

Ein böser und undemokratischer Geist spukt vielfach auch in unserm Vaterlande. Er spukt in unsern Ratsjäten, wo man oft so wenig Zutrauen zum Volke hat und darum, statt ganze Arbeit zu tun, manchmal mit faulen Kompromissen sich zufrieden gibt.

Viel undemokratischer Geist spukt in unseren Zeitungen. Und mich wundert wirklich, was ihrer viele davon eigentlich denken, wenn sie einmal sich vergegenwärtigen, wie viel Undemokratisches, aller gesunden Schweizerart Hohnsprechendes sie allein in den Jahren seit Beginn des Weltkrieges ihren Lesern dargeboten haben. Viel undemokratischer Geist spukt in unseren Kasernen, wo dann die vielen „Militäraffaires“ ihren Nährboden bekommen, bei vielen sogenannten Gebildeten, die oft genug hochnäsiger auf das Volk herabschauen, durch dessen Mühe und Arbeit sie schließlich den Doktorhut und ihre höhere Bildung empfangen konnten, ja er spukt hinein bis in Kirchen und auf Kanzeln, wo schweizerische Kriegstheologen ein politisches Ideal der Macht verherrlichen, das für die Selbstständigkeit und Freiheit unseres Vaterlandes über kurz oder lang nur den Untergang bedeuten könnte. Darum haben wir gerade in der Gegenwart doppelt Grund, das politische Ideal der Demokratie zu hüten und zu pflegen. Diese Grundgedanken haben unsere Partei bei der Feststellung ihres Programms geleitet.

II.

Die internationalen Postulate.

Wir stellen dabei die internationalen Postulate voraus. Ist es nicht anmaßend, daß wir als kleine Schweiz von internationalen Postulaten reden? Ist das nicht unzeitgemäß, daß wir jetzt, wo allerorten der Nationalismus sich neu entfaltet hat, den Internationalismus allem voran stellen? Kommt nicht unser Vaterland zu kurz, wenn wir unsere volle Aufmerksamkeit zwischenstaatlichen Ordnungen zuwenden? Wir dürfen auf alle diese Fragen ein gestohes Nein zur Antwort geben. Gerade die kleinen Staat- und Völker haben das größte Interesse daran, daß die Anarchie im Völkerleben, die zwischen dem bewaffneten Frieden mit wahnsinnigen Kriegsrüstungen und dem offenen Krieg mit all seinen Greueln und Verwüstungen hin und her schwankt, überwunden und durch eine zwischenstaatliche Ordnung ersetzt werde. Und daß in der Weltgeschichte nicht einfach die Großen die Kleinen nach Belieben auffressen dürfen. Und daß der Grundsatz „Not kennt kein Gebot“ nicht einfach irgend einem kleinen Land gegenüber zur Geltung kommen darf, wenn die Regierung und der Generalstab eines großen Landes es für gut finden. Was ja doch meistens gleich viel heißt wie: Wenn der Machthunger eines Monarchen und seiner Hintermänner und der Profithunger des Großkapitals es für gut finden! Und gerade jetzt ist es sehr zeitgemäß, daß wir an solche internationale Fragen herantreten und nicht etwa über den kleinen Tagesfragen die Hauptsache vergessen, von der schließlich die Zukunft der Menschheit abhängt. Jetzt ist dazu die rechte Zeit. Denn durch den Krieg sind doch wohl Tausenden und Millionen Menschen die Augen aufgegangen. Der Weltkrieg sollte doch endlich die Köpfe von viel Unrat und Torheit gesäubert haben.

Man muß sich die Sache nur immer klar machen. Nationalismus und Nationalismus sind eben doch zweierlei. Es gibt ein gesundes, für uns ganz selbstverständlichen Nationalismus. Der sagt: Jedes Volk und jeder Mensch hat natürlicherweise seine Heimat lieb. Jedes Volk, das kleine so gut wie das große, hat ein Recht auf Existenz, Selbständigkeit und Freiheit. Jedes Volk hat auch seine eigenen Gaben, Anlagen und guten Eigenschaften,

seine wirtschaftliche und ökonomische Sonderstellung, die im Dienste der ganzen Menschheit förderlich und fruchtbringend sein können. Das ist der Boden des gesunden Nationalismus, auf dem wir als schweizerische demokratische Partei stehen und stehen wollen. Aber jetzt geht wie eine gefährliche Kinderkrankheit ein wüster Nationalismus durch die Welt, der statt Werte zu schaffen und zu erhalten, nur Werte zerstört und die Völker in Wirrnis und Dunkel hineinführt. Sobald der Patriotismus nur Hurratriotismus und schwadronierende Phrase wird, sobald der Nationalismus in Chauvinismus, Völkerhochmut und monarchische Eroberungssucht irtet, dann bedeutet er eine Gefahr fürs eigene Volk und ein Unglück für die Welt, denn er schreitet dann immer säbelraschelnd durch die Gassen, hält das Volk beständig in Atem, daß es nie sicher ist, „wann es irgendwo losgeht“, treibt zu verrückten Rüstungen, gefährlichen Bündnissen und stets neuen Militärausgaben an, und das Ende ist immer die Katastrophe. Selbst der alte Moltke hat ja gesagt: Jeder Krieg, auch ein siegreicher, bedeutet für ein Land ein Unglück. Die Kriegsbezer aller Länder haben seit bald vier Jahren das Wort vom „heiligen“ Egoismus in der Völkerwelt geprägt und die Völker damit in ein Meer von Blut und Jammer gestürzt. Von all diesem Nationalismus, der statt die Wohlfahrt der Völker zu suchen, mit Chauvinismus, Imperialismus, Militarismus und Kapitalismus ein starkes Bündnis eingeht, will sich die demokratische Partei klipp und klar und ganz fernhalten.

Damit ist auch unsere Stellung zum Internationalismus deutlich gegeben. Wir verstehen darunter nicht die bierselige Stimmung jener Allermeltsmenschen, die dann und wann singen: „Seid umschlungen, Millionen! Diesen Kuß der ganzen Welt!“ und die handkehrum an den nächsten Pflichten gegen das eigene Volk vorbeigehen kann. Wir verstehen unter Internationalismus nicht einen Allermeltsbrei in der Völkerwelt, wo niemand mehr weiß, wo die Grenzen eines Volkes anfangen und aufhören. Wir glauben, die Grenzen, die Völker, die Vaterländer, die völkischen Eigenarten und Aufgaben werden bestehen bleiben, aber nicht so, daß ein Volk das andere unterjocht oder beständig mit Krieg bedroht, sondern so, daß ein Volk dem andern mit seinen Gaben, materiellen und geistigen, dient und mit solchem Dienen zugleich sein eigenes Leben bereichert und die eigene Existenz sichert. Das ist der Internationalismus,

15

der klar und hell als Ziel der Weltgeschichte aufleuchtet. Wer Augen hat, zu sehen, kann sehen und wer Ohren hat, zu hören, kann hören. Es war schon vor dem Kriege so, daß ein kultiviertes Volk, allein nur auf sich selbst gestellt, nicht auf die Dauer hätte existieren können. Längst waren die Völker da auf einander angewiesen und von einander abhängig. Und auch im geistigen Leben zehren und leben die Völker längst von einander. Da hat kein Volk Ursache, etwa prozig auf die andern herabzuschauen. Wissenschaft und Kunst sind schon lange internationale Wege gegangen. Und was hat der Krieg gezeigt? Er hat erst recht an den Tag gebracht, daß die Völker alle, die kriegsführenden und neutralen, in Schuld, Leid und Not ihres Daseins in langer Kette mit einander verbunden sind. Daß sie ihre Bestimmung erst erreichen werden, wenn sie ihre besten Kräfte nicht mehr für die Zerstörungswerke des Krieges, sondern für die Werke des Friedens einsetzen. Das Ziel der Weltgeschichte ist eine Völkergemeinschaft des Friedens und der Ordnung. Die Völker müssen international werden im guten Sinn des Wortes.

Hier entsteht nun eine große Aufgabe. Ganz anders als bisher muß unter den Völkern die Friedensarbeit an die Hand genommen werden. Wenn die Menschheit und ihre verantwortlichen Führer in den letzten 30 Jahren nur ein Zehntel, ja nur ein Hundertstel so eifrig für den Frieden gearbeitet hätten, wie für den Krieg, so hätte das gegenwärtige Blutbad wahrscheinlich verhütet werden können. Das Werk der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 muß energisch fortgeführt werden. Durch den Ausbau von internationalen Konferenzen, durch Bestellung von internationalen Vermittlungsräten und besonders durch den Ausbau eines starken internationalen Schiedsgerichtshofes können sicher viel Streitigkeiten im Völkerleben ohne kriegerische Verwicklung beigelegt werden. Wir wissen ganz gut, daß, um die Menschheit vom Kriegswahnsinn zu befreien, nach Tolstoi radikalere Eingriffe in den kranken Gesellschaftsorganismus notwendig sind als nur Konferenzbeschlüsse und Friedensresolutionen. Kapitalismus und Mammonismus müssen in ihren Grundlagen erschüttert werden. Aber ungeheuer viel ist doch manchmal schon gewonnen, wenn die Verantwortlichen nur zusammenkommen, wenn in einem Zeitpunkt, „wo die Entscheidung im Völkerleben auf des Messers Scheide steht, von Stunden oder gar Minuten abhängt“, nur noch eine Zusammenkunft erfolgt oder

durch Anrufung des Schiedsgerichtes Zeit gewonnen wird. Es ist hoffentlich ein gutes Zeichen für die Zukunft, daß Europas größter Militärstaat, Preußen-Deutschland, das leider bis jetzt die Schiedsgerichtssache manchmal schmählich im Stiche ließ, nunmehr klüger geworden durch die Erfahrungen der Weltgeschichte, die Hand zum Ausbau der zwischenstaatlichen Völkerorganisation bieten will.

Ein Hauptpunkt und für unser eigenes Vaterland geradezu eine Lebensfrage wird es sein, nun einmal ernsthafte Mittel und Wege für die militärische Abrüstung zu suchen. Lange genug das heidnische Sprüchlein: „Qui vis pacem, para bellum!“ (wer den Frieden will, rüste zum Krieg!) die Völker an der Nase herumgeführt und sie um ihr Bestes betrogen. Und die Sache wird nicht besser, daß sogar die Theologen auf der Kanzel und die Kriegsprofessoren aller vier Fakultäten hinter ihren Kathedern von dieser handgreiflichen Torheit sich immer haben irreführen lassen. Denn es ist eine Tatsache, die nun wohl jeder einsieht, daß die Kriegsrüstungen der Gegenwart den Völkern nicht nur am Mark gesogen und ihnen die Mittel geraubt haben, die für soziale Fürsorge so notwendig gewesen wären; sondern diese ewigen Rüstungen waren mit eine Ursache, daß das Völkerunglück 1914 überhaupt hat kommen können. Wer immer mit dem Feuer spielt, bei dem wird's halt einmal brennen. Und wer immer zum Kriege rüstet, der wird eines Tages den Krieg haben. Vielleicht helfen die allorts großen Kriegsschulden mit, daß mit den Rüstungen nun notgedrungen etwas zurückgehalten werden muß. Aber man täusche sich nicht. Der ganze Wahnsinn wird weiter gehen, wenn nicht die Gutgesinnten aller Länder sich zur Wehr setzen. Zum Soldatenspielen hat man ja immer Geld. Eher läßt man das Volk verhungern und verderben. Wir verlangen Abrüstung auf der ganzen Linie, zu Wasser und zu Land, in der Luft und auf der Erde, wir wissen, daß diese Frage nicht von einem Volk allein, sondern nur durch internationale Verständigung gelöst werden kann. Der Menschheit Lösung muß werden: Qui vis pacem, para pacem! Wer den Frieden will, rüste zum Frieden!

Dann werden immer mehr auch die Völker, beziehungsweise ihre Vertreter in den Parlamenten, die Entscheidung über Krieg

und Frieden selbst in die Hand nehmen. Da wir an das „Gottesgnadentum“ nicht mehr glauben, weder für Monarchien, noch für Republiken, erscheint es uns als eine der Menschheit unwürdige Einrichtung, daß ein Einziger oder ein paar Männer — heißen sie nun Könige, Kaiser, Minister oder Präsidenten — mit einem Federstrich das Unglück eines Krieges über die Völker heraufbeschwören können. Wenn sie nicht von großem, autokratischem Dünkel erfüllt wären, würden sie überhaupt solche Verantwortungen nicht tragen wollen. Ja, wenn diese Verantwortlichen dann auch gleich vor die Kanonen und Bajonette treten oder sonst die Folgen des Krieges tragen müßten! Aber was hat Kant, der deutsche Philosoph schon vor 100 Jahren geschrieben? Daß das Krieg erklären für solche Majestäten die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil der Monarch „in seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten und dergleichen durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann“. Daß in einem geistig so hochstehenden Volk wie in Deutschland der Reichstag bis zur Stunde verfassungsgemäß zur Frage von Krieg und Frieden noch nichts zu sagen hat und in England in den entscheidenden Tagen Juli und August 1914 nicht einmal die Stimmen aller Minister zum Eintreten in den Krieg nötig waren, zeigt deutlich, wo und wie Änderungen in der Zukunft nötig sind. Und wenn die Völker und ihre Parlamente den allfälligen Entscheid über kriegerische Verwicklungen selber in der Hand haben, werden sie ein wachsameres Auge auch über das haben, was dem Krieg ja immer vorausgeht, auf die Diplomatie, dieses Zerrbild alles dessen, was man sonst Wahrheit, Offenheit und Charakter zu heißen pflegt. Nicht umsonst singen die Studenten: „Wer die Wahrheit kennet und sagt sie nie, bereitet sich vor auf die Diplomatie.“ Kontrolle der gesamten auswärtigen Politik durch die Volksvertretung und Abschaffung der geheimen Diplomatie werden darum Forderungen der Völkerdemokratie bleiben. All das ist wahre Friedensarbeit gerade wie alle Bestrebungen des internationalen Arbeiterschutzes, dessen Ausbau wir zu den selbstverständlichen Zielen demokratischer Politik rechnen.

III.

Politisches innerhalb unseres Vaterlandes.

Nach diesem kurzen Blick in einen hellen, großen Zukunftsmorgen in der Völkervelt kehren wir zu unserm Vaterland zurück. Wir brauchen jetzt nicht mehr lange zu sagen, daß und wie wir eine nationale und schweizerische Partei sind. Und es ist klar, daß viele große Aufgaben vor uns stehen. Wenn die ganze Welt jetzt erwachen will, dann wollen wir auch im eigenen Vaterland auf der Hut sein. Wenn die Lösung von der Neuorientierung durch die Welt hallt, dann wollen wir diesen Ruf auch fürs eigene Land

nicht ungehört lassen. Wir freuen uns nicht bloß über die Schönheit, sondern auch über viele Rechte und Freiheiten, die wir in unserm kleinen Lande haben. Wir sind eine Republik und Demokratie. Aber wir fügen gleich bei: Wir sind noch keine ideale, vollkommene Demokratie, wir sollen es erst werden. Viel undemokratisches Zeug und Wesen kommt manchmal auch in unserm Land noch vor. Recht unbrüderlich, d. h. undemokratisch geht es immer noch in unserm wirtschaftlichen Leben her und zu. Unsere Bundesversammlung ist noch nicht das getreue Abbild von unserm Volksganzen. Die Vertreter des Großkapitals, der Lantienwirtschaft und der Aktiengesellschaften sind dort verhältnismäßig viel zahlreicher als die Vertreter der wirklichen Bedürfnisse des Volkes. Darum schrieb etwa vor einem Jahr die Zeitschrift für schweizerische Gemeinnützigkeit — gewiß alles eher als eine revolutionäre Zeitschrift —, es gehe deshalb mit allem Fortschritt und mit der sozialen Gesetzgebung so furchtbar langsam vorwärts im Schweizerland, weil in der Bundesversammlung viel mehr die Interessen der Herren, als die Interessen der breiten Massen des Volkes vertreten seien. Nicht als erstes, für das wir auf dem Gebiet der schweizerischen Politik arbeiten, aber allem voran stellen wir die Totalrevision der Bundesverfassung. Unsere Bundesver-

fassung von 1874 ist nach und nach durch viel Zusätze recht löchericht geworden. Es wäre an der Zeit, daß wir die 74er Verfassung, der wir ja allerdings viel Gutes verdanken, in neuem Gewande auferstehen ließen. Manch ein altes Zöpfchen könnte dabei abgeschnitten und mancher wichtige Grundsatz der Neuzeit berücksichtigt werden. Freilich, wenn auch die Totalrevision der

Bundesverfassung aus diesem oder jenem Grunde auf sich warten läßt, haben wir auf dem Wege der Gesetzgebung reichlich andere Arbeit zu verrichten. Wir kämpfen vor allem für eine gerechte Vertretung unseres Volkes im Nationalrat, für den Nationalratsproporz. Und wir kämpfen dafür, bis das Schweizervolk erhält, was ihm gehört. Bereits vor dem Krieg war ein Initiativbegehren über diese Sache den eidgenössischen Räten übergeben worden. Kurz vor Kriegsausbruch, im Juni 1914 wurde die Frage im Nationalrat behandelt und abgelehnt. So ging die Frage an den Ständerat, der sie angesichts der Weltlage im Einverständnis mit dem Nationalrat „bis auf weiteres“ vertagte. Leider kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ganze Sache offensichtlich „verschoben“ worden sei, bis die Wahlen im Jahr 1917 wieder unter Dach gebracht und viele wacklige Nationalratsessel wieder für drei Jahre sicher geworden seien. Denn so gut das Schweizervolk lezhin die Nationalratswahlen vornahm und zwar bei heftigem Wahlkampf, so gut hätte es wohl auch bei der ernststen Weltlage über den Nationalratsproporz abstimmen können. Ja, vielleicht wäre es dem Ernst der Zeit sehr angemessen gewesen, wenn alle Parteien eingelenkt und zur Regelung dieser Frage die Hand geboten hätten. Denn vor der Volksabstimmung über dieses Begehren müssen die Proporzfreunde keine Angst haben. Dieser Apfel wird reif vom Baume fallen! Zurzeit behandelt der Ständerat die Initiative und da die Gegner dem Vorschlag unter der Bedingung zuzustimmen scheinen, daß große Wahlkreise mit zehn oder mehr Abgeordneten getrennt werden können, so ist Aussicht auf friedliche Einigung vorhanden. Das ist nur recht und gut. Selbst die „Neue Zürcher Zeitung“ gibt es immer mehr zu, daß der Nationalratsproporz eine wohlberechtigte Forderung der Demokratie sei. Die nächsten Nationalratswahlen würden sich nicht mehr unter den gleichen Wahlbündnissen vollziehen wie die von 1917.

Wir verlangen ferner die Gesetzgebungsinitiative. Bis jetzt können 50,000 stimmberechtigte Schweizerbürger nur eine Revision der Bundesverfassung — sei es als ganzes oder in irgend einem Punkte — anstreben. Aber sie haben nicht das Recht, zu verlangen, daß ein bestimmt formulierter Gesetzesvorschlag dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werde. Die eidgenössischen Räte sind zudem befugt, der Verfassungsinitiative jeweilen einen Gegen-

vorschlag entgegenzustellen. So wird oft die beste Sache verunmöglichlicht oder gar trödelnd auf die lange Bank geschoben. Wir verlangen mehr Respekt vor dem Volkswillen. Man sagt so oft: „Das Volk will“ oder „Das Volk will nicht.“ Und oft genug steht dahinter nur die Parteiherrschaft. Da ist es doch recht und billig, daß über bestimmte Vorschläge der Gesetzgebung das Volk direkt angefragt werden kann.

Große Verschiedenheit herrscht, weil die Ordnung dieses Gebietes den Kantonen überlassen ist, im Stimm- und Wahlrecht der Schweizerbürger. Ich fürchte, eine Zusammenstellung des verschiedenen, jetzt bestehenden kantonalen Rechtes, würde eine wunderliche Musterkarte aus Tageslicht fördern. Die einen Schweizer sind nur in eidgenössischen, andere nur in kantonalen und die dritten nur in Gemeindeangelegenheiten stimm- und wahlberechtigt, von den Zwerggebilden der „Bürgergemeinden“ ganz zu schweigen. Die Aufenthaltserfordernisse sind hier so und dort wieder anders gehalten. Die eidgenössische Ordnung dieser Materie wird immer mehr zur Notwendigkeit. Dann wird auch die Gewährung des Frauenstimmrechtes schrittweise erfolgen müssen. Fast auf keinem Gebiet hat die Zeit mehr Änderungen mit sich gebracht als im Leben der Frau. Sie gehört längst nicht allein nur ins Haus, in die Küche oder in die Kinderstube, sie ist in Massen bereits ins wirtschaftliche Leben hineingestellt und ringt und kämpft um ihr Fortkommen und um Erwerb, so gut wie der Mann. Da wird auch die Frau nicht ewig politisch rechtlos bleiben können. Alte Schlagworte reichen auf dem Gebiete der Frauenfrage nicht mehr aus. Die neue Zeit wird auch der Frau eine veränderte Stellung verschaffen. Versteht sie vom öffentlichen Leben der Gegenwart nicht viel — es gibt auch genug andere Fälle —, so wird sie von der Politik der Zukunft mehr verstehen. Und gerade die Friedenssache der Völker wird auch eine Sache der edlen Frauen und Mütter werden. Der bunte Soldatenrock hat lange genug auch falsche Frauen- und Mütterideale großgezogen. Auch hier müssen neue Dinge sich Bahn machen. Es ist für ein Volk eine Sache der Gerechtigkeit, daß nicht die eine Hälfte der mündigen Menschheit von der Betätigung im öffentlichen Leben ewig ausgeschlossen sei.*

* Wer über diesen Punkt oder über irgend eine sozialpolitische Frage Literatur haben will, der wende sich an die Zentralstelle für soziale Literatur in Zürich. Er wird gut bedient.

Längst war es eine Forderung der demokratischen Partei, daß die Zahl der Bundesräte angesichts der Arbeitslast und Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastete, von sieben auf neun erhöht werde. Parteipolitische Machtrücksichten haben das Postulat bis jetzt unberücksichtigt gelassen. Und nun ist wie über Nacht auch diese Frucht zeitig geworden. Der Krieg und die gewaltigen neuen Aufgaben, die er unserer obersten Landesbehörde brachte, hat für dieses Begehren eine ganz neue Grundlage geschaffen. Gegenwärtig arbeiten die Räte an einer diesbezüglichen Verfassungsrevision. Und die neun Bundesräte werden also kommen.. Wir werden auch daran arbeiten, daß über kurz oder lang im Schweizerland die Bundesräte vom Volk gewählt werden. Denn so gut der Referendumsbürger in unserem Vaterland viele andere, viel weniger wichtige Wahlen vornehmen kann und muß, so gut wird er sieben oder neun Bundesräte wählen können. Die Sache wird mindestens so gut herauskommen, wie wenn nur ein kleiner Zirkel die Auserwählten bezeichnet und etliche Zeitungen dann Beifall klatschen. Und daß dann etwa rascher auch eine Blutauffrischung und Verjüngung in unsere oberste Landesbehörde hinein käme als bei dem jetzigen System, würde der Schweizerrepublik sicher nicht schaden. Und zudem müßten die Gewählten dann, daß hinter ihnen das Vertrauen des Volkes stünde, das müßte auch das Gefühl der Verantwortlichkeit stärken. Die Erfahrungen beim Abschluß des Simplon- und Gotthardvertrages und viele politische Ereignisse der jüngsten Zeit legen es nahe den eidgenössischen Räten bei den wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik eine Mitwirkung zu gewähren. Viel besser als stundenlange Debatten über Neutralitätsberichte und Dinge, die nicht mehr zu ändern waren, wäre es wohl gewesen, wenn fach- und sachgemäße Beratung dem Bundesrat in so ernster Zeit zur Seite gestanden hätte. Wie wir seit 1912 ein schweizerisches Zivilrecht haben, so arbeiten wir auch an einem einheitlichen Strafrecht, in das dann allerdings das Verbot der Todesstrafe gehört und an einem einheitlichen Straf- und Zivilprozeßrecht. Daß das Straf- und Zivilprozeßrecht in allen 22 Kantonen verschieden ist, mag gutes Advokatenfutter sein. Aber es erschwert dem einzelnen Bürger sehr, zu seinem Recht zu kommen und paßt nicht mehr in eine Zeit, wo Geschäft und Verkehr nicht an der Kantonsgrenze Halt machen können. Wie wir für eine weitherzige Gewährung des

Ausgleichsrecht sind, so bleibt auch ein eidgenössisches, von weiter, freier Denkweise getragenes Vereinsrecht unser Ziel.

Eine wichtige Frage unseres öffentlichen Lebens bleibt die Fremdenfrage. Wir hatten vor Ausbruch des Weltkrieges etwa 600,000 Ausländer in der Schweiz. Dazu kommt dann noch die wirtschaftliche Ueberfremdung durch die vielen ausländischen Fabrikdirektoren, die fremden Aktiengesellschaften, die Ueberschwemmung von Handel und Gewerbe mit Auslandware und die geistige Ueberfremdung, durch die ein unserm Staatswesen fremder Geist vielfach bei uns Einzug gehalten hat. Es verschlimmert die Sache noch, daß wir Jahr für Jahr Zehntausende von Schweizerbürgern durch Abwanderung ins Ausland verlieren. Kurz vor Eintritt der Katastrophe von 1914 war das politische Departement in Bern ernsthaft mit der Lösung der Fremdenfrage beschäftigt. Dabei wurden die Vorschläge der sogenannten „Neuerkommission“ mit dem Postulat der Zwangseinbürgerung den bundesrätlichen Anträgen zu Grunde gelegt. Denn die Fremdenfrage kann nur mit der Einbürgerungsfrage gelöst werden. Jedenfalls dürfen wir nach dem Krieg nicht einfach „Vogelstraußpolitik“ treiben und so tun, als ob diese ganze Frage nicht eine dringende Lösung verlange. Wir sind keine Chauvinisten; aber unsere Lösung darf doch sein: Die Schweiz den Schweizern! Und etwas weniger Kniefall vor dem Fremden und Ausländischen würde uns manchmal wohl anstehen!

Die Stellung der demokratischen Partei zur Militärfrage ist durch den Zwang der Verhältnisse vorgezeichnet. Wir sind für die Beibehaltung unseres Milizheeres, nicht aus Freude am Kriegshandwerk und um des Militärs willen, sondern der Not gehorchend. Die Not aber ist die: So lange die uns umgebenden Staaten in Waffen starren und alle paar Jahrzehnte einander mit Krieg überziehen, müssen wir unsere Grenzen schützen und für unser Heerwesen große Opfer bringen. Wir haben zwar auch unter uns gelegentlich „Säbelraßler“, die gerade seit Ausbruch des Weltkrieges auch unser Volk ins Kriegsunglück hinein gerissen hätten, wenn es nach ihrem Willen gegangen wäre. Dannist aber immer von oben und von unten abgewunken worden. Wir sind wahrscheinlich eines der wenigen Völker, die an gar keine Eroberungen denken und einfach die Heimat schützen wollen. Wir sind für militärische Abrüstung. Aber wir wissen, diese Frage kann nicht vom

Schweizervolk oder von irgend einem Volk allein gelöst werden. Das eben ist eine internationale Sache. Und gerade hier zeigt es sich, wie wichtig für ein kleines Land die internationale Verständigung im Völkerleben ist, ein wie großes Interesse wir an einer Neuorientierung der Weltpolitik haben. Wir werden nicht alle Kredite gewähren, die die Militaristen verlangen, die oft mehr von der Freude am „Militärren“, als von höhern Gesichtspunkten sich leiten lassen. Wir sind für Durchführung von Sparmaßnahmen auch auf dem Gebiet des Militärwesens, soweit Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit unserer Armee dadurch nicht Schaden nehmen. Es ist auch bei unserem Militär nicht nötig, daß wir jede Mode des Auslandes einfach nachahmen. Wir sind für ein tüchtiges Milizheer mit Zucht, Ordnung und Gehorsam, aber wir verlangen, daß der Bürger und Mensch auch im Soldaten von seinen Vorgesetzten geachtet und daß der Soldat nicht einfach als „Menschenmaterial“, als Nummer und tote Zahl behandelt werde. Es ist gut, daß die militärischen Sachverständigen nun selber mit dem „preußischen Drill“ und dem blöden „Absatzflopfen“ wieder abzufahren gedenken. Mit etwas mehr Verstand und gutem Willen von oben hätte wohl manche böse „Militär-affäre“ der letzten Jahre vermieden werden können. Wir sind gegen alles Gigerl- und Geckentum und gegen den kindischen Gamaschendienst, welche Dinge sich ja gerade im Militärwesen immer gern breit machen. Wir wollen nicht, daß unser Militär „ein Staat im Staate“ werde und immer eine Kluft zwischen einer Militärkaste und den gewöhnlichen Leuten durch unser Volk gehe. Die Zivilgewalt soll jederzeit über der Militärgewalt stehen. Wir wollen, daß durch Militärversicherung und reichliche Wehrmannsunterstützung die ökonomisch Schwachen und deren Familien vor harter Not, die etwa durch Militärdienst entstehen kann, bewahrt bleiben, und daß auch in den Soldverhältnissen ein billiger Ausgleich von unten nach oben stattfinde. Die Motion eines demokratischen Nationalrates betreffend Erhöhung des Soldes für die Soldaten war jedenfalls sehr zeitgemäß, und sie wurde diesmal vom Bundesrat prompt, noch ganz kurz vor den Nationalratswahlen 1917, erledigt. Die Soldaten werden für diese Raschheit wohl Verständnis gehabt haben. Der Geist der Demokratie muß auch in unserm Militärwesen oben auf bleiben!

IV.

Die soziale Frage.

Aller Fragen wichtige und große ist für die Gegenwart die soziale Frage. Sie ist der Prüfstein für jede rechte Demokratie. Denn was helfen schließlich dem Menschen einige demokratische Rechte, wie Stimmrecht, Wahlrecht, Initiativrecht und Ähnliches, wenn er in seinem täglichen Erwerbsleben nie über drückende Not und Sorge hinauskommt? Wie sollte im Volksleben eine wahrhafte Demokratie sich bilden können, wenn handkehrum die Glieder dieses Volkes sich im wirtschaftlichen Leben ewig wie Konkurrenten oder gar wie Feinde gegenüberstehen? Und doch ist dies zum guten Teil das Merkmal des heutigen Lebens. Zurzeit herrscht in unserm wirtschaftlichen Leben der Kampf aller gegen alle. Und eine große Menge Volkes kommt nie über die harte Not hinaus und kann nie frei und froh aufatmen. Was Wunder, wenn die an der Schattenseite des Lebens sich zu einem gewaltigen Zug zusammenscharen und vorwärts wandern möchten, um sich auch einmal etwas an der Sonnenseite des Glückes niederzulassen. Denn nicht das ist das Ziel der Weltgeschichte, daß Millionen Menschen einigen Tausend oder Hundert „Edelgeborenen“, Großindustriellen oder sonst von der bestehenden Unordnung Begünstigten Frondienste leisten. Groß und reich, weit und frei ist die Mutter Erde und sie bringt allerorten solch eine Fülle von Existenzmitteln hervor, daß die Menschen alle davon leben können. Und schließlich ist die soziale Frage auch nicht bloß eine Magenfrage, eine Geld- oder Lohnfrage, sondern es ist die Frage des Menschseins und der menschenwürdigen Lebensgestaltung. Zurzeit besteht vielfach noch ein ganz falsches Völkerideal. Noch sehen viele Völker ihre Größe darin, daß sie dann und wann auf Eroberungen ausziehen und in Kriegen ganze Unsummen verschleudern, während die Massen der eigenen Volksangehörigen in Unwissenheit und Armut zu Grunde gehen. Darin aber besteht die wahre Größe eines Volkes, daß es im eigenen Lande Krieg führt gegen alle Unwissenheit und gegen alles Unrecht, gegen die Verarmung der Massen und die Not der ökonomisch Schwachen. Die tatkräftige Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage wird das Merkmal für eine Volkspartei sein. Mögen menschliche Satttheit oder allerhand Kaffeekränzchen etwa

noch immer die Meinung vertreten, mit Habermues-Essen (beiläufig gesagt: etwas sehr Gesundes!) und mehr Zufriedenheit der unteren Stände wäre die soziale Frage gelöst, dem Tieferblickenden kann die bestehende Not und die Kompliziertheit aller damit verbundenen Probleme nicht verborgen bleiben. Und wenn etwa in einem staatsbürgerlichen Vortrag neben einem ganzen Haufen Dinge wie ein frommes Anhängsel meistens auch noch die soziale Frage aufmarschiert, weil sie „auch“ wichtig sei, so dürfen wir wohl sagen: Die soziale Frage ist nicht nur eine wichtige Frage neben vielen andern, sie wird immer mehr die wichtige Frage eines Volkes werden, das seine Aufgabe versteht. Das wird wohl die eigentliche Mission der Schweiz in der Weltgeschichte werden, wir von einer Demokratie auf dem Papier eine Demokratie des Lebens werden und die soziale Frage zu lösen vermögen. Die demokratische Partei arbeitet tatkräftig auf dieses Ziel hin. Unsere sozialen und volkswirtschaftlichen Postulate greifen tief in das bestehende Recht und in die bestehende Ordnung ein.

Greifen wir auch da aus der Fülle noch einige besonders wichtige Punkte heraus. Denken wir an Dinge, die unser ganzes Volk angehen, so steht da wohl in erster Linie die Lebensmittelfrage. Wir haben bekanntlich bald nach Ausbruch des Krieges das Getreidemonopol bekommen. Und es ist kennzeichnend, das Getreidemonopol steht unter unserm Militärdepartement; das heißt eben: erst der Weltkrieg hat es zustande gebracht. Zwar haben demokratische und sozialdemokratische Abgeordnete der Bundesversammlung je und je auf die Misère in unserer Brotversorgung hingewiesen, aber beim Bundesrat stets taube Ohren gefunden. Und dann? Ein paar Monate nach Ausbruch des Weltkrieges erklärte der Vorsteher des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, er habe sich nun aus einem Gegner zu einem Freund des Getreidemonopols bekehrt. Alle Tage bekommt es jetzt der Bürger unseres Volkes zu spüren, wo Wucher und wilde Lebensmittelspekulation unser Volk hinführen. Darum verlangen wir, daß durch Schaffung eines Bundesmonopols nicht bloß das Brotgetreide, sondern die für alle notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel der willkürlichen Preistreiberei entzogen werden. Mögen sich die Leute, wenn sie Lust haben, die Spekulation mit Champagner und ähnlichen Dingen gefallen lassen, was das ganze Volk — der einfache Mann

wie der vornehme — alle Tage als notwendiges Existenzmittel bedarf, soll der willkürlichen Verteuerung von Staates wegen entzogen bleiben. Wir sind nicht Freunde der Monopole um jeden Preis, es kann damit ja auch allerlei unnötige Bureaukratie verbunden sein. Aber wir sind für die Monopole, die das Allgemeininteresse verlangt. Wesentlich in das gleiche Gebiet rechnen wir die Förderung des Genossenschaftswesens. Denn die Genossenschaft ist die Gemeinschaft, wo allgemeine Interessen über bloß private Interessen überwiegen können. Der starken Genossenschaft wird immer mehr eine preisregulierende Bedeutung in unserm Wirtschaftsleben zukommen. Sie wird auch immer mehr die Form werden, mit der sich die Menschen gegen die Auswüchse des Kapitalismus mit Erfolg wehren können.

Denken wir an die wirtschaftlich Schwachen. An die Armen im eigentlichen Sinne des Wortes z. B. Es ist sicher bitter, arm zu sein. Aber zweimal bitter ist es, wenn man dabei dann gar noch einer herzlosen Armenbehörde in die Hand fällt oder unter die Räder einer rückständigen Armengesetzgebung gerät. Und unsere auf kantonalem Recht ruhende Armengesetzgebung ist an vielen Orten noch recht rückständig. Sie geht meistens auf Verhältnisse und Zeiten zurück, die längst überholt sind. Jetzt herrscht in unserm Armenwesen in den meisten Kantonen noch das Bürgerort-Prinzip und Leute, die ihr Leben lang an einem Ort sich aufgehalten haben, müssen, wenn sie arm geworden sind, vielleicht zu guter Letzt noch von Chur nach Basel oder von Genf in den Kanton Thurgau wandern, wenn die Armenbehörde sie heim ruft, und ein großer Teil der Mühe und Kosten im jetzigen Armenwesen muß auf auswärts wohnende Leute verwendet werden, die die Armenbehörde gar nicht kennt, die Behörde das Wohnort aber ganz gut kennen würde. Das Armenwesen der Zukunft muß darum auf die Grundlage der Wohnortunterstützung (Wohnorts-Prinzip) gestellt werden. Eine Anzahl Kantone haben auf gleicher Grundlage schon Konfödat vereinbart und seit Ausbruch des Krieges hat sich der Kreis der Konfödatkantone erweitert. Aber gerade die, die es am nötigsten hätten, treten manchmal nicht bei. Eine eidgenössische, einheitliche Regelung der Armenfrage wird immer mehr zur Notwendigkeit. Dann sollten auch die sogenannten Bürgergüter für den Zweck der Armenunterstützung herangezogen werden. Es

berührt fast komisch. Wenn jetzt in der Bundesversammlung (etwa bei der Einbürgerungsfrage; die Fremdenfrage streift in diesem Punkt die Frage des Armenwesens) von dem sogenannten „Bürgerzapfen“ die Rede ist, dann kommt ganz sicher irgend ein Nationalrat und erklärt: Aber die Bürgergüter sollen doch um des Himmels Willen unangetastet bleiben. Eher ließe man das Vaterland zu Grunde gehen. Schreiber dies erinnert sich mit Unwillen an eine Bürgergemeinde, die jährlich neben anderem an die ortsanwesenden Bürger 40—50 Fr. Bargeld verteilte. Die ganze Bürgerschaft, auch der Millionär und alle die, welche 50, 80 und 100,000 Fr. Vermögen besaßen, strichen die paar Franken in die Tasche; nur die Bürger die im Armenhaus der gleichen Gemeinde sich befanden, erhielten diesen „Bürgermuken“ nicht. So wollte es das Reglement der Bürgergemeinde, und die Regierung hatte das Reglement gutgeheißen. Und doch, für wen wären die 40 oder 50 Fr. nötiger gewesen als für die Bürger im Armenhaus? Wir meinen, die Bürgergüter sollten den Bedürftigen in erster Linie zugute kommen.

Zu den ökonomisch Schwachen gehören auch die, die ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben und doch keinen Notpfennig für die alten Tage auf die Seite legen konnten. Wer erinnert sich nicht oft mit Bohn und Scham daran, wie solche Leute, während die andern in Saus und Braus leben, hin- und hergeschoben werden, bis sie sich schließlich in einem Armenhaus oder sonst einem stillen Winkel sich zur Ruhe legen können! Da muß die Alters- und Invalidenversicherung endlich Wandel schaffen. Vor dem Krieg hats immer geheißen, es sei für solche soziale Aufgaben kein Geld vorhanden. Der Krieg hat gezeigt, daß auch in unserm Volk viel mehr Geld vorhanden ist, als man haben wollte und zudem haben ja etliche Tausend auch in unserm Volk während des Krieges ihren guten „Schnitt“ gemacht. Jetzt darf dann die Demokratie die Sorge für die Alten, Gebrechlichen und Invaliden in ihrer Mitte nicht weiter einfach dem Zufall überlassen. Man nehme das Geld, wo es vorhanden ist. Dann wird man auch die Mittel für dieses Sozialwerk finden. Und wie man schon lange davon geredet hat, daß einst die Erträgnisse des Tabakmonopols für die Alters- und Invalidenversicherung verwendet werden, so halten wir an diesem Postulat auch in Zukunft fest. Einstweilen ist das Tabakmonopol in der Bundesversammlung abgelehnt worden. Es wird doch einmal

kommen und dann die Finanzierung eines großen Sozialwerkes des Friedens möglich machen. Auf die gleiche Linie stellen wir die Vorsorge für das Personal der allgemeinen Bundesverwaltung durch Schaffung einer Hilfskasse und die Fürsorge für die Industriearbeiterschaft durch den Ausbau unserer Fabrikgesetzgebung, speziell im Sinne einer Herabsetzung der Arbeitszeit, Schutz vor Ausbeutung der Frauen und Kinder, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ähnlicher Bestrebungen, die gleiche Ziele verfolgen.

Freilich, ein Staat, der die sozialen Aufgaben lösen will, muß auch die Mittel dazu haben. Darum bildet die Finanzreform ein springender Punkt in der schweizerischen Zukunftspolitik. Gestehen wir es offen: Wir haben lange genug in unserm Vaterland gar keine Finanzpolitik gehabt. Wir haben gleichsam „von der Hand in den Mund“ gelebt und den ganzen eidgenössischen Haushalt einseitig auf das Ergebnis der Zölle abgestellt. Wir haben nicht gedacht, daß es fast über Nacht anders kommen kann. Und es ist anders gekommen. Eine Milliarde Mobilisationsschuld bis Ende 1918 und etwa 100 Millionen Defizit in der eidgenössischen Staatsrechnung bis Ende 1917, das ist das unerfreuliche Bild unseres Finanzstandes. Da ist es begreiflich, daß die Ordnung unseres Finanzhaushaltes immer mehr eine wichtige Frage wird. Mit bloßen Pflästerchen und halben Maßregeln kann da nicht mehr geholfen werden. Es muß etwas Grundsätzliches und Ganzes geschaffen werden. Von vornherein darf verlangt werden, daß das viele Geld, das wir zur Verzinsung und Amortisation der Mobilisationsschuld und zur Deckung der Defizite der Staatsrechnung brauchen, nicht einfach durch erhöhte Zölle aus dem Volk herausgeschlagen werden darf. Wir sind auch für indirekte Steuern, aber für solche, die nur den Besitz erheblich belasten und nicht den kleinen Mann. Die Erhöhung der Zölle aber schafft Verteuerung der Lebensmittel und belastet durchschnittlich die große Masse des Volkes, den Mittelstand und die kleinen Leute mit ihrer meist großen Kinderschar viel mehr als die reichen Leute. Vom Bundesratsstisch aus, in Parteiversammlungen und auch von der freisinnig-demokratischen Partei aus ist in den letzten Jahren oft erklärt worden, daß zur Deckung der jetzigen Staatsschuld vor allem der Besitz herangezogen werden müsse. Machen wir endlich ernst mit diesem mehr als gerechten Grundsatz. Die direkte Bundessteuer,

die vom Vermögen und Besitz mit bestimmter Höhe erhoben wird, kann uns aus der jetzigen Finanznot heraushelfen. Sie kann erhoben werden, ohne daß ein einziger der reichen Leute in unserm Vaterland deswegen Mangel leiden muß! Zu diesem Mittel müssen wir greifen, ehe und bevor man wieder bloß mit Pflästerchen an unserm kranken Finanzhaushalt herumdoftert. Es ist das gewiß ein neuer Grundsatz, der auf eidgenössischem Boden zur Anwendung kommt. Aber neue Zeiten verlangen auch neue Wege und Mittel. Man sage nicht, die direkte Bundessteuer sei undemokratisch, weil sie nicht alle Bürger belastet. Die Demokratie besteht nicht in einer öden, schablonenhaften Gleichmacherei. Man verlangt ja auch nicht, daß jeder Bürger in einer Villa wohne oder im Automobil herumfahre. Gerade so wenig kann man verlangen, daß alle so reich seien, daß sie direkte Bundessteuer bezahlen müssen. Aber die, die es haben und vermögen, dürfen in dem Punkt wohl auch mehr leisten. Die Gegner sträuben sich zurzeit gegen die Bundessteuer meist noch mit dem Argument, bei den bestehenden, teilweise so kraß ungerechten Steuergesetzen der verschiedenen Kantone führe die Erhebung einer Bundessteuer nur zu neuen Ungerechtigkeiten. Man weist auf die Kriegsteuer hin. Da kann man ruhig antworten: Ihr habt es ja in der Hand, auch für die kantonale Steuergesetzgebung Wandel, Ordnung und gesunde Grundlagen zu schaffen. Ihr könnt durch Revision des Erbrechtes im eidgenössischen Zivilrecht die amtliche Inventarisierung in allen Todesfällen einführen und dann habt ihr von heute auf morgen für das Steuerwesen des Schweizervolkes eine gesunde Basis geschaffen. Die amtliche Inventarisierung ist nicht das einzige, aber ein sehr wichtiges Mittel, um allorten den Steuerwagen aus dem Sumpf zu heben. Basel und Appenzell und andere Kantone haben damit nur gute Erfahrungen gemacht. Zürich hat am 25. November 1917 sein neues Steuergesetz mit diesem Grundsatz mit großem Mehr angenommen. St. Gallen, Thurgau und andere Stände werden aus ihrer Finanz- und Steuermisere oder amtliche Inventarisierung nicht herauskommen. Also wenn der Patriotismus will, so wird er wohl die direkte Bundessteuer und die gesunde steuertechnische Grundlage dafür schaffen können. Leicht können durch Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer und eine Neuordnung der Grundsätze bei der Militärpflichtersatzsteuer der Bundeskasse ebenfalls vermehrte Mittel zugeführt werden. So erblüht dann

wieder eine Eidgenossenschaft, die auch finanziell ihren Aufgaben gewachsen ist.

Das sind ein paar wenige Andeutungen unseres neuen Parteiprogramms. Unsere Freunde sehen, wir haben reichlich Stoff für die nächsten Jahrzehnte. Wir wissen wohl, daß nicht alles, was wir auf dem Programm haben, von heute auf morgen kommt. Die Demokratie ist eine Sache der Geduld. Aber sie ist zugleich eine Sache der Zukunft, das schöne, große Ziel der Völker- und der Menschheitsentwicklung. An dieses Ideal glauben wir. Dafür wollen wir — freudig mit andern Parteien, wo sie gleiche Ziele verfolgen, gemeinsam — arbeiten und unser Volk begeistern. Dafür mögen unsere Vertreter in Parlamenten und Behörden eintreten. Sieg verheißend soll uns dieses Ideal mitten in alltäglicher Pflicht und bei all unsrer Arbeit für Volk und Vaterland voranleuchten!

St. Gallen, im Januar 1918.

Das Zentralkomitee.

2.5.5 Kantonales Programm von 1931⁵

Allgemeine Grundsätze

Seit den Verfassungskämpfen vor 100 Jahren, die unter der Führung von Thomas Bornhauser zum Sturze der frühern Aristokratie geführt hatten, liegt im Thurgau die öffentliche Gewalt in der Hand des ganzen Volkes. Der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bürger in politischen Fragen hat sich bewährt. Wir betrachten auch heute die Volksherrschaft (Demokratie) als die beste Staatsform und sind bestrebt, die dem Volke übertragenen Rechte und Freiheiten zu verteidigen und zu mehren.

⁵ StATG, 8'631'0.

Die Selbstregierung eines Volkes ist als ein hohes Kulturproblem zu werten. Sie erfordert jedoch vom Einzelnen einen hohen Grad von Gemeinschaftsgefühl und politischer Reife. Keiner darf sich der sittlichen Pflicht entziehen nach seinen Fähigkeiten am Wohl der Allgemeinheit mitzuarbeiten. In erster Linie muss von Jedem volle Erfüllung der beruflichen Pflicht und das Streben nach Vervollkommnung verlangt werden. Damit erwirbt er sich auch das Anrecht auf eine ausreichende, menschenwürdige Existenz. Dann verlangt das öffentliche Interesse ein geordnetes, harmonisches Familienleben, eine gewissenhafte, ernste Kindererziehung. Von der Ueberzeugung ausgehend, dass das Fortkommen und Wohlergehen jedes Menschen besonders von einem kräftigen Willen und einem guten Bildungsgrade abhängt, betrachtet die demokratische Partei die kulturelle Hebung des Volkes im allgemeinen, die körperliche und geistige Ausbildung des Einzelnen als eine der vornehmsten Aufgaben. Sie fordert von jedem Menschen auch insbesondere ein starkes Interesse an allen Angelegenheiten von Gemeinde und Staat, ein tiefes Gefühl der Pflicht zur Mitarbeit und Mitverantwortung.

«Alles, was lebt, verändert sich.» Das gilt auch für die öffentliche Verwaltung, für die Gesetzgebung, für das Erwerbs- und Gemeinschaftsleben. Unter dem Einfluss von Wissenschaft und Technik sind die Produktions- und Verdienstverhältnisse des Menschen einer beständigen Umgestaltung und Veränderung unterworfen. Diesem Wechsel in den Formen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens muss sich jeder Mensch und jedes Gemeinwesen in fortwährender Entwicklung anpassen. Das ist ohne tatkräftige Mitwirkung aller Glieder unmöglich. Jeder Bürger hat die Vorgänge im öffentlichen Leben zu verfolgen und seine Beobachtungen und Erfahrungen in den gemeinsamen Beratungen zur Geltung zu bringen. Die Demokratie erblickt daher ihr vornehmstes Ziel in der politischen Schulung der Stimmberechtigten, in dem Bestreben, alle zum Bedürfnis gewordenen Änderungen und Verbesserungen herbeizuführen. Sie geht von der Erkenntnis aus, dass nur durch gründliche Auseinandersetzung im Streite der Meinungen, nötigenfalls im politischen und wirtschaftlichen Kampf, Abklärungen herbeigeführt werden und neuen, berechtigten Geistesströmungen zum Durchbruch verholfen werden kann. Die demokratische Partei erwartet von allen Gutdenkenden unerschrockene, aber sachliche, nicht verletzende Kritik und den kräftigen Willen zur Unterstützung berechtigter Reformbegehren. Damit wecken wir im Volke ein reges öffentliches Interesse und leiten das Gemeinschaftsleben in gesunde, fortschrittliche Bahnen. Wir fördern auch das gute Einvernehmen und das gegenseitige Vertrauen zwischen der öffentlichen Verwaltung und dem gesamten Volke.

Die demokratische Partei will nicht einer einzelnen Klasse, sondern dem Volke in seiner Gesamtheit dienen. Im Wesen jeder wahren Demokratie ist es tief begründet, dass ihre Sorge insbesondere auf die Unterstützung der Schwachen und Hilfsbedürftigen gerichtet ist. Ihr Ziel ist daher die Verbesserung und

Sicherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, der Angestellten, Kleinbauern und Kleinhandwerker. Die Wirtschaftsordnung muss in eine Form gebracht werden, unter welcher alle Klassen nach ihrer Bedeutung sich behaupten und entwickeln können und wo jeder Mensch, sofern er seine Pflicht erfüllt, seines Lebens froh werden und an den Errungenschaften und Gütern der Kultur teilnehmen kann.

Die Existenz einer starken, demokratischen Partei als ausgleichende Gruppe ist für jedes Gemeinwesen eine Notwendigkeit. Sie lehnt jede extreme Standes- und Klassenherrschaft ab. Klassenkampf und Diktatur von links, Beherrschung und Ausbeutung des gesamten Wirtschaftslebens durch das Grosskapital von rechts, haben mit wahrer Demokratie nichts zu tun. Unser Streben ist die Durchdringung der Volksgesamtheit für den schönen Gedanken und den notwendigen Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie. Wenn die demokratische Bewegung auch einen schweren Kampf zu bestehen hat, indem sie nach zwei Fronten, nach links und nach rechts, kämpfen muss, so ist ihre Aufgabe doch jederzeit gemeinnützig und dankbar.

Politische Postulate I

In den Vordergrund stellen wir hier die Revision der thurg. Staatsverfassung. Sie ist heute nach manchen Richtungen hin eine Notwendigkeit. Vor gar nicht langer Zeit ist im Grossen Rat versucht worden, durch eine blosser Erhöhung der finanziellen Kompetenzen des Regierungsrates und des Grossen Rates dieses Revisionsbedürfnis abzutun und alles Übrige beim Alten zu lassen. Wir unterstützen lebhaft diese Erhöhung der finanziellen Befugnisse, denn sie ist bei der eingetretenen Geldentwertung unumgänglich nötig. Aber mit diesem blossen Flick ist es nicht getan. Unsere Verfassung stammt aus dem Jahr 1869. Sie war ein gutes Werk und hat wertvolle Dienste geleistet. Aber die Zeit schreitet vorwärts und ruft neuen Ideen. Die heutigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse verlangen eine Anpassung der staatlichen Aufgaben an dieselben und so ist denn auch von unserer Fraktion aus eine Totalrevision der Staatsverfassung verlangt worden. Dabei legen wir Wert auf die Erhaltung und Verteidigung unserer Volksrechte und auf einen wirksamen Schutz gegen die Verletzung von Verfassungsbestimmungen. Ferner ist nötig eine praktischere Einteilung der Verwaltungsgebiete und Zusammenlegung von kleinen Beamten, wie dies die demokratische Fraktion in der Motion Deutsch verlangt hat. Eine möglichste Vereinfachung des staatlichen Verwaltungsapparates entspricht dem Sinne und Geist des Thurgauervolkes. Für die öffentlichen Beamten und Angestellten werden, entsprechend dem Grade ihrer Verantwortlichkeit, der zur Bekleidung des Postens nötigen Vorbildung und dem Dienstalter ausreichende Besoldungen verlangt, damit jeder ohne Bedrückung durch ökonomische Sorgen, dagegen im Bewusstsein seiner grossen Verantwortung, dem Staate mit Freuden dienen kann.

Bereits ist für eine Reihe von Kategorien staatlicher Funktionäre diese Neu-regulierung vom Grossen Rat durchgeführt worden. Weitere werden noch nachfolgen. Dafür hat jeder seine volle Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen (Aufstellung von Arbeits- und Pflichtenheften). Durch die Einführung eines Verwaltungsgerichts soll ihm die Möglichkeit geboten werden, gegen allfällige ungerechte Behandlung und Übergriffe Schutz zu finden. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung sind in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte erzielt worden und das Thurgauervolk hat gut ausgearbeiteten Vorlagen auch seine Sanktion erteilt, ein Zeichen dafür, dass es Vertrauen verdient und dieses auch zu würdigen weiss. Sofern in der gesetzgebenden Behörde bei der Beratung die Bedürfnisse des praktischen Lebens sorgfältig geprüft und berücksichtigt werden. Dagegen besitzen wir noch eine grosse Zahl älterer Gesetze und Verordnungen, die einer Durchsicht unterzogen und in einem zeitgemäss revidierten Gewande dem Volke vorgelegt werden sollten. Die Gesetze haben den Zweck, dafür zu sorgen, dass sich das Nebeneinanderleben der Menschen nach den Normen der jeweiligen Rechtsanschauung vollzieht. Sie begünstigen aber die Übertretungen, wenn man unterlässt, nach gewissen Zeiträumen überlebte gesetzliche Vorschriften der geschichtlichen Entwicklung und den neuen Bedürfnissen anzupassen.

Von wesentlicher Bedeutung ist das Postulat der Wahl der Gerichtspräsidenten durch das Volk. Bis jetzt werden diese durch das fünfköpfige Gerichtskollegium bestellt. Im Laufe der Zeit sind dem Gerichtspräsidium derart zahlreiche, wichtige und einschneidende Kompetenzen übertragen worden, insbesondere bei dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches (kantonales Einführungsgesetz) und durch die neue Zivilprozessordnung des Kt. Thurgau, dass die Öffentlichkeit ein ganz grosses Interesse an der Art der Besetzung dieses bedeutsamen, verantwortungsvollen Postens besitzt, weshalb das Begehren nach Volkswahl seine volle Berechtigung hat.

Bei den politischen Postulaten muss man heute auch auf die Frauenbewegung zu sprechen kommen. Die Frau als Lebensgefährtin des Mannes, als Mutter und Erzieherin der Kinder hat zur Förderung des Familienglückes, zur Herausbildung einer neuen hochwertigen Generation und damit zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt eine schöne Mission zu erfüllen. Ihr wichtigstes und segensreichstes Arbeitsgebiet soll nach der Natur ihrer Stellung der Familienkreis bilden. Je nach den persönlichen Anlagen ist sie geeignet, in speziellen Frauenberufen (Gewerbe, Bildungswesen, Fabrikarbeit, in privaten und öffentlichen Verwaltungen und Betrieben) im allgemeinen Wirtschafts- und Erwerbsleben tätig zu sein. Die Wichtigkeit der Frauenarbeit in unserem Volkstum drängt daher förmlich dazu, dass sich die Frau auch im öffentlichen Leben gemeinnützig betätige. Grundsätzlich und analog dem Vorgehen anderer Staaten sollte eigentlich das allgemeine aktive und passive Frauenstimmrecht postuliert werden. Dagegen hat in der Schweiz und insbesondere im Thurgau, wo die Volks-

rechte weitgehend ausgebaut sind, der Gedanke des Frauenstimmrechts noch nicht allgemein Wurzel gefasst. Man vergleiche nur die Ergebnisse der Volksbefragung in Arbon, wo eine ablehnende Mehrheit resultierte! Wenn überhaupt etwas Positives in nächster Zeit erreicht werden will, so ist es, praktisch genommen, ratsam die Forderung heute auf die nach der Stellung der Frau wichtigsten Gebiete der öffentlichen Tätigkeit zu beschränken, nämlich die Schule bzw. das Erziehungswesen überhaupt, die Kirche und das Armenwesen (soziale Hilfsarbeit). Das Stimmrecht der Frau auf diesen Gebieten und ihre Mitarbeit in den betreffenden Behörden ist überall anzustreben. Lässt sich dieses Ziel erreichen und sind die gemachten Erfahrungen gut, so steht einer Überleitung zum allgemeinen Frauenstimmrecht nichts im Wege. Diesen Schritt zu tun bleibt voraussichtlich einer späteren Zeit vorbehalten.

Rechtspflege II

Nachdem die revidierte Zivilprozessordnung, dank des Zusammenwirkens aller Parteien und Volkskreise glücklich unter Dach gebracht ist, dürfte für die nächste Zeit die Revision des Strafprozesses und des Strafrechtes im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Eine bezügliche Motion unseres Parteifreundes, Hr. Kantonsrat Dr. R. Keller, Frauenfeld, ist kürzlich nach einlässlicher Begründung vom Grossen Rate als erheblich erklärt worden. Die Bestrafung menschlicher Verfehlungen muss nach heute geltenden Grundsätzen erfolgen. Die Anschauungen über die Durchführung der Strafprozedur und die Ausmittlung des Strafmasses haben im Laufe der Zeit eine starke Milderung erfahren. Endzweck kann nur in besonders schweren Fällen die harte Sühne sein. Weit wichtiger ist der Gesichtspunkt der Vorbeugung und sodann der Besserung des Fehlbaren. Die Jugendgerichtsbarkeit, die in ihren Anfängen bereits besteht, muss noch weiter ausgebaut werden. Jugendliche, die einen Fehltritt begangen haben, vielleicht wegen unrichtiger Erziehung und aus Mangel an Aufsicht, kann man nicht wie eigentliche Verbrecher behandeln. Sie gehören auch vor eine besondere Instanz und sind im Straffalle von schlimmen Elementen zu trennen, durch Unterbringung in besonderen Anstalten, wo sie den Rückweg zu einem einwandfreien Leben wieder finden können. Von einem humanitären Gedanken getragen ist auch unsere Forderung auf Schaffung und Verbesserung der Anstalten für Straf- und Untersuchungsgefangene. Nachdem durch die neue Prozessordnung die Spruchkompetenzen der untern Gerichtsinstanzen eine wesentliche Erhöhung erfahren haben, sind die Bezirksgerichte sehr stark entlastet worden. Einzelne derselben «leiden» an einem förmlichen Arbeitsmangel. Aus ökonomischen Gründen dürfte daher heute das Begehren auf Bildung grösserer Gerichtsbezirke in allen Kreisen volle Beachtung finden. Sub Abschnitt I haben wir eine genügende Besoldung und Rechtsschutz für Behörden, Beamte und Angestellte verlangt. Analog dieser Forderung ist daher auch das Begehren auf Revision des Verantwortlichkeitsgesetzes vom Jahre

1851 im Sinne der direkten Haftung für den angerichteten Schaden. Eine steigende Bedeutung in der Rechtspflege gewinnt heute das Schiedsgerichtswesen. Es ist berufen, das kostspielige und entzweieende, oft auch hassauslösende Prozesswesen einzudämmen. In diesem Sinne dient es der Förderung des allgemeinen Rechts und dem wirtschaftlichen Frieden. Grundsätzlich befürworten wir die Einführung von Handels- und Gewerbegerichten, die eine billigere und sehr beschleunigte Erledigung der Streitfälle garantieren, oder doch den Anschluss an solche. Leider hat der Grosse Rat die anhängig gewesene Motion auf Schaffung gewerblicher Schiedsgerichte, deren Behandlung unverständlich lange verzögert worden ist, abgewiesen, namentlich mit der Begründung, dass für den Thurgau keine Notwendigkeit vorliege. Es wird sich zeigen, ob die revidierte Prozessordnung dem Bedürfnis auf rasche und billige Rechtsprechung zu genügen vermag. Vorläufig dürften alle Anstrengungen auf Erlangung von Gewerbegerichten im Thurgau vergeblich sein, speziell im Hinblick auf die heutige Wirtschaftskrise. Ihre Einführung könnte höchstens einer späteren Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs im Thurgau vorbehalten bleiben. Von grosser Wichtigkeit ist die Einfügung von Schiedsgerichtsklauseln in die Verträge. Im Lehrvertrag sind sie gesetzlich vorgeschrieben. Hausbesitzer und Mieterverbände nehmen solche in die Mietverträge auf, um Differenzen rasch und reibungslos aus der Welt zu schaffen. Aber auch in Dienst-, Kauf-, Werk- und Lieferungsverträgen sollten Bestimmungen auf schiedsgerichtliche Erledigung von Streitigkeiten enthalten sein, und zwar auf allen Wirtschaftsgebieten.

Steuer- und Finanzwesen III

Die Heranziehung der Steuerpflichtigen zu den öffentlichen Lasten hat nach der persönlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen, hinsichtlich Einkommen und Vermögen, nach Arbeits- und Verdienstgelegenheit und -fähigkeit, sowie nach den familiären Verhältnissen zu erfolgen. Die Anstrengungen zur Erlangung eines gerechten Steuergesetzes sind seiner Zeit namentlich von der demokratischen Partei aus mit aller Energie und Zähigkeit erfolgt, unterstützt auch aus anderen Kreisen. Die Versuche revisionsgegnender Kreise im Grossen Rat, die Gesamterneuerung des veralteten und bei den heutigen Wertverhältnissen ungerecht wirkenden Steuergesetzes zu hintertreiben (und zwar allgemein oder doch durch die durchaus ungenügende Revision einzelner Paragraphen), sind von den Linksfraktionen und einigen einsichtigen Mitgliedern anderer Gruppen abgewiesen worden. Die Gesamtrevision liess sich nicht mehr aufhalten. Heute liegt ein modernes Steuergesetz in Beratung, das zwar nicht alle Wünsche erfüllen kann, aber doch bedeutsame Verbesserungen und Fortschritte zeigt. Es bringt eine Erhöhung des Existenzminimums, die obligatorische Selbsttaxation und damit hoffentlich auch eine Hebung der Steuerehrlichkeit, eine schärfere Bestrafung der Vermögensverheimlichung, ferner unser altes Postulat für Schaffung einer kantonalen Rekurskommission in allen Streit-

fällen, eine möglichste Gleichartigkeit der Steuereinschätzung in allen Gemeinden, Berücksichtigung der Verhältnisse von Witwen und Waisen, Entlastung von kinderreichen Familien. Erleichterung bei Erwerbsunfähigkeit und Verdienstausschlag. Den wirtschaftlich Schwachen bringt es ohne Zweifel eine wesentliche Verbesserung, verhindert jedoch, dass ganze Kategorien von Steuerpflichtigen vollständig von Steuern befreit werden. Die zweite Lesung kann eventuell noch einige Änderungen bringen. Unsere Pflicht wird es dann später sein, bei der Volksabstimmung zusammen mit andern Fortschrittlichgesinnten mit aller Kraft für die Annahme des Gesetzes zu wirken. Unter den weiteren Finanzquellen kommen für die Zukunft namentlich noch die Besteuerung der Erbschaften, der Vergnügungen und des Luxus in Betracht. Bei den letztgenannten Steuern sollen insbesondere den Gemeinden die Haupterträge zufließen, damit sie eher imstande sind, ihre stets zunehmenden sozialen Aufgaben zu lösen. Die Drucklegung der Steuerregister, die sehr zu empfehlen ist, übt nur dann ihre gute Wirkung aus, wenn sie in kurzen Zeitabständen wiederholt wird.

Das Familienleben IV

Die Familie, die auf sittlich-religiösen Grundsätzen aufgebaut ist, bildet das Fundament des Gesellschaftslebens. Sie allein kann das Gedeihen von Staat und Volksgesamtheit fördern. Die Stärkung des Familiensinnes erhöht die Kultur und weckt das Verständnis für die Klassenversöhnung. Rechtschaffenheit der Eltern und ihr Gefühl der Verantwortung gegenüber den Kindern weckt bei diesen die nötige Achtung und Ehrfurcht und verpflichtet sie zu Dankbarkeit gegenüber den Eltern, auch in den Tagen des Alters. Dem in heutiger Zeit drohenden Zerfall des Familienlebens ist kräftig entgegenzuarbeiten. Es ist bedauerlich, dass nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung für solche junge Leute, die nach ihrer Gesinnung und Lebensweise jede Gewähr für ein geordnetes Familienleben ausschliessen, die Eheschliessung nicht erschwert oder in gewissen Fällen gar verunmöglicht werden kann. Ein grosser Mangel aber ist es, dass in vielen Gemeinden die zuständigen Behörden oft nicht den Mut aufbringen, gegenüber liederlichen Eltern rechtzeitig die im Zivilgesetzbuch eingeräumten Rechtsmittel anzuwenden, die in ihrer Gesundheit, Erziehung und Zukunft gefährdeten Kinder frühzeitig genug zu schützen durch Unterbringung in guten Familien und dass die Behörden oft auch erst einschreiten, wenn der ökonomische Ruin bereits da ist. Alle Erfindungen und Erfindenschaften der Technik können den rechten Familiensinn, die innere Verbundenheit zwischen den Familiengliedern nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder zu einem einfachen, naturgemässen Leben, die Weckung und Angewöhnung von Arbeitswillen und Arbeitsfreude, die Stärkung des Pflichtbewusstseins gegenüber den Angehörigen und Nebenmenschen schaffen allein die soliden Grundlagen familiärer und staatlicher Gemeinschaft. Unserer Generation tut insbesondere eine andere Auffassung und Einstellung zur Arbeits-

pflicht not. Als grösster Kulturfaktor bildet die Arbeit die Quelle unserer Existenzmittel, sie gibt dem Leben Inhalt und Würde, dem pflichtbewussten Menschen Befriedigung und Glücksempfinden. Jede Arbeit, ob hoch oder niedrig, ist nach ihrem Werte einzuschätzen. Der Segen des Arbeitsertrages liegt aber auch in einer vernunftmässigen Verwendung. Verschleuderung von Existenzmitteln ist zu bekämpfen. Soziale Reformen haben nur dann einen Zweck, wenn sie das Proletariat eindämmen und Glück und Wohlbefinden fördern. Die Weckung des Arbeitswillens und der selbst angestrebten Pflichterfüllung ist allgemeines sittliches Gebot. In diesem Sinne hat das Elternhaus die Kindererziehung aufzufassen und dem Staate dadurch starke Stützen zu schaffen.

Das Kirchenwesen V

Das sittlich-religiöse Leben des Volkes ist von grossem bildendem und veredelndem Einfluss auf Charakter, Denk- und Handlungsweise des Menschen. Es fördert den wirtschaftlichen Frieden, weckt das Pflichtgefühl und regt zu sozialer und humanitärer Betätigung an. Die Wirksamkeit der Kirche als wertvolle Quelle moralischer Kraft wird anerkannt und unterstützt. Der heutige stark verbreitete rein materialistische Zug kann keine wahre Daseinsfreude aufkommen lassen. Die Befriedigung der geistigen Bedürfnisse, nach denen es jeden regsamen Menschen hungert, liegt zu einem grossen Teil im Pflichtenkreis der Kirche. Die Bildung vieler kleiner kirchlicher Gemeinschaften ist ein Beweis dafür, wie stark und weit verbreitet das Verlangen nach geistiger Erbauung ist. Die zeitweise starke Entfremdung vieler Volkskreise vom kirchlichen Leben kann wesentlich behoben werden durch vermehrte soziale Betätigung der Kirche und ihrer Organe, durch stärkere Würdigung der Nöte des täglichen Lebens in der Predigt, durch nachhaltigere Betonung und Anwendung der christlichen Glaubensgrundsätze im Erwerbsleben und im Verkehr mit dem Nächsten. Gerade in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Bedrängnis grosser Volkskreise ist es eine dankbare Aufgabe der Kirche, neue und stärkere geistige Bande zu knüpfen.

Die religiöse Überzeugung des Einzelnen ist zu achten und das gute Einvernehmen zwischen den Konfessionen zu fördern. Der versöhnende Einfluss der Kirche auf den wirtschaftlichen Kampf wird begrüsst. Dagegen sollte in Berufs- und Wirtschaftsfragen, in Sozialpolitik und humanitären Bestrebungen eine tiefgehende konfessionelle Scheidung, wie sie heute oft zu Tage tritt, besser vermieden werden können.

Die demokratische Partei steht auf dem Boden unbedingter Toleranz. Sie sichert den kirchlichen Gemeinschaften freie Ausübung ihrer religiösen Überzeugung zu. Unter den speziellen Postulaten seien insbesondere der Erlass eines Gesetzes über die Sonntagsruhe, die Einführung von Kirchengemeindeabenden, die Schaffung von Gemeindebibliotheken etc. hervorgehoben.

Bildung macht frei. Die Erziehung unserer Jugend zu körperlich und geistig gesunden, leistungsfähigen und willensstarken Menschen, die sich ihrer Pflicht und Verantwortung gegenüber den Angehörigen und der Allgemeinheit bewusst sind, bildet die Grundlage und Vorbedingung der Demokratie und ist der einzig richtige Weg zur Verbesserung der sozialen Lage des Volkes. Diese hohe Kulturaufgabe haben die Schule und das Elternhaus in möglicher Zusammenarbeit zu erfüllen. Bei der von der Schule zu vermittelnden Allgemeinbildung sind vor allem die Bedürfnisse des praktischen Lebens massgebend. Unnötiger Wissensballast ist auszuschneiden. Insbesondere müssen die Lehrpläne der Oberschulen und der Sekundarschule auf die Anforderungen der späteren Existenz eingestellt sein. Ein Hauptgewicht in der Kindererziehung ist auf die Bildung von Charakter, Gemüt, Nächstenliebe, Arbeitswillen und Förderung des Gemeinschaftsgedankens zu legen. Das sind die sittlichen Kräfte, die ein friedliches Zusammenleben der Menschen und Nationen ermöglichen und den kulturellen Aufstieg der Volksgesamtheit sicherstellen.

Der Religionsunterricht in der Volksschule hat sich ausser der ethischen und sozialen Bildung auf diejenigen religiösen Begriffe zu beschränken, die von allen christlichen Kirchen und Gemeinschaften anerkannt sind. Im übrigen wird er den Konfessionen überlassen.

Die dringendste Aufgabe im Schulwesen ist die Revision der gesamten veralteten Schulgesetzgebung. Sie soll in einem logischen Aufbau sich den heutigen Bedürfnissen und Erziehungsgrundsätzen anpassen. Der Eintritt in die Schule soll nicht schablonenhaft auf eine bestimmte Altersstufe, sondern auf den Grad der Entwicklung und den Gesundheitszustand der Kinder abstellen. Die gesundheitliche Stärkung der Schüler muss eine Hauptaufgabe der Schule sein. Die in vielen Gemeinden mit grossen Opfern durchgeführte Reduktion der Schülerzahlen ermöglicht heute weit mehr einen vertieften und individuellen Unterricht. Sie soll mit der Zeit überall auch eine schrittweise Einführung des Arbeitsprinzips in der Volksschule bringen.

Die demokratische Partei tritt jederzeit in voller Anerkennung der grossen und schweren Erziehungsaufgabe auch für eine ausreichende Besoldung der Lehrerschaft ein und verlangt vor allem eine Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes im Sinne einer wesentlichen Heraufsetzung des kläglichen Besoldungsminimums, von der Erkenntnis ausgehend, dass ökonomische Sorgen des Erziehers keine volle Berufsfreude aufkommen lassen und daher den Unterricht nachteilig beeinflussen. Umgekehrt muss die in Vorbereitung befindliche Änderung des vorsintflutlichen Sekundarschulgesetzes die längst und überall mit Recht geforderte Demokratisierung bringen, nämlich die Volkswahl der Sekundarlehrer wie auch der Sekundarschulvorsteherschaften, ferner das Budgetrecht und das Recht der Rechnungsabnahme durch die Gemeinde. Von den übrigen Schulpostulaten kommt insbesondere der allgemeinen Einführung des

hauswirtschaftlichen Unterrichts eine ganz hervorragende Bedeutung zu. Leider ist es nur zu wahr, dass heute die Vorbildung der Mädchen und Töchter für den spätern Hausfrauen-und Mutterberuf vielfach eine ganz unzulängliche ist. Wo aber eine Frau nicht kochen, nicht flicken, nicht einteilen und sparen kann, wo sie blind und gedankenlos draufloswirtschaftet, da reicht kein Verdienst des Mannes aus, da wird es nie möglich sein, eine Familie vorwärts und aufwärts zu bringen. Gewiss gibt es auch manche unerfreuliche Familienverhältnisse, wo die Schuld auf der Seite des Mannes liegt. Aber seit bald 17 Jahren habe ich es in unzähligen Fällen erfahren müssen, dass Unfähigkeit, Oberflächlichkeit und Leichtsinns der Frau an den ökonomischen Sorgen und dem innern Zerfall einer Familie schuld sind und ständig Zerwürfnisse erzeugen, von den schweren Folgen für die Erziehung der Kinder nicht zu reden. Einführung der weiblichen Jugend in die Hauswirtschaftslehre, der später die obligatorische Töchterfortbildungsschule als Abschluss angegliedert werden soll, ist eine der dringlichsten Aufgaben der heutigen Zeit. Auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens müssen die Unterrichtsstoffe immer mehr den Bedürfnissen des praktischen Lebens angepasst werden, unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Anforderungen (Landwirtschaft, Gewerbe, Kaufmannschaft, Frauenberufe). Die Gründung spezieller Fachschulen, die eine wertvolle Vertiefung des beruflichen Unterrichts ermöglichen, und sehr erfreuliche Resultate zeigen, muss auch auf weitere Berufsarten ausgedehnt werden. Der hiezu nötige Schüleraustausch lässt sich nach den bisherigen Erfahrungen reibungslos durchführen.

Fürsorge für die Schuljugend und für Schulentlassene VII

Der Jugend gehört die Zukunft. Die Schule hat ihr nicht nur eine gute Allgemeinbildung zu vermitteln, sondern auch ihr Wohlergehen zu fördern, körperliche und seelische Schäden abzuhalten. Die ärztliche Untersuchung der in die 1. Klasse eintretenden Schüler hat sich gut eingelebt und als äusserst wertvoll erwiesen. Aber auch die weitere Überwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch den Schularzt ist dringendes Erfordernis. Es darf nicht vorkommen, dass Schüler, die dem Unterricht nicht zu folgen vermögen, als unfähig oder geistig abnormal taxiert und behandelt werden, während eventuell ein organischer Fehler vorliegt, der Spezialbehandlung des Kindes verlangt und durch diese ganz befriedigende Unterrichtsresultate ermöglicht. Für wirklich Schwachbegabte, die der Normalschule eine Last und ein arges Hindernis bedeuten, sind besondere Abteilungen zu errichten, wenigstens an grösseren Orten. In kleineren Gemeinden können durch Nachhilfestunden solche Bildungsmängel ausgeglichen oder doch gemildert werden. Geistig und körperlich zurückgebliebene Kinder (Abnormale) sind in besonderen Anstalten zu versorgen, wobei die Anstaltskosten, entsprechend der ökonomischen Lage der Eltern, teilweise oder ganz durch staatliche oder kommunale Subventionen zu

decken sind. Die an manchen Orten eingeführte Milchabgabe an schwächliche und unterernährte ärmere Kinder, ebenso die Errichtung von Suppenanstalten im Winter, haben sich überall als wohltätig erwiesen und verdienen Nachahmung und Unterstützung. Von ganz besonderer Bedeutung ist für unsere Schuljugend die Schaffung von Schulzahnkliniken, die eine regelmässige Untersuchung und Pflege der Zähne ermöglichen. Die behördlichen Erhebungen an grossen Orten haben ein erschreckendes Bild über die Verheerungen ergeben, die durch Vernachlässigung der Zahnbehandlung, insbesondere durch die Zahnfäulnis, eintreten. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der frühzeitig begonnene Kampf gegen diese Schäden von grossem Erfolg begleitet ist und dass dadurch viele Verdauungsstörungen, Magenbeschwerden und Nachteile im Allgemeinbefinden der Schüler behoben werden können. Durch Gründung und fleissige Benützung von Jugend- und Volksbibliotheken kann und soll überall, auch auf dem Lande, eine vorzügliche geistige Kost geboten und dadurch dem schädlichen Einfluss der Schundliteratur gewehrt werden. Einen sehr grossen Wert lege ich auf die unerbittliche Angewöhnung der Schuljugend zur Sparsamkeit und Genügsamkeit (Schulsparkassen). Allen Eltern, die die moralische Kraft nicht aufbringen, ihre Kinder vor Näschereien und unnützem Geldverbrauch zu bewahren, wenn nötig mit aller Strenge, die versündigen sich schwer und gefährden oder untergraben zum voraus die Zukunft der jungen Generation. Eltern, die in diesem Punkte unnachgiebig sind, beweisen, dass sie ihre Kinder lieb haben. Wir leben heute in der Zeit des Sports mit seinen Licht- und Schattenseiten. Wollen wir ihn bekämpfen? Nein. Es wäre auch nutzlos, denn es handelt sich um eine starke Bewegung. Soweit der Sport die Gesundheit stärkt, die Ausdauer erhöht, den Körper abhärtet, den Willen stählt und die Selbstdisziplin fördert, so hat er seine Berechtigung. Verwerflich sind nur seine Auswüchse: Die Übertreibungen, die gesundheitlich schaden, die Rekordsucht, die Aufstachelung ungezähmten Ehrgeizes und etwa eine gewisse Verrohung.

Eine der wichtigsten und schönsten Aufgaben der Jugendfürsorge ist die Berufsberatung, die zumal an grösseren Orten, bereits bedeutende Erfolge erzielt. Wir wissen, dass die wirtschaftliche Stärke unseres Landes in dessen Arbeitsproduktion liegt. Jede Entwicklung von Fähigkeiten bedeutet einen Kraftgewinn. Das Lebensinteresse der Schweiz verlangt, dass wir alle Volkskräfte zur Entfaltung bringen und die Leistungen erhöhen. Wir müssen möglichst viele und gute Berufssoldaten an die wirtschaftliche Front des Landes stellen können. Statt dessen lassen wir uns lohnende Berufszweige ganz oder teilweise von fremden Nationen wegkapern. Fragen wir nach bei den Arbeitsämtern, den Armenpflegschaften, der grössere Teil ihrer Klienten gehört dem Heere der Berufslosen an. Die geordnete, planmässige Einführung der austretenden Schüler in das Erwerbsleben ist heute unerlässlich. Richtige Berufswahl ist die beste Quelle des Lebensglückes und sichert die künftige Existenz. Die Berufsberatung sollte von jeder Gemeinde durch Beschluss eingeführt und in

Verbindung mit der Lehrerschaft und den Schulbehörden konsequent alljährlich durchgeführt werden (lokale Berufsberatungsstellen). Durch die Anwendung der Psychotechnik können wir schwere Missgriffe in den Berufswahlen verhüten. Jedem arbeitsfreudigen jungen Menschen muss die Erlernung eines Lebensberufes ermöglicht werden. Für unbemittelte Lehrlinge und Lehrtöchter werden schon jetzt namhafte staatliche Subventionen ausgerichtet. Die bewährte Praxis im Kanton Appenzell A.Rh., in jeder Gemeinde besondere Foundationen für die Lehrlingsbildung zu schaffen, sollte auch im Thurgau mit der Zeit Nachahmung finden. Förderung der Berufsbildung entlastet in hohem Masse das Armenwesen. Unser thurg. Lehrlingsgesetz hat Ordnung in unser Lehrlingswesen gebracht und leistet durch Vermittlung des vorzüglich geleiteten Lehrlingsamtes dem Kanton wertvolle Dienste. Wir müssen aber für die Zukunft noch weiter gehen. Begabten Unbemittelten muss auch nach der Lehrzeit die Möglichkeit der weiteren Fortbildung (Besuch von Fachschulen, Technikum, Sprachstudien) geboten werden. Die Förderung aller dieser Bildungsbestrebungen liegt in hohem Masse im Interesse unserer Volkswirtschaft und sollte durch staatliche Beiträge oder durch Vorschüsse unterstützt werden. (Gesetz über die Berufslehre und Berufsbildung).

Allgemeine soziale Postulate / Armenwesen / Volksgesundheit / Alkoholfrage VIII

Die wirtschaftliche Entwicklung geht fortwährend dahin, dass kleine Existenzen im Konkurrenzkampfe vom Grossen und Kapitalkräftigen (sei es ein Privater oder ein Gesellschaftsgebilde) ausgeschaltet und abhängig gemacht wird. Wir konstatieren auf allen Gebieten eine fortwährende Zunahme des Heeres der unselbständig Erwerbenden. Es liegt im öffentlichen Interesse, dass Gesundheit und Arbeitskraft vor zu weit gehender Ausnützung geschützt werden. Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung ist daher ein dringliches Bedürfnis.

Wo die Verhältnisse es erfordern, sollten die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, bzw. Angestellten in Handel, Gewerbe, Industrie, in Gemeinde- und Staatsbetrieben durch Arbeits- und Anstellungsverträge geordnet werden.

Diese bringen eine Regelung der Rechte und Pflichten und können manche Reibungen verhüten. Die vom Bunde zu schaffende Alters- und Hinterbliebenenversicherung muss so bald als möglich durch eine kantonale Zusatzversicherung ergänzt werden. Die Errichtung von öffentlichen Stellen für unentgeltliche oder verbilligte Rechtsauskunft, für Minderbemittelte, die von demokratischer Seite schon angeregt worden ist, würde als eine Wohltat empfunden. Im Armenwesen hat sich infolge der starken, durch die Erwerbsverhältnisse verursachten Verschiebung der Bevölkerung das alte Bürgerortsprinzip überlebt und zu unhaltbaren Zuständen geführt. Die beste Lösung dieser Frage wird in dem

Beitritt des Kantons Thurgau zum interkantonalen Konkordat über die wohnörtliche Armenpflege bestehen. In der Bekämpfung der verheerenden Volkskrankheiten sind grosse Fortschritte gemacht worden. Die Schaffung und der Ausbau von Gemeinde-Tuberkulosestellen und deren staatliche Unterstützung soll überall fortgesetzt werden.

Eine überaus ernste Angelegenheit ist die Alkoholfrage. Sie betrifft nicht nur einzelne Personen, sondern sie ist eine wichtige Frage der Allgemeinheit. Angesichts der Verheerungen, die der Alkoholismus an der Volksgesundheit, in der moralischen und ökonomischen Zerrüttung von Familien, in der Kindererziehung und der erblichen Belastung der Nachkommen, ferner in der ungeheuren Vermehrung der Armenlasten, Entstehung von Unglücksfällen und Begehung von Verbrechen, sodann in der Überfüllung von Strafanstalten und Irrenhäusern anrichtet und im Hinblick auf die gewaltigen Lasten, die dadurch für Gemeinden und Staat entstehen, bedeutet der Alkohol für die Allgemeinheit eine grosse Gefahr. Wenn die demokratische Partei bezüglich der in immer weiteren Kreisen Boden fassenden Nüchternheitsbewegung auch auf niemanden einen Zwang ausüben will, so betrachtet sie es im öffentlichen Interesse doch als ihre Pflicht, alle Bestrebungen zur Eindämmung des Alkoholismus zu unterstützen. Im Interesse der Volksgesundheit ist es wünschenswert, dass die Einführung von gährungsfreien Fruchtsäften in möglichst vielen Familien immer weitere Fortschritte mache. Besonders schwere Folgen hat der Alkoholgenuss für die Jugend. Gänzliche Verschonung derselben von jeglichem Alkohol, auf alle Fälle ein Alkoholverbot bei Schulreisen und Ausflügen, ist unbedingtes Erfordernis. Die Frage der Revision des Wirtschaftsgesetzes, das zwar sehr viel Gutes gewirkt hat und nur noch besser gehandhabt werden sollte, darf ernstlich geprüft werden. Die Verminderung der Zahl der Wirtschaften, die doch zum kleinsten Teil rentieren und dann gelegentlich durch unkorrekte Führung zur moralischen Gefahr werden können, ist mehr als gerechtfertigt. Sie ist eine Notwendigkeit. Die freiwillige Überführung solcher Lokale zu Wohnungs- und Geschäftszwecken unter gewissen Bedingungen ist des Versuches und der Erdauerung wert. Nicht weniger erscheint das Verbot des Schnapsauschanks am Morgen als eine Notwendigkeit. Es ist zu wünschen, dass das verlangte Gesetz über die Trinkerfürsorge baldigst vorgelegt werde.

Handel, Gewerbe, Industrie, Verkehr IX

Diese Wirtschaftsgebiete haben im Thurgau eine achtunggebietende Bedeutung erlangt. Eine stets zunehmende Zahl von Existenzen ist von ihnen abhängig. Es liegt also im allgemeinen öffentlichen Interesse, wenn diese grossen Arbeitszweige gedeihen und vielen Menschen Arbeit und Brot bringen. Alle Bestrebungen, Handel, Gewerbe, Industrie und Verkehr zu beleben und ihnen zu Beschäftigung zu verhelfen, verdienen Unterstützung. Insbesondere

ist es jedermanns Pflicht, beim Bezug des täglichen Verbrauchs die einheimische Produktion zu bevorzugen und das Geld der nationalen Wirtschaft zu erhalten.

Unter dem Schutze der Gewerbefreiheit haben sich im Laufe der Zeit in Handel und Gewerbe allerlei Missbräuche und Gepflogenheiten eingeschlichen, die mit den Grundsätzen geschäftlicher Moral nicht vereinbar sind. Aus den Kreisen reeller Geschäftsleute ist daher schon lange und mit Recht einer Bekämpfung des unlautern Wettbewerbes und des Ausverkaufsunwesens gerufen worden. Insbesondere wird eine Neuregelung des Markt- und Hausierwesens verlangt durch Revision des bezüglichlichen veralteten Gesetzes. Ein von den Interessentenverbänden aufgestellter Entwurf liegt vor der Regierung, und es wird seit langem die bezüglichliche Vorlage erwartet. Die von vielen aufstrebenden Ortschaften des Kantons gewünschte Einführung neuer lebensfähiger Industrien und lohnender Gewerbe wird erst nach Überwindung der jetzigen grossen Wirtschaftskrise sukzessive erreicht werden können. Während für kantonale Arbeitsvergebung und -lieferung eine gut aufgebaute Submissionsverordnung besteht (ein Verdienst unseres früheren demokratischen Vertreters im Regierungsrat, Hr. Dr. E. Hofmann sel.), bedarf das Submissionswesen in den Gemeinden noch einer durchgreifenden Regelung. Der Erlass kommunaler Submissionsreglemente, wenigstens in den grösseren Gemeinwesen, sollte angestrebt werden. Romanshorn ist auf diesem Wege längst mit gutem Beispiel vorgegangen. Auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sollte seitens der Berufsverbände die Aufstellung vollständiger Lehrprogramme an die Hand genommen werden, mit der Pflicht zur Vornahme von Zwischenprüfungen, damit dadurch eine gründliche und regelmässig vorwärtsschreitende Einführung der Lehrlinge und Lehrtöchter in die Berufskenntnisse gesichert wird. Hand in Hand damit soll die Förderung des gewerblichen Freizeitwettbewerbs gehen. Ein erstrebenswertes Ziel ist die Durchführung von Meisterprüfungen, die vorläufig auf dem Wege der Freiwilligkeit erfolgen dürften, als Vorläufer für ein späteres Obligatorium, das in vielen andern Staaten bereits mit Vorteil gehandhabt wird. Lokale und regionale Gewerbeausstellungen, an denen besonders der reelle Kleinbetrieb zur wirkungsvollen Geltung gelangen kann, haben bis jetzt überall gute Erfolge erzielt und sollten in gewissen Zeitabständen wiederholt werden.

Auf dem Gebiete des Strassenwesens sind in den letzten Jahren im Ausbau der wichtigern Strassenzüge bedeutende Fortschritte gemacht worden. Es ist zu wünschen, dass die Revision des unzugänglichen alten Strassengesetzes, womit eine wesentliche Entlastung der Gemeinden gesetzliche Regelung finden soll, in Angriff genommen wird. Neben der Förderung des Uferschutzes am Bodensee und Rhein nimmt besonders die längst angestrebte Rhein–Bodensee-Schiffahrt das öffentliche Interesse stark in Anspruch, eine Aufgabe von ungeheurer wirtschaftlicher Tragweite, die aber nur auf dem Wege internationaler Über-

einkunft gelöst werden kann. Von den thurgauischen Schienensträngen ist bis jetzt erst die Thurgaulinie mit Fortsetzung nach Romanshorn und Rorschach elektrifiziert. Die Strecke Sulgen-Gossau ist für das nächste Bauprogramm vorgesehen. Die baldige Inangriffnahme der Elektrifikation der Seetallinie und der Mittelthurgaubahn wird von den interessierten Gegenden lebhaft gewünscht und angestrebt. Für die von den Schienensträngen abgelegenen Ortschaften hat der Ausbau der Postauto-Verbindungen eine starke Verbesserung und Belebung des Verkehrs gebracht. Die Zahl der Routen dürfte für die Zukunft eine weitere Vermehrung erfahren.

Landwirtschaft X⁶

Dieselbe bedeutet einen starken wirtschaftlichen Faktor für unsern Kanton. Schicksal und Existenzaussichten der Bauernsamen haben eine nachhaltige Rückwirkung auf das Wohlergehen anderer Stände, insbesondere für Gewerbe und Kleinhandel. Jede durch die Umstände gerechtfertigte und wirksame Hilfe für die Landwirtschaft ist deshalb zu unterstützen. Die demokratische Partei hat gegenüber den landwirtschaftlichen Bedürfnissen jederzeit volles Verständnis gezeigt. Sie setzt sich insbesondere ein für die Interessen des bauerlichen Mittelstandes und der Kleinbetriebe und betrachtet als eine der ersten Aufgaben die Eindämmung der allzustarken Bodenverschuldung durch Unterbindung ungerechtfertigten Zwischenhandels und der Überzahlung bei Handänderungen. Von unserer Seite aus ist seinerzeit der Erlass eines Gesetzes zur Bekämpfung der Güterschlächtereien und der Auswüchse im Liegenschaftsverkehr verlangt worden. Leider wurde vor Jahren eine bezügliche Vorlage mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Als eine Partei des Fortschrittes möchten wir insbesondere dem Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens das Wort reden. Mit Befriedigung dürfen wir auch heute noch feststellen, dass wir Demokraten seinerzeit mit aller Kraft und gutem Erfolg mitgeholfen haben, um die Gründung der landwirtschaftlichen Winterschule in der Volksabstimmung durchzusetzen. Den jetzigen dringend nötigen baulichen Erweiterungen und Verbesserungen werden wir unsere kräftige Unterstützung nicht versagen. Zu erwägen ist, ob nicht durch Angliederung einer Gutswirtschaft auch die praktische Ausbildung der Zöglinge im Sommer ermöglicht werden könnte, evtl. auf einer staatlichen Domäne. Insbesondere ist es aber eine Aufgabe der heutigen Zeit, die berufliche Tüchtigkeit des Landwirtes durch freiwillige Fortbildungs- und Fachkurse für Obst- und Weinbau, Obst- und Traubenverwertung, Viehzucht, Rechnungswesen, Buchführung, Kalkulation etc. zu heben.

6 In Düsslis Manuskript fehlt Kapitel XI. Es dürfte sich aber um einen reinen Numerierungsfehler handeln. Trotzdem wurde hier die Originalnumerierung beibehalten.

Die Erfahrungen der letzten Zeit bei verschiedenen Seuchengängen, die unsere Landwirtschaft aufs Schwerste geschädigt haben, mahnen zu einer besseren einheitlichen Organisation in der Seuchenbekämpfung. Der thurgauische Obstbau, der einst zu den wichtigsten Erwerbsquellen der Landwirtschaft zählen konnte, hat infolge der ausländischen Konkurrenz bezüglich der Ausfuhr eine starke Schmälerung erfahren. Konzentration auf eine kleine Zahl von wertvollen Obstsorten, straffere Organisation im genossenschaftlichen Obsthandel, bessere Erfassung des Inlandbedarfs und teilweise Umstellung auf den rentableren Tafelobstbau dürften die wesentlichsten Mittel sein, um dem thurg. Obstbau wieder zu grösserer Bedeutung und Rentabilität zu verhelfen.

Wohnungswesen XII

Die Stufe der Wohnkultur bildet einen der besten Gradmesser für den Bildungsstand der Völker. Die Freude an einem traulichen Heim gehört zum Schönsten, was uns das Leben zu bieten hat. Den Aufenthalt in unseren Wohnstätten, in denen wir doch den Grossteil unseres Daseins verbringen, recht gesundheitsfördernd und angenehm zu gestalten, das Wohlbefinden zu stärken, ist für die Hebung des Familiensinnes und des häuslichen Glückes von grossem Werte. Das Wohnungsproblem ist daher im Sinne einer durchgreifenden Verbesserung zu fördern. Der Erlass eines kantonalen Bau- und Wohnungsgesetzes mit Vorschriften über die hygienischen Anforderungen an die Wohnstätten, zum Schutze von Leben und Volksgesundheit dürfte einem offenbaren Bedürfnis entsprechen. Die Eigenheimbestrebungen, die an verschiedenen Orten zu beachtenswerten Erfolgen geführt haben, und eine Verbesserung der Wohnverhältnisse bezwecken, verdienen wirksame Förderung.

Schlussworte

Das Ziel der demokratischen Partei nach politischer Betätigung ist nicht Selbstzweck, sondern nur darauf gerichtet, den nötigen Einfluss im öffentlichen Leben und damit auf die Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben, damit die Wahrung der allgemeinen Volksinteressen, der Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze, namentlich zum Schutze der Schwachen und Hilfsbedürftigen, möglich und durchführbar ist. Wir möchten damit auch die Einstellung anderer Parteien und Kreise zur Lösung aller dringlichen Probleme beeinflussen. Aus diesem Grunde wird die demokratische Partei jederzeit allen reaktionären und auf Bevorzugung einzelner Klassen und Erwerbsgruppen gerichteten Bestrebungen entgegentreten. Sie will ferner durch politische Schulung der Stimmberechtigten dieselben veranlassen, die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge zu beobachten und ihren Einfluss auf das öffentliche Leben im Sinne einer wahren Volkssolidarität geltend zu machen. Ihr Ziel ist die Verteidigung und Förderung der Volksrechte und deren zielbewusste Handhabung im Dienste der gesamten Volkswohlfahrt.

Dadurch bezweckt und fördert die demokratische Partei den wirtschaftlichen und sozialen Frieden, eine Verständigung in allen Streitfragen, sie hilft mit an der Hebung des Wohlstandes und des Fortkommens jeder Familie, an der Beseitigung von Not und Sorge und unterstützt damit den kulturellen Aufstieg der jetzigen und künftigen Generation.

Unsere Gesetze und ihre Handhabung sollen vor allem dazu dienen, dass das Rechtsempfinden des Volkes gehoben und gestärkt und ein wohlgeordnetes Zusammenleben und -wirken erreicht wird. Sie sollen auch durch wirksame Massnahmen gegen die wachsende Übermacht des Grosskapitals (Monopol der Ringe, Trusts, Syndikate usw.) in der Produktion, im Warenabsatz und in der Preisbildung den Fortbestand der kleinen soliden Existenz in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft ermöglichen.

Die demokratische Partei ist bestrebt, auf den vorgezeichneten Gebieten von sich aus, sodann in Verbindung mit andern Parteien, mit beruflichen Verbänden und Wirtschaftsgruppen tätig zu sein. Sie betrachtet das vorstehend skizzierte Programm als Wegweiser für eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und bekundet ihre Arbeitsbereitschaft durch einen kräftigen, unablässigen Willen zur Tat, im Bewusstsein ihrer Pflicht und Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit.

Möge ihren Bestrebungen jederzeit ein schöner Erfolg beschieden sein!

3 Ideen und Ziele der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau

Parteiprogramme können uns wohl einen ersten Einblick in Gedankengut und Ziele einer Partei und ihrer führenden Leute geben. Sinn und Zweck eines Programms lassen aber ein abschliessendes Urteil nicht zu. Der Erkenntniswert wird immer relativ sein. Ein Programm soll ja nicht nur die Ideen einer Partei einem weiteren Publikum zur Kenntnis bringen; es soll ebenso sehr Propaganda sein, deren Ziel die Gewinnung einer politischen Basis ist, die ihrerseits der betreffenden Partei die Durchsetzung ihrer Ideen ermöglichen soll. Propaganda bedeutet aber immer auch, Leistungen zu versprechen, die erst später zu erbringen sind. Für den Wähler ist ein Parteiprogramm sehr oft nur ein Wechsel auf die Zukunft. Dies dürfte auch einer der Gründe für die Schwierigkeiten sein, eine neue Partei zu gründen und diese zum politischen Erfolg zu führen.

Ein Programm allein wird uns also nie eine endgültige Bewertung und Einordnung einer Partei erlauben. Die ideellen Komponenten werden immer von anderen Faktoren, die den politischen Erfolg der Partei ermöglichen sollen, begleitet oder überlagert sein. Zeitungen, Zeitschriften und andere Publikationen können diese Lücke z. T. füllen.¹

¹ Besonders viel publizierte Emil Hofmann, Regierungs- und Nationalrat, der wohl bedeutendste Vertreter der Thurgauer Demokraten. Leider geben diese Arbeiten für die Ideengeschichte der Demokraten zu wenig ab. Schrifttumsverzeichnis siehe: Gruner, E., Bv, S. 702 f.

Besonders umfangreich liegt derartiges Material für die Thurgauer Demokraten vor. Im Thurgauer Tagblatt hatten diese während vierzig Jahren ein offizielles Parteiorgan, das täglich erschien. Diese Zeitung war sowohl durch die Besitzverhältnisse wie durch die Person des langjährigen Redaktors Martin Vögelin eng mit der Partei verbunden.² Viele Artikel, die in Form von Korrespondenzbeiträgen oder redaktionellen Berichten oder Kommentaren im Thurgauer Tagblatt erschienen sind, erlauben uns einen guten und teilweise erstaunlich tiefen Einblick in das Ideengut der Thurgauer Demokraten.

Parteiprogramme enthalten Forderungen und Gedanken meistens in eher allgemeiner Form. Dazu sollen sie noch beim Bürger für die Partei werben. Allzu aktuell sind sie oft nicht, da immer das Problem die Forderung bedingt. In der Presse hingegen – hier z.B. im Thurgauer Tagblatt – spiegelt sich dauernd die geistige und politische Auseinandersetzung der Demokraten mit den Problemen der Zeit. In einem Artikel zum Jahreswechsel 1891/92 gibt sich das Thurgauer Tagblatt und sein Redaktor selber diese Aufgabe:

«Was wir wollen und wofür wir alle Kräfte einsetzen, lässt sich in kurzen Worten zusammenfassen:

Wir stehen ein und kämpfen für die Interessen des arbeitenden Volkes, wir halten unentwegt hoch das Banner der Demokratie, nicht weil das jetzt Mode ist, sondern aus Überzeugung. Wir werden auch fernerhin kein Blatt vor den Mund nehmen; unbekümmert ob wir nach oben anstossen oder nicht, werden wir unsere Meinung frei aussagen und uns nicht kümmern um das Geschrei von solchen, die meinen, nur was ihrem Kopf passt, dürfe gesagt und geschrieben werden und die jeden, der es wagt, eine andere Meinung zu haben als sie, nicht bloss mit scheelen Augen ansehen, sondern ihn noch in den Staub, in dem sie sich bewegen, zu ziehen suchen. An solchen Leuten gehen wir mit Verachtung vorüber. Wir achten dagegen jede ehrliche politische Ueberzeugung, wir sind nur Feind jener Speichellecker, die stets die offizielle Politik als die allein seligmachende vertheidigen. Wir verlangen, dass man auch unserer politischen Ansicht, die diejenige von Hunderttausenden von Schweizerbürgern ist, Gerechtigkeit widerfahren lasse. Unser politisches Glaubensbekenntnis findet sich niedergelegt in dem vor ungefähr Jahresfrist aufgestellten Programm der demokratisch-volkswirtschaftlichen Partei. ...

Wir stellen unser Blatt durchaus nicht bloss in den Dienst einer Partei, wir werden jeder guten Idee, komme sie von welcher politischen Partei sie wolle, unsere Unterstützung angedeihen lassen. ...

Wir werden den Kampf nicht scheuen, jedoch bestrebt sein, denselben sachlich zu führen.»³

² Zur Geschichte und den Besitzverhältnissen des Thurgauer Tagblattes siehe oben 1.7.6; zu Martin Vögelin siehe oben 1.7.1, 1.7.2 und 1.7.4.

³ TT 1.1.1892.

Bei der Behandlung der Parteiprogramme sind viele Ergebnisse lückenhaft und oft auch oberflächlich geblieben. Zusammenhänge und Herkunft von Ideen und die wirklichen Ziele von Wünschen und Forderungen sind leider nicht immer erkennbar. Mit Hilfe des Quellenmaterials, das im Thurgauer Tagblatt zu finden ist, kann dieses Gerippe ergänzt und vielleicht sogar ausgefüllt werden. Thematisch soll diese «Ideologie» der Demokraten in drei Problem- und Fragekreisen erarbeitet werden:

- 1. Das Weltbild der Demokraten: Unter «Weltbild» ist hier das Verhältnis der Demokraten zu allgemeinen Problemen ihrer Zeit zu verstehen; Probleme wie Imperialismus, Kolonialismus, Militarismus, Weltkrieg, Friedensbewegungen (Pazifismus, Völkerbund usw.) und die aufkommenden faschistischen und marxistisch-bolschewistischen Diktaturen.
- 2. Der Staat: Hier soll vor allem versucht werden, das Staatsideal der Demokraten herauszuarbeiten. Gefragt wird hauptsächlich nach dem Aufbau des Staates und der Verteilung, Ausübung und Kontrolle der Macht.
- 3. Wirtschafts- und Sozialpolitik: Wie beurteilten die Demokraten die soziale Lage ihrer Zeit? Für welche sozialpolitischen Ideen und Aktivitäten traten sie ein? Wie war ihr Verhältnis zu den verschiedenen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Modellen (sozialistische/marxistische, genossenschaftliche und kapitalistische)? Hatten sie eigene Modellvorstellungen oder nicht?

Der Grund dieser Einteilung ist einerseits im vorliegenden Quellenmaterial und andererseits in der Gewichtung und Beurteilung der betreffenden Probleme in den früher besprochenen Parteiprogrammen der Demokraten zu suchen. Als Ergebnis dieser Untersuchung wird kaum eine «Ideologie» der Demokraten vorliegen; eine Ideologie, wie sie z.B. der Marxismus, Liberalismus oder Konservatismus in ihren verschiedenen Erscheinungsformen entwickelt haben. Jede Ideologie wird und muss irgendwann einmal den Anspruch erheben, eine «Wahrheit» gefunden zu haben, welche allein und endgültig die Lösung der Probleme des menschlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft gewährleisten könnte. Dazu ist unter dem Titel «Demokratische Weltanschauung» in einem Artikel des Thurgauer Tagblattes zu lesen:

«Kein Sterblicher und keines Sterblichen Weisheit verwaltet und beherrscht das Reich der Wahrheit, weder in der Wissenschaft noch in der Kunst der Politik»⁴

Im gleichen Artikel wird weiter geschrieben, dass jede Zeit neue grosse Probleme habe, die immer wieder neue Lösungsformen verlangen würden. Einmalige und endgültige Lösungen gebe es nicht.⁵

⁴ TT 13.11.1916.

⁵ a.a.O.; dieser Vorwurf richtete sich vor allem gegen den Marxismus und Liberalismus.

Die geistige Auseinandersetzung der Demokraten mit ihrer Zeit war also mehr eine Auseinandersetzung mit einzelnen Problemen und Phänomenen oder genauer mit Fehlentwicklungen der bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, als mit der bestehenden Ordnung selbst. Dem ist bei der Behandlung des vorliegenden Themas Rechnung zu tragen. Ferner muss beachtet werden, dass in der vierzigjährigen Geschichte der Thurgauer Demokraten nicht alle Ideen Bestand hatten und viele neue laufend in das Gedankengut dieser Partei aufgenommen wurden. Da das Wesentliche und Bleibende behandelt werden soll, sind der Arbeit auch von diesem Gesichtspunkt aus Grenzen gesetzt.

3.1 Das Weltbild im engeren Sinne

In den Zeitabschnitt, in dem die Demokratische Partei des Kantons Thurgau existierte, fiel der Höhepunkt der Machtentfaltung der europäischen Nationalstaaten. Gleichzeitig setzte aber auch der Zerfall ihrer Weltgeltung ein. Ihre gegenseitigen Beziehungen, ihr aussen- und innenpolitisches Grundverhalten – wenn auch nicht in allen Staaten im gleichen Ausmasse – und ihr Verhältnis zur übrigen Welt waren weitgehend vom Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus geprägt. Der Erste Weltkrieg war zugleich Höhepunkt und Endpunkt dieser Entwicklung und dieses Systems. Das alte Staatensystem, das scheinbar weiterexistierte, wurde nach dem Kriege durch nichts Neues ersetzt. Der Völkerbund blieb ein Versuch, und die in ihn gesetzten Hoffnungen konnten nicht erfüllt werden. Mit dem Faschismus in Italien und dem Marxismus-Leninismus in Russland wurden der bürgerlich-demokratischen Welt Alternativen entgegengesetzt, die von vielen Betroffenen schon bald einmal nicht mehr als Fortschritt auf eine bessere Zukunft hin verstanden wurden.

Ein parteioffizielles Weltbild der Demokraten gab es nicht. Nur einmal, nämlich im Parteiprogramm von 1917 und im Begleitwort dazu⁶, nahmen sie ausführlich Stellung zu allgemeinen Problemen der internationalen Politik. Das Thurgauer Tagblatt hingegen, setzte sich immer wieder mit diesen Problemen auseinander. Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Thurgauer Tagblatt eher eine Lokalzeitung war. Das weltpolitische Geschehen stand üblicherweise nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung. In Kommentaren zu besonderen Ereignissen und immer wieder in Artikeln zum Jahreswechsel und anderen Fest- und Feiertagen (Ostern, Pfingsten, 1. August, Bettag usw.) versuchte es aber oft, zu diesen grossen Zeitproblemen Stellung zu nehmen. Meistens waren diese Artikel äusserst kritisch und ablehnend. So wurden z.B. in einem Artikel zur Jahrhundertwende die Kolonialstaaten scharf angegriffen und ihnen das Recht auf Kolonien überhaupt abgesprochen.⁷

⁶ Siehe oben 2.3.1 und 2.5.4.

⁷ TT 30.12.1900.

3.1.1 Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus

Die gegenseitige Abhängigkeit von Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus sind allgemein bekannt. Einzelne können sie deshalb nur mit Einschränkungen betrachtet werden. Es soll hier gezeigt werden, was die Demokraten und ihre Exponenten in Presse und Politik unter diesen Begriffen verstanden, wie sie sich die Entstehung dieser Phänomene erklärten und welche Gefahren sie in ihnen sahen. Da nur vereinzelte Äusserungen zum Imperialismus zu finden sind, muss das Schwergewicht auf den Kolonialismus und Militarismus gelegt werden.

3.1.1.1 Imperialismus

Im Ersten Weltkrieg sahen die Demokraten das Ergebnis jahrelanger zwischenstaatlicher Beziehungen, deren Grundlage «Gewalt» und «Anarchie» waren.⁸ «Hurrapatriotismus und säbelrasselnder Nationalismus», die in «Chauvinismus, Völkerhochmut und monarchische Eroberungssucht» ausgeartet seien, hatten nach ihrer Meinung die Völker in eine Katastrophe geführt.⁹ Aber nicht erst die Erfahrungen des Krieges verursachten diese Erkenntnis. Unter dem Titel «Machtpolitik und Kultur» befasste sich das Tagblatt in einem Artikel schon 1902 ausführlich mit dem Problem des Imperialismus.¹⁰ Imperialismus wurde in diesem Artikel wie folgt definiert:

«Das heisst mit anderen Worten, sie hat den Imperialismus erzeugt, jene politische Lehre, welche durch die krieglerische Eroberung neuer Länderstriche und Vergewaltigung schwächerer Völker neue Ausbeutungsgebiete sichern will und darum die Nationen zur äussersten Anspannung ihrer militärischen Machtmittel treibt».¹¹

Als Beispiele dieser Politik werden der Burenkrieg, die Interventionen der Vereinigten Staaten auf Kuba und in den Philippinen und die Besetzung von Kiautschau durch Deutschland genannt.¹²

Der Imperialismus war für das Tagblatt keine neuartige Erscheinung. Dies unterstreicht der Hinweis auf England, das eine bis ins Zeitalter Elisabeths zurückgehende imperialistische Tradition gehabt habe. Erst die Fortschritte auf dem Gebiet der Naturwissenschaften (wohl nicht nur die der Naturwissenschaften im engeren Sinne, sondern auch der Technologie und des Verkehrs- und Energiewesens) hätten aber den Grossmächten die Mittel in die Hand gegeben, eine imperialistische Politik zu führen, wie sie in der Geschichte ohne Vorbild dastehe.¹³ Den Hauptgrund dieser Erscheinung glaubte das Tagblatt

⁸ Begleitwort zum Parteiprogramm von 1917, S. «10–14».

⁹ a.a.O., S. «15».

¹⁰ TT 11.7.1902.

¹¹ a.a.O.

¹² a.a.O.

¹³ a.a.O.

letzten Endes im Zusammenhang von Imperialismus und sozialer Frage gefunden zu haben und kam zu folgender Erklärung:

«Die ‹Welt- und Kolonialpolitiker› wollen neue Ländereien erschliessen, um den Überschuss an Bevölkerung aufzunehmen und für die Industrie neue Absatzgebiete zu schaffen. ...

Männer wie Chamberlain und Rhodes proklamieren das Recht des Stärkeren und eine rücksichtslose Gewaltpolitik als wirtschaftliche Existenzbedingung ihrer Nation».¹⁴

Diese von wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen begründete imperialistische Politik war für das Tagblatt schon in ihrem Ansatz falsch. Nach seiner Ansicht war der wirtschaftliche Fortschritt nur durch die Arbeit der eigenen Industrie zu sichern:

«Die schweizerische Industrie verdankt ihre einflussreiche Stellung auf dem Weltmarkt der Qualität und Intensität der Arbeit und nicht ihren Panzerschiffen und Torpedos».¹⁵

Den oft im Zusammenhang mit der kolonialistischen Komponente des Imperialismus vorgebrachten Anspruch der Kolonialmächte auf Verbreitung von Kultur und Zivilisation lehnte das Tagblatt energisch ab. Verbreitet würden nicht Kultur und Zivilisation, sondern nur die Gier und Rohheit der Kolonialmächte. Dies wirke ebenso zerstörend auf die geistigen und sittlichen Kräfte der zu kolonisierenden Völker wie der Völker der Kolonialmächte. Die Konsequenzen hätten die Kolonialmächte in der Zukunft einmal selber zu tragen; nämlich dann, wenn die aus ihren althergebrachten Lebensgewohnheiten herausgerissenen und nur mit den negativen Seiten europäischer Zivilisation in Berührung getretenen unterdrückten Völker sich von den Kolonialmächten lösen und diesen als Konkurrenten entgegentreten würden.¹⁶

Für die Demokraten war der Begriff «Imperialismus» also hauptsächlich von zwei Erscheinungen, nämlich dem Kolonialismus und Militarismus, geprägt. Die imperialistische Politik der betreffenden Staaten führten sie auf das in diesen herrschende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System zurück. Ausgehend von moralischen und sachpolitischen Überlegungen¹⁷ sprachen sie imperialistischer Politik jede Rechtfertigung ab.

Wahrscheinlich dem Verständnis und Wissen der Zeit entsprechend befasste sich das Tagblatt mehr mit Fragen des Kolonialismus und Militarismus als mit dem Imperialismus, der sich dem Betrachter eben oft und beispielhaft in den ersten beiden Phänomenen zeigt.

14 a.a.O.

15 a.a.O.

16 a.a.O.

17 Zu diesen sachpolitischen Überlegungen siehe oben Anm. 15 und dazugehöriges Zitat im Text.

3.1.1.2 Kolonialismus

Eine interessante Beobachtung muss gleich vorweggenommen werden. Das Tagblatt hat sich nur im letzten Jahrzehnt vor und in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende mehr oder weniger intensiv mit dem Kolonialismus beschäftigt. Später wurde dieses Thema in der Zeitung kaum mehr aufgegriffen. Eine Erklärung kann im vorliegenden Material nicht gefunden werden. Die allgemeine Tendenz des Tagblattes weist auch nicht auf einen Sinneswandel des Redaktors hin. Andere, den Lesern und der Redaktion wichtiger erscheinende Fragen, wie Abrüstung, Pazifismus, Militarismus, Weltkrieg und Nachkriegsprobleme, müssen wohl das Problem des Kolonialismus in den Hintergrund gedrängt haben.

Zu den ersten Auseinandersetzungen mit dem Kolonialismus kam es im Tagblatt bei der Behandlung von Fragen der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Bekämpfung dieser Missstände. Dabei zog das Tagblatt erstaunliche Schlussfolgerungen, die man kaum erwarten würde. So wurde in einem von einer Wiener Zeitung übernommenen Artikel nach den Beweggründen europäischer Antisklaverei-Bewegungen gesucht und diese Bestrebungen aufs schärfste verurteilt:¹⁸

«Sie¹⁹ richtet sich zwar nicht gegen den Sklavenhandel, wohl aber gegen die Sklavenhändler, gegen eine bestimmte Sorte von Sklavenhändlern, die sämtlichen handeltreibenden Nationen Europas ein Dorn im Auge sind, an deren Niederwerfung sie alle ein Interesse haben. Man bekämpft sie nicht, weil sie Sklavenhändler sind, sondern weil sie erfolgreiche Konkurrenten sind und überhaupt den Profit schmälern.»²⁰

Eine nicht viel bessere Note erhielten in diesem Artikel die Kirchen, die sich ja an diesen Antisklaverei-Bewegungen stark beteiligten:

«Wo die mohammedanische Religion in Afrika eindringt, da hört sofort jede Möglichkeit einer Bekehrung der Eingeborenen zum Christenthum auf. Gleichzeitig damit beginnt auch ein bewusster und energischer Widerstand derselben gegen alle Versuche kapitalistischer Ausbeutung.

Es ist ein Malheur für das Christenthum, dass es heute in Afrika nicht auftreten kann, ohne vom Kapitalismus gefolgt zu sein. Wo immer ein christlicher Missionar sich niederlässt, da findet sich auch gleich einer jener zahlreichen Handelsreisenden ein, ... Ihm folgt der Schnaps, mitunter auch die Syphilis, die einheimische Industrie erliegt der Konkurrenz der eingeführten billigen Fabrikate, die Eingeborenen verfallen der Schuldsklaverei, ... die verschuldeten Eingeborenen werden zur Arbeit herangezogen; wenn sie sich wehren, verjagt man sie, konfisziert ihr Land, führt Kontraktsklaven ein,

18 TT 19.2.1889; der Artikel wurde von der Wiener «Gleichheit» übernommen.

19 Nach Ansicht des Tagblattes wurde diese Antisklavereibewegung von Bismarck geschürt.

20 a.a.O., Anm. 18; gemeint sind mohammedanische.

beginnt den Plantagenbau. Dies ist der Gang der kapitalistischen Zivilisation in Ost- und Westafrika, ... Sie bedeutet für die Eingeborenen ihre soziale, moralische und physische Degradation, Aufhebung ihres primitiven Bodenkommunismus, Auflösung ihrer Gentilverfassung, damit Beseitigung jeglichen festen Haltes, Untergang und Proletarisierung.»²¹

Für den Verfasser dieses Artikels waren also die Missionsbestrebungen der christlichen Kirchen nicht nur erfolglos, sondern förderten geradezu Unterdrückung und Zerstörung des schwarzen Afrikaners. Ähnliche Gedanken entdeckt man in einem Bericht über den sogenannten «Lavigerie-Kongress».²² Ausgehend von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, Kleinbauern und -handwerker in Europa –

«Wird er nicht der Sklave einer Macht, die da heisst Konkurrenz und Grosskapital?»²³

– wurde dort die Frage aufgeworfen, wie es sich denn überhaupt vertrage, die Sklaverei in Afrika zu bekämpfen, wenn man gleichzeitig bereit sei, bei sich zu Hause ähnliche Zustände zu tolerieren.

Wie schon am Anfang des oben zitierten Artikels²⁴ zu lesen ist, wurde also nach der Meinung des Tagblattes nicht der Sklavenhandel als solcher, sondern der ihn teilweise tragende Islam bekämpft. Denn dieser allein konnte nach dem Urteil des Verfassers der Ausbreitung sowohl des Christentums wie der kapitalistischen Kolonialwirtschaft im Wege stehen. Der Autor führte seine Gedanken und Schlussfolgerungen aber noch weiter und kam zur Überzeugung, dass sich der Afrikaner, der zum Islam übertrete, viel besser stelle als der, der sich zum Christentum bekehren lasse:

«Der Islam ist eine Religion des Welthandels in seinen Anfängen, wo noch einfache Warenproduktion herrschte, neben und unter der die urwüchsigen Produktionsweisen sich forterhalten. Er ruiniert sie nicht, er erhebt sie; er löst den Gentilverband nicht auf, er macht ihn nur wehrhafter und kraftvoller, indem er ihm die Waffen der Neuzeit in die Hand drückt. Er schützt den Neger vor der Schnapspest, so weit es möglich ist, und er schützt ihn vor der Versklavung. Das Gesetz Mohammeds verbietet nicht bloss den Genuss geistiger Getränke, es verbietet auch, einen Mohammedaner in Sklaverei zu halten. Der Neger, der zum Islam übertritt, wird dadurch geschützt vor der

21 a.a.O.

22 «Lavigerie – Kongress» benannt nach Lavigerie, Charles Martial Allemand; *1825, + 1892, 1867 Erzbischof von Algier, 1882 Kardinal, 1884 zugleich Erzbischof von Karthago. Er gründete 1868 die Kongregation der «Weissen Väter» zur Christianisierung Afrikas, bekämpfte die Sklaverei, trat politisch für die Annäherung der französischen Katholiken an die Republik ein.

23 TT 12.5.1889.

24 TT 19.2.1889; siehe oben Anm. 18.

Sklaverei. Der Neger, der das Christenthum annimmt, entgeht damit keineswegs der Kontrakt- und Lohnsklaverei.»²⁵

In einer ganzen Anzahl weiterer Artikel befasste sich das Tagblatt immer wieder mit dem Kolonialismus.²⁶ Ausgangspunkt und Ziel der Kritik in diesen Artikeln waren meist die Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien. Die von den Verfechtern des Kolonialismus vorgebrachten Beweggründe wie Verbreitung von Kultur und Zivilisation, Befriedung kriegerischer Stämme und Völker, Missionierung usw. wurden nie akzeptiert:

«Denn die Greuel der Kolonialpolitik kommen nicht von ungefähr. Sie liegen vielmehr im Wesen derselben begründet. Die Grundlage, auf der sie beruht, ist eine falsche. Nicht um die Verbreitung von Bildung und Gesittung, Wohlstand und Menschlichkeit handelt es sich bei derselben. Der Beweggrund, der zu ihr führt, das Ziel, das ihr vorschwebt, ist viel mehr der materielle Vorteil, die eigene Bereicherung, die Ausbeutung fremder Länder und Völker, mit einem Worte der Profit».²⁷

Ähnlich beurteilte das Tagblatt den Burenkrieg. So nannte es diesen einen «Kolonialkrieg der Spekulanten» (auf die südafrikanischen Goldfelder), und die von den Engländern vorgebrachten Rechtsansprüche hielt es für reine Spiegelfechtereie.²⁸

Neben diesen eher humanitären und moralischen Vorbehalten sind auch noch andere Gründe zu finden, welche die Demokraten und das Tagblatt veranlassten, den Kolonialismus so entschieden abzulehnen und zu verurteilen. Die Kritik richtete sich ja in Wirklichkeit gegen dieselben Wirtschaftskreise und -interessen, von denen sich auch die der demokratischen Partei und dem Tagblatt nahestehenden Bevölkerungsgruppen bedroht fühlten.²⁹ Kolonialwirtschaft wurde in erster Linie von Grossunternehmern aller Art und nicht von Handwerkern, Bauern, Arbeitern und Angestellten geführt. Diese fürchteten sich höchstens vor der Konkurrenz billiger Arbeitskräfte und Produkte aus den Kolonialgebieten. Wenn diese These auch nicht gerade bewiesen werden kann, so weist doch ein Artikel zur Intervention der Vereinigten Staaten auf Kuba und den Philippinen in diese Richtung:

25 a.a.O.

26 Eine Auswahl der wichtigsten Artikel im Thurgauer Tagblatt: 4.5.1889, «Es tagt»; 19.1.1890, «Umschau»; 12./13./14.10.1892, «Nach Sumatra»; 28.7.1896, «Wie es die Weissen in Afrika treiben»; 20.2.1900, «Deutsche Kultur in Afrika»; 28.4.1900, «Unmenschlichkeiten am Congo»; 19.7.1900, «Das Trauerspiel im fernen Osten» (Boxeraufstand); 21.7.1900, «Weiss oder Gelb»; 24.3.1901, «Heuchelei der Grossen».

27 TT 28.4.1900.

28 TT 25.11.1900.

29 Siehe oben 1.3, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4 und unten 3.3.

«Den amerikanischen Arbeitern war weisgemacht worden, es sei ihr eigenes Interesse, was die Annexion fremder, noch halbwilder Länder erheische, während sie die Geschäfte der Grosskapitalisten und Spekulanten besorgten.»³⁰

Die Kritik am Kolonialismus beruhte aber nicht nur auf moralischen und humanitären Einwänden und der Angst vor der wirtschaftlichen Konkurrenz. Den Fragen nach dem Rechtsanspruch der Kolonialstaaten auf Kolonien und nach dem wirtschaftlichen Wert und Nutzen dieser Gebiete kam in der Argumentation ebenfalls eine gewisse Bedeutung zu. Wie in anderem Zusammenhang schon mehrmals gesagt wurde, gab es für das Tagblatt keinen, irgendwie begründeten Rechtsanspruch eines Staates irgendein Gebiet dieser Welt zur Kolonie zu machen. Schon sehr früh vertrat es die Meinung, dass diese Gebiete in jeder Beziehung ausschliesslich Eigentum der Eingeborenen seien.³¹ Eine besondere Gelegenheit, um zu diesem Problem Stellung zu nehmen, sah das Tagblatt im Boxeraufstand in China. Der Boxeraufstand war eine besondere Gelegenheit, weil China im Gegensatz zu afrikanischen Kolonialgebieten selbst für europäische oder abendländische Begriffe alle Merkmale eines Staates aufwies und auch von möglicherweise positiven Seiten europäischer Kolonialpolitik (Zivilisation, Kultur usw.) nur wenig hätte profitieren können. Trotzdem geriet China in ein Abhängigkeitsverhältnis, das sich von dem der Kolonien nicht allzu sehr unterschied:

«Dass die Dinge in China diese erschreckende Wendung genommen haben, dass nun so viel kostbares Leben vernichtet wurde, daran tragen die Mächte selber einen grossen Teil der Verantwortung, denn sie haben sich benommen als ob China herrenloses Gut sei. Die Dinge in China weisen die europäischen Völker mit zwingender Gewalt darauf hin, dass es ausser den Weissen noch andere Rassen gibt, die von den Gütern dieser Welt bei einer Aufteilung des Erdballs für sich ein voll gerütteltes Mass verlangen.»³²

Der wirtschaftliche Wert und Nutzen der Kolonialgebiete für ihre Mutterländer war und blieb bis in unsere Zeit ein Streitpunkt zwischen Anhängern und Gegnern des Kolonialismus. Unbestritten ist sicher, dass je nach den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Mutterländern und in den Kolonien kleinere oder grössere Kreise der Wirtschaft und der Bevölkerung direkt oder indirekt Profit aus den Kolonien ziehen konnten. Wie weit dies aber für die Gesamtheit der Kolonialstaaten und ihre Völker und Volkswirtschaften zutraf, müsste wohl von Fall zu Fall abgeklärt werden. Das Tagblatt selber befasste sich nicht oft mit dieser Seite des Problems. Wie allerdings schon oben

30 TT 24.3.1901.

31 TT 19.1.1890.

32 TT 19.7.1900.

einmal gezeigt wurde,³³ mass es der Förderung der eigenen Wirtschaft mehr Wert bei als einer durch Imperialismus und Kolonialismus getragenen territorialen und wirtschaftlichen Expansionspolitik. Einmal schrieb das Tagblatt sogar, Kolonien seien in Wirklichkeit «wert- und zukunftslos.»³⁴

3.1.1.3 Militarismus

Wie schon in den beiden vorangehenden Kapiteln gezeigt wurde, waren Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus für das Tagblatt eigentlich nie oder fast nie selbständige Erscheinungen. Es hat diese Phänomene immer unter Beachtung ihres Zusammenhangs, ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und ihres gemeinsamen Ursprungs interpretiert und kritisiert.³⁵

In folgendem Artikel, der teilweise in einem anderen Zusammenhang³⁶ schon einmal zitiert wurde, kommt dieser Gesichtspunkt der Interpretation und Kritik besonders zum Ausdruck:

«Den amerikanischen Arbeitern war weisgemacht worden, es sei ihr eigenes Interesse, was die Annexion fremder, noch halbwilder Länder erheische, während sie die Geschäfte der Grosskapitalisten und Spekulanten besorgten. Vom Kolonialbesitz ist Weltmachtpolitik unzertrennlich, diese braucht aber als Hauptstütze den Militarismus, der nun auch auf das freie Amerika seinen schweren Fuss gesetzt ... Mit der Herrschaft des Militarismus aber geht die Freiheit flöten.»³⁷

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass für das Verständnis des Tagblattes der Militarismus eine Folgeerscheinung von Imperialismus und Kolonialismus war. Gleichzeitig sah es in ihm auch das Werkzeug zur Durchsetzung dieser imperialistischen Politik.

In welchen Erscheinungen oder Auswüchsen im politischen, gesellschaftlichen und militärischen Leben glaubte es nun den Militarismus zu erkennen? Hauptmerkmale des Militarismus waren für das Tagblatt u.a. das Übergreifen militärischer Verhaltensnormen in zivile Bereiche der Gesellschaft, eine Überbewertung des gesellschaftlichen und moralischen Ansehens des Militärischen und die Einflussnahme militärischer Behörden und Kommandostellen auf die allgemeine Politik eines Landes; also eine wohl auch heute mehr oder weniger allgemein anerkannte Definition des Militarismus.

Besonders angegriffen wurde das Ansehen, das der «Mann in Uniform» und vor allem der «Mann in Offiziersuniform» auch ausserhalb des von seiner Funktion und seinem Rang bedingten Wirkungskreises genoss. Dies haupt-

33 TT 11.7.1902 und oben Anm. 15.

34 TT 20.2.1900, «Deutsche Kultur in Afrika». Das Tagblatt meinte in diesem Artikel, Kolonien seien volkswirtschaftlich ohne Wert, d. h. sie seien für die Mutterländer Zuschussgebiete.

35 Siehe unten 3.1.1.4.

36 TT 24.3.1901 und oben Anm. 30.

37 a.a.O.

sächlich wegen der geistigen Haltung, die das Tagblatt hinter dieser scheinbaren Formalität zu sehen glaubte, wie ein Kommentar zu einem Erlass Wilhelms II., der für höhere Staatsbeamte bei offiziellen Anlässen das Tragen von Uniformen anordnete, zeigt:

«Zuletzt haben im deutschen Reich nur noch Uniformierte ein Recht überhaupt zu leben. Vielleicht bekommen dann Strassenkehrer und Arbeiter Sklavenmonturen und Finanzminister Lieutenantsuniformen, so dass der eigentliche Mensch unter den Bürgerlichen erst mit dem Minister beginnt.»³⁸

Aber auch die Schweiz war nach der Meinung des Tagblattes nicht frei von diesen Erscheinungen. So wurde immer wieder das «Gigerltum»³⁹ gewisser Offiziere und die Preussenverehrerei⁴⁰ höherer Offiziere verurteilt. Auf ähnliche Überlegungen dürfte die Ablehnung des am 4. Oktober 1896 zur Volkabstimmung gelangten Bundesgesetzes betreffend die Disziplinarordnung für die eidgenössische Armee durch die Thurgauer Demokraten zurückzuführen sein:

«Auf Grund des Artikels 30 der neuen Disziplinarordnung könnte aber in Zukunft gegen jeden Angehörigen der Armee eingeschritten werden, der im Zivilverhältnis sich Äusserungen erlauben würde, in welchen ein militärisch-diktatorisch veranlagtes Gemüt einen <Ordnungsfehler> erblickte. Man sage nicht, dieser Fall werde nie eintreten; der nun glücklich gegangene Säbelrassler Wille hat letztes Jahr verlangt, das Oberst Bircher wegen seiner an einer Volksversammlung gesprochenen freien Worte vor ein Disziplinargericht gestellt werde. Bei der Annahme des neuen Gesetzes könnten sich leicht solche Fälle mehren, weil dann eine gesetzliche Handhabe geboten wäre. Es muss eine klare Grenze gezogen werden zwischen Militär und Zivil, und nun will plötzlich die neue Disziplinarordnung auf einmal die militärische Strafgewalt sich auch auf das bürgerliche Leben ausdehnen lassen! Das lassen wir uns nicht gefallen und verwerfen schon aus diesem Grunde das Gesetz.»⁴¹

Ähnliche Überlegungen veranlassten 1906 den Thurgauer Demokraten Emil Hofmann im Nationalrat, anlässlich der Beratung eines neuen Bundesgesetzes betreffend die Militärorganisation, sich für die Besetzung hoher Kommandostellen der Armee durch Berufsoffiziere einzusetzen (Berufsdivisionäre); dies in der Absicht, die «politisierenden Obersten» an die Zügel zu legen und die Politik auch personell vom Militär zu trennen.⁴²

Ein besonderer Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Militarismus schweizerischer Prägung bot sich dem Tagblatt bei der Behandlung der so-

38 TT 31.3.1889.

39 TT 12.7.1906; gemeint sind damit Modegecken in nicht ordonnanzgemässen Uniformen.

40 TT 20.11.1895 und eine ganze Anzahl weiterer Artikel in der zweiten Hälfte des Monats März 1896. Angegriffen wurden vor allem Wille und Gertsch.

41 TT 4.10.1896.

42 TT 21./22.12.1906; das ganze Votum wurde am 18./19.1. 1907 abgedruckt.

nannten «Meuterei an der Flüela».⁴³ Der unter dem Titel «Kadavergehorsam» publizierte Artikel war eine einzige Abrechnung mit der «Schule Wille» und mit Wille selber. Diesem wurde rundweg das Recht abgesprochen, überhaupt zu dieser Meuterei Stellung zu nehmen, da er sich in Vergangenheit und Gegenwart selber so viele Disziplinlosigkeiten geleistet habe, dass er gar nicht qualifiziert sei, «an andere den höchsten Massstab punkto Disziplin anzulegen».⁴⁴ Darüber hinaus wurden Wille bei dieser Gelegenheit, sicher teilweise zu Unrecht, noch einiges mehr an Unredlichkeiten unterschoben:

«Eine Disziplin nach preussischem Muster wäre ein Unglück für die schweizerische Armee, auch ohne Kadavergehorsam wird diese im Ernstfalle ihre Pflicht bis zum letzten Blutstropfen tun. Aus dem schweizerischen Volksheer lässt das Schweizer Volk keine Prätorianertruppe schaffen, die sich zu allem möglichen missbrauchen liesse, sogar unter Umständen aufs eigene Volk zu schießen.»⁴⁵

Diese Kritik, in der die Meuterei wohl mehr Vorwand zur allgemeinen Abrechnung mit gewissen Tendenzen in Armee und Staat war, spiegelt aber nicht die Meinung der gesamten Demokratischen Partei, sondern eher die extremer Exponenten. Zumindest weist die Stellungnahme von Nationalrat Emil Hofmann in diese Richtung. Dieser ging in seiner Interpellationsbegründung am 7. Oktober des gleichen Jahres im Nationalrat nicht nur mit den «schriftstelernden Offizieren» und ihren «Schreibereien», dem Brigadekommandanten und dessen «Soldatenschindereien», sondern ebenso sehr mit der Disziplinlosigkeit der Bündnertruppen scharf ins Gericht.⁴⁶ Diese im ganzen sachliche Kritik von Hofmann weist uns darauf hin, dass in Bezug auf das Problem «Militarismus in der Schweiz» bei den Thurgauer Demokraten kein allzu grosser Konsens der Meinungen bestanden haben kann.⁴⁷

Im übertragenen Sinn darf das Militarismusbild der Thurgauer Demokraten sicher als «klassisch» bezeichnet werden, wobei ein Teil der Überlegungen und Schlussfolgerungen zweifellos «sozialistischem» Gedankengut entnommen wurden. Auf diese Herkunft weist u.a. auch die Analyse des Ersten Weltkriegs im Begleitwort zum Programm der Demokratischen Partei der Schweiz von 1917 hin.⁴⁸ Andere Argumente zeigen dann wieder eher einen christlichen Ein-

43 Während einer Manöverkritik waren Bündner Truppen entgegen dem erhaltenen Befehl wegen der schlechten Witterung ins Tal marschiert. Die wenigen anwesenden Offiziere waren nicht in der Lage, sich durchzusetzen und dies zu verhindern.

44 TT 25.9.1913; zu Willes Artikel in NZZ 23.9.1913 und seinem Rapport an den Bundesrat: Schuhmacher, E., Ulrich Wille, S. 395 f.

45 TT 25.9.1913.

46 TT 8.10.1913.

47 Vgl. dazu Anm. 51 und dazugehöriges Zitat im Text.

48 Begleitwort, S. «10–18».

fluss. So wurde etwa das römische Sprichwort «Qui (!) vis pacem, para bellum» als heidnisches Sprüchlein abgelehnt und dessen Umkehrung verlangt:

«Der Menschheit Losung muss werden: «Qui (!) vis pacem, para pacem»»⁴⁹

Wieweit ging nun der «sozialistische» Einfluss bei den Demokraten? Die Antwort gibt uns das Tagblatt in einem Bericht über einen antimilitaristischen Kongress welscher Arbeiterverbände selber. Sein Kommentator schrieb dazu, dass Auswüchse wie Soldatenschindereien, «Gigerltum» usw. zu bekämpfen seien, wer aber gegen das Militär (in der Schweiz) als solches sei, werde in Wirklichkeit zum «unbewussten Handlanger der Reaktion».⁵⁰

Die Kritik der Demokraten am Militarismus – dies gilt weitgehend auch für die Kritik am Imperialismus und Kolonialismus – richtete sich also zuerst einmal gegen Auswüchse, während Sozialisten und Marxisten immer auch eine Kritik am bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System miteinschlossen.

Mussten also die Letzteren getreu ihrer Überzeugung jede Armee (zumindest jede bürgerliche Armee) ablehnen, so kann man bei den Demokraten schon sehr früh das Argument vom «notwendigen Übel» finden, das allein das Bestehen einer Armee rechtfertige. So musste sich das Tagblatt, selbst bei allem menschlichen Verständnis, gegen die Militärdienstverweigerung wenden:

««Naine» (ein Verweigerer) ist also ein Opfer seiner politischen Überzeugung. Immerhin ist es gut, wenn der Mann keinen Nachfolger findet. Die Auswüchse des Militarismus zu bekämpfen ist das gute Recht aller freiheitlich Gesinnten, an den Grundlagen unseres Heerwesens rütteln zu wollen ist eine Torheit und ein Verbrechen. Die Schweiz bedarf zur Behauptung ihrer Unabhängigkeit, solange die uns umgebenden Mächte in Waffen starren, einer tüchtigen Miliz.»⁵¹

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Recht auf eine Armee wirft sich immer auch die Frage nach dem gerechten Krieg auf. Ein Marxist (als Beispiel) wird in Wirklichkeit nur den Krieg zur Befreiung des Proletariats billigen; für den nationalen Krieg wird er nur in Ausnahmefällen eintreten und versuchen, diesen als Teil eines klassenkämpferischen Krieges zu interpretieren. Die Demokraten sahen dagegen im Verteidigungskrieg den einzig legitimen und gerechten Krieg. So schreibt das Tagblatt unter dem Titel «Der Tod fürs Vaterland» zum Burenkrieg:

«Nur den Verteidigungskrieg, den Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit billigt die heutige zivilisierte Menschheit noch, das ist der heilige

49 a.a.O. Richtig heisst das Sprichwort übrigens «Si vis...» und nicht «Qui vis...».

50 TT 12.7.1906.

51 TT 12.9.1903.

Krieg, aber zum verdammenwürdigen Morde wird er, wenn Neid, Hab-sucht, Ruhm- und Ehrsucht seine Triebfedern, seine Ursache sind, der Mensch Jagd macht auf seinen Nebenmenschen wir bedauern den ar-men Söldner, der in Englands Heere dient, ... Arme Schotten, brave Iren, ihr weiht einer unwürdigen Sache euer Leben.»⁵²

Selbst in der grössten Abrüstungs- und Friedenseuphorie nach dem Ersten Weltkrieg, von der auch die Demokraten geblendet wurden, und in der sie sich stark für die Herabsetzung der Militärausgaben und die allgemeine Abrüstung einsetzten, blieben sie in Wirklichkeit ihrer Grundhaltung treu.⁵³ So zog das Tagblatt am Schluss einer Artikelserie zur Abrüstungsfrage daraus folgende Konsequenzen für die schweizerische Politik:

«Den Antimilitarismus der schweizerischen Linksparteien, wie er sich seit 1916 auswirkt, der sich gegen alles, was Armee hiess, richtete und die Wehr-männer systematisch zur Gehorsamsverweigerung verleiten wollte, haben wir immer als eine verfehlte Methode betrachtet, und auch heute noch, wo-mit der Friedensgedanke nicht gefördert wird, wie es auch verfehlt ist, wenn man gegen Staat und Staatsordnung demonstrieren will...

Hier geht der Trennungsstrich zwischen den politischen Antimilitaristen der kommunistischen Partei und denjenigen, die für eine zeitgemässe Abrüstung und überzeugte Friedenspolitik eintreten und für die Wahrung demokrati-scher Grundsätze auch in der Armee.»⁵⁴

Die Demokraten sahen im Militarismus aber nicht nur eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern ebenso eine Gefahr für den Frieden und Fortschritt im Innern der Staaten. Ausgehend vom oben Darge-legten kann gesagt werden, dass für die Demokraten die meisten Kriege (d.h. die «imperialistischen» oder «militaristischen», beziehungsweise «ungerech-ten» Kriege) zugunsten wirtschaftlicher Interessen geführt wurden. In ihren Überlegungen gingen sie aber noch weiter und kamen zur Überzeugung, dass hingegen die Lasten des Krieges nur von den wirtschaftlich nicht direkt Inter-essierten, dem kleinen Volk, getragen werden müssten:

«Es geht bei diesem Kriege also wie bei allen anderen: sowohl die Blutsteuer wie die Geldsteuer wird im Wesentlichen dem Volke, den kleinen Leuten aufgebürdet.»⁵⁵

Einerseits wurde also im Tagblatt die These vertreten, dass militaristische Politik und in ihrer Konsequenz Kriege meistens um wirtschaftlicher Interessen willen geführt würden; andererseits kam es in einem Artikel zum russisch-japa-

52 TT 30.3.1900.

53 Begleitwort, S. «10–18»; TT 8.2.1922; 17.7.1922; 13.11.1926 und 17./18./19.7.1928.

54 TT 17./18./19.7.1928; das Zitat selber stammt aus der Ausgabe von 19.7.

55 TT 6.4.1900, Artikel zum Burenkrieg.

nischen Krieg zur Schlussfolgerung, dass gerade diese Politik letzten Endes auch ihren Urheber*innen gefährlich werden könnte:

«Der heutige Kapitalismus ist auf den Militarismus zugespitzt, aber die Konsequenz des Militarismus, der Krieg, droht vor allem den kapitalistischen Interessen.»⁵⁶

Nachdem die Stellung des Tagblattes und der Demokraten zum Militarismus nun von verschiedenen Seiten her beleuchtet worden ist, sollte auf das schon am Anfang angeschnittene Problem des Verhältnisses von Militarismus zu Idealen wie Demokratie und Freiheit zurückgekommen werden. Der Militarismus (dies gilt in gleicher Weise auch für den Imperialismus und Kolonialismus) war für das Tagblatt und die Demokraten nur in seiner Konsequenz ein Problem zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Ursache glaubten sie aber in gestörten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen innerhalb der einzelnen Staaten gefunden zu haben. Diese Fehlentwicklungen verursachten und förderten nach ihrer Meinung also bestimmte Tendenzen in der internationalen Politik. Gleichzeitig war für sie der Militarismus eine der grössten Gefahren für den demokratischen Staat. Dazu aus einem Artikel zu einem der Revisionsprozesse in der Dreyfuss-Affäre:

«Die Affäre Dreyfuss zeigt so recht, dass zwischen der demokratischen Republik und dem Militarismus ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht.»⁵⁷

3.1.1.4 Zusammenfassung

Obwohl die Thurgauer Demokraten (und mit ihnen die Schweizer Demokraten) nie mehr als eine regionale Bedeutung⁵⁸ erlangten, befassten sie sich immer wieder mit Problemen, die weit über den Rahmen tages-, sach- und lokalpolitischer Fragen hinausgingen. Dieser Versuch, das Alltägliche hinter sich zu lassen, sich allgemeinen Problemen der Menschheit zu stellen und diese zu ergründen, muss festgehalten werden. Dies ist für eine kleine Partei, die dazu nur in einem kleinen Teil eines ebenfalls kleinen Landes eine gewisse Bedeutung erlangte, aber trotz ihres bescheidenen Spielraumes versuchte, neben den grossen politisch-ideologischen Strömungen der Zeit (Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus) eine eigenständige Position einzunehmen, sicher bemerkenswert.

Hier kann bereits eine erste ideologische Abgrenzung dieser Position vorgenommen werden. Die Demokraten müssen generell irgendwo im Grenzbereich von Liberalismus und Sozialismus eingeordnet werden. In den Gründungs- und Anfangsjahren der Partei scheint «sozialistisches» Gedankengut überwogen zu haben. So ist doch anfänglich die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus,

56 TT 19.2.1904.

57 TT 8.6.1899.

58 In der Ostschweiz.

Kolonialismus und Militarismus immer auch eine recht deutliche Kritik am bestehenden und weitgehend liberalen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges tritt dann noch einmal diese ursprüngliche Tendenz in den Vordergrund,⁵⁹ um dann aber in den Nachkriegsjahren um so deutlicher verdrängt zu werden. Einerseits dürfte dies auf das Aufkommen der Sozialdemokratie zurückzuführen sein, die sich gerade in diesen Jahren als einzige Arbeiterpartei (neben den Kommunisten) durchzusetzen vermochte und damit den Demokraten mit Erfolg einen Teil ihrer Position – ideologisch und in der Wählerschaft – streitig machen konnte. Andererseits dürfte auch die Revolution in Russland und das Verhältnis der schweizerischen Sozialdemokratie zu Sowjetrussland nicht ohne Einfluss auf die Demokraten geblieben sein.

3.1.2 Der Erste Weltkrieg

Der Ausbruch des Krieges, besonders der Zeitpunkt des Ausbruches, kam für die Demokraten und ihre Zeitung, wie für die meisten ihrer Zeitgenossen, überraschend. Allerdings vertrat das Tagblatt bereits in einem Kommentar zum Mord von Sarajewo die Meinung, dass dieses Attentat⁶⁰ eine reale Kriegsgefahr für den Balkan und ganz Europa bedeute. Der Kriegsausbruch selber wirkte dann aber doch wie ein Schock.⁶¹ Die Berichterstattung erfolgte in den ersten Monaten bis in den Dezember 1914 hinein nahezu kommentarlos. Eine erste Gelegenheit zur Stellungnahme bot sich den Demokraten am kantonalen Parteitag vom 18. Oktober 1914.⁶² In der Eröffnungsrede ging der Parteipräsident (Vögelin) aber nur kurz auf den Krieg selber ein. Haupttraktandum waren die durch den Krieg bedingten Wirtschaftsprobleme der Schweiz.⁶³ Eigentlich erst mit einem Kommentar zur bekannten «Spittelerrede» begann eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Kriege.⁶⁴ Die Antwort auf die Fragen nach Ursache, Schuld und Folgen dieser Katastrophe konnte nur in einer ganz bestimmten Richtung ausfallen. Für die Demokraten war dieser Krieg die tragische, aber logische Konsequenz der Maximen internationaler Politik und der innerstaatlichen Zustände der vorangegangenen Jahrzehnte.⁶⁵ In einer ganzen Anzahl von Artikeln und Publikationen wurde diese These zur Grundlage aller Überlegungen und Schlussfolgerungen.⁶⁶

59 Begleitwort.

60 TT 2.7.1914.

61 TT 3.8.1914.

62 TT 19.10.1914.

63 a.a.O. An diesem Parteitag herrschte noch allgemein die Meinung, der Krieg werde nicht allzu lange dauern. Deshalb glaubte man auch, dies seien alles nur kurzfristige Probleme.

64 TT 18.12.1914.

65 Siehe oben 3.1.1.1 bis 3.1.1.4.

66 TT 28.6.1915, «Zum Jahrestag von Sarajevo»; 12.9.1916, «Spiel mit dem Feuer»; 5.2.1917, (Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den U.S.A. und Deutschland); Begleitwort, S. «10–18».

Der Krieg selber nahm für die Demokraten die Ausmasse einer alles mit sich in den Abgrund reissenden «Kulturkatastrophe» an. Noch Jahre nach Kriegsende nannte das Tagblatt ihn ein «geistiges und moralisches Debakel der ganzen Zivilisation.»⁶⁷

«Aber alle diese riesenhaften Opfer, welche die Völker seit bald Jahresfrist bringen, sind in den Dienst der Zerstörung gestellt. Sie werfen Europa um ein Jahrhundert zurück und mühsam muss nach dem Krieg wieder Stück für Stück aufgebaut werden, was dank einer raffinierten Technik in kurzen Augenblicken niedergerissen wurde. Wenn man zurückdenkt an die Zeit vor dem Krieg, wo Geld für kulturelle, für humanitäre Zwecke kaum flüssig gemacht werden konnte und dem die Tatsache gegenüberstellt, dass heute von den Parlamenten der kriegsführenden Staaten ohne Wimpernzucken Milliarden für den Moloch bewilligt werden, der seine Kinder verschlingt, krampft sich einem das Herz im Leibe zusammen ... Die heutige Generation weiss es nun, welch furchbar wütend Schrecknis der Krieg ist. Die Blüte der männlichen Jugend, die hingesunken wie Kräuter im Maien, die zerstörten Städte und Dörfer, die zerstampften Fluren, die Menge Krüppel, die ein grauenhaftes langes Leben des Siechtums vor sich haben, die gramerfüllten Witwen, denen der Krieg ihr Liebstes nahm, die Waisen, die unbehütet von Vaterliebe aufwachsen müssen, sie alle sind die beklagenswerten Opfer menschlichen Wahnsinns, der in diesem Krieg wahre Orgien feiert, wie in keinem je zuvor. Sie wollen gute Christen sein, alle die Kriegshetzer und Urheber des grauenhaften Mordens, ... Möchten wenigstens die wenigen Staaten Europas, die vom Hexentanz noch nicht ergriffen sind, nicht in diesen hineingerissen werden. Möchte unter dieses blutigste Kapitel der Weltgeschichte bald der Schlusspunkt gesetzt werden können und die Menschheit befreit sein von dem schrecklichen Alp, der ihr seit Monden den Atem raubt.»⁶⁸

Nichts ist in diesem Artikel übriggeblieben von der nüchternen, kalten und gefühllosen Kriegsberichterstattung der ersten Kriegsmonate. Das hohle Pathos, das die Presse der Kriegsstaaten auszeichnete, und das leere Gerede über den «Segen des Krieges»,⁶⁹ die beide hin und wieder sogar in schweizerischen Köpfen herumspukten⁷⁰, waren im Tagblatt sowieso nie zu finden. Dabei sahen die Demokraten nicht nur die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und das Leid der betroffenen Menschen; für sie war dieser Krieg eine «Weltkatastrophe»,⁷¹ die das ganze Fundament der abendländischen Welt bedrohte.

67 TT 19.7.1928.

68 TT 28.6.1915.

69 a.a.O.

70 TT 12.9.1916, «Spiel mit dem Feuer»; dieser Artikel wurde von Pfarrer Etter in Rorschach verfasst und erschien zuerst im «Religiösen Volksblatt».

71 Begleitwort, S. «11».

«Die blutigste Krisis, in der seit dreieinhalb Jahren die Völker Europas sich befinden, geht unaufhaltsam weiter. Bereits steht die Welt im vierten Kriegswinter. Und immer noch rast die Kriegsfurie wie ein ehernes Schicksal durch Europas schönste Landstriche. Und furchtbar sind die Folgen des blutigen Ringens. Das grausame Sterben und Verderben der Jünglings- und Manneskraft, ein wahnsinnig-brutales Zerstören alles dessen, was die Menschheit zum Leben braucht, der wirtschaftliche Druck, der bald auf Neutralen wie Kriegsführenden in gleicher Weise lastet, verbunden mit schamlosem Kriegswucher, und im geistigen Leben eine Verwüstung und Verdrehung alles dessen, was sonst rechten Menschen als wahr, gross und gut gegolten hat. Europas Staatsgebäude kracht in allen Fugen. Throne wanken und Königskronen sind bereits in den Staub gerollt».⁷²

Es wäre falsch hier den Eindruck erwecken zu wollen, die Demokraten seien in der Verurteilung des Krieges so etwas wie ein Einzelfall gewesen. Bemerkenswert ist aber die Intensität und Ehrlichkeit, mit der sie ihre Überzeugung vortrugen.

Die Abscheu (der Demokraten) vor dem Krieg war und ist eine Sache des Gefühls und Glaubens oder der Moral und Ethik und nicht eine des Wissens und Erkennens. Die Diskussion um die Kriegsschuldfrage war hingegen ganz anderer Natur. Die meisten Vorgänge und Verwicklungen, die dann wirklich den Krieg verursachten, waren dem Zeitgenossen ganz oder teilweise unbekannt. Wollte er zur Schuldfrage Stellung nehmen, so musste er entweder den vordergründigen Propagandaargumenten der Kriegsführenden, Sympathien oder seiner allgemeinen Einstellung zum Krieg folgen. Die Demokraten zeigten am Anfang des Krieges gewisse Sympathien für Deutschland, was wahrscheinlich auf die besonders akzentuierte Antipathie gegen Russland zurückzuführen ist.⁷³ Spätestens mit der Erklärung des unbegrenzten U-Boot-Krieges⁷⁴ verschwinden aber die letzten Sympathien für Deutschland.⁷⁵ Gerade in einem Satz wie diesem –

«Deutschland fühlt sich offenbar so stark, dass es die ganze Welt in Schranken fordern kann.»⁷⁶

– kam bereits die Kritik am «Völkerhochmut» zum Ausdruck, die dann noch im gleichen Jahr im Begleitwort zum neuen Programm der Demokratischen Partei der Schweiz zu finden war und dort als eine der kriegsverschuldenden

⁷² a.a.O., S. «10».

⁷³ TT 3.8. und 18.12.1914. Ähnliches ist schon sehr früh zu beobachten. So z. B. in: TT 29./30./31.12.1891; TT 1.1.1892; hier wurden die Dreibundstaaten als friedliebend und die sich abzeichnende russisch-französische Allianz als besonders kriegerisch dargestellt.

⁷⁴ 1.2.1917

⁷⁵ TT 5.2.1917.

⁷⁶ a.a.O.

Verhaltensnormen verurteilt wurde.⁷⁷ Gegen Ende des Krieges vertrat dann das Tagblatt immer mehr die Meinung, Deutschland und Österreich-Ungarn hätten ein grösseres Mass an Verantwortung und Schuld zu tragen als die anderen Staaten.⁷⁸

Für die Demokraten hatte aber diese Art der Betrachtung, Beurteilung und Verurteilung, d.h. die Frage nach dem Mass der Schuld der einzelnen Staaten, keine allzu grosse Bedeutung. Wie schon einmal dargelegt wurde,⁷⁹ glaubten sie die Ursachen eines Krieges eher im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich suchen zu müssen. Dieser Krieg war für sie eine direkte Folge des Imperialismus, der die gesamte Politik ihrer Zeit geprägt hatte.⁸⁰ Rückblickend auf den Krieg schrieb das Tagblatt 1928 in einem Artikel zur Abrüstung zur Kriegsschuldfrage:

«Gewiss gibt es auch bei uns prinzipielle Gegner der Abrüstung, wobei wir von denjenigen Kreisen absehen wollen, die sich von geschäftlichen Interessen leiten lassen. In den Grossstaaten waren diese die Hauptschuldigen am Kriege.»⁸¹

Den Regierungen sei es nur möglich gewesen, den Krieg zu erklären und durchzuhalten, weil sie in der Aussen- und Militärpolitik keiner demokratischen Kontrolle durch Volk und Parlament unterworfen gewesen seien.⁸² In dieser Behauptung fanden dann die Demokraten auch den Ansatzpunkt zu ihrer These über die Möglichkeiten der Kriegsverhinderung und der Friedenssicherung.

3.1.3 Frieden, Friedensbewegungen und Völkerbund

In der Auseinandersetzung der Demokraten mit dem Problem «Frieden»⁸³ sind zwei Tendenzen zu erkennen. Auf der einen Seite führten sie, wie am Ende des vorangehenden Kapitels gezeigt wurde, die Friedensgefährdung und den Krieg auf Fehler oder Fehlentwicklungen in der bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ordnung zurück. Daneben betrachteten sie dieses Problem immer auch unter dem Gesichtspunkt idealistischer oder humanitärer Forderungen im Sinne eines Henri Dunant oder einer Bertha von

77 Begleitwort, S. «13 und 15».

78 Dieser Meinungsumschwung im Tagblatt lässt sich kaum mit einzelnen Zitaten belegen. Man kann aber sagen, dass sich die Sympathien im Februar 1917 (U-Boot-Krieg) endgültig auf die Entente-Mächte verlagert haben.

79 Siehe oben 3.1.1.1 bis 3.1.1.4.

80 Begleitwort, S. «10»; TT 24./27.8.1918, «Ideen und Interessen des Krieges»; dieser Artikel wurde kommentarlos von der «Wiener Arbeiterzeitung» übernommen.

81 TT 19.7.1928.

82 Begleitwort, S. «18».

83 «Frieden» soll hier als Problem im umfassendsten Sinne verstanden werden.

Suttner. Das Verhältnis der Menschheit zum Frieden war für sie eine Art Lernprozess.

«Den grossen Erfolg haben jedenfalls die Friedenskongresse, dass die Sympathie der Völker für den Weltfrieden immer mehr gewonnen wird; dass immer mehr der Krieg als ein ungeheures Elend empfunden und als ein Verbrechen verabscheut wird, das zu begehen Jeden ein tiefes Grauen anwandeln muss.»⁸⁴

«Wer hätte vor der kurzen Zeit von 200 Jahren an eine Aufhebung des Sklavenhandel, an eine religiöse und persönliche Freiheit, an eine allgemeine Volksbildung gedacht! Nun wie ists heute? Sklaverei, religiöse und politische Knechtschaft sind verpönt – nun möge doch bald der Massenmord Krieg als allgemeines Verbrechen angesehen werden. Nur den Glauben an eine Macht der Wahrheit nicht verlieren und vorwärts gerungen dem hehren Ziele zu. Wer für die Ideale eines Völkerfriedens arbeitet, der lebt sein Leben würdig – er lebt der Menschheit.»⁸⁵

Tagblatt und Demokratische Partei fühlten sich deshalb eng mit allen Vereinigungen und Personen verbunden, die für diese Bestrebungen kämpften. So schrieb der Verfasser eines Artikels zum Friedenskongress in Bern, er sei «befremdet und unangenehm berührt», weil das Konkurrenzblatt (Thurgauer Zeitung) seinerseits ziemlich skeptisch zu diesem Kongress Stellung bezogen hatte. Für ihn war dieser nicht «lächerlich», und in den Teilnehmern sah er keine «Idealisten», die «dem Regenbogen nachjagen», sondern «Idealisten im wahrsten und schönsten Sinne des Wortes» und Menschen, die von einer «aus tiefstem Herzen emporflammenden Begeisterung für das Ideal des Weltfriedens von Innen heraus durchglüht» seien.⁸⁶ Heute mag diese Bewunderung inhaltlich wie stilistisch naiv und vielleicht sogar lächerlich klingen. Damals, als nach der Meinung des Tagblattes in der Öffentlichkeit «Soldatentugend und -ehre» mehr zählten als «Bürgertugend und -ehre»,⁸⁷ entsprach sie aber sicher der ehrlichen Überzeugung des Verfassers und seiner Leser. Dies bestätigt auch ein Artikel zum 60. Geburtstag von Bertha von Suttner:

«Man mag in ihren Schriften vieles als tendenziöse Übertreibung bezeichnen, in Wahrheit wird man doch zugeben müssen, dass sie um ein edles Ideal ringt, dass sie mit Recht dem Krebsübel des Militarismus enggetreten will und dass ihr Name verdient, mit den besten genannt zu werden.»⁸⁸

84 TT 4.9.1892; Kommentar zum Friedenskongress in Bern.

85 TT 29.9.1898

86 TT 4.9.1892.

87 TT 29.9.1898.

88 TT 26.6.1903.

Ob und wie weit sich Thurgauer Demokraten vor dem Ersten Weltkrieg persönlich an irgendeiner Friedensbewegung beteiligten, lässt sich an Hand des vorliegenden Materials nicht feststellen. Im Tagblatt kamen aber diese, direkt oder indirekt, immer wieder zu Wort. So druckte es etwa den Aufruf des Friedensvereins Konstanz zur 25-Jahr-Feier des Frankfurter Friedens, den Pfarrer Pflüger aus Dussnang verfasst hatte, ab. Pflüger schrieb u.a. in diesem Artikel:

«... der Krieg ist eine schreckliche Krankheit, der Militarismus ein zehrendes Siechtum, der Frieden allein Bürgschaft der Gesundheit! Die Zukunft gehört dem Weltfrieden. Dem Recht die Bahn! Die Waffen nieder!»⁸⁹

Solche Artikel druckt eine Zeitung üblicherweise nur ab, wenn sie sich mit ihnen wenigstens teilweise identifizieren kann. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Demokraten diese Friedensbemühungen unterstützten und dass ihr Publikationsorgan diesen immer offen stand.

Das Tagblatt und die Demokraten selber sahen die erfolgversprechendsten Friedensbestrebungen auf folgenden Ebenen:

- Schiedsgerichte zur Lösung internationaler Streitigkeiten
- Abrüstung und damit Herabsetzung der Rüstungsausgaben zugunsten sozialer Aufgaben.

Mit der zweiten Forderung glaubte man, kurzfristig die Kriegsgefahr und langfristig, durch den wachsenden Wohlstand der Völker, deren Interesse an einem Krieg verringern zu können.⁹⁰

Nach dem Ersten Weltkrieg richtete sich das Interesse der Demokraten hauptsächlich auf den Völkerbund und die Abrüstungsbemühungen. Ihre Vorstellungen und Forderungen zum Problem an sich änderten sich kaum. In Anlehnung an die im Begleitwort zum Parteiprogramm von 1917 aufgestellten Thesen setzten sich die Demokraten (auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene) stark für den Völkerbundsbeitritt ein.⁹¹ Einige führende Thurgauer Demokraten verstanden dies auch als persönliche Aufgabe; so war z. B. der damalige Parteipräsident Dr. Frey Mitglied des Vorstandes der schweizerischen Völkerbundsvereinigung und Dr. Keller (Mitglied des Parteivorstandes) Präsident der thurgauischen Völkerbundsvereinigung.⁹²

89 TT 13.5.1896. Pflüger zog später nach Zürich und wurde dort als sozialdemokratischer Politiker bekannt.

90 TT 11.2.1897; 4.9.1892 und 29.9.1898.

91 TT 1.9.1919; am eidg. Parteitag vom 31. 8. beschlossen die Demokraten einstimmig den Beitritt zu empfehlen. Das Referat von Scherrer-Füllemann «Die Schweiz und der Völkerbund», das er an diesem Parteitag hielt, ist in TT 3./4./5.9.1919 abgedruckt; derselbe im Nationalrat im Namen der Partei in TT 12.11.1919. TT 8./15.5.1920; Aufrufe der Demokratischen Partei zugunsten des Völkerbundsbeitrittes.

92 TT 22.10.1925 (Frey); 20.12.1926 (Keller).

Das Verhältnis der Demokraten zur Abrüstungsfrage war trotz allem sowohl in der Vor- wie in der Nachkriegszeit immer etwas zweideutig. Sie haben nie eine sofortige oder totale Abrüstung verlangt. Besonders in bezug auf die Schweiz folgten sie dem Motto «ja, aber...». Dies belegen beispielsweise der Kommentar zum Friedenskongress von Bern im Jahre 1892⁹³ oder andere bereits zitierte Artikel.⁹⁴ Wohl bewunderten sie den Idealismus einer Bertha von Suttner und deren Gesinnungsfreunde; nichtsdestotrotz waren sie selber zu sehr Realisten, um nicht zu wissen, wie schwierig und nahezu unmöglich die Durchsetzung dieser Forderungen sein würde. Die gegen Ende des Krieges von der Forderung nach Ausbau der demokratischen Kontrolle (Volkssouveränität und direkte Demokratie) der Aussen- und Militärpolitik getragene Hoffnung auf Frieden und Abrüstung zerschlug sich schon bald nach Kriegsende. Sicher auch als Folge dieser Erfahrung griff bei den Demokraten Skepsis und Pessimismus um sich. Wohl verlangten sie in den zwanziger Jahren noch hin und wieder eine Reduktion der Militärausgaben in der Schweiz,⁹⁵ von einer Abrüstung der Schweiz – an eine allgemeine glaubten sie kaum mehr – war aber nie die Rede. Gegen Ende des Jahrzehnts vertraten sie dann eher die Meinung, die Zeit verlange eine Stärkung und nicht eine Schwächung der Armee.⁹⁶ Im Tagblatt wurde dies hauptsächlich mit der Aggressivität und Gefährlichkeit des italienischen Faschismus begründet. Erstaunlich früh erkannte es die besondere Gefährdung der Schweiz durch den nun faschistisch geprägten Irredentismus.⁹⁷

Die am Anfang des Kapitels erwähnte «gesellschaftskritische» Tendenz in der Argumentation der Demokraten zum Friedens- und Kriegsproblem, wie sie vor allem im Begleitwort zum eidgenössischen Programm von 1917 zu finden ist, erlebte mit diesem Programm selbst ihren Höhepunkt. In den folgenden Jahren wurde sie immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Es darf sicher gesagt werden, dass für die Demokraten bis Kriegsende die Machtverhältnisse innerhalb des bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systems für die katastrophale Entwicklung verantwortlich waren.⁹⁸ Daneben gab es wahrscheinlich auch Demokraten, für die das System selbst schuld war. Als Partei haben die Demokraten aber nie den sozialistischen oder gar marxistischen Standpunkt übernommen. Sie waren überzeugt, dass ohne revolutionäre Veränderungen und nur durch den Ausbau der Volksrechte und die Einführung der direkten Demokratie dieses System auf den rechten Weg gebracht werden könnte.⁹⁹ Ihr Ziel war also der Ausgleich; d.h. ein Ausgleich der Interessen innerhalb der Staaten wie auch zwischen den Staaten. Diese Hoffnung

93 TT 4.9.1892.

94 TT 11.2.1897; 29.9.1898 und 26.6.1903.

95 TT 17.7.1922 und 12.11.1920.

96 TT 20.6.1930.

97 TT 17./18./19.7.1928.

98 Begleitwort S. «10–18».

99 a.a.O.

erklärt auch ihre Empörung über die Friedensverträge, die dem Kriege folgten. So verurteilten sie schon im Juni 1919 die Friedensbedingungen als «Gewaltfrieden».¹⁰⁰ Dabei verstanden sie darunter nicht einen Gewaltfrieden im Sinne gewisser nationalistischer Kreise Deutschlands. Aber für sie trug er bereits die Wurzeln der Revanche und eines neuen Krieges in sich.¹⁰¹ Deshalb und nicht etwa aus Deutschlandfreundlichkeit konnte das Tagblatt zu diesem Friedensvertrag sagen:

«Der Friedensvertrag aber, auch wenn er unterzeichnet wird, kann nicht von Dauer sein, denn er bedeutet ein Verbrechen am deutschen Volke, ein grösseres noch als es der Kriegswille von 1914 war.»¹⁰²

3.1.4 Die faschistische und kommunistische Diktatur

Neben dem italienischen Faschismus gab es bekanntlich noch eine ganze Anzahl weiterer faschistischer oder philofaschistischer Bewegungen in Europa. Das Tagblatt betrachtete aber den italienischen als geistigen Vater aller. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland fiel in die Zeit des Zusammenbruches der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau und wurde kaum mehr beachtet. Es mag etwas problematisch sein, den italienischen Faschismus stellvertretend für alle ihm verwandten Bewegungen zu betrachten. Da aber das Tagblatt sich in den zwanziger Jahren gezwungenermassen nur mit dem Faschismus in Italien auseinandersetzen konnte, drängt sich dies auch hier auf.¹⁰³

Im Nationalsozialismus sah es noch mehr als im italienischen Faschismus eine reaktionäre und konservative Bewegung.

«Der deutsche Nationalsozialismus, dem heute so viele Intellektuelle und Geistliche zuströmen, huldigt Zwecken und Zielen, die nur Unheil für die Menschheit bedeuten, er schafft Uferlosigkeit und setzt sich für Schichten ein, die mitschuldig sind an dem furchtbaren Unheil, das 1914 über die Menschheit hereingebrochen und dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.»¹⁰⁴

Sowohl das faschistische Italien wie das kommunistische Russland waren in ihrer Art Antworten auf die Katastrophe der bürgerlich-liberalen Welt. In beiden Ländern verursachte weitgehend der Krieg die politisch-wirtschaftliche Lage, die den beiden Bewegungen erst erlaubte, die Macht zu ergreifen. Beide waren trotz aller Unterschiede aus der Opposition zum bürgerlich-liberalen System entstanden und standen diesem in ausgeprägter Feindschaft gegenüber.

¹⁰⁰ TT 5.6.1919.

¹⁰¹ TT 7.6. und 20.6.1919.

¹⁰² TT 19.6.1919.

¹⁰³ TT 7.1.1927, «Diktatur oder Demokratie».

¹⁰⁴ TT 4.9.1931, zu den Nationalratswahlen 1931.

Auch die Demokraten waren, wie gezeigt, nicht die grössten Freunde der Zustände ihrer Zeit. Trotzdem fühlten sie sich dem bürgerlich-liberalen System immer noch verbunden und auch zugehörig. Sie waren und blieben davon überzeugt, dass nur die «bürgerliche» Demokratie die Möglichkeiten und Mittel biete (Volksouveränität und direkte Demokratie), um die anliegenden Reformen in «demokratischem», d. h. in ihrem Sinne durchzuführen.

Die Auseinandersetzung mit beiden Bewegungen beschränkte sich fast ausschliesslich auf eine Auseinandersetzung mit dem äusseren Erscheinungsbild. Auf die ideologischen Hintergründe, die sich vor allem in der totalen Andersartigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich der beiden Staaten äusserten, traten sie kaum ein. Wie schon gesagt, befassten sie sich fast ausschliesslich mit dem äusseren Erscheinungsbild; denn dieses, nämlich die Diktatur, war für sie die Negation all der Ideale, für die sie eintraten. Deshalb war für das Tagblatt nicht die ökonomische Struktur, sondern die Diktatur Massstab der Kritik. Von seinem Standpunkt aus und auf Grund seiner Erfahrungen konnte es daher ruhig sagen:

«Diktatur ist Gewalt, ob sie von links oder rechts kommt, und was Gewalt ist, das haben wir auch in den Jahrhunderten der Zivilisation erfahren.»¹⁰⁵

Den Erfolg der beiden Bewegungen führte es auf die Folgen des Weltkrieges und auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zurück. Dabei förderte nach seiner Ansicht die Angst vor dem Kommunismus die Chancen des Faschismus noch.

«Woher die Hochkonjunktur des Faschismus? Das ist die Folge des Krieges. Er hat den Sinn für Wert und Heiligkeit des Menschenlebens ertötet. Er hat den Aberglauben an die Heilkraft der Gewalt erzeugt. Er hat die Menschheit in wirtschaftliches Elend gestürzt, an dem sie noch Jahrzehnte zu leiden haben wird. ...

Die Angst vor der in Moskau gepredigten Weltrevolution liess die Weltbourgeoisie die Arme zu dem vermeintlich Stärksten, dem Diktator ausstrecken.»¹⁰⁶

An einem anderen Ort meinte das Tagblatt aber dazu, der «Kampf» des Faschismus gegen den Kommunismus sei mehr Vorwand als echtes Anliegen.¹⁰⁷ Hingegen glaubte es, die Ursachen für den kommunistischen Erfolg in Russland eindeutig im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich gefunden zu haben. Ein Artikel zur kommunistischen Gefahr in der Schweiz, der mit folgender Aufforderung an das schweizerische Bürgertum endete, belegt dies:

105 TT 3.9.1931; zu den Nationalratswahlen 1931.

106 TT 7.1.1927.

107 TT 19.1.1926.

«Die Anhänger der Diktatur des Proletariats werden um so eher den kürzeren ziehen, wenn die bürgerlichen Parteien sich ihrer Pflicht gegenüber dem Volksganzen bewusst werden und Hand bieten zur Einführung grosszügiger sozialer Reformen. Trotten sie aber in kurzsichtiger Weise in den alten ausgefahrenen Geleisen weiter, verkennen sie die Zeichen der «Zeit», so wird sich dies an ihnen selber schwer rächen. Das alte Gewaltsystem hat furchtbares Unglück über die Welt gebracht. Die Diktatur des Proletariats würde, wie das Beispiel von Russland auch dem blödesten Auge zeigt, dieses Elend noch vergrössern. Nur in der wahren Demokratie, der Herrschaft des ganzen Volkes, nicht eines Teil desselben, beruht das Heil der Welt.»¹⁰⁸

In dieser Analyse der Ursachen ist gleichzeitig auch das «demokratische» Rezept zur Bekämpfung des Kommunismus zu finden. Der «Ausbau des sozialen Rechtsstaates und Schutz des demokratischen Staatsgedankens»,¹⁰⁹ die immer das Ziel der demokratischen Politik gewesen seien, wie das Tagblatt bei anderer Gelegenheit schrieb, seien eben die beste Abwehr der kommunistischen und faschistischen Gefahr. Diese These haben die Demokraten und das Tagblatt immer wieder vertreten.¹¹⁰

3.1.5 Zusammenfassung, Ergebnisse, Fragen

Das demokratische Weltbild wird fast nur von der Reflexion auf Fragen und Probleme des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichs geprägt. Selbstverständlich sind auch für die Demokraten Phänomene wie der Imperialismus oder der Weltkrieg zuerst Probleme eigener Art. In der Analyse werden sie aber immer wieder auf Probleme des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichs zurückgeführt. Meistens werden für die Entstehung Fehlentwicklungen in der bestehenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnung verantwortlich gemacht. Hin und wieder suchten sie die Schuld auch im System selbst. Dieses sogenannte «kapitalistische» System, das zumindest auf wirtschaftlicher Ebene eindeutig vom Liberalismus geprägt war (wenn es auch sonst, wie z. B. in Deutschland, alles andere als liberal sein konnte), hatte wohl die europäischen Industriestaaten auf eine nie geahnte Höhe wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht gebracht. Gleichzeitig stellte es sich aber durch seine ungelösten Sozialprobleme, den Weltkrieg usw. selbst in Frage und leitete damit auch seinen eigenen Untergang ein. Es wäre Unsinn zu behaupten, die Thurgauer Demokraten seien die einzigen gewesen, die diese Grundproblematik erkannt hätten. Interessant und bemerkenswert ist aber, dass diese in Wirklichkeit bürgerliche Partei schon sehr früh ihr ganzes Denken und Handeln auf diesen Problemkreis ausrichtete.

¹⁰⁸ TT 22.3.1919.

¹⁰⁹ TT 17.6.1919.

¹¹⁰ Siehe dazu TT: 31.12.1919, «Rückblick aufs Jahr 1919»; 7.6.1930, «Zum 5. Parteitag der KPS in Basel»; 5.8.1919, «Die thurg. Demokraten zur inneren Lage»; 4.6.1924, «Richtlinien demokratischer Politik»; 31.7.1925, «Zum 1. August»; 20.3.1928, «Richtlinien demokratischer Politik».

Ihr Ziel war der soziale Rechtsstaat ¹¹¹ und der Ausbau der direkten Demokratie und der Volkssouveränität. Der Idee und dem Ideal von der Macht des Volkes kommt hier eine grosse Bedeutung zu. Allein das Volk als Gesamtheit der Bürger vermag eben mit Hilfe der Volksrechte diese Ideen und Ideale in die Realität umzusetzen. Nur so kann beispielsweise ein Krieg verhindert oder der soziale Rechtsstaat errungen werden. Deshalb verlangten die Schweizer Demokraten in ihrem Programm von 1917 den Ausbau der Volkssouveränität, um damit Regierungen und Parlamente aller Staaten einer direkten Kontrolle durch das Volk zu unterwerfen. Eine gewisse Anlehnung an Rousseau ist hier nicht zu verkennen. Wie weit diese Anlehnung bewusst oder unbewusst war, lässt sich heute kaum mehr beurteilen. Man muss aber bedenken, dass diese ideale Vorstellung von Volk, Volkswille und Volkssouveränität in der Schweiz eine alte Tradition hatte und immer noch hat. Besonders Parteien oder politische Gruppierungen, die sich selbst als Opposition verstehen, greifen immer wieder gern darauf zurück.

Der soziale Rechtsstaat, der für die Demokraten Wunsch, Forderung und Hoffnung blieb, ist heute in der Schweiz in vielen Bereichen Wirklichkeit geworden oder auf dem Wege der Realisierung. Schon zur Zeit der Demokraten begannen auch die anderen bürgerlichen Parteien ihren Widerstand – sofern er überhaupt bestanden hatte – gegen die Sozialreformen abzubauen. Die Entwicklung der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg hat gezeigt, dass die Grundthese der Demokraten richtig war. Nur Staaten und Gesellschaften, die versuchen sämtlichen Bürgern in allen Lebensbereichen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, haben eine Zukunft.

3.2 *Der Staat*

Während für den Marxisten der Staat grundsätzlich ein Phänomen des Überbaues ist, und er ihn deshalb als eine Art Werkzeug oder «Mittel zum Zweck» interpretiert, kommt diesem Organismus in den meisten anderen politisch-ideologischen Bewegungen eine zentrale Bedeutung zu. Die Diskussion über die Organisation des Staates und die Machtverteilung und Machtkontrolle innerhalb dieses Gebildes berührt eines der Grundprobleme menschlichen Zusammenlebens. Diese Diskussion ist bis heute offen geblieben und wird es wahrscheinlich immer bleiben. Aber spätestens mit Locke, Montesquieu und Rousseau – um nur die wichtigsten Staatstheoretiker der vorrevolutionären Zeit herauszugreifen – wurde ein Weg eingeschlagen, auf dem sich noch heute alle westlichen Demokratien befinden. Selbst die osteuropäischen Staaten haben nie darauf verzichtet, diese Tradition mindestens der Form nach weiterzuführen.

111 TT 17.6.1919.

Einige der Grundwerte dieser Staatsidee (Gewaltentrennung, Volkswahl der Legislative usw.) sind zu Dogmen geworden, an denen niemand mehr zu rütteln wagt. Am Beispiel der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates sieht man, dass diese Grundwerte wohl zum Fundament aller Stufen dieses Staates (Gemeinden, Kantone, Bund) wurden, deren Ausgestaltung aber gleichzeitig eine ganze Reihe neuer Probleme aufwarf. Proporz oder Majorz bei der Wahl der Parlamente, direkte oder indirekte Wahl der exekutiven und judikativen Behörden und das Mitspracherecht des Volkes in Verfassungs- und Gesetzesfragen wurden zu Streitpunkten, die ihre Aktualität bis heute nicht verloren haben. Man denke nur etwa an die Problematik der Totalrevision der Bundesverfassung. Das «formalpolitische» Interesse der Thurgauer Demokraten richtete sich, wie bereits bei der Behandlung der Parteiprogramme gezeigt wurde, gerade auf diesen Fragenkomplex. Die Antwort auf die Frage nach dem Staatsideal der Demokraten müssen wir ebenfalls hier suchen. Die Demokraten interessierten sich in diesem Zusammenhang aber nicht nur für spezifisch schweizerische Probleme. So konnte der Redaktor des Tagblattes nur mit dem Kopf schütteln, als sich Norwegen nach der Trennung von Schweden als Monarchie konstituierte.¹

Für ihn als Demokrat und Schweizer war die Frage «Monarchie oder Republik» nicht rhetorisch. Dies scheint uns absurd; es wird zu zeigen sein, dass das für ihn nicht so war.²

Für die Demokraten war der durch Volksrechte und Volkssouveränität geprägte Staat immer das Ziel ihrer Politik. In ihm sahen sie die einzige erstrebenswerte Form menschlichen Zusammenlebens. Dieser Staat sollte aber immer von Menschen für Menschen geschaffen sein. Eine Eigendynamik dieses Gebildes «Staat» lehnten sie ebenso ab wie den Versuch, dessen Entstehung oder Existenzberechtigung auf irgend einen überirdischen oder übermenschlichen Willensakt zurückzuführen.

«Es ist deshalb traurig genug für ein vorgerücktes Zeitalter, wenn mit gänzlicher Verkennung natürlicher Menschenrechte in gewissen Staaten das Gottesgnadentum von der Regierung selbst immer wieder betont wird, damit man nicht vergesse, dass der usurpierte Thron durch ein göttliches unantastbares Recht begründet sei. Aber diese Ansicht begegnet selbst in absolutistischen Staaten mehr und mehr dem Widerspruch der wirklich Gebildeten, die ein für allemal daran festhalten, dass die Staatsform keine göttliche, sondern eine menschliche Einrichtung sei, somit auch das Recht der Regierenden nur aus den Rechtsanschauungen der Völker entspringe.»³

1 TT 16.8.1905.

2 Siehe unten 3.2.1.

3 TT 18.2.1897, «Über einige Grundfragen der demokratischen Staatsordnung».

Ein demokratischer Staat darf also seine Entstehung nie auf einen göttlichen oder übermenschlichen Willensakt zurückführen. Dadurch würde er nämlich eines seiner Hauptmerkmale verlieren; d. h. die Möglichkeit der Veränderung und Entwicklung. Gottesgnadentum trägt die Entwicklung zu aristokratischen, monarchischen und diktatorischen Staatsformen immer in sich.⁴

Wenn also Staat oder Staatsform immer wandelbar sein müssen, dann kann man konsequenterweise kein absolutes Staatsideal vertreten. Wohl waren die Volksrechte für die Demokraten Ideale, aber erst durch das, was die Menschen damit anzufangen wissen, wird der Staat zum «idealen Staat».⁵

3.2.1 Demokratie in Monarchie und Republik

Heute ruft die Frage, ob eine Monarchie denn überhaupt eine Demokratie sein könne, höchstens ein Lächeln hervor. In diesem Zusammenhang würde jedermann an England oder an skandinavische Staaten denken. Und das sind doch Demokratien! Viele Zeitgenossen der Demokraten hätten wohl ähnlich reagiert, die Demokraten nicht. Einerseits hatten sie ein ganz anderes Monarchiebild, als wir und viele ihrer Zeitgenossen: Wenn sie «Monarchie» sagten, dachten sie sofort an Deutschland und besonders an Wilhelm II. Andererseits verbanden sie, wie bereits gezeigt,⁶ Monarchie immer auch mit Aristokratie, Absolutismus, Diktatur oder Gottesgnadentum. Diese bedingten sich nach ihrer Meinung alle gegenseitig. Dazu waren sie alle gleichzeitig Ursache und Folge fehlender demokratischer Institutionen. Auch bei der Entstehung dieser Überzeugung hatte das Bild der deutschen Monarchie einen nachhaltigen Einfluss.

So vertrat dann das Tagblatt auch eine höchst eigenwillige Interpretation des «Wohlgemuth-Handels».⁷ Wohlgemuth hatte nach seiner Meinung als «Lockspitzel» und «agent provocateur» nicht Sozialdemokraten und Anarchisten zu überwachen, sondern anarchistische und sozialistische Umtriebe zu provozieren und zu produzieren, um damit die Existenzberechtigung der deutschen Monarchie und ihres repressiven Systems zu beweisen.⁸ Diese Interpretation mag für damalige Ohren gesucht, wenn nicht gar skurril geklungen haben; die spätere Forschung⁹ hat aber gezeigt, dass das Tagblatt mit seinen Verdächtigungen kaum neben der historischen Wahrheit lag. Auf alle Fälle entsprach diese Sicht der Dinge dem Monarchiebild der Demokraten. Dieses Monarchiebild und besonders das der deutschen Monarchie hing nie vom Monarchen ab; d.h. in Deutschland von Wilhelm II. Das «persönliche Regiment» von Wilhelm

4 a.a.O.

5 a.a.O.

6 Siehe oben Anm. 3 und 4 und dazugehörige Textstellen.

7 Zum Wohlgemuth-Handel: Bonjour, *Gesch. der schweiz. Neutralität*, Bd. II, S. 473–484; Renk, H., *Bismarcks Konflikt mit der Schweiz*.

8 TT 7.5.1889.

9 Siehe oben Anm. 7.

II. war für die Demokraten Folge und nicht Ursache dieser Monarchie. Wilhelm II. war nicht das «Böse» an sich, sondern der «Vielredner auf dem deutschen Kaiserthron».¹⁰ In den Kommentaren zu dessen berühmt-berüchtigten Reden – sei dies nun jene an den brandenburgischen Provinziallandtag¹¹ oder irgend eine andere – ist mehr Spott als Empörung über ihn zu finden:

«... hat der deutsche Kaiser sich mit seinem Blutsbefehl bloss blamiert. Wir Republikaner haben jedoch keinen Grund, traurig zu sein, wenn sich Kaiser und Könige blamieren.»¹²

Leider sollte die spätere Entwicklung zeigen, dass weder dieser Spott noch diese Beurteilung der Person des deutschen Kaisers berechtigt waren.

Die Monarchie selbst war für die Demokraten eine vorübergehende Erscheinung. Nach ihrer Meinung war die Staatsform genauso einer Entwicklung unterworfen wie etwa das Wirtschaftsleben eines Staates. Im Übergang von der Monarchie zur Republik sahen sie nicht nur eine Entwicklung zu einer höheren Stufe der Staatsform, sondern ebenso sehr eine Anpassung an veränderte Lebensbedingungen.

So gesehen verlangt jede Stufe von Wirtschaft, Kultur und Bildung die ihr eigene Staatsform.

«Nein, die eigenthümliche Bedeutung, wir dürfen sagen, die göttliche Sendung unseres Volkes, zeigt sich auf dem Gebiet des innenpolitischen und sozialen Lebens. Unser Vaterland hat eine bedeutsame politische Aufgabe, nicht im Sinne politischer Machtenfaltung, sondern im Sinne der Ausbildung der Idee einer freien Bundesgenossenschaft, der republikanischen Einrichtung des Gemeinwesens. Diese Idee ist – abgesehen von den Freistaaten der antiken Welt – zum ersten Mal durch jene Männer verwirklicht worden, die auf dem Rütli sich den Bund der Treue und Zusammengehörigkeit schwuren. Seither sind eine Reihe Völker dem Beispiel der Eidgenossen gefolgt und haben an Stelle aristokratischer oder monarchischer Zustände republikanische Verfassungen gesetzt. Es ist keine Frage, dass die Idee der republikanischen Einrichtung des Staatswesens im Fortschreiten und Sieg begriffen ist; auch ist durch die Erfahrung bewiesen, dass der republikanische Gedanke auch in einem ausgedehnten Reiche verwirklicht werden kann. Für viele Staaten ist jetzt noch – teilweise für unabsehbare Zeit – die monarchische Staatsform die geeignetere; man darf eben nie vergessen, dass ein Volk zur republikanischen Staatsform reif sein muss und dass nur einem zur Freiheit erzogenen und entwickelten Volke diese höchste, der menschlichen Gesellschaft würdigste Staatsform zum Segen gereicht. Die monarchi-

10 TT 3.8.1900. Es handelt sich hier um einen Kommentar zur sogenannten Hunnenrede Wilhelms II. Die Rede selber ist abgedruckt in: Johann, E., Reden des Kaisers, S. 90 f.

11 TT 27.2.1892. Auch diese Rede in: Johann, S. 56 f.

12 Siehe oben Anm. 10.

sche Staatsform muss nothwendig den Völkern als ein Übergangsstadium dienen, als eine Etappe, auf der sie vorbereitet werden für die Freiheit der Demokratie. Aber früher oder später muss die Reife kommen, wo das Volk der republikanischen Selbstbestimmung bedürftig ist und sie auch ertragen mag.»¹³

Wenn man das Problem «Monarchie oder Republik» von diesem Standpunkt aus betrachtet, muss man zur Überzeugung kommen, dass sich Monarchie und Demokratie auf die Länge ausschliessen. Denn so gesehen ist Demokratie unteilbar und muss von der untersten bis zur obersten Stufe des Staates und für alle Entscheidungsprozesse verwirklicht sein. Von diesem Standpunkt aus wurde für den Redaktor des Tagblattes die norwegische Königsfrage zu einem Problem.¹⁴

Misst man aber die Monarchie an diesen Kriterien, so muss man für die Republik und erst recht für eine mit Volksrechten ausgestattete Republik einen noch viel strengeren Massstab anlegen. Gerade hier lag ein zentraler Punkt demokratischer Kritik am bestehenden Staat. Kritik an fehlenden Volksrechten, am Majorzwahlsystem und an indirekten Wahlen hiess für die Demokraten, auf fehlende demokratische Institutionen hinweisen, die in der Schweiz noch der Verwirklichung harrten. Dazu glaubten sie, dass der dem monarchischen verwandte aristokratische Geist in der Schweiz noch nicht endgültig ausgerottet sei:

«Die Verfassung von 1869 ist wohl in demokratischem Sinne verfasst, aber der Geist der Aristokratie, der einst in sämtlichen Schweizer Kantonen der vorherrschende war, spukt noch jetzt vielerorts und sucht mit verletzender Einseitigkeit und Beschränktheit jede andere Ansicht zu unterdrücken.»¹⁵

3.2.2 Demokratie und Volksrechte

3.2.2.1 Die Volksrechte als Ausdruck der Volkssouveränität

Bevor über Volkssouveränität und Volksrechte gesprochen werden darf, muss man sich über deren Bedeutung Klarheit verschaffen. Während in der allgemeinen Staatsrechtslehre kein Junktim zwischen Volksrechten und Volkssouveränität gesetzt wird – d. h. für sie ist die Volkssouveränität in einer repräsentativen Demokratie ebenso gewährleistet wie in einer unmittelbaren oder direkten Demokratie – wurde und wird in der Schweiz und besonders in der schweizerischen Politik ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Begriffen gesehen.¹⁶ Volkssouveränität heisst bei uns eben nicht, dass die Reprä-

¹³ TT 16.9.1894.

¹⁴ Siehe oben Anm. 1.

¹⁵ TT 18.2.1897; ähnliches in einem Artikel vom 11.4.1889, «Die Demokratie im Thurgau», in dem zur Gründung einer demokratischen Partei aufgerufen wurde, weil im Thurgau die demokratische Gesinnung darniederliege.

¹⁶ Siehe dazu: Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre, S. 82–92.

sentanten des Volkes diese Souveränität vertreten, sondern dass das Volk sie selber wahrnimmt. Teilweise ist dies ja möglich (Initiativen, Referenden), teilweise ist sie aber eine Fiktion (Aussenpolitik).

Woher kommt nun diese schweizerische «Eigenart»? Mindestens zum Teil kann die Antwort in der Bundesverfassung gefunden werden. In BV 6 verlangt der Bund von den Kantonen nicht etwa, dass sie «Demokratien» seien. Die Kantone müssen sich nur als Republiken konstituieren. Darüber hinaus ist es ihnen freigestellt, den Bürgern die Ausübung ihrer Rechte in «repräsentativer oder demokratischer Form» zuzugestehen. Ausgehend von diesem Artikel der Bundesverfassung und der oben erwähnten Tradition, sehen wir, dass der Begriff «demokratisch» in der Schweiz eine ganz besondere Bedeutung hat. Demokratisch ist eben der Staat, der die Volksrechte kennt und in dem das Volk die Möglichkeit hat, diese Rechte wahrzunehmen. Wie bei der Behandlung der Parteiprogramme gezeigt wurde, bildeten gerade diese Volksrechte bei den Demokraten die wichtigsten Forderungen. Diese waren aber nicht nur Forderungen der Demokraten, sondern demokratische Forderungen. Hier dürfte auch die Herkunft des Parteinamens und die Verwandtschaft zu den 69er und 74er Demokraten zu suchen sein. Demokrat sein heisst so gesehen, für diese demokratischen Ideen, d.h. für die Volksrechte kämpfen. Die Wahrnehmung dieser Volksrechte durch das Volk ergibt dann erst die Volkssouveränität.

Heute versteht man unter Volksrechten im engeren Sinne Initiative und Referendum. Die Demokraten haben die Volksrechte nie weder so genau noch so eng umschrieben. So forderten sie beispielsweise im 91er Programm unter dem Titel «Ausbau der Volksrechte» nicht nur diese beiden klassischen Rechte. Neben Initiative und Referendum ist dort auch die Forderung nach der Volkswahl des Bundesrates und der Einführung eines Proporzelementes zu finden.¹⁷ Ähnliche Vorstellungen von den Volksrechten sind 1892 in einem Artikel des Tagblattes zur Volkswahl des Bundesrates zu finden. Obwohl es in diesem Artikel eindeutig um die Wahlart des Bundesrates geht, ist die Idee des Volksrechts nicht zu übersehen.¹⁸ Für die Demokraten waren also Wahlmodus von Bundesrat und Parlament ebenso ein Volksrecht wie Initiative und Referendum.

Der St. Galler Demokrat und Nationalrat Scherrer-Füllemann erweiterte den Kreis dieser Volksrechte noch.¹⁹ Er vertrat die Ansicht, dass dem Kampf um die Volksrechte die gleiche Bedeutung zukomme, wie früher dem Kampf um Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Schweiz sei aber beim Ausbau der Volksrechte noch zurückgeblieben. Dabei zählte er neben der Gesetzgebungsinitiative auch die Volkswahl des Bundesrates, den Nationalratsproporz, den Schutz des Vereinsrechtes, eine Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung u.a.m. zu den Volksrechten. Irgendwie wurde so jede Forderung der

¹⁷ Siehe oben 2.1. 2.2 und 2.3.

¹⁸ TT 9.2.1892.

¹⁹ TT 16.1.1906.

Demokraten, die sie mit Hilfe der klassischen Volksrechte durchzusetzen hofften, selber zu einem Volksrecht.

Besonderes Gewicht haben die Demokraten auf das Finanzreferendum und die Gesetzgebungsinitiative auf Bundesebene gelegt.²⁰ Der Ruf nach dem Finanzreferendum entzündete sich meist an irgendwelchen Militärkrediten. Die Kritik richtete sich dabei weniger gegen die Militärkredite an sich, als die nach ihrer Ansicht fehlende Verhältnismässigkeit. So empörte sich das Tagblatt 1903 über den Ankauf von Kanonen für zwanzig Millionen, weil das Volk nichts dazu zu sagen habe, während es 1884 über die Erhöhung der Besoldung des Gesandten in Washington habe abstimmen können.²¹ Die Gesetzgebungsinitiative hingegeben sollte das Instrument zur Durchsetzung sozialer und politischer Reformen werden.²²

Die Volksrechte waren für die Demokraten nicht etwas an sich Erstrebenswertes. Die Institution «Volksrecht» wird nicht durch die Einführung, sondern durch den Gebrauch zum Ideal. Dazu sagte Scherrer-Füllemann in seinem bereits zitierten Referat, dass der von den Demokraten postulierte Ausbau der Volksrechte nicht «Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck» sei.²³ Scharf wandte sich das Tagblatt gegen die oft vertretene Meinung, dass die Volksrechte (z.B. das Referendum) konservative Tendenzen begünstigen. Sollte sich dies bewahrheiten, so sei es die Aufgabe der richtigen Demokraten, das Volk politisch zu erziehen.²⁴

3.2.2.2 Die direkte Volkswahl²⁵

Was oben zu den Volksrechten im allgemeinen gesagt wurde, gilt mehr oder weniger auch für das Postulat der direkten Volkswahl. Man sollte die ideellen Motive nicht ganz übersehen, aber für die Demokraten waren diese eindeutig zweitrangig. Auch die direkte Volkswahl war Werkzeug und nicht Ziel ihrer Politik. So wie die klassischen Volksrechte die Durchsetzung ihrer Forderungen und Ideen ermöglichen sollten, so hofften sie, mit Hilfe der direkten Volkswahl Einsitz in die betreffende Behörde nehmen zu können. Diese Hoffnung war und wäre noch heute berechtigt. Während es kleineren und sogenannten «Oppositionsparteien» immer wieder gelingt in Kantonsregierungen, die durch das Volk gewählt werden, Einsitz zu nehmen, ist es bis heute nie jemandem gelungen, gegen den Willen der Bundesratsparteien einen Sitz in der Landesregierung zu erobern.

Diese «wahlarithmetischen» Überlegungen dürften die wesentlichsten Gründe der demokratischen Forderung nach Einführung der direkten Volks-

20 TT 6.5.1903 und 23.4.1909 (beide Finanzreferendum); 22.10.1904 (Gesetzgebungsinitiative).

21 TT 6.5.1903.

22 TT 22.10.1904.

23 Siehe oben, Anm. 19.

24 TT 25.4.1900.

25 Das Thema wird hier am Beispiel des Bundesrates behandelt.

wahl (und des Proporz) gewesen sein. Bewusst oder unbewusst, dafür aber ziemlich geschickt, verstanden sie es, dieses Motiv in den Hintergrund zu schieben. Wenn Nationalrat Curti (St. Gallen) in einer Rede zur Doppelinitiative²⁶ sagte: «Man soll endlich an die Stelle des Rechtes der Macht die Macht des Rechts setzen», so meinte er mit dem «Recht der Macht» eben die Macht der regierenden freisinnigen Partei. Der Ausspruch «Macht des Rechts» tönt heute schön. Dabei verstand Curti darunter natürlich in erster Linie die Teilnahme an der Macht durch die Demokraten und andere Parteien (SP, K-K).²⁷ Jede Partei, ob Minderheits- oder Mehrheitspartei, sollte das ihr zustehende Mass an Macht ausüben können.

In diesem Sinne begrüsst das Tagblatt bereits 1891 die Wahl Zemps in den Bundesrat und sah darin nicht einen Akt des Wohlwollens, sondern der Gerechtigkeit und auch der Notwendigkeit für den Fortschritt der Schweiz.²⁸ Mit ganz ähnlichen Argumenten forderte es fast vierzig Jahre später die bürgerlichen Parteien auf, einen Sozialdemokraten zum Nachfolger von Bundesrat Haab zu wählen.²⁹

Der grosse Kampf in der Schweiz um die Einführung der Volkswahl des Bundesrates und des Nationalratsproporz war die bereits erwähnte Doppelinitiative, die am 4.11.1900 zur Abstimmung gelangte und verworfen wurde.³⁰ Die Thurgauer Demokraten und das Tagblatt engagierten sich stark für diese beiden Initiativen. Während zweier Jahre führten sie durch unzählige Zeitungsartikel und Vorträge führender Demokraten innerhalb und ausserhalb des Kantons einen wahren Propagandafeldzug.³¹ Wie weit sie an der Vaterschaft an dieser Initiative beteiligt waren ist unklar. Im Herbst 1898 berichtete das Tagblatt von einer Vertrauensmännerversammlung von Sozialdemokraten und Linksdemokraten, an der die Einreichung der beiden Initiativen beschlossen worden sei.³²

26 Die «Doppelinitiative» waren zwei Initiativen, die darauf abzielten BV 73 (Verhältnisswahl für den Nationalrat) und BV 95, 96, 100 und 103 (Wahl des Bundesrates durch das Volk) zu revidieren. Beide Vorlagen wurden am 4.11.1900 abgelehnt. Siehe dazu: BBl 1899 IV 741; 1900 III 634, 669, 673, 675; IV 775.

27 Zu Curtis Referat siehe: TT 11.2.1899.

28 TT 19.12.1892.

29 TT 18./19.11.1929.

30 Siehe oben Anm. 26.

31 Einige Bsp. zum Einsatz der Demokraten für die «Doppelinitiative»: TT 19.10.1898; das Komitee der DP des Kts. TG beschliesst am 17.10. Unterstützung der Doppelinitiative; TT 29./30.12.1898; »Historische« Abhandlung über Vorgeschichte und Herkunft der beiden Forderungen; TT 10./11.2.1899; Vortrag von Nationalrat Curti (SG); TT 7.3.1899; Vögelin spricht an einer Versammlung der Metallarbeitergewerkschaft Turgi; TT 15.3.1899; Regierungsrat Hofmann spricht an einer Versammlung des thurg. Bauernbundes; TT 9.10.1900; Hofmann an einer Volksversammlung in Märstetten. Diese Liste liesse sich fast beliebig verlängern!

32 TT 30.9.1898.

Die Thurgauer Demokraten scheinen als Partei nicht vertreten gewesen zu sein. Martin Vögelin, der Redaktor des Tagblattes, war nach diesem seinem eigenen Artikel aber nicht nur als Korrespondent, sondern auch als Teilnehmer an der Versammlung. Ob er im Auftrag der Partei handelte, lässt sich dem Artikel allerdings nicht entnehmen.

Drei Hauptargumente haben die demokratische Propaganda für die Volkswahl des Bundesrates getragen. Über eines haben wir schon gesprochen. In erster Linie wollte man damit die Macht der Freisinnigen im Bund brechen. Direkt wurde dieses Ziel höchst selten erwähnt. Zwischen den Zeilen ist es aber überall zu finden. Kurz vor dem Abstimmungstag wurde es sogar ziemlich deutlich gesagt:

«Wir brauchen eine schweizerische Regierung, die getragen ist vom Vertrauen des gesamten Schweizervolkes. Nicht die Mehrheitspartei der Bundesversammlung soll die Auswahl ... treffen und bestimmen können ...»³³

Der Ausbau der Volksrechte war das zweite Argument, mit dem die Demokraten fochten. Die Bedeutung der Volksrechte in der Schweiz im allgemeinen und bei den Demokraten im besonderen wurde bereits behandelt. Es dürfte also erlaubt sein, sich hier kurz zu fassen. Der Ausbau der Volksrechte war ein zentraler Punkt der demokratischen Politik. Jede mögliche Form der Mitsprache des Volkes war für sie ein Volksrecht. Ähnlich wie den Proporz – «Wer das gesamte Volk als den Souverän betrachten will, stimme für den Proporz ...»³⁴ – beurteilte das Tagblatt die Volkswahl des Bundesrates:

«In der Republik will das Volk der oberste Herrscher sein, also ist es nur folgerichtig, wenn es die Verwalter des Landes, die Regierung selber wählt. Dies ist ein demokratisches Postulat, es ist der Ausbau der politischen Rechte des Schweizervolkes und aus diesem Grunde sollte sich dieses am 4. November dieses schönste aller Volksrechte durch Annahmen des Initiativbegehrens sichern.

Volkswahl heisst Volkswohl!»³⁵

So gesehen ist die Souveränität des Volkes keine abstrakte und nur theoretisch durchführbare Idee, sondern eine konkrete Forderung. Demokratisch sein heisst dann konsequenterweise, sich dafür einsetzen, dass das Volk in jeder Frage mitentscheiden kann. Die Wahlart selbst wird so zum Volksrecht. Nur die direkte Volkswahl entspricht aber diesem Volksrecht und ist deshalb die einzig mögliche demokratische Form, eine Regierung zu wählen.

33 TT 4.11.1900.

34 TT 30.10.1900.

35 a.a.O.

Das dritte wichtige Argument fanden die Demokraten in der ständig wachsenden Macht des Bundes. Diese Machtverschiebung von den Kantonen auf den Bund, die ganz automatisch zu einer gewissen Zentralisation führte und immer noch führt, bedauerten und bekämpften sie überhaupt nicht. Föderalistische Bedenken hatten sie keine. Nach ihrer Ansicht war aber diese Macht völlig unkontrolliert.

«Die geradezu ungeheure Machtfülle des Bundesrates einerseits, andererseits sein Verhältnis zum Parlament, zur Bundesversammlung, machen seine Wahl durch das Volk zur absoluten Notwendigkeit. Wir brauchen angesichts der Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben der Schweiz einen Bundesrat, der getragen ist vom Vertrauen des gesamten Schweizervolkes. ...

Im Verhältnis des Bundesrates zur Bundesversammlung herrschen immer Flitterwochen. Letztere wählt den Bundesrat, dieser verleiht seinerseits vielen Mitgliedern der Bundesversammlung Ämter und Würden, wählt sie in Kreiseisenbahnräte, in den Verwaltungsrat der Bundesbahnen etc. Aus der Hand des Bundesrates ergiesst sich alle Jahre ein Millionen starker goldener Strom von Subventionen. Die Kontrolle der Bundesversammlung gegenüber dem Bundesrat ist eine ganz ungenügende, wie das bei der grossen Ausdehnung der Geschäfte nicht anders zu erwarten ist, die Verwaltungsreform lässt immer auf sich warten, weil die Volkswahl des Bundesrates erst der grundlegende Teil derselben ist.»³⁶

«Die Wahl des Bundesrates durch das Volk will der ganz von selbst mit der Ausdehnung der Verwaltung wachsenden Machtfülle des Bundesrates ein Gegengewicht anhängen, in dem sie diesen vom Volk, das eifersüchtiger als die nach Offiziers- und anderen Stellen lüsternen Parlamentarier über die Integrität und Popularität der staatlichen Einrichtungen wacht, abhängiger machen.»³⁷

Unter dem Titel «Neues Herrentum und Schweizerfreiheit» hieb das Tagblatt in einem anderen Artikel drei Tage vor der Abstimmung dann ziemlich demagogisch in die gleiche Kerbe.³⁸ Nachdem das Schweizervolk zweimal eine Aristokratie überwunden habe (den Adel im Mittelalter und die Aristokratie des Ancien régime), werde es eine dritte nicht aufkommen lassen:

«Und wiederum erhebet nun eine dritte Aristokratie ihr Haupt, ein neuer Adel, ein neues Herrentum, ein Ämter- und Beamtenadel: die Bureaukratie. Diese wollen wir nicht erst gross werden lassen, damit sie uns nicht so viel wie die beiden anderen zu schaffen mache.»³⁹

36 TT 9.10.1900; Hofmann am 8.10 in Märstetten.

37 TT 13.10.1900.

38 TT 1.11.1900

39 a.a.O.

Hier sollte eindeutig die freisinnige Mehrheit in Bundesrat und Bundesversammlung getroffen werden. Trotz aller Demagogie erkannte der Verfasser dieses Artikels die ganze Problematik des modernen Verwaltungsstaates, obwohl dieser damals noch in den Kinderschuhen steckte, erstaunlich gut.

«Im Apfel Tells, dem Sinnbild der Schweizerfreiheit, sitzt ein Wurm. Das ist umso gefährlicher, als der moderne Staat in hohem Grade ein Verwaltungsstaat ist und immer mehr werden wird. Sorgen wir rechtzeitig, dass die Freiheit in den vielen Bureaux nicht verloren gehe. Das ist umso gefährlicher, als jede neue Zentralisation die Macht des Bundes vermehrt und jedes neue Bundesgesetz unsern kantonalen Regierungen, Kantonsräten und Bevölkerungen ein Stück von ihren politischen Rechten wegnimmt. Schaffen wir dafür rechtzeitig den notwendigen Ersatz durch die Vermehrung der Volksrechte im Bunde!

Machen wir die Bundesversammlung zur wahren Repräsentation, zur treuen Volksvergegenwärtigung durch die Abschaffung des Vorrechts einer künstlichen Parlamentsmehrheit, durch die Rechtsgleichheit der Parteien! Wählen wir den Bundesrat durch das Volk, damit er eine Regierung sei, im Vertrauen des ganzen Volkes wurzelnd, der Mehrheit wie der Minderheit, dem Volk verantwortlich, und stark durch solches Vertrauen auch gegen aussen!»⁴⁰

Die Angst und das Misstrauen vor der Macht und Anonymität der Bundesverwaltung und Bundesgewalt im fernen Bern ist leicht zu erkennen. Die Antwort war aber nicht der bis in die heutigen Tage hinein bekannte Ruf nach mehr Föderalismus und weniger Zentralismus, sondern die Forderung auf Volkswahl des Bundesrates.

In diesem Ausmass haben sich die Demokraten nie wieder für die Volkswahl des Bundesrates eingesetzt. Von der Forderung selbst sind sie aber bis zur Auflösung der Partei nicht abgegangen. Die Volkswahl aller Behörden blieb für sie immer die einzig demokratische Wahlart.⁴¹

3.2.2.3 Der Proporz

In der Doppelinitiative ging es bekanntlich nicht nur um die Volkswahl des Bundesrates, sondern auch um die Einführung des Proportionalverfahrens für die Nationalratswahl. Die Demokraten haben beide Forderungen immer in einem sehr engen Zusammenhang gesehen. Dies springt beim Durchlesen aller zitierten Artikel zur Doppelinitiative, die im vorangehenden Kapitel immer unter dem Gesichtspunkt der Volkswahl des Bundesrates behandelt wurden, in die Augen. Wenn für die Demokraten die Volkswahl die einzig demokratische Wahlart für den Bundesrat war, so war eben der Proporz das einzig demokrati-

⁴⁰ a.a.O.

⁴¹ TT 19.12.1903; 30.5.1914 und 25.8.1921.

sche Wahlverfahren für den Nationalrat. Die freisinnige Vorherrschaft konnte nur beendet werden, wenn ihre Vormachtstellung in Bundesrat und Nationalrat gebrochen wurde. Die Institutionen in Bund und Kantonen konnten nur in demokratischem Sinne verändert werden, wenn man für sämtliche Volksrechte eintrat. Die Volksrechte als Ausdruck einer unteilbaren Volkssouveränität waren für die Demokraten alle gleichwertig und wurden von ihnen mit denselben Argumenten und Zielsetzungen vertreten. Eine blosser Wiederholung des bei der Behandlung der Volkswahl Dargelegten rechtfertigt sich nicht. Deshalb sei hier auf zwei Nebenaspekte der demokratischen Argumentation zum Proporz hingewiesen. Gemeint ist damit das Problem der Gerechtigkeit des damaligen Wahlsystems und der Regierbarkeit der Schweiz unter diesem Wahlsystem.

Die Demokraten hielten den Majorz für ausgesprochen ungerecht. Bei aller Subjektivität dieses Urteils darf ihnen die Objektivität nicht ganz abgesprochen werden. Mit dem Aufkommen der Parteien als Träger der politischen Willensbildung und Macht war ein bestimmendes Element in die Politik gekommen, das bedeutend jünger war als der Bundesstaat, seine Institutionen und das diese bis anhin in seiner Zusammensetzung bestimmende Majorzwahlsystem. Dieses macht bekanntlich die Person zum Träger der politischen Macht und Vertreter einer geographisch bestimmten Bevölkerungsgruppe. Die Parteien hingegen vertraten und vertraten Gruppierungen, deren Entstehung mehr auf wirtschaftliche, ideologische oder soziologische Ursachen zurückzuführen ist. Das Tagblatt meinte dazu, früher habe es einen «einheitlichen Willen des Volkes» gegeben. Deshalb sei das Parlament trotz Majorz ein Spiegel des Volkes gewesen. Heute seien hingegen die Sonderinteressen der einzelnen Gruppen so gross, dass diese nur noch von deren Vertrauensleuten wahrgenommen werden könnten. Unter dem Majorz werde nun aber die relativ stärkste Sonderinteressensgruppe zur Mehrheit im Parlament. Nur durch den Proporz könne das Parlament wieder zum Spiegel des Volkes gemacht werden.⁴²

Während das in den USA und in Grossbritannien angewandte Majorzsystem (Einerwahlkreise) üblicherweise das Entstehen zweier grosser Parteien zur Folge hatte, die sich schon bei kleinen Verschiebungen der Wähleranteile an der Macht ablösen und ablösen, verhinderte das schweizerische Majorzsystem gerade diese Machtablösung. Sind nämlich in einem Wahlkreis mehrere Parlamentssitze zu besetzen, so ist es für eine Minderheitspartei genauso schwer wie im englischen System gegen den Willen der Mehrheitspartei einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Besonders nachteilig war nun dieses System für Minderheitsparteien, die in gewissen Teilen eines Wahlkreises Mehrheitspartei waren. Hätte eine solche Minderheitspartei in einem Einerwahlkreis einen Sitz erobert, so verlor sie unter dem schweizerischen System ihre Stimmen. Während also das englische System wohl die kleinen Parteien benachteiligt, begünstigt es dafür die Machtablösung der grossen Parteien. Das schweizerische Sy-

42 TT 6.11.1897.

stem hingegen benachteiligte auch grosse Minderheitsparteien und verhinderte praktisch den Sturz der Mehrheitspartei. Mag das englische System aus Gründen der Mehrheitsbildung, die aber dort nach beiden Seiten spielen, akzeptabel und begründbar sein; das schweizerische System hingegen war (und ist) ungerecht und entsprach Aufgabe und Bedeutung schweizerischer Parlamente (Nationalrat, Grossrat) überhaupt nicht mehr.⁴³

Die Demokraten als Minderheitspartei, die dazu zusammen mit anderen Minderheitsparteien (SP, K-K) den Freisinnigen gegenüberstanden, was sie eher noch mehr benachteiligte, haben die Ungerechtigkeit des Majorz immer wieder hervorgehoben.

«... jede Partei erhält die ihr gebührende Vertretung aus eigener Kraft und mit eigenen Stimmzetteln. ... Der Proporz dient der Wahrheit, der Gerechtigkeit und dem Frieden ... Proporz heisst Gerechtigkeit!»⁴⁴

«..., dass sie ⁴⁵ sich als Totengräber des hohen Ideals der Wahlgerechtigkeit aufspielen.»⁴⁶

«Der Proporz will etwas Höheres, Wahlgerechtigkeit. Letzteres ist für die Herren Forrer und Cie. ein leerer Wahn, weil sie mit Vorrechten aufräumt, an denen jene mit allen Fasern ihres Herzens hängen, weil sie von denselben unrechtmässig profitieren ... Der Proporz gibt jedem das Seine. Die Proporzgegner wollen aber mehr, sie wollen auch noch was ihnen nicht gehört, sie wollen sich das Recht vorbehalten, die Minderheit zu vergewaltigen. Freiwilliger Proporz, wenns ihnen passt, sonst alles «üs» ... Der Proporz schafft wahres Wahlrecht. Das Parlament soll ein getreues Spiegelbild des gesamten Schweizervolkes sein.»⁴⁷

«Der Proporz ist weder konservativ noch radikal, aber ist gerecht. Er gibt jeder einzelnen Stimme die gleiche Stimmkraft.»⁴⁸

Soweit sich die Demokraten durch den Majorz benachteiligt glaubten, war ihr Urteil sicher subjektiv. Es ist aber kaum zu bestreiten, dass der schweizerische Majorz nicht nur die Mehrheitspartei bevorzugte, sondern ebenso sehr deren Ablösung als Regierungspartei praktisch verhinderte. Verdankt eine Partei ihre Mehrheit und die Erhaltung dieser Mehrheit nur noch einem bestimmten Wahlsystem, so wird dieses Wahlsystem selbst zur Ungerechtigkeit. So gesehen war das Urteil der Demokraten und aller anderen Majorzgegner objektiv.

Ein weiteres Argument, das die Demokraten immer wieder zugunsten des Proporz vorbrachten, war die Frage, ob die Schweiz unter einer vom Majorz

43 Siehe dazu unten, Erläuterungen zu den Zitaten 44–48.

44 TT 30.10.1900.

45 Gemeint sind die Freisinnigen.

46 TT 14.1.1909.

47 TT 8.3.1909.

48 TT 18.10.1910.

getragenen Legislative und Exekutive überhaupt noch regierbar sei. Um auf dieses Argument eingehen zu können, muss man sich kurz Aufgaben und Bedeutung schweizerischer Parlamente (Nationalrat, Ständerat, Grossrat) vor Augen halten. Die Aufgabe unserer Parlamente beschränkte sich in Wirklichkeit auf Beratung von Gesetzen. Dabei muss die Betonung auf Beratung gelegt werden. Ausgearbeitet werden sie in der Regel ja von der Exekutive. Je nach Art der Vorlage kann oder muss dann das Volk die Entscheidung fällen. Der Gesetzgebungsprozess ist also geteilt und der entscheidende Akt dieses Prozesses ist dem Parlament entzogen. In dieser Zweiteilung des Gesetzgebungsprozesses haben die Demokraten mit ihrer Argumentation für den Proporz eingehängt. Nationalrat Curti meinte dazu in seinem bereits zitierten Vortrag, den Minderheitsparteien sei es auf Grund ihrer numerischen Stärke in den Parlamenten, die in keiner Weise ihrem Rückhalt im Volke entspreche, unmöglich auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Ihre Opposition gegen ein Gesetz, die sich vielleicht nur gegen einzelne Teile oder gewisse Punkte richte, könne im Parlament nicht «aktiv» werden. Ihre Rolle beschränke sich dann auf Opposition in den Volksabstimmungen. So werde aus der Oppositionspolitik der Minderheitsparteien gezwungenermassen eine reine Obstruktionspolitik.⁴⁹ Da die Freisinnigen damals nicht mehr auf die absolute Mehrheit der Stimmbürger zählen konnten, war es den Minderheitsparteien durchaus möglich mit dieser Waffe zu drohen. Sicher nicht ganz zu Unrecht hatte das Tagblatt bereits 1891 die Wahl Zemps zum Bundesrat in diesem Sinne interpretiert.⁵⁰ Es schrieb damals, diese Wahl sei kaum mehr zu umgehen gewesen und man könne nur hoffen, dass die Konservativen bereit seien, ihre «prinzipielle Obstruktionspolitik» aufzugeben.

Auf kantonaler Ebene haben es die Demokraten ausgezeichnet verstanden, diese Obstruktionspolitik als Droh- und Druckmittel in der politischen Propaganda einzusetzen. Im Kampf um die Einführung des Proporz auf kantonaler Ebene (1919) und als von freisinniger Seite her in den zwanziger Jahren zweimal versucht wurde, den Proporz wieder abzuschaffen (1925/1927), haben sie zusammen mit den Sozialdemokraten und den Konservativen sehr geschickt mit dieser Drohung gearbeitet.⁵¹

Fassen wir zusammen: Der Proporz war für die Demokraten ein Volksrecht. Nach ihrer Ansicht war er das einzige demokratische und gerechte Wahlverfahren, weil nur er jeden einzelnen Stimmbürger gleich behandelt und jeder Partei den ihr zukommenden Teil an der Macht gewährleisten kann. Gleichermassen entsprach nur er den Anforderungen der Zeit und der Bedeutung unserer Parlamente. Nur eine vom Proporz getragene Legislative und eine aus direkten

49 TT 10./11.2.1899.

50 TT 19.12.1891.

51 TT 1.2.1919; 2.7.1924; 27.8.1924; 1.9.1925; 31.1.1927; 9.2.1927 und 14.3.1927. Dieses Mittel konnten die Demokraten natürlich nur auf kantonaler Ebene einsetzen. Auf eidg. Ebene waren sie für solche Manöver zu schwach.

Volkswahlen hervorgegangene Exekutive waren nach ihrer Überzeugung in der Lage, die Schweiz zu führen und zu regieren.

3.2.3 Zentralismus oder Föderalismus

Kein Staat und erst recht nicht ein Bundesstaat kann der Diskussion ausweichen, wie er Macht und Aufgaben zwischen der Zentrale und den nachgeordneten staatlichen Verbänden verteilen will. Für den Bundesstaat hat diese Frage existentielle Bedeutung. Wohl hat sich einerseits jeder Bundesstaat einmal grundsätzlich für eine föderalistische Struktur entschieden und damit den Einzelstaaten ein gewisses Mass an eigener Souveränität zugesprochen. Andererseits muss dieser Entscheid für jede neue Aufgabe, die an den Staat herantritt, wieder gefällt werden. Dazu verändern sich laufend viele der Umstände, die zu einer bestimmten Aufgaben- und Gewaltenteilung zwischen Bund und Einzelstaaten geführt haben. Diese Grundsatzdiskussion muss also im föderalistischen Staat immer offen bleiben. Für die Demokraten war dies keines der dringendsten Probleme. Sie haben aber, wie bereits oben gezeigt wurde,⁵² dieses Problem durchaus erkannt. Gesucht haben sie die Diskussion eigentlich nie. Bot sich aber die Gelegenheit dazu, so sind sie ihr auch nicht ausgewichen.

Ausgehend von den Parteiprogrammen und den Ideen, die in den vorangegangenen Kapiteln behandelt wurden, kann folgende Tendenz festgestellt werden: Generell wollten die Demokraten wichtige Forderungen auf Bundesebene verwirklichen. Wie bei der Behandlung der Volkswahl des Bundesrates und des Proporzes gezeigt wurde, waren sie sich der Konsequenzen bewusst. Dies musste (und muss noch heute) gezwungenermassen zu einer gewissen Zentralisierung führen; d.h. zu einem Abbau kantonaler zugunsten bundesstaatlicher Kompetenzen. Dies haben sie bewusst in Kauf genommen, denn sie waren nie Freunde eines zu weit gehenden Föderalismus. Als das «Zündhölzchenmonopol»⁵³ am Standesmehr scheiterte, meinte das Tagblatt dazu:

«So wäre doch wenigstens die Volksmehrheit dagewesen, wenn auch nicht die Ständemehrheit, die man einmal in die Rumpelkammer werfen sollte.»⁵⁴

Ähnliche Überlegungen veranlassten das Tagblatt nach der Volkszählung von 1910 zur Bürgerrechtsfrage Stellung zu nehmen. Der relativ hohe Ausländeranteil an der Bevölkerung (15%) löste schon damals einige Unruhe aus. Das Tagblatt hielt eine vereinfachte, obligatorische, geschenkte oder aufgezwungene Einbürgerung durch die Gemeinden für verfehlt. Das Problem sei nur durch

⁵² Siehe oben Anm. 40 und dazugehöriges Zitat im Text.

⁵³ «Zündhölzchenmonopol»: Initiativbegehren zwecks Revision BV 31 und Aufnahme eines Artikels 34ter. Die Initiative wurde in der Volksabstimmung von 29.9.1895 verworfen. Siehe BB1 1891 V 413; 1895 II 647; III 653, 656; IV 1.

⁵⁴ TT 3.10.1895 und TT 25.6.1892. Zu diesem Problem sagte Curti in einer Rede: «Was den Föderalismus betrifft, so haben wir Demokraten immer zu den Zentralisten gehört».

ein «allgemeines, gleiches Schweizer Bürgerrecht zu lösen.»⁵⁵ Die Vereinheitlichung der Rechtspflege wurde von den Demokraten immer auch als eine Hinwendung zu mehr Zentralismus verstanden und begrüsst. So schrieb das Tagblatt zur Strafrechtsvereinheitlichung, ein eidgenössisches Strafgesetz diene nicht nur dem Fortschritt, der Vereinheitlichung und der Modernisierung der Strafrechtspflege, sondern auch der Zentralisation.⁵⁶ Selbst die Einführung einer eidgenössischen Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit wurde unter diesem Aspekt betrachtet.⁵⁷

Die Thurgauer Demokraten waren also keine grossen Verfechter des Föderalismus. Einen Einheitsstaat nach französischem Muster erstrebten sie sicher nicht. Am schweizerischen Föderalismus wollten sie aber einige deutliche Abstriche vornehmen.

3.3 *Wirtschafts- und Sozialwesen*

Einleitung:

Wahrscheinlich sind in keinem anderen Bereich der Politik in den letzten hundert bis hundertfünfzig Jahren grössere Veränderungen oder Fortschritte zu beobachten als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Während im vorigen Jahrhundert die Gründerväter des «liberalen» Staates überall darauf abzielten, Staat und Wirtschaft sorgfältig voneinander zu trennen, wobei in erster Linie dem Staat jede Einflussnahme auf die Wirtschaft entzogen werden sollte und nicht umkehrt, prägen heute wirtschafts- und sozialpolitische Probleme weitgehend unsere Politik. Man erinnere sich hier nur etwa an den ständig wachsenden Anteil der Sozialausgaben am gesamten Bundesbudget. Der Wahrheit halber muss aber festgehalten werden, dass die Schweiz nie ein liberaler Staat im extremsten Sinne war. So hatte bereits der Zweckartikel der Bundesverfassung¹ dem Bund eine Aufgabe gegeben, die in Wirklichkeit in den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört. Trotzdem hätte sich damals wahrscheinlich niemand vorstellen können, dass AHV/IV/EO, SUVA und Arbeitslosenversicherung oder Konjunktur- und Währungspolitik einmal zu den wichtigsten Aufgaben unseres Staates werden könnten.

Einerseits erlaubte und förderte dieser liberale Staat den industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung in einem bis anhin unbekannten Ausmass. Andererseits zeigte es sich bald einmal, dass er nicht nur unfähig war, die anliegenden Sozialprobleme zu lösen, sondern diese zu einem beachtlichen Teil sogar

55 TT 15.4.1912.

56 TT 18.8.1927.

57 TT 16./19.10.1914. Bericht vom Parteitag der Thurgauer Demokraten vom 18.10. Die eidg. Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit (Revision BV 103 und Aufnahme von Artikel 114 bis) wurde am 25.10.1914 angenommen. Siehe dazu: BB1 1914 III 627, 779, 731; IV 668.

1 BV 2.

selber verursachte. Während z.B. in der vorindustriellen Zeit der alternde Mensch schrittweise aus dem Produktionsprozess in Landwirtschaft und Handwerk (dort arbeiteten die meisten Menschen) austrat und von der Familie relativ leicht versorgt werden konnte, war und ist der grosse Teil der Bevölkerung des Industriezeitalters dazu nicht in der Lage. Vor allem die Wohnverhältnisse und das Einkommen der Arbeiterschaft erlaubten dies nicht mehr.

Nicht von ungefähr wurde dann in Deutschland und nicht in England die erste gezielte staatliche Sozialpolitik betrieben (wenn man einmal von Einzelfällen wie dem Fabrikgesetz im Kanton Glarus absieht). Für Bismarck, als konservativ-paternalistischen Politiker, war eben Sozialpolitik, die ja immer einen Eingriff des Staates in die Wirtschaft verlangt, keine Erbsünde. So kamen auch in vielen anderen Staaten die ersten Anstösse zur Sozialpolitik meistens aus nichtliberalen oder nur bedingt liberalen Kreisen; d. h. aus konservativen, christlichen, linksbürgerlichen, sozialistischen usw.

Auch die Demokraten hatten schon früh gesehen, dass der Liberalismus und der liberale Staat in Erscheinungsbild und Grundkonzeption seine Schwachstellen hatte und zeigte. Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Postulaten in den Parteiprogrammen betrieben sie im allgemeinen Symptombekämpfung, während dann mit den Forderungen nach der Einführung von Staatsmonopolen schon eher Grundsätzliches in Frage gestellt wurde. Die Ursachen für die Fehlentwicklungen und Probleme des liberalen Staates und des Liberalismus wurden im besonderen Verhältnis dieses Staates zu seiner Wirtschaft gesucht. Einerseits hatte die Trennung von Staat und Wirtschaft und die Freiheit des Einzelnen im Bereiche der Wirtschaft den industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung gefördert; andererseits hatten gerade dieses Abseitsstehen des Staates und die Freiheit (des Unternehmers) den wirtschaftlich Schwachen dem Schutz des Staates entzogen. Dies war eindeutig die Kehrseite des Systems. Gerade in dieser Problematik haben die Demokraten mit ihrer Analyse und Kritik am Wirtschaftssystem jener Zeit eingehängt und daraus ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen entwickelt und begründet.

«Die Freiheitsidee, welche unseren Schweizerbund bis auf die Gegenwart beseelte und zusammenhielt, darf nicht zu einem Freibrief für Zügellosigkeit und Zuchtlosigkeit werden, weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem oder auf persönlichem Gebiete. Gerade die Demokraten haben schon frühzeitig, zum Teil zusammen mit den Sozialisten, den Christlich-Sozialen, den Sozial- und Religiösgesinnten im Volke mit Bedauern die Verheerungen konstatiert, welche durch die Betätigung der Idee der schrankenlosen Freiheit beim Einzelnen in der Gesellschaft und im Staate angerichtet wurden. Auf wirtschaftlichem Gebiete hat das *laissez faire, laissez aller* (gehenlassen), der Manchesterfreisinn zur rücksichtslosen Ausbeutung grösserer Massen des Volkes auf der einen Seite und zur Ansammlung bedeutender Kapitalien

in den Händen weniger auf der anderen Seite geführt. Das war der eine Grund, weshalb die Demokraten sich von den Freisinnigen loslösten, um hier im Gegensatz zum einflussreichen Fabrikantenfreisinn dem Missbrauch des Freiheitsprinzips auf wirtschaftlichem Gebiete entgegenzutreten und um das Recht des Staates zu kämpfen, zum Schutze der Schwachen einzugreifen. Diese urchig demokratische Gesinnung legte den Grundstein zu der sozialpolitischen Bewegung und Gesetzgebung des letzten halben Jahrhunderts und der Gegenwart. Auf politischem Gebiete ist der schrankenlosen Freiheit Einzelner und einer privilegierten Schicht in der Leitung des Staates durch den Ausbau des Volksstaates und die Sicherung der Volksrechte entgegengewirkt worden.

Nicht nur wird durch die politische Demokratie die politische Macht privilegierten Ständen und Kreisen entrissen und in die Hände des Volkes gelegt, sondern ihr Erfolg sichert auch die beste Grundlage für die Schaffung und den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie. Durch die Erhebung des Volkswillens zum entscheidenden Faktor wird die beste Garantie dafür geschaffen, dass eine möglichst grosse Zahl der Volksgenossen nach Möglichkeit unter glücklichen Verhältnissen lebt. Dass eine derartige Staatsordnung, welche auf einen Mittelstand hinarbeitet, nicht ohne erhebliche Beschneidungen und Freiheitsbeschränkungen für den Einzelnen und von Gruppen abgeht und dass vor allem der Gewissenlose, Rücksichtslose oder Gewalttätige in seine Schranken zurückgewiesen werden muss, ist gegeben. Nur nebenbei sei bemerkt, dass auch auf dem Gebiete der persönlichen Lebensführung der Grundsatz der unbedingten Freiheit Bankrott gemacht hat und auch die moderne Pädagogik demselben nicht huldigen kann. Das wahre Volksinteresse verlangt nicht schrankenlose Freiheit, sondern politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie.»²

Wie wir in diesem Artikel sehen, lehnten die Demokraten die uneingeschränkte Freiheit des Einzelnen im Wirtschaftsleben ab. Das Wohl der Benachteiligten bedeutete ihnen mehr. Selbst in den übrigen Bereichen waren sie gegen einen weiten Freiheitsraum und zuviel Individualismus. Nur so konnte nach ihrer Meinung der Volkswille durch die Ausübung der Volksrechte zum Tragen kommen und der demokratische Staat geschaffen werden. Beide sind dann «die beste Grundlage für die Schaffung und den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.»³ Der letzte Satz dieses Artikels – «Das wahre Volksinteresse verlangt nicht schrankenlose Freiheit, sondern politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie» – drückt irgendwie in kürzester Form sämtliche Ideen und Forderungen der Demokraten aus. Über diese «politische» Demokratie, d. h. ihre Idealvorstellungen vom Staat, haben wir bereits gespro-

2 TT 25./27.7.1922.

3 a.a.O.

chen. Offen und zu behandeln ist jetzt noch die Frage, wie sie diesen Staat in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ausgestalten wollten.

Was hiess nun für die Thurgauer Demokraten Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt? Welche Bedeutung massen sie ihr bei und welches Ziel gaben sie ihr? Wenn man die Parteiprogramme durchliest, kann man auf die eine oder andere Frage eine Antwort bekommen. Es ist klar, dass die Forderungen nach der Einführung einer AHV oder des Zündhölzchenmonopols Antworten auf ganz bestimmte Missstände waren. Aber hinter der Gesamtheit dieser Forderungen müssen noch mehr und tiefere Ideen und Gedanken gestanden haben. Am einfachsten und besten lassen wir dazu einmal das Tagblatt zu Wort kommen:

«Bei allen Völkern, unter allen Rassen die gleiche Jagd nach dem Glücke. Mutig ringen die unteren Schichten der Bevölkerung um ihr Daseinsrecht; es lebt und arbeitet in ihnen mächtiger denn anderswo der Erhaltungstrieb und ist das Leben noch so kärglich, noch so elend, mit Aufbietung der ganzen Kraft wird es geschützt, denn es ist eben heilig. Die Gedrückten vereinigen sich unter einer eigenen Fahne und vorwärts gehts in den heiligen Kampf wider der Menschheit Geissel, wider den goldenen Fluch, wider Gewalt-herrschaft und Ausbeutung.

Die Freunde der Sozialreform der verschiedensten Parteien reichen sich die Hand, um bessere menschenwürdigere Zustände zu schaffen. Vergeblich ist das Bemühen der finsternen Mächte, der sozialen Bewegung Stillstand zu gebieten, denn mit der Wucht eines Elementarereignisses bricht sie sich Bahn. Der erfinderische Menscheng Geist hat Mittel gefunden, die das irdische Leben vielfach verschönern, sorgloser und lieblicher gestalten und alle sollen teilhaftig werden der Bequemlichkeit des modernen Lebens. Es wächst hier nieden Brot genug für alle Menschenkinder. Wie arm wäre die Welt, wenn jeder bloss für sich sorgen würde, wie leer, wie öde ginge dann der Mensch durchs Leben! Nein, edlere Ziele, höhere Ideale schwellen des Menschen Brust. Nicht was dem Einzelnen nützt, sondern was dem ganzen Volk frommt, das sei unser Ziel. Die Selbstsucht muss besiegt werden, damit Gemeinsinn erblühe. Der Glaube an den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit, an eine bessere Zukunft ist der Kompass, der unserm Lebensschifflein den Weg weist.

Auch das neue Jahr soll uns wieder im Kampf um die gute Sache der gedrückten Volksklassen auf dem Posten finden. Wir zählen weiterhin auf die getreue Mitarbeit unserer Freunde, deren Zahl sich erfreulicherweise täglich mehrt. Vereint sind auch die Schwachen mächtig. So mancher steht noch abseits, vereinzelt, der in der grossen demokratischen Fortschrittsarmee einen Platz als einfacher Soldat einnehmen sollte. Möchte doch das neue Jahr un-

ser Volk wieder einen kräftigen Schritt vorwärts führen und Institutionen ins Leben treten sehen, die dem Volk zum Segen gereichen.»⁴

«Und doch gibt's für die Demokratie kein anderes Ziel, keinen anderen Weg zur Erfüllung ihrer hohen Aufgabe, ein Hort der Schwachen und Gedrückten zu sein, als dass über die trennenden Schranken der Partei, der Konfession und der Sprache hinweg alle, die guten Willens sind, mitarbeiten am grossen Werke des sozialen Fortschritts. In der Demokratie müssen alle Volksschichten Opfer bringen können für die allgemeine Wohlfahrt.»⁵

«... Aufgabe der demokratischen Partei, auf einen Ausgleich in der Sozialpolitik hinzuarbeiten, die Gegensätze unter den Wirtschaftsgruppen nach Möglichkeit ausgleichen zu helfen, statt zu verschärfen.»⁶

«Wir glauben als Idealisten an eine wahrhaft menschenwürdige Gestaltung des Gemeinschaftslebens auf der ganzen Erde und allen Gebieten desselben, also an die Lösung vor allem der sozialen Frage.»⁷

Wie bereits im ersten zitierten Artikel⁸ zu lesen ist, wollten die Demokraten die gesamte Gesellschaft in den Mittelstand hineinführen. Zwischen den Zeilen ist dieses Ziel auch in den folgenden Zitaten zu finden. Dabei ging es ihnen kaum um eine Mittelstandspolitik im üblichen Sinn. Selbstverständlich kam auch der Wunsch zur Stärkung des bereits bestehenden Mittelstandes zum Ausdruck. Hauptsächlich sollte aber die wirtschaftliche Lage der unteren Volksschichten verbessert und die der Oberschicht «verschlechtert» werden. Ihr Ziel war also eine Art «Mittelstands-Gesellschaft». Der Weg zu diesem Ziel führte über die Lösung der sozialen Frage. Auch hier sollten die Volksrechte das Werkzeug zur Durchsetzung dieser Ideen sein.

Dieser Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze war nach der Meinung der Demokraten und ihrer Zeitung für jede Gesellschaft von lebenswichtiger Bedeutung. Denn eine Gesellschaft, die nicht auf dieses Ziel zusteuert, hat keine Zukunft und wird einem diktatorischen Regime linker oder rechter Observanz verfallen.⁹

Wirtschafts- und Sozialpolitik dient also nicht nur dem wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich, sondern auch der Vorbeugung unerwünschter politischer Entwicklungen.

Wie beurteilten nun die Demokraten das damalige Wirtschaftssystem der Schweiz und die sozialen und wirtschaftlichen Zustände in unserem Land? Details sollen hier noch nicht besprochen werden. Deshalb genügen einige einführende Bemerkungen. Eine differenzierte Betrachtung soll später vorgenommen

4 TT 1.1.1899.

5 TT 1.1.1903.

6 TT 2.1.1912.

7 TT 13.11.1916.

8 Siehe oben Anm. 2.

9 a.a.O.

werden. Ganz allgemein können wir aber festhalten, dass die Antwort desto negativer ausfällt, je mehr wir zeitlich zurückgehen. Es ist also auch hier eine gewisse Links-Rechts-Verschiebung festzustellen. Falsch wäre es aber zu sagen, in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts seien die Demokraten «Sozialisten» und in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts «Liberale» gewesen.

In den 90er Jahren war aber ihre Opposition auf dieser Ebene der Politik schärfer und eindeutiger.

«Der Giftbaum der Börse hat zahlreiche Opfer gefordert. In Winterthur fing's an, in Uster und Basel war Fortsetzung, wo der Schluss sein wird, wissen die Götter. Man ruft nach staatlichen Massregeln gegen das Börsenunwesen. Das Einfachste wäre, der Staat verböte das Börsenspiel überhaupt. Das ist im heutigen Staat allerdings ein Ding der Unmöglichkeit, aber irgend etwas sollte geschehen, um dem Börsenschwindel ein Ende zu machen.

Der Tanz um das goldene Kalb hat grauenerregende Dimensionen angenommen; Tausende wollen ernten, wo sie nicht gesät, Tausende wollen reich werden nicht durch redliche Arbeit, sondern durch mühelose Spekulation. Ein Jagen und Hasten nach materiellem Genuss ist nicht bloss die Signatur des abgelaufenen Jahres, sondern unserer Zeit überhaupt. Mit Gesetzesparagraphen gegen das Börsenunwesen ist daher nicht zuviel gewonnen, wenn nicht die Gesellschaft selbst zur Einsicht kommt, dass das Übel an der Wurzel ausgerottet werden sollte.»¹⁰

«Dann aber ist der Hauptgrund der Abneigung – ist Hr. Curti antikapitalistisch, während die Mehrheit unserer Rathsmitglieder dem Kapitalismus wohl will. Das letztere ist sehr erklärlich. Denn die meisten National- und Ständeräthe sind Kapitalisten, entweder einfache Geldkapitalisten, die behaglich die Zinsen einstreichen, welche ihr Geld ihnen ohne jegliche Mühe und Arbeit bringt, oder Unternehmer, aktive oder passive, die um ihren Unternehmergewinn besorgt sind; besorgter natürlich, als um das Wohl ihrer Arbeiter. Noch andere Rathsmitglieder sind zwar weder das eine noch das andere, wenigstens nicht in hervorragendem Masse, aber ihr durch unsere Gesellschaftsordnung bedingtes reichliches Einkommen macht sie zu natürlichen Alliierten der Kapitalisten. Endlich gibt es wohl auch solche, die in durchaus uneigennütziger Weise des Glaubens sind, die uneingeschränkte Konkurrenz, die eigentliche Lebensluft des Kapitalismus, sei immer noch das beste, ordnende und regulierende Prinzip des Wirtschaftslebens. Sie vermögen sich vom Banne des Manchesterthums nicht loszureissen, stecken sie doch seit ihren Jugendjahren darin und ist es doch für Ältere so schwer, lang gehegte Anschauungen aufzugeben und mit der Zeit fortzuschreiten. ... Wir wiederholen: die grosse Mehrheit der Mitglieder unserer obersten gesetzgebenden Behörden ist dem Kapitalismus durchaus nicht abgeneigt.

10 TT 29.12.1891.

Daher ihre natürliche Abneigung gegen das kleine Häuflein der Demokraten, der Träger der modernen Anschauung, wonach der wilde Konkurrenzkampf durch gesetzgeberische Erlasse eingedämmt und die Arbeit geschützt werden muss. Daher ihre offene oder versteckte, grössere oder geringere Abneigung gegen die Sozialpolitik und deren einflussreichste Repräsentanten. Der Arbeitsschutz schmälert die Dividenden, tastet «wohlerworbene Privatrechte» an und macht die Geschützten «begehrlich»; die Staatsmonopole verengen das Feld der Spekulation; die genauen statistischen Erhebungen (Enqueten) bringen Dinge ans Tageslicht, welche den Kapitalismus diskreditieren. Alles das ist unbequem und, wenn möglich zu vermeiden. Überhaupt wäre es nach dem kapitalistischen Katechismus am besten, wenn sich die Massen gar nicht oder möglichst wenig um ihre Klasseninteressen und um ökonomische Fragen bekümmerten. Anstatt ihr zeitliches, sollten sie lieber ihr ewiges Heil bedenken!»¹¹

Man merkt hier sofort, dass in dieser frühen Zeit sozialistisches Gedanken- gut nicht ganz spurlos an den Demokraten vorbeigegangen war. Für viele liberale oder freisinnige Ohren tön- ten diese demokratischen Stimmen damals wahrscheinlich ziemlich suspekt. Dabei ging es den Demokraten – soviel lässt sich wohl diesem Artikel entnehmen – kaum um die Abschaffung des «kapitalistischen» Systems an sich. Einige dieser Forderungen und Ideen, die uns heute vielleicht selbstverständlich erscheinen, rüttelten für das Verständnis der damaligen Zeit wohl doch bereits am Fundament. Im Laufe der Zeit «milderte» sich die Einstellung der Demokraten zu diesen Problemen etwas. Man sollte diese Entwicklung aber auf keinen Fall mit dem «Zorn der Jugend» oder ähnlichen Argumenten begründen, denn im Prinzip blieben sie ihren ursprünglichen Ideen immer treu. So hielt etwa Vögelin 1907 in Weinfelden zum 1. Mai ein Referat, in dem er an Hand des «wissenschaftlichen Sozialismus» Ursachen und Ziele der sozialen Kämpfe darlegte und darauf hinwies, «dass es Pflicht des Staates werde, die Privatmonopole zu verunmöglichen und an sich zu reissen.»¹² Was Vögelin im einzelnen unter «wissenschaftlichem Sozialismus» verstand, bleibe dahingestellt; aufschlussreich ist dieses Referat trotzdem. Noch 1929 schrieb das Tagblatt über die freisinnige Partei, diese sei immer noch die Partei des «Grosskapitals» und «Manchesterliberalismus», sei sozial wenig bis gar nicht aufgeschlossen und halte den Staat für ein notwendiges Übel und sei trotzdem die dominierende Kraft in der schweizerischen Politik geblieben.¹³

Der Rahmen der Ideen der Demokraten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in dieser Einführung grob abgesteckt worden. In den folgenden Kapiteln soll nun versucht werden, auf einige Aspekte besonders einzugehen. Das Schwergewicht liegt dabei bei folgenden Bereichen:

¹¹ TT 25./26.6.1892.

¹² TT 2.5.1907.

¹³ TT 28.3.1929.

- «Soziale Frage»: Was verstanden die Demokraten unter dem immer wieder verwendeten Begriff «soziale Frage»? Wie beurteilten sie ganz allgemein die sozialen Zustände ihrer Zeit? Wo setzte ihre Kritik ein? Wo glaubten sie die Gründe und Ursachen der sozialen Missstände entdeckt zu haben?
- «Wirtschafts- und sozialpolitische Ideen»: Mit welchen Massnahmen wollten sie diese Missstände bekämpfen und beheben?
- «Wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten»? Abgehend von der Konzeption dieser Arbeit soll hier versucht werden, einige der wichtigsten Aktionen der Demokraten auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik herauszugreifen.
- «Kapitalismus» Hier soll ganz speziell der Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis der Demokraten zum «kapitalistischen» Wirtschaftssystem nachgegangen werden.
- «Marxistisch-sozialistische und genossenschaftliche Modelle» Diese Betrachtung ist als Gegenstück zum vorangehenden Kapitel zu verstehen.

3.3.1 Die Demokraten und die soziale Frage

In verschiedenen Zusammenhängen sind wir bis jetzt immer wieder Auseinandersetzungen der Demokraten mit der sozialen Frage begegnet. Wir haben gesehen, dass sie die Entstehung vieler Probleme, mit denen sie sich beschäftigten, auf wirtschaftliche und soziale Missstände zurückführten. In ihren Programmen nahmen wirtschafts- und sozialpolitische Postulate immer einen sehr breiten Raum ein. Wenn wir, ohne weiter darauf einzugehen, unter «sozialer Frage» einmal die Summe aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen, so sehen wir, dass diese «soziale Frage» und die Auseinandersetzung mit ihr für die Demokraten von grösster Bedeutung war. Vögelin hielt diese in seinem Antrittsartikel als Redaktor am Thurgauer Tagblatt sogar für das wichtigste Problem seiner Zeit:

«Weitaus die wichtigste Frage, die die heutige Welt in Atem hält, ist die soziale. Zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ist die erste Pflicht eines Redaktors. Sind auch die Zustände in der Schweiz und speziell im Kanton Thurgau, der doch vorwiegend ein ackerbaubetriebender ist, glücklicherweise noch nicht so schlimm wie in anderen Ländern, z.B. in England, wo der Mittelstand fast gänzlich verschwunden ist, und Reiche und Arme einander als erbitterte Gegner gegenüberstehen, so weiss doch jeder Einsichtige, dass auch bei uns noch mehr getan werden kann und soll für die materielle und geistige

Hebung des Volkes ... Darum sei unsere Losung: Vorwärts auf allen Gebieten des Lebens, denn rasten heisst rosten, und Stillstand ist Rückschritt.»¹⁴

Wie bereits gesagt, kann unter dem Begriff «soziale Frage» die Summe aller Missstände verstanden werden. Dieser vorläufigen Definition hätten die Demokraten sicher auch zugestimmt. Darüber hinaus bedeutete diese für sie aber noch mehr. Die Missstände waren für sie nur das äussere Erscheinungsbild dieses Problems. Dazu schrieb das Tagblatt in einem Artikel zur sozialen Frage:

«Es herrscht allgemein die Ansicht, die soziale Frage, welche noch von keiner Zeitepoche, durch keine Staatsaktion und durch keine Revolution endgültig gelöst worden ist, habe erst in unserem Jahrhundert praktische Gestalt und Form angenommen. Das ist aber ein grosser Irrthum und es bewährt sich auch hier wieder das Wort aus dem Munde des Rabbi Ben Akiba: Alles schon dagewesen.

Die ungleiche Vertheilung der Glücksgüter hat zu allen Zeiten auf Seiten der Minderbegünstigten Unzufriedenheit, Neid und Missgunst erregt. Der Zustand der Ungleichheit in der wirthschaftlichen Lage ist eine unabweisbare Folge der Ungleichheit der menschlichen Kraft und der ökonomischen Mittel im Kampf um's Dasein; der Stärkere wird Herr und gründet sich auf dem Nacken des Unterlegenen und auf Kosten desselben eine bessere Existenz. Die Reichen des Alterthums mit ihren Sklaven, die Feudalherren des Mittelalters mit ihren Hörigen und Leibeigenen, die Unternehmer der Gegenwart mit ihren Arbeitern – überall zeigen sich die nämlichen Erscheinungen: die eine Gesellschaftsklasse steht vollständig im Dienste der anderen. In diesem Verhältnis ist nun aber allerdings nicht von selbst verstanden, dass die eine Klasse die andere ausbeuten, aussaugen und nur geniessen soll, während die andere entbehrt; aber die thatsächliche Unabhängigkeit führt leicht zu einem solchen Zustande. Jahrhunderte lang beugt sich der Unterdrückte unter das Joch, bis endlich die Zeit kommt, wo das Rechtsbewusstsein in den Massen mit Macht erwacht und sie fordernd nach den Menschenrechten rufen. Werden sie nicht gutwillig gewährt, so suchen die Verzweifelten in erbittertem Klassenkampf dieselben zu erobern.

Das ist die soziale Frage. Im elften Jahrhundert nach Christo herrschten im alten Wunderlande China ähnliche soziale Zustände, wie sie heutzutage bei uns sich fühlbar machen. Das Haupt der damaligen sozialen Bewegung ... stellte eine Theorie auf, welche jedem modernen sozialistischen Schriftsteller zur Ehre gereichen würde. Er predigte unter Anderem: «Um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu verhindern, muss der Staat sich aller Hilfsquellen des Landes bemächtigen und der einzige Ackerbauer, der einzige Industrielle und der einzige Handelstreibende sein. Er bestimmt alsdann die Preise der Waren. Er legt den Reichern Steuern auf, von denen die

¹⁴ TT 1.5.1890; Vögelin hatte England mit eigenen Augen gesehen und wusste, wovon er sprach.

Armen befreit sind, setzt die Vertheilung derselben fest, damit es keine Armen und Bedürftigen mehr im Staate gebe.»¹⁵

Nach diesem Artikel ist die soziale Frage ein Problem der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Macht und der menschlichen Charaktereigenschaften. Also alles in allem ein weitreichendes und umfassendes Problem. Die grundlegenden Fragen dieses Problems sind die Ursachen der Missstände, in denen sich die soziale Frage dem Betrachter zeigt. Für das Tagblatt waren dies keine naturgewollten Voraussetzungen des menschlichen Zusammenlebens. Es war überzeugt, der Mensch sei fähig, diese zu verändern. Von seinem Standpunkt aus, konnte die soziale Frage nie nur durch sozialpolitische Massnahmen (z.B. AHV, Arbeitslosenkassen, Krankenkassen) gelöst werden. Tiefgreifendere Reformen waren für die Demokraten ebenso notwendig.

Bei der Sichtung des Materials fällt auf, dass die Demokraten einigen Problemen besonderes Gewicht beimessen. Ob das nur durch das Fehlen oder Vorhandensein von Quellenmaterial bedingt ist, lässt sich nicht beurteilen. Es geht dabei um die Frage nach der Stellung der Frau in der Gesellschaft, nach der Entstehung des Verbrechens und des Anarchismus und nach der Bedeutung der Arbeitslosigkeit.

Die Beurteilung der Stellung der Frau in der Gesellschaft war (und ist) einerseits zeitgebunden und dann vor allem von der ideologischen Herkunft des Betrachters abhängig. Ausgehend von einer solchen Beurteilung können also immer gewisse Rückschlüsse über den Verfasser gezogen werden. Das Tagblatt hat sich 1896 in einer Artikelserie intensiv mit diesem Problem befasst. Die Artikel selber gehen auf einen Vortrag von Parrer Pflüger zurück. Wie sah nun das Tagblatt das Problem der Stellung der Frau in der Gesellschaft und ihrer Emanzipation?

«Noch niemals hat das Ringen der Unterdrückten und Enterbten eine so gewaltige Ausdehnung angenommen wie in unseren Tagen. Vor unserem Auge erhebt sich das Bild einer emporschreitenden, zu neuen Vervollkommnungen unaufhaltsam vordringenden Menschheit und im Geiste sehen wir immer deutlicher die Umrisse einer ganz neuen, menschenfreundlichen Ordnung unserer Gesellschaft. Wir stehen mitten drin in der grossartigsten Revolution, welche die Menschheit erlebt, in einer den einen langsam, den andern allzu rasch sich vollziehenden Umgestaltung aller sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse und Einrichtungen. In dieser sozialen Bewegung ist die heutige Frauenbewegung ein integrierender Bestandteil, denn auch die Frauen gehören zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Wenn auch einzelnen Frauen zu allen Zeiten ein befriedigendes Los zu teil geworden, wenn auch in manchen Ehen die Frau das Szepter führt, das Frauenge-

15 TT 18.8.1889.

schlecht als solches und ganzes wird minderwertig behandelt und entbehrt der rechtlichen und ökonomischen Stellung, die ihm gebührt.

... Die seit dem letzten Jahrhundert in der Kulturwelt aufgenommene kapitalistische Wirtschaftsordnung hat im höchsten Masse zersetzend und auflösend auf das Familienleben gewirkt und dadurch dem Frauengeschlecht unermesslichen Schaden zugefügt. Schon durch seine zerstörenden Einwirkungen auf Familie und Haus hat der herrschende Kapitalismus sich selbst das Urteil gesprochen. Es ist sattsam bekannt, dass infolge der niedrigen Arbeitslöhnung des Mannes die Ehefrau des Arbeiters zur industriellen Arbeit gezwungen wurde; dass bei der an Stelle der Hausindustrie getretenen Fabrikarbeit der Frau die Pflege und Erziehung der Kinder, wie die Besorgung des ganzen Hauswesens verwahrlost wurde; dass die auf Grund des Privateigentums an Grund und Boden mit Notwendigkeit entstehende Wohnungsnot zur Auflösung der Familie beitragen musste; dass durch die kärgliche Lebenshaltung und die häufige Arbeitsübermüdung dem Alkoholumismus der Männerwelt, der seinerseits wieder die Banden des Familienlebens löst, Vorschub geleistet wurde; dass mit der geringen Löhnung der Frauenzimmer und den häufigen Industriekrisen die bedenkliche Ausdehnung der Prostitution zusammenhängt, die selbst die tiefste Entwürdigung des Frauengeschlechts darstellt und andererseits wieder vergiftend und verseuchend auf das Familienleben wirkt. Kurz, es ist die unersättliche Ausbeutungs- und Profitwut des Kapitals, welche unmittelbar und mittelbar die proletarische Familie zersetzt, und die Stellung des Weibes trostloser und verzweifelter als je gemacht hat.

... Die Frauenfrage wurzelt nicht bloss im Geschlechtsgegensatz, sondern auch in Kasten und Klassengegensätzen; sie ist ein Teil der sozialen Frage, aus deren Abgrund ja mehr oder weniger alle praktischen Fragen und Probleme unserer Tage gespenstisch hervorstechen; ihre Lösung beruht in der ökonomischen Unabhängigkeit der Frau einerseits vom Mann, andererseits auch von der kapitalistischen Ausbeutung.

... Als Ziel der Entwicklung postulieren wir nicht einen Zustand, da alle Frauen von industrieller Arbeit befreit sind; vielmehr wird die Teilnahme an der nationalen Produktion für die meisten Frauen eine Bedingung ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit sein. Aber ein Zustand schwebt uns vor, da die verheirateten Frauen wenigstens im Fall und solange sie Kinder zu warten und zu erziehen haben, bloss ihrem Hauswesen zu leben haben, während die Männer durch ausgiebige Löhnung der Arbeit ohne Not allein für ihre Familie aufkommen können; da den unverheirateten Frauen für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn verabfolgt wird wie dem Manne, vor allem aber die Konkurrenz zwischen Mann und Frau auf wirtschaftlichem Gebiet in eine Solidarität der Interessen umgewandelt ist; ...»¹⁶

16 TT 17./18./19.11.1896.

Der Satz – «In dieser sozialen Bewegung ist die heutige Frauenbewegung ein integrierender Bestandteil, denn auch die Frauen gehören zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten»¹⁷ – zeigt deutlich, dass für den Verfasser die Frauenfrage nur ein Teil der sozialen Frage war. Die Gründe lagen für ihn in den Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems, die eben auch die missliche ökonomische Lage der unteren Volksschichten verursachten. Bei der Betrachtung dieses Artikels muss man der Person des Referenten Rechnung tragen. Pflüger hat später in Zürich als eher linker Sozialdemokrat in der Politik Karriere gemacht. Der Redaktor des Tagblattes muss aber mindestens die allgemeine Tendenz dieses Vortrages gebilligt haben. Denn einerseits hätte er diesen ja nicht publizieren müssen, und andererseits hat er ihn anscheinend auch nicht wörtlich abgedruckt.¹⁸ Dazu verzichtete er auch auf jeden Kommentar zu diesem Artikel. Viele Jahre später, nämlich im Parteiprogramm von 1931, hat dann die demokratische Partei offiziell zur Frauenfrage Stellung genommen. Die Ideen, denen wir dort begegnen, unterscheiden sich aber um einiges von diesen hier. Wir haben aber bereits bei der Behandlung jenes Programms festgestellt, dass es im Vergleich zu den älteren Parteiprogrammen in mehreren Punkten neue Wege suchte. Es wäre natürlich auch möglich, dass das Tagblatt unter seinem Redaktor Vögelin 1896 innerhalb der Partei mindestens in dieser Frage eine eher extreme Position einnahm. Persönlich würde ich diese zweite Möglichkeit ablehnen; beweisen lässt sich das aber nicht. Wir können aber festhalten, dass innerhalb der Partei ohne weiteres ganz verschiedene Meinungen vertreten werden konnten.

Die Arbeitslosigkeit war für das Tagblatt eines der drückendsten Probleme der Zeit. Diese war allerdings für die Betroffenen damals noch um einiges schlimmer als heute, da es kaum Arbeitslosenkassen gab, in vielen Industriezweigen die Arbeitslosigkeit beinahe endemisch war und die wenigsten Arbeiter über Ersparnisse verfügten. Ähnlich wie heute in den Entwicklungsländern war ja die Arbeitslosigkeit in Europa und Amerika geradezu eine Begleiterscheinung der ersten Phasen der industriellen Entwicklung.

Nur mit viel Mühe und Rückschlägen gelang es später die Arbeitslosenziffer zu reduzieren, wobei in Wirklichkeit bis in die heutige Zeit hinein das Problem nicht endgültig gelöst werden konnte.

Das Tagblatt hat sicher zu Recht zwischen endemischer und krisenbedingter Arbeitslosigkeit unterschieden. Kritisiert hat es vor allem, dass der Staat nichts gegen die endemische Arbeitslosigkeit, d.h. gegen die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen, unternahm. Es wusste anscheinend, dass die Bekämpfung krisenbedingter Arbeitslosigkeit viel schwieriger war und ist. Das Tagblatt sah in der Arbeitslosigkeit nicht nur die Probleme des Arbeitslosen, der durch seinen Verdienstausschlag fast immer der Armengekössigkeit verfiel. Nach seiner

¹⁷ a.a.O.

¹⁸ Der Artikel wird ausdrücklich mit den Worten «Nach einem Referat...» eingeleitet.

Meinung war die Arbeitslosigkeit in vielen Fällen auch die Ursache der Zerrüttung von Familie und Moral, des Alkoholismus, der Prostitution und des Verbrechens, also alles Erscheinungen, die an den Fundamenten von Staat und Gesellschaft nagten.¹⁹

Ein weiteres typisches Problem der sozialen Frage war für das Tagblatt der Anarchismus; typisch nicht nur als Erscheinung, sondern auch durch die Art und Weise wie der Staat darauf reagierte. So schrieb das Tagblatt zur Affäre Ravachol, es sei traurig, dass Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert gegen soziale Leiden keine anderen Mittel kennen, als die alten Römer gegen ihre Sklaven und die mittelalterlichen Raubritter gegen ihre leibeigenen Bauern gekannt und angewendet hätten, anstatt dass sie versuchen würden, die Probleme an der Wurzel zu lösen.²⁰

Ähnlich äusserte es sich acht Jahre später zum italienischen Anarchismus:

«Der italienische Anarchismus ... muss scharf bekämpft werden, aber nicht mit Massregeln, die ... selbst grausam sind, sondern mit tiefgreifenden Reformen, welche die Armut und Unwissenheit weiter Kreise der italienischen Bevölkerung, den Mangel einer gesicherten Existenz mehr und mehr mindern».²¹

Genau so wie beim Anarchismus sah es die Ursache des Verbrechens in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Zeit. So druckte es einmal einen Vortrag des Berliner Strafrechtslehrers v. Liszt ab. Dieser Artikel trug den bezeichnenden Titel «Das Verbrechen als Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse».²²

Kurze Zeit später schrieb es selber:

«Sie zeigen aber deutlich, dass gewisse Verhältnisse sozialer und wirtschaftlicher Natur eine grosse Kategorie von Menschen zum Verbrechen geradezu züchten ... Nicht nur die einzelnen, die sich gegen das Strafgesetz vergangen haben, sondern auch unsere wirtschaftlichen Zustände gehören auf die Anklagebank, da sie der Nährboden und Untergrund des Verbrechens sind.»²³

Wie bereits gezeigt, sahen die Demokraten in der Lösung der sozialen Frage eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe ihrer Politik. Die Erscheinungen, die nach ihrer Meinung dieses Problem erst sichtbar machten, waren für sie die Folgen von Ungerechtigkeiten und Missständen in Wirtschaft,

19 TT 18.3.1892 und TT 3.6.1897.

20 TT 5.4.1892.

21 TT 7.8.1900.

22 TT 16.1.1903; zu Liszt: Franz v. L. war ein Vetter des Komponisten, * 1851, + 1919, seit 1899 Prof. für Straf- und Völkerrecht in Berlin. Er war der Begründer der deutschen soziologischen Strafrechtsschule. An Stelle der Vergeltungsstrafe fordert er eine auf Erziehung und Sicherung ausgerichtete Strafe.

23 TT 28.8.1903

Gesellschaft und Politik. Bis zu einem gewissen Punkt waren für sie diese Probleme symptomatisch für das «kapitalistische» Wirtschaftssystem. In der Analyse der sozialen Frage sind sie also in vielen Punkten sozialistischen oder marxistischen Ideen gefolgt. Mit ihren Ideen zur Lösung der sozialen Frage sind sie aber wieder ziemlich deutlich vom Marxismus und damaligen Sozialismus abgerückt. Das Tagblatt schrieb in seinem bereits einmal zitierten Artikel «Zur sozialen Frage» dazu:

«... Sie verlangen für ihre Arbeit einen Lohn im Verhältnis zum Werte derselben, verlangen überhaupt für sich und ihre Familien eine menschenwürdige Existenz.

Diejenigen Staaten und Behörden, welche diesem gerechten Verlangen der arbeitenden Klasse mit Gewalt entgegengetreten wollten, müssten mit Recht der Kurzsichtigkeit bezichtigt werden. Verbesserung des Loses der arbeitenden Bevölkerung ist das einzige Mittel zur Verhinderung einer sozialen Revolution. Jeder wahrhafte Menschenfreund hat daher das im letzten Jahr vom deutschen Reichstag angenommene Invaliden- und Altersversorgungs-Gesetz, welches das Wohl der arbeitenden Klasse befördern soll, mit Freuden begrüsst ...

Wie viel soziales Elend könnte vermieden werden durch Gründung einer obligatorischen schweizerischen Invaliden- und Altersversorgungsanstalt, in welcher jeder Arbeiter und Arbeitgeber je 2 Prozent des vereinbarten Arbeitslohnes beizutragen hätten.»²⁴

Die Lösung der sozialen Frage war für das Tagblatt also eine fast «klassische» Staatsaufgabe. Noch deutlicher kommt dies in den Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck:

«Alle aufschiebbaren öffentlichen Arbeiten des Staates und der Gemeinden dürfen nicht in Zeiten guten Geschäftsganges ausgeführt werden, sie müssen als Lückenbüsser in die Perioden industriellen Arbeitsmangels geschoben werden.

... Der heutige Zustand jedenfalls, der die Machthaber in Staat und Gemeinden völlig unvorbereitet findet, bei dem die Hilfsaktion sich im Wesentlichen im Brothervertheilen und anderem Bettel erschöpft, dieser Zustand, der jetzt an mehreren Orten offenbar geworden ist, ist ein Stück Barbarei und Kopflosigkeit, dessen Ausrottung doch wahrlich den Fortbestand der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht gefährden würde.»²⁵

Sozialreformen müssen bekanntlich auch bezahlt werden. Das Tagblatt vertrat sicher die Ansicht, dass im Prinzip jeder seinen finanziellen Beitrag leisten sollte. Der allergrösste Teil der Mittel wollte es aber bei jenen Kreisen beschaf-

24 TT 18.8.1889; siehe oben Anm. 15.

25 TT 18.3.1892.

fen, die nach seiner Meinung zu den »Kapitalisten« gehörten. Besonders den Versicherungen gegenüber hegten die Demokraten Verstaatlichungsgelüste. So schrieb das Tagblatt:

«Sind diese Zahlen nicht geeignet, dem Schweizervolk die Augen zu öffnen und ihm zu zeigen, wo Barthli nicht nur den Most, sondern auch den Wein holen könnte.»²⁶

Das Ziel der Demokraten waren also Reformen. Sie waren überzeugt, dass im «demokratischen» Staat diese Reformen mit Hilfe der Volksrechte auf friedlichem Weg durchgesetzt werden könnten. Überspitzt formuliert könnte man sagen: Die Analyse der Demokraten zur sozialen Frage war sozialistisch, ihr Lösungsmodell hingegen «demokratisch», d.h. im Grunde bürgerlich.

Ein Artikel zum 1. Mai 1908 vermag diese These gut zu belegen. Vor allem im letzten Abschnitt dieses Artikels wird sehr deutlich auf den «demokratischen» Weg der Reform hingewiesen und der revolutionäre, obwohl er nicht erwähnt wird, abgelehnt. Darüber hinaus zeigt dieser Artikel, dass die Ideen der Demokraten über längere Zeit hinweg Bestand hatten. Die ersten Artikel zu diesen Problemen sind im Tagblatt schon vor der Gründung der Demokratischen Partei zu finden. In den folgenden Jahren haben sich die Demokraten und ihre Zeitung immer wieder dazu geäußert. Dabei war der Grundtenor immer derselbe. Die letzte grosse Auseinandersetzung dürfte das Begleitwort zum Parteiprogramm von 1917 sein. Nach dem Ersten Weltkrieg verflachte dann diese Diskussion und die Beiträge zu diesen Problemen wurden im Tagblatt immer seltener.

«Zum 1. Mai

Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem baut sich auf dem Privateigentum an Gütern auf, also auch an den zur Gütererzeugung unentbehrlichen: Den Produktionsmitteln, als Rohstoffen, Werkzeugen, Fabriken, Grundstücken. Der Gang der geschichtlichen Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass die Erzeugung der Güter heute im grossen erfolgt, d.h. in der Weise, dass viele Arbeitskräfte unter einheitlicher Leitung sich je zu einem einheitlichen Werke vereinigen: Tausend und mehr Menschen zum Betriebe einer Maschinenfabrik, einer Spinnerei oder Weberei, einer Schifflistickerei. Dieselbe Entwicklung hat aber bewirkt, dass die vielen, die solcherart zusammenarbeiten, nicht alle gleiche rechtliche Beziehungen zu den Produktionsmitteln haben. Vielmehr sind die einen deren Eigentümer und dieses Eigentum an Produktionsmitteln befähigt sie zu Leitern der Produktion, denen auch die fertigen Produkte zufallen. Die anderen – der grosse Haufe – bleiben vom Eigentum an den Produktionsmitteln ausgeschlossen. Sie sind genötigt, um leben zu können, den Besitzern der Produktionsmittel ihre Arbeitskraft, ihr einziges

²⁶ TT 15.8.1900; nach diesem Artikel soll es im Geschäftsjahr 1898 Versicherungen gegeben haben, die bis zu 32 % Dividenden auszahlten.

Besitztum, gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die Abhängigkeit der Arbeiter ist zwar nicht mehr eine rechtliche wie zur Zeit der Sklaverei, aber darum eine nicht minder vollständige. Sie äussert sich darin, dass der Arbeiter angewiesen ist auf Anstellung durch den Unternehmer – man muss leben auf der Erde – sie äussert sich in der bedingungslosen Unterwerfung unter das Kommando des Unternehmers innerhalb des Betriebes und nimmt oft mittelalterliche Formen an, wenn der Fabrikherr sich als «Patriarch» «seinen» Leuten gegenüber fühlt und sie auch in ihrem Privatleben zu leiten und zu bestimmen sucht. Sie greift hinüber ins Gebiet der politischen Rechte, wenn der Unternehmer das bundesverfassungsmässig garantierte Vereinsrecht zu schmälern sucht, wenn er Arbeiter wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit aufs Pflaster wirft.

Aus der modernen Produktionsweise heraus ist die soziale Bewegung unserer Zeit entstanden, das Emanzipationsbestreben der Arbeiterschaft. Der Kontrast, den der Arbeiter beobachtet zwischen seiner häufig gebückten Lage und dem Reichtum, in dem viele Angehörige der Unternehmerklasse schwelgen, die Ungewissheit seiner Existenzmöglichkeit, die Tatsache, dass er von heute auf morgen nicht weiss, ob er seinen Lebensunterhalt sich noch verdienen wird, – in den Vereinigten Staaten sind zurzeit über vier Millionen arbeitslos – veranlassen ihn zum Nachdenken. Und da enthüllt sich ihm dann ein Geheimnis, das recht eigentlich der Anlass zur modernen Bewegung der Lohnarbeiterklasse wird, das Geheimnis nämlich, dass diese Unsicherheit seiner Existenz nicht in natürlichen, unabänderlichen «gottgewollten» Verhältnissen begründet ist, sondern im Wesen des herrschenden Wirtschaftssystems. Damit ist der Angriffspunkt geschaffen, gegen den sich die soziale Bewegung mit Naturnotwendigkeit richten muss.

Die Arbeit in den modernen Grossbetrieben bewirkt, dass das einzelne Produkt nicht mehr das individuelle Erzeugnis des Arbeiters sondern Gesamterzeugnis aller ist. Der Schuster, der ein Paar Schuhe verfertigt, ist der Schöpfer dieses Werkes: der Arbeiter in einer modernen Schuhfabrik, der noch eine einzige Teilverrichtung in dem Gesamtprozess zuführen muss, hat diese persönliche Beziehung zu dem einzelnen Produkt verloren und mit ihr einen grossen Teil der Arbeitsfreudigkeit. Der Gütererzeugungsprozess ist schon heute tatsächlich im einzelnen ein gemeinsamer und deshalb ist für die Arbeiterschaft die Vorstellung einer gemeinsamen Organisation der Gesamtproduktion nichts Fremdes mehr.

Wer in dem grossen, weltgeschichtlichen Ereignis, das sich vor unseren Augen abspielt, nur das Werk von Agitatoren erblickt, muss mit Blindheit geschlagen sein. Die moderne soziale Bewegung will eine neue Gesellschaftsordnung herbeiführen, nicht von heute auf morgen, nicht durch Gewalt, sondern durch unablässige Arbeit und Aufklärung, durch Organisation.

Die organisierte Arbeiterschaft begeht in allen Kulturländern den 1. Mai als

ihren Feiertag, an dem sie für ihre Zukunftsideale Zeugnis ablegt. Das Wort Klassenkampf bedeutet noch heute für viele ein wahres Schreckenswort, weil sie dabei sich falsche Vorstellungen machen. Es bedeutet doch nur die Verfolgung der spezifischen Arbeiterinteressen im wirtschaftlichen, im gesellschaftlichen Leben und in der Politik und das ist doch das gute Recht der Arbeiter, denn auch alle anderen Bevölkerungsschichten tun ja ein Gleiches, müssen es auch tun. Nur darf verlangt werden, dass der Kampf, nach einem Spruche eines griechischen Weisen, der Vater aller, also auch der guten Dinge, mit anständigen Waffen geführt werde. In dem Gegner soll der Mensch geachtet werden. Das Wohl der Menschheit zu fördern, ist schliesslich der Zweck alles Kämpfens. Der Unverstand lacht über die Weltverbesserer, der Verständige sucht die soziale Bewegung zu verstehen und er achtet sie, weil durch sie immer grössere Massen zu einem Anteil an den reichen Gütern der Kultur gelangen.»²⁷

3.3.2 Die Lösung der sozialen Frage

3.3.2.1 Sozialpolitische Reformen oder Systemveränderung?

Als Erkenntnis aus dem vorausgehenden und als Ausgangspunkt für dieses Kapitel können wir folgendes festhalten:

- Symptome und Ursachen der sozialen Frage haben die Demokraten eher von einem «sozialistischen» Standpunkt aus betrachtet.
- Wie bereits gezeigt wurde und noch weiter nachzuweisen sein wird, haben die Demokraten das Schwergewicht auf die Symptombekämpfung gelegt; d.h. auf die Sozialpolitik. In diesem Punkt herrschte allem Anschein nach in der Partei ein weitgehender Konsensus der Meinungen.²⁸
- In der Frage der Ursachenbekämpfung ist das Bild etwas differenzierter. Neben sozialistischen Ideen (Verstaatlichungen, Staatsmonopole usw.) sind auch ganz gegenteilige Meinungen zu finden.
- Zur Lösung der sozialen Frage griffen also die Demokraten eher auf «bürgerliche» Ideen zurück, ohne sich aber ganz von sozialistischen Vorstellungen zu distanzieren.

Dieser Zwiespalt ist auch im Tagblatt selbst zu finden. In einem Artikel zum 1. Mai 1894 schrieb es:

«Die Arbeiter beschränken sich in ihren Forderungen auf Erreichbares, mit ihnen gehen Hand in Hand wir Demokraten – ... – die wir Anhänger einer entschiedenen Sozialreform sind und für die Arbeiterforderungen prinzi-

27 TT 30.4.1908; weitere Artikel des Tagblattes zum 1. Mai: TT 1.5.1898; 1.5.1899; 2.5.1903 und 3.5.1903, Bericht über die Rede von Hofmann in Romanshorn zum 1. Mai; 3.5.1905, Rede zum 1. Mai von Vögelin in Weinfelden; 1.5.1906 und 3.5.1906, Rede zum 1. Mai von Vögelin in Weinfelden; 30.4.1907; alle diese Artikel entsprechen in der Tendenz demjenigen von 1908.

28 Vgl. dazu die sozialpolitischen Postulate in den Parteiprogrammen.

piell eintreten, so weit sich dieselben mit der gegenwärtigen Staatsordnung, die auf der Privatwirtschaft beruht, vertragen.»²⁹

Diese Aussage scheint eindeutig und endgültig zu sein: Sozialreform durch Sozialpolitik ja – «sozialistisches» Wirtschaftssystem nein. Allerdings sind hier Einschränkungen anzubringen. Dem Verfasser ging es sicher nur um das Prinzip der freien Wirtschaft, die sich bekanntlich auf vielfältigste Art und Weise ausgestalten lässt, sonst wäre die immer wieder auftauchende Kritik der Demokraten und des Tagblattes an dieser Wirtschaftsordnung nicht zu erklären. Zur Beweisführung könnte beispielsweise ein Artikel zur Gewerbefreiheit beigezogen werden. Die Gewerbefreiheit ist ja geradezu eines der Dogmen dieser Wirtschaftsordnung. Dort meinte das Tagblatt, diese sei ebenso schlecht wie früher der Zunftzwang; es sei wichtig, aber schwierig, die «richtige Mitte» zu finden.³⁰ Im Gegensatz zum oben zitierten Artikel³¹ kommt in einem anderen mit dem Titel «Staatssozialismus», dann eher eine linke Strömung zum Zuge:

«Der Staatssozialismus hat gegenwärtig namentlich von der Westschweiz aus viele Angriffe zu erleiden. Man will nicht, dass der Staat mit starker Hand den Schwachen stütze, er soll die Dinge gehen lassen, denn wir leben ja in der besten der Welten, wo es allen gut geht, welche arbeiten, während nur diejenigen zu nichts kommen, welche nichts tun! Steht es so in Wirklichkeit? Oh nein. Das Kapital ist des Einkommens gewiss, ohne zu arbeiten, es verfügt auch über die Produktionsmittel, kurz, es regiert die Welt. Dabei befinden sich die oberen Schichten der Gesellschaft wohl, die untern dagegen verfallen zusehends immer mehr der Armut. Es ist daher Pflicht eines jeden, der es mit dem Volke ehrlich meint, mitzuhelfen an dem grossen Werke der Befreiung des Volkes aus den Klauen des Kapitalismus und ein Mittel dazu ist der Staatssozialismus, der der Gesamtheit die Mittel an die Hand gibt, in den wirtschaftlichen Kampf zu Gunsten der ökonomisch Schwachen einzugreifen. Mit bitterer Ironie zählt die «Zürcher Post» die «Sünden» auf («Sünden» natürlich in den Augen der Leute vom heiligen Manchester), welche der Staatssozialismus, von den Welschen étatisme geheissen, in unserem Lande begangen hat. Hier sind sie:

... Alle diese Sünden des Staatssozialismus sollen durch eine grosse Flut, die von Westen herkommt, weggespült werden, damit der Verderbnis dieses Geschlechtes ein Ende bereitet sei. Nichts wird sich aus der Flut retten können, als die Arche Numa, welche die einzig Gerechten enthält. Diese findet zuletzt Land auf dem Ararat des Kapitalismus und von da aus wird sich ein glücklicheres Menschengeschlecht ausbreiten.»³²

29 TT 2.5.1894.

30 TT 26.8.1896.

31 Siehe oben Anm. 29.

32 TT 15.7.1896.

Noch deutlicher wurde das Tagblatt jeweils dann, wenn es sich für die Verstaatlichung der Versicherungen einsetzte:

«Wir Demokraten wissen aber, warum wir für staatliche Versicherungen eintreten, weil uns das Volksinteresse am Herzen liegt. Wenn sich die Herren für ihre Privilegien aus Leibeskräften wehren, so ist uns das ein Grund mehr, alle Hebel in Bewegung zu setzen, dass dem Kapitalismus ein Ausbeutungsobjekt nach dem andern entrissen wird.»³³

Neben diesem »sozialistischen« Einfluss kann man aber im gleichen Artikel auch einen christlichen entdecken:

«Der Satz ‹Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen›, ist heutzutage für viele ein überwundener Standpunkt. Die Couponsabschneider geraten kaum in Schweiss bei dieser ‹Arbeit›.»³⁴

Eine ähnliche «Liebe» brachte das Tagblatt den Banken entgegen, denen es mehr als einmal vorwarf, am sozialen Elend mitschuldig zu sein. So schrieb es schon im Jahre 1889 über die Banken:

«Unsere oberste Bundesbehörde wurde von achtbaren Eidgenossen schon längst auf die heillose Banknotenwirtschaft aufmerksam gemacht, welche in unserm Vaterlande zu Gunsten der Geldaristokratie betrieben wird. Sonderbar, dass, während dem Bunde das Monopol der Münzprägung allein zusteht, der Nationalrath ruhig zusehen mag, wenn die Geldbarone durch unbefugte Herausgabe von wertlosem Papier (Banknoten) das guthmütige Schweizervolk ökonomisch ausbeuten und schröpfen dürfen.»³⁵

Aber auch in diesem Artikel ist der oben erwähnte Zwiespalt zu entdecken. Denn weiter unten wurde dann mehr nach sozialpolitischen Massnahmen als nach Verstaatlichung gerufen und der Artikel mit dem Hinweis auf legale Reformwege beendet:

«Wenn, wie jeder ruhig denkende Bürger zugeben muss, unsere sozialen Zustände sich von Tag zu Tag verschlimmern, so liegt es in der Aufgabe aller Menschenfreunde, auf Mittel und Wege zu denken, um aus diesen unerquicklichen Zuständen auf friedlichem, legalem Wege herauszukommen.»³⁶

Alle diese Artikel stammen aus der frühesten Zeit der Demokratischen Partei. Später haben die Demokraten dann mehr Gewicht auf die Idee der Sozialreform gelegt, ganz verschwunden sind gewisse sozialistische Ideen aber nie. Noch 1905 konnte das Tagblatt einen Artikel publizieren, der ziemlich offen

33 TT 19.4.1898.

34 a.a.O.

35 TT 6.7.1889.

36 a.a.O.

und eindeutig auf den sozialistischen Standpunkt Bezug nahm. Allerdings stammte dieser Artikel von einem Korrespondenten:

«... weil die jetzige kapitalistische Produktionsweise auf ein Gesetz sich gründet, das eine Mindestentlohnung der Arbeiterschaft und grösstmögliche physische und geistige Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte verlangt, selbst auf Kosten der Volksgesundheit und Volkskraft. Ehe wir nicht dazu kommen, unsere Wirtschaftsordnung zu sanieren, d.h. ehe nicht die Gesellschaft die Produktionsmittel in ihre Hände bekommt und sich Produktion zur Konsumation regeln lässt, ehe nicht diese Hetze nach Gewinn und Überproduktion sich durch einen stabilen Arbeits- und Warenmarkt überflüssig machen lässt, ist die Zeit für eine direkte Aktion nicht erfüllt, die Bedingungen für den Achtsturentag nicht gegeben. Nichts lässt sich überspringen. Geschieht es trotzdem, so tritt immer wieder, eben mit Naturnotwendigkeit die Reaktion ein. Eine jede grosse Errungenschaft entstammt der gesetzmässigen Entwicklung und diese verlangt Zeit. Und namentlich verlangt Zeit das Werk der Sozialreform.»³⁷

Zusammenfassend:

- Die Demokraten als Partei glaubten an die Möglichkeit, die soziale Frage durch Sozialreformen, d.h. sozialpolitische Massnahmen (AHV, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherungen, Arbeitsbeschaffung usw.), lösen zu können. Zur Durchsetzung dieser Reform kam für sie nur der «demokratische» Weg in Frage (Volksrechte usw.). Darüber hinaus traten sie für die Verstaatlichung ganz bestimmter Wirtschaftszweige ein (Bahnen, Versicherungen, Hypothekarbanken, Energieversorgung, Banknoten- und Zündhölzchenmonopol).³⁸
- Daneben gab es in der Partei aber auch Kreise, die weitergehenden Massnahmen nicht abhold waren. Diese kamen vor allem in der Frühzeit der Demokratischen Partei zu Wort. Später dürften sich diese der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben.

In diesem Sinne hat sich die Demokratische Partei als einzig wahre Fortschrittspartei verstanden. Den einzig wirklichen Gegner auf diesem Gebiet der

37 TT 5.9.1905.

38 Vgl. dazu:

Banknotenmonopol:	TT 26.8.1890 und 22.1.1897;
Zündholzmonopol:	TT 14./15.1.1892 und, TT 25./26.9.1895;
Bahnen:	TT 3./4./5./6.12.1891, 13./15.7.1896 und 19.1.1898;
Versicherungen:	TT 6.7.1889 und 19.4.1898;
Banken:	TT 1.8.1905;
Hypothekar- kreditbanken:	TT 10./11.4.1894;
Energieversorgung:	TT 19.3.1892, 26.10.1904 und 10.6.1906;
Getreidemonopol:	TT 30.8.1889 und 2.4.1925.

Politik sahen sie in der Freisinnigen Partei. So behaupteten sie in der Propaganda zu den Nationalratswahlen 1922, die Freisinnigen hätten dreissig Jahre lang gross über Sozialwerke gesprochen, täten dies immer noch und würden trotzdem nie etwas tun. Mit den Worten –

«Wir aber wollen jetzt nicht Steine, sondern Brot; wir wollen Taten und nicht bloss Worte.»³⁹

– riefen sie die Wähler auf, demokratisch zu wählen. Die Sozialdemokraten waren ihnen in der Zwischenzeit aus anderen Gründen suspekt geworden.⁴⁰

Logischerweise ist Sozialpolitik immer eine direkte Antwort auf anstehende Sozialprobleme. Diese Feststellung trifft auch auf die Sozialpolitik der Demokraten zu. Daneben sind in ihren Verlautbarungen und Argumentationen immer wieder gewisse moralische Aspekte, Hoffnungen auf ein harmonisches und ideales Zusammenleben der Menschen und christliche Ideale zu finden. Obwohl solche Aspekte und Ideen sachlich schwer erfassbar sind, kann man sie in vielen der bis anhin zitierten Texten entdecken. Natürlich geht es dabei mehr um ein gefühlsmässiges Erahnen als um ein rationales Erfassen von Ideen. Trotzdem können gerade solche Aspekte eine gute Einsicht in die Gedankenwelt der Demokraten vermitteln. Dazu zeigen solche Gedanken, dass für die Demokraten schlussendlich der Mensch und seine Würde im Mittelpunkt all ihrer Bestrebungen stand und nicht irgend ein Ideal, das um seiner selbst willen vertreten wurde. Die fragwürdigen moralischen Zustände jener Zeit (Prostitution, Alkoholismus usw.) waren für sie in erster Linie Folgen der sozialen Missstände. Besonders die Arbeitslosigkeit war ihrer Meinung nach eine der Hauptursachen dieser moralischen Zerfallerscheinungen. Das Tagblatt meinte dazu, angemessene Arbeit und Entlohnung und Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen sei der beste Schutz der Moral.⁴¹

Die Vorstellungen der Demokraten von einem harmonischen und idealen Zusammenleben lassen sich selbstverständlich, nur um ein Beispiel zu nennen, nicht mit Campanellas «Sonnenstaat» vergleichen. Ihr ganz kleines und bescheidenes «Utopia» hatten sie aber auch.

«In einem demokratischen Staat darf niemand Mangel leiden, der bestrebt ist, sich und die Seinen durch redliche Arbeit zu ernähren. Das soziale Gewissen muss im kommenden Jahrhundert noch weiter geschärft werden, denn noch viel bleibt zu tun übrig, dass die Heimat für alle ihre Kinder zur wahren Heimat wird. Alle die Bestrebungen zum Ausgleich der klaffenden sozialen Gegensätze werden wir auch im kommenden Jahre, getreu unsern Prinzipien kräftig unterstützen.»⁴²

39 TT 26.10.1922.

40 a.a.O.

41 TT 27.5.1900.

42 TT 3.1.1900.

«Dem Siegeslauf der Industrie, der zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft geführt, hat der Staat Einhalt thun müssen. Im Interesse der Volkskraft und Volkswohlfahrt hat er die Sozialgesetzgebung – Fabrikgesetz, Arbeiterschutzgesetze – geschaffen. Aber die Schweiz marschiert nicht mehr an der Spitze der Nationen, andere haben ihr den Vorrang abgelaufen. Die Begleiterscheinung der Konzentration des Kapitals ist die Massenarmut. Dem Kapital gegenüber hat sich die Arbeiterschaft organisiert. Ihre Führer haben Eingang gefunden in die Parlamente und Behörden, ihre Interessen werden verfochten von den Lehrstühlen der Universitäten und den Kanzeln der christlichen Kirchen herab. Was wollen die Arbeiter? Eine neue Welt ohne Kampf und Streit, ohne Elend und Kummer, eine Welt voll Friede, Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Wir lassen uns trotz Krieg und Kriegsgeschrei, trotz allem Jammer und Elend der Gegenwart den Glauben an eine schönere Zeit nicht rauben. Diese wird kommen einem Geschlechte, das des Lebens erstes Ziel erblickt in Selbstverleugnung und edler Pflichterfüllung. Wenn wir diese Zeit nicht mehr erleben, so helfen wir sie doch vorbereiten.

«Wir weihen, was wir schmieden.
Der Freiheit und dem Frieden,
Nicht droben erst, hienieden,
soll jeder glücklich sein.»⁴³

Natürlich geht in diesem Zusammenhang bereits das Erwähnen der Namen «Campanella» und «Thomas Morus» zu weit. Die Zitate selber zeigen aber doch, dass es den Demokraten um mehr als nur um die Lösung von Sozialproblemen ging. Es scheint ja überhaupt eine menschliche Eigenschaft zu sein, ebenso gern vom diesseitigen wie vom jenseitigen Paradies zu träumen. Der Predigtstil im zweiten Zitat ist übrigens leicht zu erklären. Es stammt nämlich aus einer Weihnachtsrede, die Emil Hofmann in Wigoltingen vor der Schuhmachergewerkschaft hielt. Von Hause aus war dieser ja Pfarrer. (Da er als Nationalrat nicht mehr als Seelsorger amtieren durfte, nannte das Tagblatt diese Predigt «Festrede an einer Christbaumfeier.»)

3.3.2.2 Sozialpolitische Ideen und Aktivitäten

Für welche sozialpolitischen Ideen setzten sich nun die Demokraten im einzelnen ein? In den Parteiprogrammen ist ein ganzer Katalog von Forderungen zu finden. Bei der Behandlung der Parteiprogramme wurde schon einiges dazu gesagt. Deshalb wollen wir uns hier auf einige wenige Forderungen beschränken, welche die Demokraten in den Programmen, in der Presse und bei anderer Gelegenheit immer wieder erhoben haben.

43 TT 1.1.1901.

Schon vor der Gründung der Demokratischen Partei hatte sich das Tagblatt für verschiedene Kranken- und Unfallversicherungsprojekte eingesetzt. So schrieb es 1889, als in einigen Kantonen über die Einführung von öffentlichen Krankenkassen gesprochen wurde:

«Könnte nicht auch im Thurgau Ähnliches angestrebt werden? Gibt es nicht Fälle, wo ein armer Hausvater, dem an seiner Ehre und an seiner ökonomischen Selbständigkeit gelegen ist, vor einer Krankheit in seiner Familie zittern muss ...»⁴⁴

Ähnlich liess sich das Tagblatt zu Bestrebungen vernehmen, die Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts darauf abzielten, ein eidgenössisches Kranken- und Unfallversicherungsgesetz einzuführen.⁴⁵

«Dass aber ein schweizerisches Unfallgesetz mit guter Grundlage und billiger Verrechnung besonders derjenigen Klasse zu gute kommen muss, welche sich durch ihrer Hände Arbeit oft noch kümmerlich durchbringt und bei der oft ein Unfall die ganze Existenz einer Familie ruiniert, ist klar. Und dabei ist diese Unterstützung kein Almosen, sondern bildet eine rechtmässige Forderung. Besonders da, wo der Tod dasjenige der Familienmitglieder seinen Angehörigen entreisst, das ... die Familie zu ernähren berufen war, oder ... wo eine bleibende Erwerbsunfähigkeit den Ernährer der Familie unproduktiv machen sollte, und Beiträge aus solchen Anstalten so notwendig, so wohlthuend wären, dass man eine solche Institution mit Freuden begrüssen darf.»⁴⁶

Die Demokratische Partei hat diese Tradition nach 1891 vollumfänglich weitergeführt. So wurde etwa 1893 das «Volksbegehren für unentgeltliche Krankenpflege» begrüsst und der Initiativtext publiziert.⁴⁷ (Diese Initiative gelangte allerdings nie zur Abstimmung.)

Für das «eidgenössische Gesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung mit Einschluss der Militärversicherung»⁴⁸ haben die Demokraten und das Tagblatt im wahrsten Sinne des Wortes die Propagandatrommel geschlagen; allerdings vergeblich, da das Gesetz deutlich verworfen wurde.⁴⁹

Fast eigenartig berührt die Stellungnahme der Demokraten zum «Gesetz betreffend die unentgeltliche Leichenbestattung», das vom Thurgauer Volke in

44 TT 17.2.1889.

45 Diese Bestrebungen führten zu BV 34 bis (Unfall- und Krankenversicherung), angenommen in der Volksabstimmung vom 26.10.1890, siehe dazu: AS II 737; BB1 1889 IV 825; 1890 I 42, II 955 f., III 644/646/648, IV 1127.

46 TT 24.2.1889.

47 TT 17.12.1893.

48 TT 20./21.4.1900 und 3./5./9./11./12./13./16./17./18./19./20.5.1900; Kommentar zum Abstimmungsergebnis: TT 22.5.1900.

49 TT 22.5.1900.

der Abstimmung vom 9. April 1899 angenommen wurde. Im Zusammenhang mit Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint ein Gesetz über die Leichenbestattung eine Kuriosität zu sein. Wir sehen aber gerade hier, dass für die Demokraten eben vieles zur Sozialpolitik gehörte.

«Zu denjenigen sozialpolitischen Massnahmen, welche zur finanziellen Entlastung der ökonomisch Schwachen dienen, gehört die Unentgeltlichkeit der Beerdigung.»⁵⁰

«Der moderne Staat soll die Solidarität aller seiner Glieder auch dadurch zum Ausdruck bringen, dass er jedermann, ob arm oder reich, der Sorge für eine gesicherte pietätvolle Bestattung enthebt ...

Die Annahme des Gesetzes betreffend unentgeltliche Leichenbestattung bedeutet einen kräftigen Schritt vorwärts auf dem Wege einer gesunden Sozialreform.»⁵¹

Alle diese sozialpolitischen Forderungen wurden von unseren Parteien früher oder später in dieser oder jener Form aufgegriffen und vertreten. Die Demokraten haben sich aber schon sehr früh und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sozialpolitisch engagiert. Neben diesen Forderungen, die mindestens später wenig umstritten waren, haben die Demokraten auch einige Ideen vertreten, die mehr Brisanz enthielten. Deshalb dürften sie diese auch immer nur so im Vorbeigehen erwähnt haben. So setzte sich etwa das Tagblatt schon sehr früh für die obligatorische Einführung des Achtstundentages ein. Diese Forderung begründete es damit, dass der Achtstundentag die Gesundheit der Arbeiter, die Moral (Familienschutz, Arbeiterbildung, bessere Erziehung der Kinder usw.) und die Volkswirtschaft (höhere Produktivität bei verkürzter Arbeitszeit) fördere.⁵² Ebenso war es für Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn, da dies deren Interesse am Unternehmen und an der Gesamtwirtschaft wecke und erst noch die Kaufkraft der Arbeiterschaft vergrössere, was letzten Endes wieder der Wirtschaft zugute komme. Zu grosse Illusionen machte es sich allerdings über die Realisierbarkeit dieser Forderung.

«Die Manchestermänner würden zwar über einen solchen Eingriff in Privatverhältnisse ein grosses Lamento erheben, doch über Irrlehren dieser Sorte Wirtschaftspolitiker ist die moderne Zeit längst weggeschritten.»⁵³

Die Frage, wie weit hier die Meinung der Gesamtpartei vertreten wurde, kann nicht unbedingt beantwortet werden. Es wäre natürlich möglich, dass sich die Demokraten aus Gründen der Taktik und Opportunität in diesen Fragen etwas zurückgehalten haben. Unter Berücksichtigung des bis anhin bearbeitete-

50 TT 10.4.1899.

51 TT 5.4.1899.

52 TT 2.6.1896.

53 TT 10.3.1906.

ten Materials wäre diese Möglichkeit nicht auszuschliessen. Es gibt nämlich auch aus späterer Zeit Hinweise in diese Richtung. So hat das Tagblatt Jahre später unter dem Titel «Soziale Demokratie» einen Artikel publiziert, in dem die Demokratisierung der Wirtschaft verlangt wurde. Anlass zu diesem Artikel war die sich damals in Arbeit befindende Revision des Fabrikgesetzes.

«Das Vertrauen kann nur wieder hergestellt werden durch die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Arbeiter müssen bei der Festsetzung der Arbeitszeit und der Löhne mehr als bisher angehört werden. Sie müssen mehr als bisher über den Gang und die Notwendigkeit der Betriebe unterrichtet werden, dass sie selber urteilen können, ob die Opfer, die sie bringen im Interesse des Unternehmens und damit im eigenen Interesse seien, oder ob sie nur dem Unternehmer erhöhte Gewinne bringen. Wir wissen wohl, dass der Demokratisierung im Wirtschaftsleben sehr grosse Schwierigkeiten im Wege stehen. Hier kann nur Schritt um Schritt vorwärts gegangen werden, wenn man nicht das Wirtschaftsleben gefährden will. Aber so gross diese Schwierigkeiten auch sind, dürfen wir nicht vergessen, dass nur die Demokratisierung die Lösung der sozialen Frage bringen kann ...

... Wirtschaftliche Demokratie oder fortgesetzt soziale Kämpfe ist die Lösung. Wir haben gewählt! Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt nicht nur dem Arbeitnehmer zu gute, sondern auch den Arbeitgebern. Das wirtschaftliche Leben wird in ruhigere Bahnen geleitet und nicht immer durch Streik lahmgelegt werden. Nicht im Interesse einer Klasse, sondern im Interesse des sozialen Friedens, verlangen wir demokratische Rechte auch im wirtschaftlichen Leben. Der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes würde es förderlich sein.»⁵⁴

Heute ist diese Forderung unter dem Namen Mitbestimmung bekannt. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Forderung bis heute die Gemüter erregt, so kann man sich vorstellen, dass sie damals wahrscheinlich für ziemlich extremistisch gehalten wurde.

Fassen wir noch einmal zusammen:

- Die Demokraten vertraten eine entschiedene Sozialpolitik.
- Soweit wir bis jetzt gesehen haben, waren sie im Prinzip keine Systemveränderer. In bestimmten Bereichen der Wirtschaft waren sie aber auch tiefgreifenden Reformen und Veränderungen nicht abgeneigt.

3.3.3 Marxismus, Sozialismus, Kommunismus

Am Ende des letzten Kapitels ist die Frage offen geblieben, wie weit die Demokraten Systemveränderer waren. Wie stellten sie sich nun zu einer Bewegung, deren Ziel damals noch eindeutig die totale Systemveränderung war. Bis zur Gründung der Sowjetunion konnten sie sich mit allen auf Marx zurückge-

⁵⁴ TT 30.6.1922.

henden Ideologien nur theoretisch auseinandersetzen. Noch weniger als die marxistischen, sozialistischen und kommunistischen Theoretiker und Führer konnten sie wissen, wie nach einer diesen Theorien entsprechenden Veränderung Staat und Gesellschaft aussehen würden. (Selbst Lenin kam ja nicht mit einem fertigen Patentrezept in der Tasche an die Macht). Dies änderte sich, als sich zu Beginn der zwanziger Jahre in der Sowjetunion der Kommunismus endgültig durchgesetzt hatte. Wie wir aber bereits bei der Behandlung des Phänomens «Diktatur»⁵⁵ gesehen haben, beschäftigten sich die Demokraten mehr mit dem äusseren Erscheinungsbild der Diktatur, als mit der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dies hängt vielleicht damit zusammen, dass sie eine der wichtigsten Grundlagen jeder marxistischen Ideologie nie oder nur im bescheidensten Ausmasse übernommen hatten. Trotz aller Entlehnung und geistiger Verwandtschaft war für sie die ökonomische Struktur (Produktionsverhältnisse, Klassenkampf usw.) nie das einzige oder wichtigste treibende Element der Entwicklung. Der «demokratische»⁵⁶ Staat und die «demokratische» Gesellschaft waren für sie nicht Folge, sondern Ursache und Ausgangspunkt von Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Überspitzt und in Umkehrung marxistischer Theorie könnte man sagen, der Staat war für sie kein Phänomen des Überbaus sondern des Unterbaus. Überspitzt ist dieses Urteil, weil sich die Demokraten in Wirklichkeit weder zur einen noch zur anderen Seite so leicht und so genau abgrenzen lassen. Heute glauben wir, ziemlich genaue Vorstellungen zu haben, was ein Kommunist oder ein Sozialist ist. Beides sind irgendwie Marxisten. Während aber der erste dogmatisch einem revolutionären Weg folgt, der bis heute immer in die Diktatur geführt hat, sucht der Sozialist jeglicher Observanz den Weg der Reformen. So gesehen müsste man den ehemaligen Demokraten mit dem heutigen Sozialdemokraten vergleichen und würde wahrscheinlich viele Gemeinsamkeiten finden. Für die Demokraten stellte sich das Problem nicht so einfach. Damals waren noch in den meisten Ländern Kommunisten und Sozialisten in der gleichen Partei. Die revolutionäre und revisionistische Strömung war also unter dem gleichen Dach vereint. Dieses «Janusgesicht» der damaligen sozialistischen Bewegung hat auch das Tagblatt erkannt. So schrieb es zum Stuttgarter Parteitag der SPD von 1898:

«Die sozialdemokratische Partei hat lange Zeit traumhaften Idealen nachgejagt und den Philister mit der revolutionären Phrase erschreckt und darüber vielfach die praktische Politik vergessen. Die Partei muss nun die Erfahrung machen, dass auch für sie das Gesetz der Entwicklung besteht. Führende Geister innerhalb der Partei haben die Grundlagen der marxistischen Theorie einer scharfen Kritik unterzogen. So hat der in London lebende

55 Vgl. dazu oben 3.1.4.

56 Vgl. dazu oben 0.2 und 3.2; «Demokratisch» in dem dort dargelegten Verständnis der Demokraten.

Bernstein in der wissenschaftlichen Revue der Sozialdemokratie eine Artikelserie veröffentlicht, worin er ausführt, er könne nicht glauben, dass die bürgerliche Gesellschaft schon vor ihrem Zusammenbruch stehe.

... Das Vernünftigste, was die Sozialdemokratie tun kann, ist, wenn sie das Erreichbare zum Ziele setzt und praktisch mitarbeitet an der Lösung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit, denn bei dem fortwährenden Verweisen auf einen in nebelhafter Ferne liegenden Zukunftsstaat schaut doch nichts heraus.»⁵⁷

Die Sympathien der Demokraten lagen natürlich bei den Revisionisten. Ihr Interesse an diesen Auseinandersetzungen in der sozialistischen Bewegung war auch nicht nur «akademischer» oder «theoretischer» Art, weil sie in einer revisionistischen Sozialdemokratie einen zukünftigen Kampfgefährten sahen.⁵⁸

Obwohl das Tagblatt in diesem besonderen Fall die innere Problematik der sozialistischen Bewegung genau erkannt hatte, machten sonst Tagblatt und Demokraten, wenn sie von Sozialisten sprachen, ein ziemliches Durcheinander. Einmal werden diese mit Lob bedacht, dann wieder getadelt und verurteilt, und man muss dann schon sehr genau hinschauen, um herauszufinden, ob jetzt gerade «gute» Sozialisten, Kommunisten oder sogar Anarchisten gemeint sind. Eines ist aber sicher, wenn sie den Sozialismus angriffen, dann verurteilten sie immer revolutionäre Strömungen dieser Bewegung.

«Es gibt leider eine Partei, die unter einem kleinen Teil der Arbeiter Fuss gefasst hat, die nur zerstören will. Aus den Trümmern, aus dem Chaos soll dann eine neue Welt voll Glanz und Schönheit hervorgehen. Durch ein Meer von Thränen und von Blut ginge es hindurch in dieses gelobte Land. Doch die Vernünftigen lockt ein Ziel, das auf solche barbarische Weise errungen werden müsste, nicht. Es hätte zweifelhaften Wert und vor allem kein Bestand. Nicht zum Zerstören sind wir Menschen da, sondern zum friedlichen Aufbauen, das sieht der Grossteil der Arbeiterschaft denn auch ein und die schärfsten Gegner der Anarchisten finden sich in den Reihen der organisierten Arbeiter. Der Fortschritt gründet sich darauf, dass der Mensch die Naturkräfte in immer höherer Masse in seinen Dienst zu stellen versteht und dass er auch in geistiger Beziehung auf eine Warte zu stehen kommt.»⁵⁹

Ähnlich antworteten sie auf die Frage, warum die Demokraten nicht Sozialdemokraten werden könnten:

«Die Sozialdemokraten ... haben dem Rufe Folge geleistet, der lehrt, dass das wirtschaftliche Leben sich immer mehr industrialisiere, so dass zuletzt

57 TT 9.10.1898.

58 TT 9.10.1898; ähnliche Ideen in einem Kommentar zum Dresdner Parteitag der SPD von 1903 in TT 27.9.1903.

59 TT 18.4.1901.

jedes Volk nur mehr aus zwei Klassen bestehen werde: aus den Millionen mittelloser Lohnarbeiter und der an Zahl verhältnismässig ganz geringen Klasse der Kapitalisten. Dem gegenüber neigt aber die neuere wissenschaftliche Forschung wieder mehr dem Standpunkt zu, dass es auch in Zukunft immer einen Mittelstand geben werde und müsse. Der individuelle Freiheitsdrang im Menschen lässt Ungezählte vorziehen, selbst bei geringerem Verdienst irgend einen selbständigen Beruf auszuüben. Dann gibt es im Leben der Gesellschaft eine sehr grosse Anzahl von Beschäftigungen und Produktionszweigen, die sich entweder nicht industrialisieren lassen, ohne dass sie, die Gesellschaft, daraus einen empfindlichen Schaden hätte, oder ihrer Natur nach nicht einmal industrialisiert werden können. Auf diesen zwei Grundgedanken basieren nun die Theorien der bürgerlichen und der sozialistischen Weltanschauung, die wir hier nicht weiter ausspinnen wollen, aber dazu offen erklären, der ersten zu huldigen.

Als Voraussetzung einer starken sozialistischen Entwicklung ist somit die Industrialisierung eines Landes oder Gebietes erforderlich. Und das ist der praktische Grund, warum die Demokraten keine Sozialisten werden können. Gewiss hat sich die Industrie auch im Kanton Thurgau vermehrt. Die reinen Industriearbeiter zählen aber gar nicht nach vielen Tausenden ... Die demokratische Partei hat Anhänger in allen Bevölkerungsschichten, und ihr Gros, das sich vornehmlich aus kleineren Bauern, Arbeitern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Beamten rekrutiert, weist gar mancherlei verschiedene Interessen auf, die alle gegenüber den Übergriffen der wirtschaftlich Grossen, Mächtigen und Rücksichtslosen gewahrt und verteidigt werden müssen. Vor allem aber taugt die Waffe, die die Sozialdemokratie zur blossen Verteidigung der Interessen der Nur-Lohnarbeiter sich ausgebildet, der grundsätzliche Klassenkampf, nicht für so gemischte Verhältnisse, wie sie bei uns anzutreffen sind. Wo mannigfaltige Interessen täglich und stündlich ineinander greifen, müssen die Klassengegensätze im Gegenteil auszugleichen versucht werden. An Stelle des Klassenkampfes muss der Entspannung der Gegensätze und der Klassenverständigung das Wort geredet werden. Darum können wir keine Sozialdemokraten werden!»⁶⁰

Auch dieser Artikel verurteilt die revolutionäre oder klassenkämpferische Tendenz deutlich. Man muss allerdings beachten, dass diese Verurteilung u.a. mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen im Thurgau und in der Schweiz begründet wurde; d.h. dass sich die Demokraten Zustände vorstellen konnten, die den revolutionären oder klassenkämpferischen Weg verlangen würden.

Wie stellten sich nun die Demokraten zu Marx. Wir haben gesehen, dass die Stellungnahme der Demokraten zu marxistischen oder sozialistischen Ideen keiner geraden Linie folgten. Bei vielen ihrer eigenen Ideen, die wir bis jetzt

⁶⁰ TT 27.10.1911; Artikel zu den Nationalratswahlen 1911.

kennen gelernt haben, kann aber ein marxistischer Einfluss nicht geleugnet werden. Natürlich sind dies keine marxistischen Ideen; ganz spurlos ist aber der Marxismus an diesen nicht vorbeigegangen. Dabei dürfte diese Tatsache den meisten Demokraten kaum bewusst gewesen sein. Der Name «Marx» oder die Begriffe «Marxismus», «Diktatur des Proletariats» usw. sind nämlich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges im Tagblatt nur höchst selten zu finden. Vögelin, dem Redaktor des Tagblattes, waren aber die Werke von Marx bekannt.

«Marx war einer der grössten Denker aller Zeiten. Ihm verdankt die Nationalökonomie die wertvollsten Anregungen.»⁶¹

Soweit mir bekannt ist, dürfte dies aber auch so ziemlich der einzige Artikel sein, in dem etwas über Marx selbst steht.

Die Entstehung der sozialistischen Bewegung war für das Tagblatt eine Folge des industriellen Zeitalters und der sozialen Missstände jener Epoche.

«... dass die Maschinensklaverei und die Sucht nach Gelderwerb der Grossen die Sozialdemokratie grossgezogen haben.»⁶²

Das Tagblatt war überzeugt, dass die sozialistische Bewegung keine vorübergehende Erscheinung war. Dazu glaubte es, dass diese als Reformpartei eine grosse Zukunft haben würde.⁶³

Wie sah nun das Tagblatt das Verhältnis der «Demokratischen» Bewegung zur sozialistischen? Wo glaubte es das Trennende, wo das Gemeinsame zu erkennen. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den Artikel zu den Nationalratswahlen 1911, in dem das Tagblatt zu erklären versuchte, warum die Demokraten keine Sozialdemokraten sein könnten. Dort hatte es die Notwendigkeit des Klassenkampfes und die Existenz von nur zwei Klassen bestritten. Die Demokraten sind ja überhaupt immer davon ausgegangen, dass es einen Mittelstand gebe und immer geben werde. Da die Demokraten nie nur Arbeiterpartei sein wollten, sondern einfach eine Partei der «kleinen Leute», mussten sie natürlich auch von dieser Warte aus den Klassenkampf ablehnen. Ein Jahr später ist die Diskussion um dieses Problem im Tagblatt wieder entflammt:

«... so fragt dann der Mann: «Wo gehört ihr Demokraten hin?» Und da lautet unsere Antwort ebenso bestimmt und klar, wie wir sie auch vor den Nationalratswahlen gegeben haben:

Weder bei den einen noch bei den anderen, weder bei den alles Kapitalisierendenwollenden, noch bei den die ganze Welt Verstaatlichenwollenden! Und die Weltgeschichte gibt uns recht: Weder auf dem Gebiete der Religion, noch des Denkens (der Philosophie) hat sich je irgend ein System, eine unbeschränkte, dauernde Machtstellung und Vorherrschaft erringen können.

61 TT 10.1.1908.

62 TT 14.12.1889; ähnliche Ideen in: TT 5.3.1897 und TT 13.5.1898.

63 TT 16.1.1900; siehe dazu auch oben Anm. 58 und Anm. 60.

Und je mehr sie mit allen Mitteln danach gestrebt haben, desto rascher erfolgte nur ihr Sturz. Wie wäre das gleiche also denkbar im wirtschaftlichen Leben, wo die Gegensätze und die Reibungen sich viel fühlbarer manifestieren und der Einzelne hinwiederum am besten Gelegenheit hat, seine eigenen Fähigkeiten zu erproben? Die Entwicklung des heutigen Staates zeigt auch schon sehr deutlich, dass die beste Verteilung und die für das Volksganze beste Steigerung des Arbeitsertrages dort zu erreichen ist, wo Verstaatlichung und Genossenschaft auf der einen und Privatbetrieb auf der anderen Seite ökonomisch-zweckmässig ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. ... Mit den Sozialdemokraten haben sie, soweit diese die Sozialreform im Gegenwartsstaate in den Vordergrund stellen ein Ziel.»⁶⁴

Was wir schon vorher gesehen oder vermutet haben, findet in diesem Artikel seine Bestätigung. In der Analyse der sozialen Zustände der Zeit, in den Forderungen nach Sozialreformen und in der Idee gewisse Wirtschaftszweige zu verstaatlichen hatten die Demokraten mit den Sozialdemokraten vieles gemeinsam. Einig waren sie sich mit den revisionistischen Strömungen auch über den Weg, der nach ihrer Ansicht nur der »demokratische« sein konnte und für den sie sich in ihrer politischen Arbeit einsetzten.⁶⁵ Den revolutionären Weg verurteilten sie, weil er die von ihnen hochgehaltenen demokratischen Institutionen verleugnen muss und immer in die Diktatur führt.

Wie beurteilten nun die Demokraten eine mögliche »sozialistische Wirtschaftsordnung«? Wir müssen davon ausgehen, dass für sie ein solches Modell einfach totale Verstaatlichung bedeutete. Viel mehr konnten sie sich darunter nicht vorstellen. Im allgemeinen haben sie dieses Modell genauso entschieden abgelehnt wie das damalige kapitalistische Wirtschaftssystem. Beide waren ihrer Meinung nach zu extrem. Aus beiden sollten aber die positiven Elemente übernommen werden. Dies bedeutete einerseits Verstaatlichung aller für das gesamte Volk und die Volkswirtschaft lebenswichtiger Wirtschaftszweige (Verkehrswesen, Energieversorgung, Hypothekarkreditwesen, Banknotenemission, Versicherungen, Getreidehandel usw.) und andererseits unter Kontrolle des Staates (Sozialpolitik) Privatwirtschaft und Einzelinitiative in allen übrigen Gebieten der Wirtschaft. Im privatwirtschaftlichen Bereich sollte vor allem das genossenschaftliche Prinzip zum Zuge kommen (Einkaufs-, Produktions-, Vertriebs- und Konsumgenossenschaften).⁶⁶

Alles in allem war aber das Verhältnis der Demokraten zu jeder möglichen Wirtschaftsordnung eigentlich immer zweideutig. Ein frühes Beispiel dieser Unentschlossenheit und Zweideutigkeit ist ihre Stellungnahme zur Initiative

64 TT 18.3.1912; Artikel mit ähnlichen Tendenzen: TT 13.4.1912 und 22.3.1919.

65 Siehe dazu oben 3.2.2.

66 Zur Bedeutung des Genossenschaftswesens siehe unten 3.3.5.

«Recht auf Arbeit».⁶⁷ An und für sich lehnten sie die Initiative ab und empfahlen ihren Anhängern diese zu verwerfen.⁶⁸ Immerhin billigten sie der Initiative einen «guten Kern» zu.⁶⁹ Interessant sind aber die Argumente, mit denen sie ihre Ablehnung begründeten:

«Daneben ist der Artikel ein Dekorationsstück, denn zu behaupten, die Forderungen des Rechtes auf ausreichend lohnende Arbeit sei im heutigen Staat im Ernst durchzuführen, ist offenbar Widersinn. Im Sozialistenstaat aber wäre das Recht auf Arbeit gar nicht nöthig, denn es würde sich von Selbst verstehen.

In That und Wahrheit verlangen die Initianten nicht bloss das Recht auf Arbeit, sondern das Recht auf Verschaffung von Arbeitsgelegenheit. Pflicht des Staates wäre es nach Annahme des Verfassungsartikels, dem arbeitslos gewordenen Schweizerbürger von Staates wegen für Arbeit zu sorgen. Der Staat müsste also Herr über alle Arbeitsmittel werden, es müsste eine totale Umwälzung unserer heutigen Wirthschaftsordnung Platz greifen, oder das Recht auf Arbeit, worunter nicht das Recht zu arbeiten gemeint ist, würde ein leeres Wort ohne praktischen Inhalt bleiben.

..., jedenfalls ist dieses Postulat auf Grundlage der gegenwärtigen Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung gar nicht ausführbar.

... Das Initiativbegehren, wenn es auch verworfen wird, war nicht nutzlos, der gute Kern, der in demselben steckt, wird von der rauen sozialistischen Schale losgehüllt werden.

... Es ist gewiss richtig, man braucht kein Sozialdemokrat zu sein, um der Initiative sympathisch gegenüber zu stehen. Bundespräsident Frey hat sich s.Z. öffentlich für das Recht auf Arbeit ausgesprochen und auch die Initiative unterschrieben. Er sagte u.A.: «Es besteht ein Recht auf Arbeit, wie es ein Recht gibt zu leben und zu athmen, und eine Gesellschaftsorganisation irgend einer Art, welche dieses Recht nicht anerkennt, muss an dem Widerspruch auf die Dauer zu Grunde gehen.» Wir gehören auch nicht zu denen, welche sagen, weil die Initiative von sozialdemokratischer Seite komme, müsse sie unter allen Umständen bekämpft werden. Es heisst auch in Bezug auf dieses Initiativbegehren: Prüfet Alles und das Gute behaltet. Aber so natürlich und selbstverständlich das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit an und für sich ist, so wäre doch der betreffende Verfassungsartikel nichts mehr als eine schöne Phrase, so lange nicht die Verstaatlichung sämtlicher Arbeitsgelegenheiten, insbesondere der Industrie, durchgeführt ist. Mit der

67 Diese Initiative wurde in der Volksabstimmung vom 3.6.1894 verworfen; siehe dazu: BBl 1893 IV 369, 1894 II 354, 356 und 358, III 89.

68 TT 1./2.6.1894.

69 a.a.O., Ausgabe vom 2.6.

Annahme dieses Volksbegehrens würden wir diesem Sozialstaat zusteuern.»⁷⁰

Vom demokratischen Standpunkt aus war also diese Initiative im damaligen Staat nicht durchführbar; d.h. zuerst hätten Veränderungen in «sozialistischem» Sinne stattfinden müssen. Gegen Ende des Artikels ist dazu zu lesen, das Schweizervolk wünsche dies nicht. «Expressis verbis» steht aber im ganzen Artikel nirgends, die Demokraten seien dagegen. Das heisst natürlich nicht, dass sie dafür waren. Es illustriert aber ihr gebrochenes Verhältnis zu diesem Problem.

Fassen wir zusammen:

- Das Verhältnis der Demokraten zum Sozialismus war weder ablehnend noch zustimmend. Bestimmte Ideen, Forderungen und Ziele haben sie übernommen, zur Kenntnis genommen oder verworfen.
- Revolutionären Strömungen (kommunistischen oder anarchistischen) waren sie ausgesprochen feindlich gesinnt.
- Revisionistischen und sozialreformerischen Tendenzen brachten sie ebenso eindeutig Sympathien entgegen.
- Ihre Aussagen zum Ziel des Sozialismus (sozialistische Wirtschaftsordnung) waren meistens unklar oder widersprüchlich. Das könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie sich in dieser Frage mit theoretischen Modellen und nicht mit der Realität auseinandersetzen mussten. Möglich wäre aber auch, dass für sie die Frage der Wirtschaftsordnung gar nicht die Bedeutung hatte, die wir ihr heute beimessen. Wie wir im Kapitel über den «Staat»⁷¹ gesehen haben, hatten die Demokraten nur ganz wenige politisch-ideologische Glaubenssätze (Volksrechte wie Initiative und Referendum, Volkssouveränität, Proporz, Volkswahlen). Sonst gab es für sie keine «endgültigen» Wahrheiten und Erkenntnisse, weil sie die Ansicht vertraten, jede Zeit habe ihre neuen grossen Probleme, die ihrerseits immer neue Lösungsformen verlangen würden. Deshalb sollten alle wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten immer revidierbar sein. So gesehen ist nur die Erhaltung der «demokratischen» Institutionen wichtig, da nur diese den ständigen Wandel ermöglichen. Die Frage nach dem richtigen Wirtschaftssystem ist dann weitgehend irrelevant, da auch dieses revidierbar sein muss.

3.3.4 Die Demokraten und das «kapitalistische» Wirtschaftssystem

Das Urteil der Demokraten zum Sozialismus als politischer Bewegung wie als Ideologie fiel also sehr differenziert aus. Radikalen Tendenzen standen sie immer ablehnend, gar feindlich gegenüber. Neben radikalen Tendenzen gab es in der «Sozialdemokratie» natürlich immer auch gemässigtere Strömungen,

⁷⁰ a.a.O.

⁷¹ Siehe dazu oben 3.2.

denen sich die Demokraten nie verschlossen. Dies waren aber immer Auseinandersetzungen mit Ideen oder Theorien und nie mit «real existierenden» Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen.

Im Gegensatz dazu war für sie die Auseinandersetzung mit einem «kapitalistischen» System Teil ihres Alltags. Verbal führten sie diese Auseinandersetzung oft äusserst radikal. Dies lässt sich nur schon an einigen wenigen Beispielen zeigen:

«Hier liegt der Kardinalfehler unserer heutigen Produktionsorganisation, weil die beiden Produktionsfaktoren – Fabrikant und Arbeiter – dergestalt verschieden dastehen, dass wohl dem erstern, nicht aber dem letztern, möglich ist Ersatz für die verbrauchten Produktionskräfte zu finden.»⁷²

«Der Kapitalismus ist der gemeinsame Feind der Mittel- und Arbeiterklasse. Beide haben also auch ein gemeinsames Interesse an dessen Bekämpfung. Wenn man das nur überall einsehen würde.»⁷³

«Der grosse Feind – ... – ist heutzutage der Kapitalismus.»⁷⁴

«Weitere Schlüsse zu ziehen aus diesen Zahlen wollen wir den Lesern überlassen und ihnen die Frage zur Erdauerung anheimstellen, ob es nicht im höchsten Interesse der Allgemeinheit wäre, wenigstens auf dem Gebiete der Versicherung der Dividendenwirtschaft durch Errichtung staatlicher Institute ein Ende zu bereiten.»⁷⁵

«Man braucht sich darüber nicht zu ängstigen, wenn die Zinsverhältnisse der Landwirthe andere werden. Mach man sich's doch z.B. nur klar, welche Summe von Sittlichkeit darin liegt, wenn einer den anderen mit seinem Gelde nicht mehr tributpflichtig machen kann.»⁷⁶

Das tönt alles ziemlich radikal und tönte wohl für zeitgenössische Ohren⁷⁷ noch radikaler; den eigentlichen Kern einer bürgerlichen und liberalen Wirtschaftsordnung (Privateigentum, Gewinnstreben usw.) stellten damit aber auch die Demokraten nicht in Frage. Ihre Kritik richtete sich in Wirklichkeit nur gegen Auswüchse. Wo diese Kritik weiter ging, d.h. wo die Demokraten nach dem Staat riefen (Hypothekar-, Versicherungs-, Energie- und Verkehrswesen), herrschten oft besondere Verhältnisse, galten Grundsätze einer «kapitalistischen» Ordnung, wie Konkurrenz oder Angebot und Nachfrage, kaum oder gar nicht mehr. Dazu kommt, dass sie mit diesen Forderungen durchaus im Trend der Zeit lagen.⁷⁸

72 TT 8.3.1905.

73 TT 8.3.1902.

74 TT 10.3.1910.

75 TT 14.5.1903.

76 TT 5.5.1892.

77 Siehe oben 1.8.

78 Man denke hier etwa an den Rückkauf der Bahnen oder die Gründung von Kantonalbanken in der Schweiz oder an die Einrichtung der ersten Sozialversicherungen im Deutschen Reich.

Ziel der demokratischen Kritik war also nicht ein revolutionär umgestaltetes, sondern ein sozialer gestaltetes Wirtschaftsleben; mit heutigen Begriffen: eine soziale Marktwirtschaft.

3.3.5 Die Demokraten und das Genossenschaftswesen

Seit den Zeiten der «Redlichen Pioniere von Rochedale» hat das Genossenschaftswesen eine grosse Entwicklung durchgemacht. Ausgangspunkt der ganzen Bewegung waren Konsumgenossenschaften, wenn auch die geistigen Väter (Saint-Simon, Fourier, Proudhon, Owen) zuerst an Produktionsgenossenschaften gedacht haben. Im Laufe der Zeit hat sich das Genossenschaftswesen in vielen Wirtschaftsbereichen durchgesetzt und bis heute gehalten (z.B. Coop als Konsumgenossenschaft, Maschinengenossenschaften der Landwirte, VOLG als Einkaufs-, Vertriebs- und Konsumgenossenschaft der Landwirtschaft, Genossenschaftliche Zentralbank, Kibbuzim in Israel als Produktionsgenossenschaften.) Mit Ausnahme der anarchosyndikalistischen und marxistisch-leninistischen Richtung liegt die Eigenart des Genossenschaftswesens darin, dass es in Wirklichkeit das Privateigentum und das privatwirtschaftliche Prinzip nicht in Frage stellt. Wohl ist in einer Produktionsgenossenschaft das Privateigentum des einzelnen Unternehmers abgeschafft. An seine Stelle tritt aber nicht die Gesamtgesellschaft (also kein gesellschaftliches Eigentum im marxistischen Sinne). Besitzer sind die an der Produktion beteiligten Arbeiter aller Stufen. Für Aussenstehende bleibt eine solche Produktionsgenossenschaft trotzdem Privateigentum. Im Grunde genommen beruhen heute bei uns sämtliche Genossenschaften auf diesem Prinzip. Deshalb können die Genossenschaften in den «westlichen» Ländern auch nicht mit denen der «östlichen» verglichen werden.

Wir sehen, trotz der «sozialistischen» Herkunft steht das Genossenschaftswesen unserem Wirtschaftssystem näher als der Wirtschaftsordnung in Osteuropa. Es widerspricht unserem Wirtschaftssystem nicht, es kann sogar ein integraler Bestandteil dieses Systems werden. In Ländern mit einer gesellschaftlichen Eigentumsordnung marxistisch-leninistischen Zuschnitts ist es aber ein Fremdkörper.

Was bedeutete nun für die Demokraten das Genossenschaftswesen?

Entgegen allen Erwartungen beschäftigten sie sich recht selten mit diesem Problem. Erstaunlich ist diese Feststellung, weil sie in den wenigen Äusserungen zum Genossenschaftswesen diesem eine grosse Bedeutung beimassen.

1914 schrieb das Tagblatt in einem Artikel, das Genossenschaftswesen sei die Übertragung der «demokratischen» Ideen und Prinzipien auf das volkswirtschaftliche Leben.⁷⁹ Schon 1889 hatte es die Arbeiter aufgerufen, Verkaufsgenossenschaften zu gründen, um ihre soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern:

⁷⁹ TT 8.1.1914.

⁸⁰ TT 5.9.1889.

«Ein erster Weg wäre, wenn der Arbeiter sich einigermaßen zum Kaufmann aufschwingen würde, wenn Arbeitervereinigungen die Errichtung von Verkaufsmagazinen behufs Detailverkauf an die Hand nehmen würden.»⁸⁰

Drei Jahre später beurteilt es die Genossenschaftsidee in einem Artikel über eine Schuhmacherproduktionsgenossenschaft folgendermassen:

«Wir halten dafür, dass diese Genossenschaften auf gesunder Grundlage ruhen und einen der Wege darstellen, auf denen die allmälige Befreiung der Arbeit gefördert werden kann.»⁸¹

Ähnlich nahm es zur «Birseck'schen Produktions- und Konsumgenossenschaft» Stellung.⁸²

Aber auch die Zukunft von Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft lag für das Tagblatt in der genossenschaftlichen Organisation von Einkauf, Verarbeitung und Vertrieb.⁸³

Abgesehen vom Parteiprogramm von 1891⁸⁴ sind dies fast die einzigen Äusserungen zum Genossenschaftswesen. Mehr Aufschluss geben auch die übrigen nicht. Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Bei so wenigen Fakten muss man sehr vorsichtig sein. Es wäre geradezu fahrlässig, daraus ein «demokratisches» Wirtschaftsmodell auf genossenschaftlicher Basis konstruieren zu wollen, obwohl Ansatzpunkte dazu da sind. Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen könnten folgende Schlüsse gezogen werden:

Das Genossenschaftswesen war für die Demokraten einerseits ein Mittel zur Überwindung des Kapitalismus, d.h. der Missstände im Kapitalismus. Andererseits wurden nach ihrer Ansicht Arbeiter, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende durch das gemeinschaftliche Wirtschaften in Genossenschaften in die Lage versetzt, selbst Nutzen aus den Möglichkeiten zu ziehen, die der Kapitalismus der Privatinitiative bietet (Privateigentum, Gewinn, Selbständigkeit, relative wirtschaftliche Unabhängigkeit).

3.3.6 Zusammenfassung

Ideen und Forderungen der Demokraten lassen sich auf keine ausformulierte Ideologie zurückführen, wie dies bei anderen politisch-ideologischen Bewegungen möglich ist. Die meisten ihrer Forderungen und Ideen waren Antworten auf Probleme, denen sie täglich begegnen konnten. Nach ihrer Meinung waren die meisten dieser Probleme Folgen von Auswüchsen, Missständen und Fehlentwicklungen des «kapitalistischen» Wirtschaftssystems. In dieser Hinsicht haben sie die freie Wirtschaftsordnung zweifellos verurteilt und abgelehnt. Sie haben sich aber nie für die Ablösung dieser Ordnung durch irgend ein

81 TT 19.5.1892.

82 TT 9.6.1899, 3.5.1904 und 24.7.1908.

83 TT 8.10.1902.

84 Siehe dazu oben 2.1, «Programm von 1891, 1.4.».

sozialistisches, marxistisches oder kommunistisches System eingesetzt. Sie glaubten vielmehr, durch geeignete sozialpolitische Massnahmen, Verstaatlichung von Teilbereichen der Wirtschaft (Kantonalbanken, Bahnen u.ä.m.) und Förderung der Genossenschaftsidee die erforderlichen Korrekturen vornehmen zu können. In Anlehnung an ein Schlagwort aus den späten 60er Jahren⁸⁵ könnte man sagen, dass ihnen ein «Kapitalismus mit menschlichem Gesicht» vorschwebte.

4 Ergebnisse und Ausblick

4.1 Ergebnisse

Ausgehend von den in der Einleitung zur Diskussion gestellten Problemkreisen halten wir folgendes fest:

1. Parteigeschichte im engeren Sinne
 - Eigentlich hat die Demokratische Partei des Kantons Thurgau keine «eigene» Geschichte; denn ihre Geschichte ist weitgehend die Geschichte einiger weniger führender Demokraten. Von diesem Gesichtspunkt aus stehen wir eher vor einer Honoratiorenpartei als vor einer modernen Massenpartei. Andererseits erinnert sie uns oft mehr an eine politische Bewegung (Landesring, Überfremdungsparteien, Atomgegner, Grüne) als an eine Partei.
 - Hintergrund ihrer Gründung ist neben anderem das Auseinanderfallen der freisinnigen Grossfamilie; Hintergrund ihres Unterganges der Aufstieg der Sozialdemokratie. Darin spiegelt sich auch die Ablösung des damals traditionellen politisch-ideologischen Gegensatzes: «Liberalismus vs. Konservatismus» durch den neuen «Bürgertum vs. Sozialismus, bzw. Sozialdemokratie». Deshalb ist es wohl kein Zufall, dass im Thurgau der Aufstieg der Demokratischen Partei mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei sein Ende findet (um 1905).
 - Wähler und Führer (der DP) sind vorwiegend in der «Provinz»¹ zu Hause oder wenigstens dort aufgewachsen, in ihrer grossen Mehrheit sind sie protestantisch² und stammen meist aus bescheidenen oder bescheidensten Verhältnissen. Ihre Führer üben oft typische Aufsteigerberufe aus (Lehrer, kleine Beamte bei Staat, Post und Eisenbahn, (kaufm.) Angestellte usw.) oder sind Kinder von Männern in Aufsteigerberufen. Zählen wir zu diesem Teil der Führungsgruppe noch Wirte, grössere Bauern, Lokalpolitiker und den einen oder anderen Handwerksmeister oder Kleinunternehmer unter den wichtigeren Demokraten hinzu, dann haben wir, mindestens in ihrer sozia-

85 Gemeint ist der Begriff «Sozialismus mit menschlichem Gesicht»; geprägt 1968 in der Tschechoslowakei während des Prager Frühlings.

1 D.h. nicht in Frauenfeld.

2 Dies ist ein «Erbstück» aus der freisinnigen Grossfamilie.

len Zusammensetzung, mehr oder weniger Gruners«Agenten»,³ d.h. die untere Führungsschicht, gewissermassen die Unteroffiziere, der alten freisinnigen Grossfamilie. Ein Teil⁴ dieser «Agenten» hat sich im Rahmen der Demokratischen Partei organisiert.

- Nach dem Niedergang der Partei zog es die meisten Führer zu den bürgerlichen Parteien, die Mehrheit der Wähler zu den Sozialdemokraten.

2. Quellensammlung

- Systematische Quellensammlungen (Programme usw.) zur Geschichte der Parteien sind in der Schweiz erst im Aufbau. Die vorliegende Sammlung zur Geschichte der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau dürfte mehr oder weniger vollständig sein; zu gegebener Zeit müsste sie aber auch noch von bis anhin unzugänglichen Seiten her beleuchtet werden.⁵

3. Das Weltbild im engeren Sinne

- Erfahrungshorizont und Bezugspunkt der Demokraten waren zur Hauptsache die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen ihrer Zeit, d.h. die Folgen der auch im Thurgau hereinbrechenden Industrialisierung und der Erste Weltkrieg mit seiner ganzen Vorgeschichte und seinen Folgen.
- Nicht unähnlich den heutigen politischen Bewegungen waren die Demokraten pessimistisch und radikal in Analyse und Kritik der Situation, aber optimistischer als jene in der Einschätzung der Möglichkeiten zur Zukunftsgestaltung. Ihr Ziel war eine Welt mit mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit. Den Weg in diese Zukunft sahen sie in einer rigorosen «Demokratisierung» nationaler und internationaler Politik.

4. Der Staat

- Die Demokraten wollten einen möglichst «demokratischen»⁶ Staat. Jede mittelbare Macht war ihnen verdächtig. Repräsentation lehnten sie bei Gesetzgebung wie bei Wahlen ab. Hier sahen sie sich eingebettet in eine «demokratische» Tradition: die Thurgauer und Schweizer Geschichte als Emanzipationsprozess vom vorrevolutionären Untertanenland und Untertanenstaat zum Volksstaat, d.h. zum «demokratischen» Staat.
- Gleiche Wurzeln hat wohl auch die zentralistische, fast helvetische Ausrichtung ihrer Programmatik. Ihr Denken und Handeln war eigentlich immer

3 Gruner, Parteien, s. 82 ff.; nach Gruner waren ja im 19. Jhdt. die Parteien noch weitgehend Kaderparteien; über lokale Agenten (Lehrer, Polizisten, lokale Honoratioren) kontrollierte und mobilisierte die Parteiführung ihre Anhänger auf dem Land.

4 Ausnahmen waren vielleicht Hofmann und Deucher und der wenig in Erscheinung tretende von Scherer, Mitglied des Gründungsvorstandes.

5 D.h. z.B.: die Programmatik der DP aus der Sicht der Programmatik anderer Parteien oder im Vgl. mit der Programmatik anderer Parteien; Sinn und Zweck von Parteiprogrammen damals bei den Demokraten und ihren Gegnern und im Laufe der Geschichte usw.

6 «Demokratisch» im Sinne der Definition von oben 0.2.

auf den Bund ausgerichtet; dort sollte das Entscheidende geschehen, nicht in den Kantonen.

- Der Staat sollte nach ihren Vorstellungen nicht auf den klassischen Gebieten der Staatstätigkeit verharren; er sollte kein «liberaler Nachtwächterstaat» sein. Nein, gerade im Gegenteil dazu sollte er auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Sozialwesens besonders aktiv sein.
- Der «demokratische» Staat war für die Demokraten aber nicht nur Ziel ihrer Politik; im «demokratischen» Staat sahen sie immer auch das Werkzeug zur Durchsetzung weitergehender politischer Anliegen des «Volkes», d.h. zur Durchsetzung wirtschafts- und sozialpolitischer Forderungen.

5. Wirtschafts- und Sozialwesen

- In diesen Fragen lassen sich die Demokraten vielleicht am deutlichsten von ihren politischen Hauptgegnern – anfänglich nur die Freisinnigen später auch noch die Sozialdemokraten – abgrenzen. Einerseits sprachen sie massiven staatlichen Eingriffen in das Wirtschafts- und Sozialwesen das Wort; andererseits waren sie zwar immer wieder bereit, das Privateigentum einzuschränken, aber grundsätzlich in Frage gestellt haben sie dieses nie. Damit haben sie für die damaligen Verhältnisse sicher klare Grenzen gezogen.
- Besondere Bedeutung massen sie staatlichen Interventionen auf folgenden Gebieten zu: Sozialpolitik, Banken-, Kredit-, Versicherungs-, Verkehrs- und Energiewesen, Bekämpfung von Monopolen und Förderung des Genossenschaftswesens.
- Genossenschaftliches Gedankengut hat das wirtschafts- und ordnungspolitische Denken der Demokraten wohl am nachhaltigsten beeinflusst.
- In der Zeit des Niederganges der Demokratischen Partei treten wirtschaftliche und soziale Aspekte immer mehr in den Hintergrund.⁷

4.2 Ausblick

Aus heutiger Sicht wissen wir, dass viele dieser Ideen und Forderungen im Laufe der Zeit von anderen Parteien übernommen und zum Teil auch realisiert wurden. Die Demokraten standen nie ganz allein und hatten viele Erben. Haupterben waren aber – wieder aus heutiger Sicht – auf politisch-ideologischer Ebene genau wie bei den Wählern die Sozialdemokraten. Das zeigt sich auch darin, und dies gilt für die ganze Schweiz, dass bis heute alle Versuche, zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien langfristig erfolgreiche Politik zu treiben, immer wieder gescheitert sind.¹

⁷ Diese Feststellung beruht eigentlich auf einer rein quantitativen Beurteilung der Quellen; findet aber seine Bestätigung in der Hinwendung der demokratischen Führer zu den bürgerlichen Parteien (während und nach dem Niedergang).

¹ Die CVP als Partei der «dynamischen Mitte» betreibt ja nach ihrem Selbstverständnis unter dem Dach des politischen Katholizismus nicht Politik zwischen diesen «Blöcken», sondern über die Grenzen hinweg.

5 Quellen, Literatur und Abkürzungen

Quellen:

Ungedruckte Quellen im Staatsarchiv des Kantons Thurgau (StATG)

Protokolle des Grossen Rates.

Fremde jüngere Archive, Personen-/Familienarchive, Nachlass Alfred Düssli, 8'631'0.

Personenkatalog.

Verzeichnis der Kantonsräte.

Gedruckte Quellen

Amtsblatt des Kantons Thurgau

Beamtenetat des Kantons Thurgau (verschiedene Jahrgänge).

Bericht für die Mitglieder der thurgauischen Schulsynode.

Staatskalender des Kantons Thurgau (verschiedene Jahrgänge).

Zeitungen:

Bischofszeller Zeitung (BZ).

Neue Zürcher Zeitung (NZZ).

Thurgauer Arbeiter-Zeitung, bzw. Thurgauer AZ (TAZ).

Thurgauer Post (TP).

Thurgauer Tagblatt (TT).

Thurgauer Volkszeitung (TVZ).

Der Wächter (DW).

Thurgauer Wochenzeitung (TWZ).

Thurgauer Zeitung (TZ).

Weitere Quellen:

Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft.
Neue Folge (seit 1874) (AS).

Bundesblatt (BBl).

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV).

Hilty, Carl, hg., Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 19. Jahrgang, S. 800–813, Parteienwesen, Bern 1905.

Jahrbuch der «Zürcher Freitagszeitung» für 1906, Zürich 1907.

Literatur:

Ammann, Josef, Theodor Curti. Politiker und Publizist, Rapperswil 1930.

Blaser, Fritz, bearb., Bibliographie der Schweizer Presse, Bd. II, Quellen zur Schweizer Geschichte, NF. IV 7, Basel 1958.

Bonjour, Edgar, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bd. II, Basel 1967³.

Burkhardt, Margarete, Die Entstehung der thurgauischen Verfassung von 1869, in: Thurgauische Beiträge zur vaterländischen Geschichte 100 (1963).

Duverger, Maurice, Les partis politiques, Paris 1950.

Fraenkel, Ernst, und Bracher, Karl Dietrich, hg., Der Staat, Fischer – Lexikon Bd. II, Frankfurt am Main 1971.

Gilg, Peter, Die Entstehung der demokratischen Bewegung und die soziale Frage, Affoltern am Albis 1951.

von Greyerz, Hans, Der Bundesstaat seit 1848, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. II, Zürich 1977.

Gruner, Erich, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1972² (Gruner, Parteien).

Gruner, Erich, bearb., Die Schweizerische Bundesversammlung, Bd. I, Bern 1966 (Gruner, Bv.).

- Guggenbühl, Gottfried, Mantel, Alfred, und Gassmann, Emil, u.a., Volksschule und Lehrerbildung, 1832–1932, Zürich 1932.
- Hagen, Johann, Evangelist, Das Buchdruck- und Zeitungswesen im Thurgau, in: Illustrierter Staatskalender 1944/47, S. 3–15. Frauenfeld o.J.
- Herdi, Ernst, Geschichte des Thurgaus, Frauenfeld 1943.
- Hunziker, Fritz, Die Mittelschulen in Zürich und Winterthur, 1833–1933, Zürich 1933.
- Johann, Ernst, hg., Die Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II., München 1966.
- Joos, Eduard, Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen, Schaffhausen 1975.
- Junker, Beat, Eidgenössische Volksabstimmungen über Militärfragen um 1900, Bern 1960.
- Lachenal, François, Le parti politique; sa fonction de droit publique, Basel 1944.
- Martin, Paul Edmond, Die eidgenössische Armee 1815–1915, in: Schweizerische Kriegsgeschichte (SKG), Heft 12, Bern 1923.
- Reiber, Ernst, 30 Regierungsräte in 80 Jahren. Ein Rückblick auf die thurgauischen Regierungsratswahlen seit 1900, Frauenfeld 1980.
- Reiber, Ernst, Die früheren thurgauischen Nationalratspräsidenten: Ärzte, Juristen, Pfarrer, Bauern, in: TZ 30.11. und 7.12.1979 und Sonderdruck, Frauenfeld 1979.
- Reichesberg, Naum, hg., Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. III, Bern 1909.
- Renk, Hansjörg, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889, Basel 1972.
- Schoop, Albert, Geschichte des Kantons Thurgau, Bd. I, Frauenfeld 1987.
- Schoop, Albert, Von der Mediationsverfassung 1803 zur Kantonsverfassung von 1869, in: 175 Jahre Kanton Thurgau, hg. vom Regierungsrat des Kantons Thurgau, S. 7–28. Frauenfeld 1978.
- Schoop, Albert, Der Kanton Thurgau 1803–1953. Ein Rückblick auf hundertfünfzig Jahre kantonalen Selbständigkeit, Frauenfeld 1953.
- Schoop, Albert hg., Wirtschaftsgeschichte des Kantons Thurgau, Weinfelden 1971.
- Schoop, Albert, Hundert Jahre Thurgauische Kantonsverfassung. Ansprache, gehalten an der kantonalen Verfassungsfeier am 28. Februar 1969 in Frauenfeld, in: Thurgauische Beiträge zur vaterländischen Geschichte 106 (1969), S. V–XVII.
- Schuhmacher, Edgar, hg., Ulrich Wille. Gesammelte Schriften, Zürich 1941.
- Steinmann, Ernst, Geschichte des Schweizerischen Freisinns, Bd. I, 1830–1918, Bern 1955.
- Sternberger, Dolf, Gerechtigkeit für das neunzehnte Jahrhundert. Zehn historische Studien, Frankfurt am Main 1975.
- Thurgauer Jahrbuch, Frauenfeld (verschiedene Jahrgänge).
- Thurgauische Grossratspräsidenten von 1876–1977, in: Thurgauische Jahresmappe 1978, Arbon 1979.
- Wende, Frank, u.a., Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981.
- Zippelius, Reinhold, Allgemeine Staatslehre, München 1973.